

Peter Knoepfel
Benjamin Wey

Öffentlich-rechtliche Eigentums- beschränkungen (ÖREB)

Working paper de l'IDHEAP 7/2006
Chaire Politiques publiques et durabilité



Institut de hautes études en administration publique
Swiss Graduate School of Public Administration
Institut universitaire autonome

L'Université pour le service public

Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB): Bestand nach Bundesgesetzgebung und ausgewählten Detailuntersuchungen

Peter Knoepfel
Benjamin Wey

Chaire Politiques publiques et durabilité

Working paper de l'IDHEAP no 7/2006
octobre 2006

Ce document se trouve sur notre site Internet: <http://www.idheap.ch> > publications > Working paper

ZUSAMMENFASSUNG

Im Rahmen der Vorarbeiten zur Schaffung eines "Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen", das der Bunde nach dem neuen Geoinformationsgesetz schaffen will und gegenwärtig (Ende 2006) in Vorbereitung steht, hat die swisstopo das IDHEAP beauftragt, den Bestand öffentlich-rechtlicher Eigentumsbeschränkungen in der Bundesgesetzgebung zu ermitteln. Der vorliegende Bericht weist insgesamt 158 bundesrechtliche Gesetzesbestimmungen aus, die solche Eigentumsbeschränkungen begründen. Er enthält ausserdem eine Beschreibung der Praxis der Kantone Waadt, Aargau und Bern zur Dokumentation von insgesamt elf dieser Eigentumsbeschränkungen. Er enthält eine detaillierte Beschreibung dieser Eigentumsbeschränkungen. Diese zeigt eine hohe Varianz unter den Kantonen auf.

RÉSUMÉ

En vue de l'établissement d'un cadastre des restrictions de la propriété foncière de droit public, exigé par la nouvelle Loi fédérale sur le géoinformation actuellement en préparation (fin 2006), swisstopo a mandaté l'IDHEAP de rechercher et documenter ces restrictions figurant dans l'ensemble de la législation fédérale. Le rapport documente 158 dispositions législatives contenant de telles restrictions. En plus, il contient une analyse détaillée de la pratique documentaire des cantons de Vaud, d'Argovie et de Berne pour un échantillon de onze de ces restrictions de la propriété foncière. Cette analyse montre des variations considérables entre les trois cantons.

VORWORT

Der vorliegende Bericht entstand im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zum neu zu schaffenden Bundesgesetz über Geoinformation (GeoInformationsGesetz), welches in seinem Abschnitt 4 die Schaffung eines "Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen" vorsieht. "Gegenstand des Katasters sind öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen, die nach den Vorschriften des Zivilgesetzbuches nicht im Grundbuch angemerket werden." (Art. 15, Absatz 1). Solche Eigentumsbeschränkungen gelten als "Geobasisdaten des Bundesrechts" und werden in elektronischer Form veröffentlicht. Zur Rechtswirkung hält der Entwurf fest: "Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung werden mit Eintreten der Rechtskraft des Beschlusses, der sie begründet, eigentümergebunden" (Art. 16, Abs. 1). Unterbleibt die Veröffentlichung, so hält der Entwurf fest, können die Betroffenen den Nachweis erbringen, "dass sie die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen nicht kannten und trotz pflichtgemässer Sorgfalt nicht kennen konnten" (Art. 16, Abs. 3).

Gleichzeitig mit dem Erlass dieses neuen Bundesgesetzes sollte das Zivilgesetzbuch mit dem Ziel revidiert werden, das Gemeinwesen oder eine Körperschaft, die eine öffentliche Aufgabe erfüllt, zu verpflichten, "eine Eigentumsbeschränkung des öffentlichen Rechts, die hinsichtlich eines bestimmten Grundstücks mit einer Verfügung angeordnet wird und eine Nutzungs- oder Verfügungsbeschränkung oder eine bestimmte grundstücksbezogene Pflicht des Eigentümers zum Inhalt hat, im Grundbuch anmerken zu lassen" (neue Version von Art. 692 ZGB gemäss Vorschlag des EJPD).

Beide Neuerungen entspringen dem heute unbestrittenen Bedürfnis, mehr Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit für den Immobilienmarkt zu schaffen. Denn wie unser Bericht über die Praxis von – den Kantonen nach der heute gültigen Formel des Art. 962 ZGB freigestellten – Anmerkungen solcher öffentlich-rechtlicher Eigentumsbeschränkungen im Sinne (individuell-konkreter) Verfügungen zeigt (Anhang 3), bestehen diesbezüglich grosse Unterschiede. Und Nutzungs- und andere Pläne, die die Rechtswissenschaft mittlerweile als generell-konkrete Erlasse bezeichnet, werden an keiner zentralen Stelle in einem (auf der Parzelle aufbauenden) Kataster öffentlich zugänglich gemacht. Dies bedeutet, dass anlässlich der Festlegung von Grundstückspreisen sehr hohe Transaktionskosten entstehen, die sich in einer aufwendigen Konsultation zahlreicher Ämter manifestieren.

Heute (Sommer 2006) scheint nun fest zu stehen, dass öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen individuell-konkreter Art, die sich auf eine bestimmte Parzelle beziehen, prinzipiell der Kategorie der im Grundbuch anzumerkenden Eigentumsbeschränkungen zuzuwei-

sen sind, während Pläne aller Art (generell-konkrete Erlasse) in das Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen aufzunehmen sind. Der diesen beiden Dokumenten gleichermaßen zugrunde liegende Katasterplan ermöglicht etwa im Hinblick auf eine bestimmte Parzelle, u.U. aber auch im Hinblick auf bestimmte Kategorien solcher Eigentumsbeschränkungen im Raum eine Bündelung dieser Geobasisdaten. Unklar bleibt immer noch, welche dieser Eigentumsbeschränkungen schliesslich nach Bundesrecht im einen oder anderen dieser beiden Dokumente figurieren soll. Denn heute scheint allen Beteiligten klar zu sein, dass dabei eine Auswahl zu treffen ist.

Dass diese Auswahl erforderlich wird, zeigt der vorliegende Bericht. Dieser wurde vom Bundesamt für Landestopographie (swisstopo) im Herbst 2005 beim IDHEAP in Auftrag gegeben und im April 2006 von der Gruppe SIDIS (système d'information sur les droits à incidence spatiale) genehmigt. Er macht die Notwendigkeit einer solcher Auswahl deutlich, indem er belegt, dass die Zahl der im Bundesrecht vorgesehenen Beschränkungen, "die hinsichtlich eines bestimmten Grundstücks mit einer Verfügung angeordnet" werden "und eine Nutzungs- oder Verfügungsbeschränkung oder eine bestimmte grundstücksbezogene Pflicht des Eigentümers zum Inhalt" haben (neue Version des Art. 962 ZGB), weit grösser ist, als ursprünglich angenommen wurde. Dies trifft, wie der Bericht ebenfalls zeigt, auch für die Zahl der Pläne zu.

Der zweite Teil des Bericht untersucht die Praxis dreier ausgewählter Kantone (Waadt, Aargau und Bern) zu elf aus der Grundgesamtheit von der Gruppe SIDIS ausgewählten Eigentumsbeschränkungen anhand eines vergleichenden Rasters und schlägt deren vier für die Aufnahme ins Kataster vor. Nachzumerken bleibt, dass Anfang Mai 2006 eine Gruppe bestehend aus Mitgliedern der Gruppe SIDIS und der Arbeitsgruppe KKGEO Geobasisdaten an einem Workshop eine Liste mit elf zu priorisierenden ökologischen Eigentumsbeschränkungen (meist generell-konkreter Art) aufgestellt hat, die gegen Ende des Jahres 2006 im Rahmen des Schlussberichts der Gruppe SIDIS konkretisiert werden.

Chavannes-près-Renens, den 30. Oktober 2006

Peter Knoepfel

Inhaltsverzeichnis

1	ÖFFENTLICH-RECHTLICHE EIGENTUMSBESCHRÄNKUNGEN (ÖREB): BESTAND NACH DER BUNDESGESETZGEBUNG	1
1.1	Auftrag	1
	Art und Umfang der im öffentlichen Recht des Bundes und der Kantone verankerten Anordnungen an die Verfügung und die Nutzung von Grundeigentumsparzellen.	1
	Räumliche Handlungsparameter und ihre Eignung zur Aufnahme in ein GIS	2
1.2	Vorgehen	3
	Grundlagen	3
	Bestehende und laufende Studien	3
	Definitionen	4
	Suchstrategie	4
	Die drei untersuchten Gruppen	4
	Kantonale Anmerkungspraxis	4
	Raumwirksame Verfügungen nach der bundesrechtlichen Gesetzgebung	6
	Pläne nach Bundes- und Kantonsrecht (unterschiedlicher Rechtsnatur)	6
	Bundesgesetze, die mit Inventaren operieren	7
	Doppelnormen	7
	Kategorisierung und Qualifizierung der ÖREB-relevanten Gesetzesbestimmungen	7
	Kategorien	7
	Kriterien	7
1.3	Ergebnisse: Listen der bundesrechtlichen Gesetzesbestimmungen, die öffentlich- rechtliche Eigentumsbeschränkungen begründen	8
	Von Bundesbehörden vollzogene ÖREB (31)	9
	Durch die Kantone zu vollziehende ÖREB (52)	11
	Pläne und Richtpläne (43)	14
	Raumwirksame Gesetze, die mit Inventaren operieren (21)	17
	Doppelnormen (11)	19
2	DETAILUNTERSUCHUNGEN ZUR PRAXIS VON ELF ÖFFENTLICH- RECHTLICHEN EIGENTUMSBESCHRÄNKUNGEN IN DREI KANTONEN (VD, AG, BE)	21
2.1	Einführung	21
2.2	Vorgehen	21
2.3	Präsentation	25
2.4	Grundwasserschutzzonen	26
2.5	Baubewilligung	35
2.6	Hochwasserschutz	40

2.7	Empfindlichkeitsstufen	49
2.8	Landwirtschaftliches Produktionskataster	58
2.9	Schützenswertes Ortsbild nach ISOS	64
2.10	Freihaltung für Eisenbahnlinie	71
2.11	Meldepflicht für Bau- oder Zonungsmassnahmen im Bereich militärischer Anlagen	73
2.12	Zusammenfassung	77
2.13	Rekapitulativ: Quellenverzeichnis	77
ANHÄNGE		81
	Anhang 1: Abkürzungen	81
	Anhang 2: Nach Bundesrecht anmerkbare ÖREB	86
	Anhang 3: Nach kantonaler Praxis eingetragene ÖREB (Auswahl)	87
	Anhang 4: Gesetzes- und Verordnungstexte	93

1 Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (ÖREB): Bestand nach der Bundesgesetzgebung

1.1 Auftrag

Die Gruppe SIDIS (Système d'information sur les droits à incidence spatiale) der Swisstopo postuliert in ihrem Zwischenbericht vom Juni 2005 auftragsgemäss die Notwendigkeit, in einer zu errichtenden, parzellenbezogenen Datenbank die für die einzelnen Parzellen geltenden öffentlich-rechtlichen Verfügungs- und Nutzungsanordnungen möglichst umfassend zu dokumentieren und zuhanden der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Gegensatz zum heute (und in Zukunft) bestehenden Grundbuch, das für jede Parzelle gültige zivilrechtliche Anforderungen an die Titelinhabenden enthält, soll die neu zu schaffende Datenbank keine rechtskonstitutive Bedeutung haben (öffentlicher Glaube); sie soll indessen dank ihrer Parzellenbezogenheit und ihrem Aufbau auf dem (gleichen) Kataster nach den Prinzipien geographischer Informationssysteme zusammen mit dem Grundbuch einsehbar werden und sämtliche von der Rechtsordnung an die entsprechende Parzelle gerichteten Anforderungen *uno actu* einsehbar machen. Geplant ist ausserdem, in diese Datenbank auch rechtlich (noch nicht) verbindliche Anordnungen aus (lediglich behördenverbindlichen) Richtplänen und andere, rechtlich nicht relevante, indessen für die heutigen oder künftigen Nutzer gegebenenfalls nützliche Informationen zu den einzelnen Parzellen aufzunehmen.

Hier interessieren lediglich die von der Rechtsordnung an eine Parzelle formulierten Verfügungs- und Nutzungsanforderungen.

Mit der rasanten Zunahme raumwirksamer öffentlicher Politiken des Bundes, der Kantone und der Gemeinden haben die Rechtsgrundlagen, die solche Anordnungen enthalten, und entsprechend die Zahl solcher Anordnungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Zum heutigen Zeitpunkt verfügt unseres Wissens niemand über eine im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Gruppe SIDIS indessen erforderliche Gesamtschau über die Gesamtheit der solche Anordnungen vorsehenden Erlasse und über deren tatsächliches Vorkommen in der politisch-administrativen Wirklichkeit. Ausserdem sind die in solchen Anordnungen enthaltenen räumlich definierten Handlungsparameter nur teilweise bekannt und es besteht überdies Ungewissheit darüber, inwiefern sich diese Letzteren im Rahmen eines geographischen Informationssystems überhaupt abbilden lassen.

Das vorgeschlagene Projekt nimmt sich vor, diese zwei Fragen annäherungsweise folgendermassen zu beantworten:

Art und Umfang der im öffentlichen Recht des Bundes und der Kantone verankerten Anordnungen an die Verfügung und die Nutzung von Grundeigentumsparzellen.

Die Gesamtheit dieser Anordnungen weist folgende Struktur auf:

1. öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen, die bereits heute nach Massgabe variierender kantonaler Praxis *im Grundbuch figurieren* ("Anmerkungen"). Dieser "harte Kern" lässt sich durch eine Umfrage bei den kantonalen Grundbuchämtern relativ leicht erheben.
2. *Weitere, im Recht des Bundes und der Kantone vorgesehene raumwirksame Verfügungen* (individuell-konkret), die sich an Eigentümer und/oder an andere Nutzungsberechtigte (Pächter, Mieter) bestimmter Grundstücke richten. Diese Gruppe stellt gegenwärtig die grosse Unbekannte dar. Zu überprüfen ist auch, ob darunter gegebenenfalls auch Subventionsentscheide (zum Beispiel in der Landwirtschaftspolitik) gezählt werden müssen. Eine Handauszählung solcher im Bundesrecht vorgesehener Verfügungen auf der Basis eines

2004 veröffentlichten Berichts der Kommission für Wirtschaft des Nationalrats¹ ergibt allein für die Bundesebene 80 unterschiedliche Verwaltungsakte und es steht zu erwarten, dass auch das kantonale Recht (üblicherweise) eine vergleichbare Zahl solcher Verfügungen vorsieht. Theoretisch gilt jedenfalls nach dem gegenwärtigen Entwurf zum neuen Art 699 des ZGB, dass "sämtliche" dieser Verfügungen inskünftig im Grundbuch angemerket werden müssen. Dies dürfte indessen wenig realistisch sein. Demgegenüber sollten sie in die aufzubauende Datenbank eingehen, soweit sie die Anforderungen an eine räumliche Abbildbarkeit im Rahmen eines GIS erfüllen.

3. *Pläne*, die rechtlich als *generell-konkrete Erlasse* zu qualifizieren sind: solche Pläne bedürfen zwar einer Umsetzung im Rahmen einer Verfügung, sie besitzen indessen Rechtskraft für jeden (heutigen und künftigen) Parzelleneigentümer. Ihre öffentliche Kenntnis ist insbesondere für den Grundstückmarkt unerlässlich. Auch das Ausmass dieser öffentlich-rechtlichen Anordnungen ist unseres Erachtens heute nicht bekannt. Dazu gehören mit Sicherheit sämtliche Formen von Nutzungsplänen (inklusive Quartierpläne etc.) über andere "Zonenpläne" (Gewässerschutzpläne, Katastrophenschutzpläne etc.); es muss indessen abgeklärt werden, inwiefern nicht auch in anderen Politikbereichen (zum Beispiel Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Strassenbau etc.) solche generell-konkreten Erlasse verwendet werden.
4. (*Behördenverbindliche*) *Richtpläne*, die üblicherweise in der Raumplanung auf Ebene Gemeinde (kommunaler Richtplan), Kanton (kantonaler Richtplan, gegebenenfalls gegliedert nach Regionen und aufgeteilt nach Sachgebieten) und Bund (Bundessachpläne gemäss Art. 13 RPG) verwendet werden. Abzuklären ist, inwiefern solche behördenverbindliche, nicht als blosse Absichterklärungen gedachte Rechtsakte auch in anderen Politikfeldern verwendet werden (im Sinne von raumwirksamen "Aktionsplänen").
5. *Raumwirksame Gesetze*, deren generell-abstrakten Nutzungsanordnungen zwar definitionsgemäss nicht parzellenscharf formuliert werden, die indessen Gültigkeit beanspruchen für Parzellen, die den in den Gesetzen formulierten Bedingungen entsprechen und damit potentiell im Einzelfall über Verfügungen umsetzbar werden. Darunter fallen insbesondere auch Gesetze, die mit Inventaren etc. operieren.

Der erste Schritt der geplanten Arbeiten besteht darin, diese sechs Gruppen öffentlich-rechtlicher Eigentumsanordnungen möglichst umfassend zu dokumentieren.

Räumliche Handlungsparameter und ihre Eignung zur Aufnahme in ein GIS

Es ist schlichterding unmöglich, jede einzelne Anordnungskategorie aus den fünf oben erwähnten Gruppen auf ihre räumlichen Handlungsparameter hin empirisch abzuklopfen. Gleichwohl kann die Entscheidung darüber, ob die entsprechende Anordnung schliesslich in die Datenbank aufgenommen werden soll, nur aufgrund einer solchen konkreten empirischen Analyse der einschlägigen Dokumente getroffen werden. Wir schlagen deshalb vor, dass die Gruppe SIDIS in Kenntnis der in einem ersten Schritt zu erarbeitenden Dokumentation der Gesamtheit dieser Bestände eine Auswahl jener Anordnungen trifft, die einer solchen Feinanalyse unterstellt werden sollen. Dabei soll sie auch praktische Gesichtspunkte (etwa zur vermutlichen Häufigkeit der entsprechen Anordnungen *in situ* oder zur Tragweite solcher Anordnungen für die Eigentümer etc) anstellen und entsprechende frühere Vorschläge aus der

¹ Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, 2002 actualisé en 2004, les procédures d'autorisation fédérales exécutées par les cantons – rapport complémentaire à l'inventaire et l'évaluation des procédures de droit fédérales de l'économie (ff-1999 7603) sowie: SECO, 2005, Bewilligungspflichten des Bundesrechts bei wirtschaftlichen Betätigungen – heutiger Stand und Entwicklung 1998 bis 2004, Grundlagen der Wirtschaftspolitik

Gruppenarbeit berücksichtigen, die in den Protokollen figurieren. Zu berücksichtigen sind dabei auch die Vorarbeiten, die im Rahmen von C2014 gemacht wurden. Diese Entscheidung hat die Gruppe anlässlich ihrer Sitzung von 28. Oktober getroffen.

Für dieses Sample etwa eines Dutzends solcher Eigentumsanordnungen werden Feinuntersuchungen durchgeführt, die folgende Aspekte der darin enthaltenen räumlichen Handlungsparameter abdecken sollen:

- Dauer der Beschränkung (immerwährend, zeitlich beschränkt)
- Betroffene Nutzung (baulich, nicht baulich; wohnen, Infrastruktur, Landbau, Abfall etc)
- Finanzielle Abgeltung
- Geforderter, positiver Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung
- Räumlicher Geltungsbereich (ganze Parzelle, Parzellenteile)
- Betroffenheit von Linien (zum Beispiel Baulinien) oder Flächen (zum Beispiel Zonen)
- Art der Kontrolle
- äussere Sichtbarkeit im Feld ("Offensichtlichkeit" vs "nicht Offensichtlichkeit", zum Beispiel im Untergrund befindliche Vorgänge betreffend)
- Räumliche Stabilität (Bauten vs Verkehrsbewegungen etc.)
- Parzellenspezifität (für eine Parzelle gültig; für mehrere Parzellen gültig)

Die Liste dieser Dimensionen wurde ebenfalls an der Sitzung vom 28. Oktober diskutiert und bereinigt. Die Untersuchung soll am 31. Dezember 2005 mit der Abgabe eines Schlussberichts abgeschlossen werden.

1.2 Vorgehen

Grundlagen

Es war ausdrücklicher Wunsch der Auftraggeber, dass die Studie sich so weit wie möglich auf bestehende oder laufende Studien abstützt, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Synergien nutzen zu können. Es wurden alle Studien, die in der Schweiz zu diesem Thema gefunden werden konnten, berücksichtigt. Allerdings wurde bisher zu diesem relativ neuen Gebiet der ÖREB noch nicht viel veröffentlicht. Die vorliegende Arbeit musste daher weit über das Zusammenstellen bisheriger Studien hinaus gehen.

Bestehende und laufende Studien

- Arbeitsgruppe Geographische Informationssysteme der Schweizerischen Informatikkonferenz SIK/GIS, „Raumkataster aus Sicht der Verwaltung. Situationsanalyse, Meinungsbild und Empfehlung“ Ernst Basler + Partner AG, Autor: Richard Meyer, unter Mitarbeit von Ivo Leiss. 2004
- KPM Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, „Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) – Vertiefungsstudie zu den rechtlichen Aspekten zuhanden der Schweizerischen Informatikkonferenz und der Swisstopo“ Andreas Liebhard und Jörg Zumstein. August 2005
- Das Bundesamt für Justiz führt im Zusammenhang mit der Grundbuchdigitalisierung einige Untersuchungen über ÖREB durch. Diese decken sich aber mit den von den Kantonen eingeforderten Listen über die Anmerkungen. Formell hat das Bundesamt keine Arbeit über die ÖREB veröffentlicht.

Die meisten Studien berücksichtigen nur Teilgruppen der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, oder konzentrieren sich vornehmlich auf deren verwaltungstechnische Bedeutung. Wie im Auftrag festgehalten besteht das erste Ziel der vorliegenden Studie jedoch in einem Überblick über die ganze Bandbreite der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen. Demnach konnten wir für diesen ersten Teil der Arbeit nur zwei Studien berücksichtigen: das seco-Papier und ein Bericht des Amtes für Raumentwicklung (unten erwähnt).

Definitionen

ÖREB	Wir verzichten bewusst darauf den Begriff der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkung zu definieren. Diese Arbeit soll hingegen die Grundlage für einen späteren Definitionsversuch liefern, indem sie das Spektrum und einzelne Parameter der raumwirksamen Verfügungen, die aus dem Bundesrecht hervorgehen, auflistet. Welche Untergruppe oder Kombination aus den aufgelisteten Faktoren schlussendlich ÖREB genannt wird, bleibt der Gruppe SIDIS respektive allen im Zusammenhang mit dem GeoIG arbeitenden Gruppen und Personen vorbehalten.
parzellenbezogen	Unter 'parzellenbezogen' verstehen wir eine ausschliesslich ganzheitliche Betroffenheit einer bestimmten Parzelle besteht. Eine Parzelle ist entweder ganz betroffen, oder gar nicht. Es gibt keine Überschneidungen und man könnte eine Liste der betroffenen Parzellennummern zusammenstellen.

Suchstrategie

Für den ersten Teil der Studie, das Screening der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, wurde die Gesamtzahl der ÖREB in vier Gruppen unterteilt:

1. Raumwirksame Verfügungen, die nach kantonaler Praxis jetzt schon in die Grundbücher eingetragen werden.
2. Raumwirksame Verfügungen gemäss bundesrechtlicher oder kantonaler Gesetzgebung, die sich an Eigentümer oder Nutzer von Grundeigentum richten und diesen Rechte oder Pflichten auferlegen.
3. Pläne im Sinne generell-konkreter Erlasse. Darunter figurieren die verschiedenen Arten von Nutzungsplänen, Zonenplänen und übrige Erlasse der Verwaltung. Ebenfalls in dieser Gruppe finden sich Richtpläne nationaler (Bundessachpläne) und kantonaler (kantonaler Richtplan) Herkunft, sowie kommunale Gestaltungspläne (Quartierpläne uä.).
4. Gesetze generell-abstrakter Natur, die aber auf spezifische Parzellen oder Gruppen von Parzellen Wirkung haben. Insbesondere sind dies die Gesetze, die mit Inventaren operieren.

Bei der Dokumentation dieser vier Gruppen ist die Vermeidung von Informationsverlust oberste Prämisse. Es geht darum, die verschiedenen Typen von ÖREB im Zusammenhang mit den entsprechenden Gesetzestexten so genau wie möglich zu dokumentieren. Des Weiteren sollen diese Daten mit Rücksicht auf verschiedene Kriterien qualifiziert werden, um schon im Vorfeld Unterschiede zwischen den verschiedenen ÖREB aufzeigen zu können.

Die drei untersuchten Gruppen

Kantonale Anmerkungspraxis

Die Anmerkungen, die heute nach kantonaler Praxis in die Grundbücher eingetragen werden, wurden über eine Umfrage bei den verschiedenen kantonalen Grundbuch- oder Geoinformati-

onsämtern oder bei den kantonalen Notariaten in Erfahrung gebracht. Wie zu erwarten war, fielen die Antworten der verschiedenen Kantone qualitativ wie auch quantitativ sehr unterschiedlich aus. Mehrere Kantone haben genau formulierte Richtlinien über die mittels Anmerkungen vorzunehmenden Einträge, während in anderen Kantonen das kantonale Gesetz als Richtlinie dient.

Tabelle 1: Ergebnisse der Umfrage bei den Kantonen

Kanton	Antwort	Form	Datum	Angefragtes Amt
Zürich	Ja	Kreisschreiben	2001	Verwaltungskommission des Obergerichtes
Bern	Ja	Liste	2005?	Amt für Geoinformation
Luzern	Ja	Verzeichnis	2004	Grundbuchinspektorat Luzern
Uri	Ja	Liste		Grundbuchamt Altdorf
Schwyz	Ja	Gesetzestext	1982	
Obwalden	Nein			
Nidwalden	Ja	Liste	2005	Grundbuchamt Stans
Glarus	Nein			
Zug	Ja	Verzeichnis	2003	Grundbuchamt Kt. Zug
Freiburg	Nein			
Solothurn	Ja	Liste	2005?	Amtsschreibereiinspektorat
Basel-Stadt	Nein			
Basel-Landschaft	Ja	Anleitung zur Stichwortwahl		
Appenzell-Ausserrhoden	Nein			
Appenzell-Innerrhoden	Nein			
St.Gallen	Ja	Verzeichnis	1996	Grundbuchinspektorat St. Gallen
Graubünden	Nein			
Aargau	Nein			
Thurgau	Nein			
Tessin	Nein			
Waadt	Ja	Bericht	2003	Régistre foncier Vaud, Lausanne
Wallis	Nein			
Neuenburg	Ja	email	2005	Régistre foncier Cantonal
Genf	Ja	Stichwortliste	2005	Rögistre foncier République et Canton de Genève
Jura	Ja	Printscreen	2005?	Régistre foncier Delémont

Einige Kantone haben auf die Anfrage nicht reagiert und andere haben geantwortet, dass ihre Praxis keine Richtlinien kenne. Die Entscheidung über den Eintrag obliegt in solchen Fällen dem Führer des Grundbuches. Beide Antworten wurden in der Tabelle 1 mit „nein“ bewertet. Obschon die Anzahl positiver Antworten verhältnismässig gering ausfiel, liess sich ein guter Überblick über die kantonale Praxis erstellen.

Diese Angaben wurden in eine Liste systematisch mit Verweisen zu den entsprechenden Gesetzestexten eingetragen und alphabetisch geordnet. (Anhang 3)

Raumwirksame Verfügungen nach der bundesrechtlichen Gesetzgebung

Die „grosse Unbekannte“ der interessierenden raumwirksamen Verfügungen wurde folgendermassen angegangen: das Seco hat im Januar 2005 einen Bericht über die „Bewilligungspflichten des Bundesrechts bei wirtschaftlichen Betätigungen“² publiziert. Dieses Dokument diente uns als wichtige Basis für die Auswertung. Daraus haben wir alle öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen mit Verweis auf das einschlägige Bundesrecht übernommen.

In einer zweiten Stufe wurde ein Bericht des Amtes für Raumentwicklung (ARE) „Übersicht über die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes 2004“³ ausgewertet und die entsprechenden Gesetzestexte aus dem systematischen Rechtssammlung kopiert (SR). Um die Abdeckung zu optimieren fand immer noch eine Kontrollektüre der dem einschlägigen Paragraphen benachbarten Gesetzesartikel statt. In gewissen Fällen konnten auf diese Weise Ergänzungen zu der ARE-Liste gefunden werden.

Es gibt aber wichtige Elemente, die nur bedingt berücksichtigt werden konnten. Dies trifft namentlich für die Mehrheit der raumwirksamen Verfügungen auf militärischen Grundstücken oder militärische Auflagen zu. Diese sind ohne Zweifel öffentlich-rechtlicher Natur, unterliegen aber zu einem grossen Teil der Geheimhaltung und sind somit nicht öffentlich zugänglich. Zugänglich sind lediglich militärische Vorschriften, welche die Zonenplanung und Bautätigkeit in der Umgebung militärischer Anlagen sowie den Umgang mit Information betreffend militärischer Einrichtungen betreffen. Nicht zugänglich sind demgegenüber Angaben zu Altlasten des Bodens, Leitungen oder sonstige raumrelevante Fakten. Dieser Umstand muss bei der Konzeptualisierung eines künftigen ÖREB-Katasters berücksichtigt werden.

Die in den Berichten erwähnten Gesetze und Verordnungen wurden anschliessend auf die interessierenden für ÖREB konstitutiven Artikel abgesucht (Die entsprechenden Artikel finden sich in Anhang 4 dieser Arbeit). Mitunter führen wir zum besseren Verständnis weitere Artikel auf.

Pläne nach Bundes- und Kantonsrecht (unterschiedlicher Rechtsnatur)⁴

Es handelt sich hierbei um alle möglichen Pläne auf den drei Verwaltungsebenen. Auf Bundesebene wurde die ganze SR auf die Worte „Plan“ und „Pläne“ und auch auf die Ausdrücke „Zone“/„Zonen“ und „Kataster“ hin durchsucht und die entsprechenden Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen mit Raumrelevanz kopiert. Auf Kantonsebene haben uns die Ämter für Geoinformation einiger Kantone entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt. Auf Gemeindeebene wäre es unübersichtlich, alle Pläne abzufragen. Die kantonale Rechtsprechung verlangt aber, dass die Pläne der Gemeinde von den kantonalen Behörden genehmigt werden, weshalb dies in den von den Kantonen gemeldeten Listen enthalten sein sollten.

² „Bewilligungspflichten des Bundesrechts bei wirtschaftlichen Betätigungen – Heutiger Stand und Entwicklung 1998-2004. Seco – Reihe Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Fassung vom 29.1.2005

„Les procédures d’autorisation fédérales exécutées par les cantons – Rapport complémentaire à l’inventaire et l’évaluation des procédures de droit fédéral de l’économie (FF-1999 7603)“ 10.4.2002

³ „Übersicht über die raumwirksamen Tätigkeiten des Bundes 2004“ Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) Projektleitung: Yvonne Ackermann. Bern, 2004

⁴ Generell-konkrete (eigentümerverbindliche) Erlasse und (bloss behördenverbindliche) Richtpläne.

Bundesgesetze, die mit Inventaren operieren

Diese Gruppe wurde wiederum mit einer Textsuche in der SR ermittelt. Wer nur nach dem Wort „Inventar“ sucht, erhält keine befriedigenden Ergebnisse. Deshalb wurden als weitere Textbausteine folgende Begriffe und Kombinationen von Begriffen gesucht: „Inventare“, „Bundesinventar“, „Inventare der“, „Inventar der“, „ein Inventar“, „das Inventar“, „in ein Inventar“ und „in das Inventar“. Danach noch nach den Begriffen „Liste“, „Liste“ und „Aufzählung“. Einige Begriffe wurden zusätzlich noch mit den Ergänzungen „+Orte“, „+Örtlichkeiten“ und „+Gebiete“ gesucht, um eine vollständigere Abdeckung zu gewährleisten.

Doppelnormen

In einer späteren Phase der Arbeit wurde festgestellt, dass auch sogenannte Doppelnormen, im Zivilgesetzbuch erwähnte Beschränkungen, die öffentliches Recht beinhalten können, auch in diesen Bericht gehören. Eine beschränkte Anzahl dieser Doppelnormen haben Einfluss auf den Grundstücksbesitz, wie zum Beispiel Wegrechte, die auch für die Öffentlichkeit geltend gemacht werden können. Diese Doppelnormen finden sich in der Tabelle 3.5 und sind per Definition eigentümergebunden und an eine bestimmte Parzelle gebunden.

Kategorisierung und Qualifizierung der ÖREB-relevanten Gesetzesbestimmungen

Kategorien

Die im Bundesrecht gefundenen ÖREB wurden schliesslich in drei Kategorien eingeteilt, die auf den Suchkriterien aufbauen und in systematischer Hinsicht verfeinert wurden. Wir haben diese Kategorisierung deshalb gewählt, weil sie zeigt, wie und von wem die auf dem einzelnen Gesetzen basierende Verfügungen erlassen wurden. Es sind folgende vier Kategorien:

1. ÖREB, deren Vollzug schon im Bundesrecht abschliessend geregelt ist und über eine Bundesstelle erfolgt.
2. Im Bundesrecht vorgesehenen ÖREB deren Vollzug den Kantonen obliegt.
3. ÖREB, die nach Bundesrecht durch Pläne konkretisiert werden.
4. ÖREB, die aus Bundesgesetzen entstehen können, die mit Inventaren arbeiten.

Es handelt sich hierbei um Gruppen, die sich teilweise überschneiden und ergänzen. Sie gehören ÖREB der Gruppe 4 in der Regel der einen oder der anderen der übrigen Gruppen an (in denen sie später einmal auftreten sollten). Die Mengen der vier Kategorien überschneiden sich mithin teilweise, doch haben wir der besseren Übersicht halber darauf verzichtet, alle Beschränkungen mehrmals aufzuführen.

Kriterien

Die ÖREB wurden nach mehreren Kriterien genauer qualifiziert. Dies geschah ad hoc und nur auf Basis einer Lektüre der entsprechenden Gesetzesartikel. Die genauere Beschreibung und Qualifikation einzelner ÖREB wird Inhalt der zweiten Phase dieser Studie sein.

Die Qualifizierung wurde folgendermassen vorgenommen:

- Die SR Nummer des Gesetzes aus dem die ÖREB stammen wurde angehängt und direkt mit dem entsprechenden Artikel in Anhang 4 verlinkt.
- Qualifikation der ÖREB nach Art der Eigentumsbeschränkung: Beschränkung der Nutzung des Grundeigentums oder Beschränkung der Dispositionsfreiheit des Grundeigentümers.

- Qualifizierung der ÖREB nach Inhalt: Pflicht oder Recht des Eigentümers auf eine (rechtliche oder finanzielle) Leistung. Bei Subventionen besteht die Beschränkung nicht im Bezug von finanziellen Mitteln, sondern in den mit der Subventionsleistung verbundenen Auflagen.
- Vollzugszuständigkeit: Gemeinde, Kanton oder Bund (Bundesamt)
- Eigentümerverbindlichkeit oder Behördenverbindlichkeit
- Parzellenbezug: könnte man eine genaue Liste der betroffenen Parzellennummern erstellen und davon ausgehen, dass alle nicht erwähnten Parzellen nicht betroffen sind?

1.3 Ergebnisse: Listen der bundesrechtlichen Gesetzesbestimmungen, die öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen begründen

Tabelle 2 Übersicht

Kategorie	Anzahl gefundener ÖREB
Von Bundesbehörden vollzogene ÖREB	31
Durch die Kantone zu vollziehende ÖREB	52
Pläne und Richtpläne	43
Raumwirksame Gesetze, die mit Inventaren operieren	21
Doppelnormen aus dem ZGB	11
Gesamtzahl	158

Von Bundesbehörden vollzogene ÖREB (31)

Geordnet nach SR-Nummer

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümerverbindlich?	Parzellenbezogen?
1	Beiträge des Bundes an Erstellung neuer oder Erweiterung bestehender Anlagen für sportliche Ausbildung		415.01	Art 29	Nutzung	Recht	BASPO	Ja	Ja
2	Direktmassnahme Denkmalschutz	NHG	451	Art 13	Nutzung	Pflicht	BAK	Ja	Ja
3	Direktmassnahme Naturschutz	NHG	451	Art 13	Nutzung	Recht	BUWAL	Ja	Ja
4	Plangenehmigung von militärischen Anlagen	MPV	510.10	Art 1	Nutzung	Pflicht	VBS	Ja	Ja
5	Gewährung von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Interreg III A		616.9	Art 4	Nutzung	Recht	seco ARE	Nein	Nein
6	Gewährung von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Interreg III B		616.9	Art 4	Nutzung	Recht	seco ARE	Nein	Nein
7	Gewährung von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Interreg III C		616.9	Art 4	Nutzung	Recht	seco ARE	Nein	Nein
8	Finanzhilfe an Renaturalisierung von Gewässern	WBG	721.100	Art 7	Nutzung	Recht	Bund	Nein	Nein
9	Konzession für Nutzung der Wasserkraft	WBG	721.80	Art 21	Nutzung	Recht	Bund/Kanton	Ja	Ja
10	Bauvorschriften für Wasserkraftwerke zwecks Wahrung der Schönheit der Landschaft	WRG	721.80	Art 22a	Nutzung	Pflicht	Bund	Ja	Ja
11	Bewilligung für Gebäude an schiffbarer oder noch schiffbar zu machender Wasserstrecke	Wasserrechtsverordnung	721.801	Art 1	Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
12	Projektierungszone für künftige Nationalstrasse	NSV	725.111	Art 9	Nutzung	Pflicht	ASTRA	Ja	Nein
13	Beiträge an Schutzbauten gegen Naturgewalten längs Strassen	MinVG	725.116.2	Art 31	Nutzung	Recht	ASTRA	Nein	Nein
14	Beiträge an strassenverkehrsbedingte Landschaftsschutzmassnahmen	MinVG	725.116.2	Art 28	Nutzung	Recht	ASTRA	Nein	Nein
15	Beiträge an strassenverkehrsbedingte Umweltschutzmassnahmen	MinVG	725.116.2	Art 25	Nutzung	Recht	ASTRA	Nein	Nein
16	Bewilligung für Errichtung einer nuklearen Anlage	AtG	732.11		Nutzung	Recht	BFE	Ja	Ja
17	Baulinie für künftige Eisenbahnanlage	EBG	742.101	Art 18q	Nutzung	Pflicht	BAV	Nein	Nein
18	Beschränkungen im Interesse der Sicherheit der Bahn	EBG	742.101	21 IX	Nutzung	Pflicht	BAV	Ja	Nein
19	Projektierungszone für künftige Eisenbahnanlage	EBG	742.101	Art 18n	Nutzung	Pflicht	BAV	Nein	Nein
20	Recht auf Entschädigung bei öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen durch Eisenbahnbau	EBG	742.101	Art 18u	Nutzung	Recht	BAV	Ja	Ja
21	Freihaltung für Eisenbahnlinie	EBG EntG	VPVE 742.101 742.142.1		Nutzung	Pflicht	BAV	Ja	Nein

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümerverbindlich?	Parzellenbezogen?
22	Plangenehmigung von elektrischen Anlagen	VPVE	742.142.1		Nutzung	Recht	BFE	Ja	Ja
23	Luftseilbahn	LKV	743.11		Nutzung	Recht	BAV	Ja	Nein
24	Plangenehmigung von Rohrleitungsanlage	RLG RLV RLS	746.1 746.11		Nutzung	Pflicht	BFE ERI	Ja	Nein
25	Projektierungszonen für Flugplatz	VIL	748.131.1	Art 27h	Nutzung	Pflicht	BAZL	Ja	Nein
26	Allgemeine Direktzahlung	DZV	910.13		Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
27	Ethobeiträge	DZV	910.13		Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
28	Ökobeiträge	DZV	910.13		Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
29	Subvention Ackerbau	ABBV	910.17		Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
30	Milchkontingent	MKV	916.350.1	Art 1	Nutzung	Recht	Bund	Ja	Ja
31	Subvention für Walderhaltung und zum Schutz vor Naturereignissen	WaG WaV	921.01		Nutzung	Recht	BUWAL	Ja	Nein
	Bilanz: 31		Wichtigste Titel aus SR: 41, 45, 61, 72, 73, 74, 91, 92		N: 31 D: 0	Pflicht: 9 Recht: 21	Bundesämter: BASPO BAK BUWAL SECO ARE ASTRA BFE BAV ERI BAZL	Ja: 22 Nein: 9	Ja: 15 Nein: 16

Durch die Kantone zu vollziehende ÖREB (52)

Geordnet nach SR-Nummer

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	Auflage (konkret)
1	Denkmalschutz	NHG	451	Art 13	Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	
2	Naturschutzgebiet	NHG	451	Art 13	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
3	Vernetzungsprojekte	NHV	451.1	Art 15	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
4	Meldepflicht für Bau- oder Zonungsmassnahmen im Bereich militärischer Anlagen	Verordnung über den Schutz militärischer Anlagen	510.518.1	Art 9	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
5	Vorschriften über die Vermessung und Pläne betreffend militärischer Anlagen	Verordnung über den Schutz militärischer Anlagen	510.518.1	Art 9	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
6	Baubewilligung	Raumplanungsgesetz	700	Art 22	Nutzung	Recht	Kanton/Gemeinde	Ja	Ja	
7	Massnahmen zum Hochwasserschutz	WBG	721.100	Art 3	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Nein	
8	Abgeltung bei Bauten für Hochwasserschutz	Verordnung über den Wasserbau	721.100.1	Art 211	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
9	Deklaration schiffbarer Strecken	WRG	721.80	Art 24a	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
10	Bundesbeitrag an Umweltschutzmassnahmen bei Strassen	Verordnung über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung	725.116.244	Art 2	Nutzung	Recht	Kanton	Nein	Nein	
11	Schutzbereich geologisches Tiefenlager	Kernenergiegesetz	732.1	Art 40	Nutzung	Pflicht	Bund/ Kanton	Nein	Nein	In Richt- und Nutzungsplan einzutragen
12	Regelung des Strassenverkehrs	SVG	741.01	Art 32	Nutzung	Pflicht	Kanton/Gemeinde	Nein	Nein	
13	Bewilligungen für Luftseilbahnen und Schlepplifte	vlob	743.21	Art 16	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
14	Baueinschränkung nahe Rohrleitung	RLV	746.11	Art 26	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
15	Lärmzone Flughafen	LFG	748	Art 42	Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Im Richt- und Nutzungsplan zu berücksichtigen
16	Sicherheitszone Flughafen	LFG	748	Art 42	Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Im Richt- und Nutzungsplan zu berücksichtigen
17	Hindernisbegrenzungszone	VIL	748.131.1	Art 62	Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Im Richt- und Nutzungsplan zu berücksichtigen
18	Sanierungspflicht	USG	814.01	Art 16	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
19	Auflagen für Besitzer von Verkehrswegen gemäss Störfallverordnung	StfV	814.012	Anh 2.3	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
20	Nutzungsbeschränkung belasteter Böden	VBBo	814.12	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	Auflage (konkret)
21	Abgeltung für Massnahmen der Landwirtschaft zur Verminderung der Abschwemmung und Auswaschung von Stoffen	GschG	814.20	Art 62a	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
22	Gewässerschutzbereich	GschG	814.20	Art 19	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	Vorschriften vom Bund
	Grundwasserschutzareal	GschG	814.20	Art 21	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
23	Grundwasserschutzzone	GschG	814.20	Art 20	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	Vorschriften vom Bund
24	Kataster von belasteten Standorten	AltIV	814.20	1,2,5 und 6	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
25	Grundwasseraustritte, fassungen und anreicherungsanlagen	GSchV	814.201	30	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
26	Einleitung verschmutztes Abwasser (Betriebsentwässerung)	GschV	814.201	6ff	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
27	Wasserrechte, Ort der Wasserentnahme und Wasserabgabe	GSchV	814.201	33, 36	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
28	Gewässersanierung	Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten	814.202	Art 12	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Kataster der Bewilligungspflichtigen Anlagen
29	Lärmschutzzonen Ausscheidung von Empfindlichkeitsstufen in der Nutzungsplanung	Lärmschutz-Verordnung	814.41	Art 44 43	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Im Richt- und Nutzungsplan zu berücksichtigen
30	Bundesbeitrag für Sanierungen und Schallschutzmassnahmen bei Strassenanlagen	LSV	814.41	Art 21	Nutzung	Recht	Kanton	Nein	Nein	
31	Radongebiet	Strahlenschutzverordnung	814.501	Art 115	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Kantone sind zu vermehrten Messungen verpflichtet
32	Grenzwerte nichtionisierender Strahlung	NISV	814.710	Art 16	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Grenzwerte sind beim Ausscheiden von Bauzonen zu berücksichtigen
33	Betriebshilfedarlehen	SBMV	914.11		Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
34	Rodungsbewilligung	Bundesgesetz über den Wald	921.0	Art 11	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
35	Rodungsbewilligungen	WaV	921.01	Art 4-11	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
36	Betriebspläne/Massnahmenplanungen	WaV	921.01	Art 49	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
37	Integral geschützte Gebiete	Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete	922.31	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Kontrolle nur in Ausnahmefällen
38	Jagdbanngebiet	Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete	922.31	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Keine permanenten Salzlecken, Fütterungen. Kontrolle Wildbestand

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	Auflage (konkret)
39	Partiell geschützte Gebiete	Verordnung über die eidgenössischen Jagdbannggebiete	922.31	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Regelmässige Bestandesreduktionen
40	Bewilligung für die Gewinnung und das Waschen von Kies, Sand und anderen Stoffen in Gewässern	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
41	Bewilligung für Fischzuchtanlagen	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
42	Bewilligung für landwirtschaftliche Entwässerungen	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
43	Bewilligung für maschinelle Reinigungsarbeiten in Gewässern	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
44	Bewilligung für Verkehrsanlagen	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
45	Bewilligung für Wassereingleitungen	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
46	Bewilligung für Wasserentnahmen	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
47	Bewilligung Nutzung der Wasserkräfte	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
48	Bewilligung Seeregulierung	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
49	Bewilligung zur Bebauung von Flüssen und Bächen sowie zur Uferrodung	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
50	Bewilligung zur Schaffung künstlicher Fliessgewässer	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
51	Bewilligung zur Verlegung von Leitungen in Gewässer	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 8	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
52	Erhaltung und Verbesserung der Laichgebiete und Lebensräume	Bundesgesetz über die Fischerei	923.0	Art 7	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
53	Designation Fremdenverkehrsgebiet		935.12	Art 5	Nutzung	Recht	Kanton	Nein	Nein	
	Bilanz: 53		Wichtigste Titel aus SR: 45, 51, 72, 73, 74, 81, 91, 92, 93		N: 53 D: 0	Pflicht: 44 Recht: 9	Bundesämter: BUWAL BAZL	Ja: 34 Nein: 19	Ja: 24 Nein: 29	

Pläne und Richtpläne (43)

Nr	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	
1	Sachplan Militär		510.51	Art 6	Nutzung	Pflicht	VBS	Ja	Nein	
2	Schutzzonen (Überlagerung, Beispiele: Hecken, Naturobjekte, Kulturobjekte, Uferschutzstreifen, geschützte Waldränder)	RPG NHG	700 451	17, 26 4, 18	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
3	Fruchfolgefächern	RPV	700.1	Art 26-30	Nutzung	Pflicht	Kantone	Nein	Nein	
4	Nutzungsplan	RPV	700.1		Nutzung	Pflicht	Gemeinde/ Kanton	Ja	Nein	
5	Richtplan	RPV	700.1	2. Kapitel	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
6	Sachplan	RPV	700.1	Art 14-25	Nutzung	Pflicht	ARE	Nein	Nein	
7	Wanderweg	Fuss- und Wanderwege	704	Art 1	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Wanderwegnetzplan
8	Fuss- und Wanderwegnetz	FWV	704.1		Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
9	Hochwasserschutzzone (Gefahrengebiet)	Verordnung über den Wasserbau	721.100.1	Art 21	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Gefahrenkataster (In Raumplanung zu berücksichtigen)
10	Baulinien Nationalstrassen	NSV	725.111	Art 6	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
11	Projektierungszonen Nationalstrassen	NSV	725.111	Art 7	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
12	Sachplan NEAT		742.104	8bis	Nutzung	Pflicht	BfV	Ja	Nein	
13	Sachplan Wasserstrassen	Verordnung über die Freihaltung von Wasserstrassen	747.219.1	Art 5	Nutzung	Pflicht	Bundesamt für Wasserwirtschaft	Ja	Nein	
14	Sicherheitszone Flughafen	LFG VIL	748.0 748.131.1		Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Zonenpläne
15	Erstellung von Hindernisbegrenzungskatastern für die Flugplätze	VIL	748.131.1		Nutzung	Pflicht	BAZL	Ja	Nein	Hindernisbegrenzungskataster für Flughäfen
16	Hindernisbeschränkungskataster	VIL	748.131.1	Art 62	Nutzung	Pflicht	BAZL	Ja	Nein	Hindernisbegrenzungskatasterplan
17	Projektierungszonen für Flugplatz	VIL	748.131.1	Art 27h	Nutzung	Pflicht	BAZL	Ja	Nein	
18	Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt		748.131.1	Art 3a	Nutzung	Pflicht	BAZL	Ja	Nein	

Nr	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	
19	Leitungskataster	BG über Radio und Fernsehen	784.4	Art 9	Nutzung	Pflicht	BAKOM	Ja	Nein	Kataster und Sendernetzplan
20	Erstellung des eidgenössischen Risikokatasters (ERKAS) über die Gefahrenpotentiale in der Schweiz	StFV	814.012		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	ERKAS (in Arbeit)
	Gewässersanierung	Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten	814.202	Art 12	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	Kataster der Bewilligungspflichtigen Anlagen
21	Lärmbelastete Zone wegen Eisenbahnlinie	LSV	814.41		Nutzung	Pflicht	BAV	Nein	Nein	Lärmkataster
22	Lärmbelastungskataster für die Flugplätze	LSV	814.41		Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Lärmkataster
23	Lärmbelastete Zone wegen militärischem Flughafen	LSV	814.41		Nutzung	Pflicht	BAZL	Nein	Nein	Lärmkataster
24	Aufstufung der Empfindlichkeitsstufen	LSV	814.41	Art 43, Abs 2	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
25	Sanierung belasteter Standorte		814.680	Art 5	Nutzung	Recht	Bund (sonst Kantone)	Ja	Nein	Kataster mit Dringlichkeitsstufen
26	Bundeshilfe zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	VWBG	844	Art 3	Nutzung	Recht	BWO	Ja	Ja	eidgenössische landwirtschaftliche Produktionskataster
27	Bewilligung für Rebepflanzung	LwG Weinverordnung	910.1 916.140		Nutzung	Pflicht	BLW	Ja	Nein	Art. 4 Rebbaukataster
28	Ökologische Ausgleichsflächen	DZV ÖQV Landw. Datenverordnung NHV	910.13 910.14 919.117.71 451.1	Art 1 Art 1 Art 3, 8 Art 15	Nutzung	Pflicht	Kanton	Nein	Nein	
29	Ackerbauzone	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
30	Bergzone I	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
31	Bergzone II	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
32	Bergzone III	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
33	Bergzone IV	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
34	Erweiterte Übergangszone	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	

Nr	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	
35	Hügelzone	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
36	Übergangszone	LZV	912.1	Art 1	Nutzung	Recht	BLW	Ja	Nein	
37	Abgrenzung Wald-Bauzone	WaG	921.0	Art 13	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
38	Waldabstand	WaG	921.0	Art 17	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
39	Waldschongebiete	WaG	921.0	Art 14	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
40	Waldgrenzen, Waldfeststellung	WaV	921.01	Art 1 & 12	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
41	Waldreservate kantonal und kommunal	WaV	921.01	Art 49	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	
42	Erntebestände Forstliches Vernehmungsgut	Verordnung über forstliches Vernehmungsgut	921.552.1	Art 5	Nutzung	Pflicht	Bund	Nein	Nein	Kataster der Erntebestände des Forstlichen Vernehmungsgutes, dessen Herkunft nachgewiesen ist
43	Finanzhilfe für wirtschaftliche Erneuerungsgebiete		951.931		Nutzung	Recht	seco	Ja	Nein	Im Artikel 1 von 951.931.1 aufgelistet
Bilanz: 43			Wichtigste Titel aus SR 51, 70, 72, 74, 78, 81, 84, 91, 92, 95		N: 43 D: 0	Pflicht: 32 Recht: 11	Bundesämter: BAKOM, BLW, VBS, ARE, BfV, Amt für Wasserwirtschaft, BAZL, BUWAL, BAV, BWO, seco	Ja: 29 Nein: 14	Ja: 1 Nein: 42	

Raumwirksame Gesetze, die mit Inventaren operieren (21)

Nr	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	Inventar
1	Historische Strasse				Nutzung	Pflicht	ASTRA	Ja	Nein	
2	Naturdenkmal	NHG VBLN	451 451.11	NHG Art 5 VBLN Art 1-2	Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung
3	Inventar der Naturobjekte regionaler Bedeutung	NHV	451.1	14, 18	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
4	Auenlandschaft nationaler Bedeutung	Auenverordnung	451.31		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Auengebiete von nationaler Bedeutung
5	Hochmoor nationaler Bedeutung	Hochmoorverordnung	451.32		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung
6	Flachmoor nationaler Bedeutung	Flachmoorverordnung	451.33		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Flachmoore von nationaler Bedeutung
7	Amphibienlaichgebiet nationaler Bedeutung	AlgV	451.34		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung - ortsfeste Objekte
8	Amphibienlaichgebiet nationaler Bedeutung	AlgV	451.34		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung - Wanderobjekte
9	Amphibienlaichgebiet nationaler Bedeutung	AlgV	451.34		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der nicht definitiv bereinigten Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung
10	Moorlandschaft nationaler Bedeutung	Moorlandschaftsverordnung	451.35		Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Liste der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und nationaler Bedeutung
11	Schützenswertes Ortsbild	NHG VISOS	451 ; 451.12		Nutzung	Pflicht	BAK	Ja	Nein	Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz
12	Schiffbare Strecken nach Bundesrecht	WRG	721.80	Art 24a	Nutzung	Recht	Bund	Nein	Nein	im Gesetzesartikel eingetragen
13	Nationalstrasse	Bundesbeschluss über das Nationalstrassenetz	725.113.11	Art 1			ASTRA	Ja	Nein	Liste der schweizerischen Nationalstrassen

Nr	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümerverbindlich?	Parzellenbezogen?	Inventar
14	Gebirgslandeplatz	VIL	748.131.1		Nutzung	Recht	BAZL	Ja	Ja	
15	Wasserversorgungsanlage	GschG	814.20	Art 58	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	Inventar über Wasserversorgungsanlagen
16	Grundwasservorkommen	GschG	814.20	Art 58	Nutzung	Pflicht	Kantone	Ja	Nein	Inventar über Grundwasservorkommen
17	Inventar der bestehenden Wasserentnahmen	GschV	814.201	36	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
18	Zu deklarierende Tankanlage	VWF	814.202	Art 12	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	Tankkataster
19	Ablagerungs- Betriebs- Unfallstandort	USG	814.680	1,2,5,6	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Nein	Kataster von belasteten Standorten
20	Jagdbanngebiet	JSG VEJ	922.31	Art 2	Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Bundesinventar der eidgenössischen Jagdbanngebiete
21	Zugvogelreservat von nationaler und internationaler Bedeutung	WZVV	922.32	Art 2	Nutzung	Pflicht	BUWAL	Ja	Nein	Bundesinventar der Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung
	Bilanz: 21		Wichtigste Titel aus SR: 45, 72, 74, 92		N: 21 D: 0	Pflicht: 17 Recht: 4	Bundesämter: ASTRA BAK BAZL BUWAL	Ja: 7 Nein: 14	Ja: 5 Nein: 16	

Doppelnormen (11)

Nr.	Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung	Pflicht oder Recht	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?
1	Durchleitungsrecht	ZGB	210	676 , 691 , 742	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
2	Beschränkungen	ZGB	210	680ff	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
3	Abstandsvorschriften	ZGB	210	686	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
4	Wegrecht	ZGB	210	694 , 695 , 740	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
5	Einfriedung	ZGB	210	697	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
6	Recht auf Zutritt	ZGB	210	699	Nutzung	Recht	Ja	Ja
7	ÖREB	ZGB	210	702	Nutzung/ Dispositi- onsfrei- heit	Recht/Pflicht	Ja	Ja
8	Bodenverbesserungen	ZGB	210	703	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
9	Grunddienstbarkeit	ZGB	210	733	Nutzung	Pflicht	Ja	Ja
10	Baurecht	ZGB	210	779	Nutzung	Recht	Ja	Ja
11	Baulinien	ZGB	210	962	Nutzung	Recht	Ja	Ja
	Bilanz: 12				N: 11 D: 1	Pflicht: 8 Recht: 4	Ja: 11 Nein: 0	Ja: 11 Nein: 0

2 Detailuntersuchungen zur Praxis von elf öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen in drei Kantonen (VD, AG, BE)

2.1 Einführung

Diese Detailuntersuchungen sind der zweite Teil der von der Gruppe SIDIS in Auftrag gegebenen Studie zu „gesetzlichen Bestimmungen des Bundesrechts, die ÖREB begründen“. Im Teil 1 wurde in einem Screening ein Überblick über die bundesrechtlichen Eigentumsbeschränkungen verschafft und diese wurden anschliessend nach verschiedenen Kriterien qualifiziert und in Gruppen unterteilt. Gleichzeitig wurde untersucht, welche Eigentumsbeschränkungen und Dienstbarkeiten öffentliche-rechtlicher Natur die Kantone nach heutiger Praxis in die Grundbücher eintragen lassen.

Die Detailuntersuchungen dieses zweiten Teils sollen es der Gruppe SIDIS ermöglichen, genauer zu verstehen, wie einzelne Beschränkungen des Bundesrechts in der Praxis angewandt werden und worin die Unterschiede zwischen den Kantonen bestehen können. Sie sollen eine Entscheidungsgrundlage liefern, um über den Sinn und die technische Machbarkeit der Aufnahme einzelner Bestimmungen in ein Geoinformationssystem auf nationaler Ebene urteilen zu können.

Zu diesem Zweck untersucht dieser zweite Teil acht von der Gruppe SIDIS ausgewählte Eigentumsbeschränkungen in drei Kantonen genauer. Zusätzlich soll die provisorische Qualifizierung der Eigentumsbeschränkungen aus dem ersten Teil auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden.

2.2 Vorgehen

Auswahl der Untersuchungsobjekte

Die Gruppe SIDIS hat aus dem ersten Teil der Studie acht mögliche Eigentumsbeschränkungen für die Detailuntersuchungen ausgewählt. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass alle dort verwendeten Kriterien und Untergruppen vertreten sind.

Folgende Untergruppen wurden im ersten Teil der Studie untersucht:

- Verfügungen, welche die Bundesverwaltung erlässt,
- Verfügungen, deren Ausführung der Bund den Kantonen überlässt,
- Pläne und
- Bundesgesetze, die mit Inventaren operieren.

Die einzelnen Kriterien waren:

1. Begründet die Verfügung für den Eigentümer eine Pflicht oder ein Recht auf eine Leistung seitens der Behörden?
2. Ist die Verfügung für den Eigentümer oder ausschliesslich für die Behörden verbindlich?
3. Wie lassen sich die Elemente der graphischen Darstellung der konkretisierten Verfügung über den Parzellenplan legen? Sind der Massstab und die graphischen Elemente der Karte auf denjenigen des Parzellenplans übertragbar? Zusätzlich ist es wünschenswert, dass die

graphischen Elemente einen direkten Bezug zu den Parzellen haben und Parzellen entweder ganz oder gar nicht betroffen sind.

4. Handelt es sich um eine Beschränkung der Nutzung oder eine Beschränkung der Dispositionsfreiheit?

Die Gruppe SIDIS hat an der Sitzung vom 28. Oktober, als der Zwischenbericht vorgestellt wurde, folgende acht Verfügungen ausgewählt, in der das vierte Kriterium nicht vertreten ist:

Tabelle 1: Die acht von der Gruppe SIDIS ausgewählten Eigentumsbeschränkungen

Kategorie	Beschränkung	Pflicht oder Recht?	Eigentümerverbindlich?	Parzellenbezogen?
Bund	Projektierungszone für Eisenbahnlinie (SR 742.101 Eisenbahngesetz)	Pflicht	Ja	Nein
Kantone	Hochwasserschutz (SR 721.100.1)	Recht	Ja	Ja
	Baubewilligung (SR 700)	Recht	Ja	Ja
	Meldepflicht für Bau- oder Zonungsmassnahmen im Bereich militärischer Anlagen (SR 510.518.1)	Pflicht	Nein	Nein
	Grundwasserschutzzone (SR 914.20)	Pflicht	Ja	Nein
Pläne	Bergzone 1 (landwirtschaftliche Zonenverordnung SR 912.1)	Recht	Ja	Ja
	Empfindlichkeitsstufen (Lärmschutz SR 814.41)	Pflicht	Nein	Nein
Inventare	Schützenswertes Ortsbild (ISOS 451.12)	Pflicht	Ja	Nein

Untersuchungskriterien

Zehn Kriterien definierten wir als zentral um über die Aufnahme in ein Geoinformationssystem entscheiden zu können. Diese ergaben sich einerseits aus den Qualifikationskriterien der Voruntersuchung, die wir auf ihre Richtigkeit überprüfen wollten. Weitere Kriterien ergeben sich aus Anforderungen für graphische Darstellungen für eine Aufnahme in ein Geoinformationssystem und aus der Interessenlage der Nutzer.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Die Dauer der Gültigkeit einer Anordnung ist wichtig für eine angemessene Einschätzung des Grundstückswerts und um eventuelle Schwankungen dieses Wertes vorausszusehen. Zudem ist die Kenntnis dieser zeitlichen Parameter unumgänglich um zu beurteilen, ob sich die Aufnahme in ein Geoinformationssystem vom administrativen Aufwand her lohnt.

Betroffene Nutzung

Der Eigentümer einer Parzelle oder ein potentieller Käufer hat ein grosses Interesse zu wissen, welche Nutzungen von der Beschränkung betroffen sind. Der Grad der Einschränkung einer bestimmten Nutzung kann verschieden hoch sein. Beides hat einen direkten Einfluss auf den Verkehrswert einer Parzelle.

Finanzielle Abgeltung

Mehrere Beschränkungen geben Anrecht auf finanzielle Leistungen seitens der Behörden (Subventionen, Entschädigungen), die direkt oder indirekt mit der Beschränkung verknüpft sind. Die Art, der Umfang und das Verfahren zum Erhalt dieser Kompensationen sind von grossem Interesse für die Nutzer eines nationalen GIS.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Viele Auflagen beschränken nicht nur das Recht auf die Nutzung und die Ausübung des Eigentums, sondern verpflichten den Eigentümer zu spezifischen Leistungen oder finanziellen Abgaben.

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Umfang und die Art der Definition des von einer Verfügung betroffenen Gebietes sind wichtig, um die graphischen Darstellungsmöglichkeiten in einem GIS zu beurteilen.

Betroffenheit von Linien oder von Flächen

Gewisse Verfügungen (Bauvorhaben, Abstände zu besonderen Anlagen) werden mit präzisen Linien konkretisiert, während die anderen raumwirksamen Verfügungen über vorher definierte Flächen in den Raum geschrieben werden. Die Natur der räumlichen Elemente einer Verfügung ist von zentraler Bedeutung für ihre Darstellung in einem Geoinformationssystem.

Art der Kontrolle der Einhaltung der Verordnung

Es ist erstens wichtig zu wissen, aufgrund welcher Kriterien über die räumliche Gestaltung einer Anordnung entschieden wird und ob die räumlichen Elemente angepasst werden können. Ferner ist es unumgänglich zu wissen, ob und wie die Einhaltung der mit der Anordnung verbundenen Auflagen kontrolliert wird.

Sichtbarkeit im Feld

Während einige öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen bei der Besichtigung eines Grundstücks dem Nutzer als offensichtlich erscheinen (z.B. Bauhöhen unter Hochspannungsleitungen), so lassen sich andere Beschränkungen nur aufgrund einer Nachfrage bei den entsprechenden Stellen erkennen. In beiden Fällen ist die Bereitstellung der Information in einem Geoinformationssystem wünschenswert; Priorität sollte dabei jedoch den weniger offensichtlichen Beschränkungen gegeben werden.

Die räumliche Stabilität

Die räumliche Stabilität ist eng mit den zeitlichen Parametern verknüpft. Beide Variablen hängen eng mit der Häufigkeit der Revisionen der entsprechenden Beschränkung zusammen. Die räumliche Stabilität berücksichtigt aber auch, wie stark sich die geometrischen Parameter bei einer Revision ändern können. Für den Nutzer eines Geoinformationssystems ist diese Information wichtig, falls keine garantiert aktuellen Daten zur Verfügung stehen.

Für die Behörden bedeuten Verfügungen, deren räumliche Parameter sich häufig und stark ändern, erhebliche Mehrkosten im Unterhalt eines Geoinformationssystems.

Die Parzellenspezifität

Inwiefern die räumlichen Elemente einer Verfügung auf den Parzellenplan passen oder mit diesem verknüpft sind, ist eine zentrale Frage für die Gruppe SIDIS. Eine Verfügung kann als parzellenbezogen bezeichnet werden, wenn klar ist, welche Parzellen von dieser Verfügung betroffen sind und welche Parzellen ausgeschlossen werden können.

Ein Plan ist dann parzellenscharf, wenn sein Massstab und die Genauigkeit der Definition der geometrischen Elemente ein Übereinanderlegen mit dem Parzellenplan erlauben. Sind Pläne parzellenscharf, lässt sich genau sagen, inwieweit Parzellen davon betroffen sind und auf welchen Teilen einer Parzelle der Nutzer von den mit der Anordnung verbundenen Auflagen betroffen ist. Unpräzise definierte Anordnungen bedürfen eines weiteren Konkretisierungsaktes seitens der Behörden, um festzulegen, ob der Nutzer die gewünschte Nutzung ausüben kann oder nicht.

Die Frage der Auflösung und des Zusammenhangs zwischen räumlichen Elementen einer Verfügung und dem Parzellenplan ist noch nicht geklärt. Sie wird zur Zeit sowohl von politischer, als auch von wissenschaftlicher Seite weiter untersucht¹. Die erwähnten Definitionsversuche sind deshalb nur für diese Arbeit gültig.

Datenerhebung

Um kantonale Unterschiede, die wir aus den Erfahrungen aus dem ersten Teil der Studie als relativ stark einstufen, aufzeigen zu können, haben wir für jede der acht Typen von Eigentumsbeschränkungen drei Detailuntersuchungen in verschiedenen Kantonen durchgeführt.

Die Auswahl der Kantone beruht einerseits auf geographischen und strukturellen Kriterien, andererseits auf den Erfahrungen, die wir anlässlich der Informationsbeschaffung im ersten Teil der Studie machten, denn einige Kantone erwiesen sich in der Bereitstellung der Informationen als wesentlich kooperativer und zugänglicher.

- Wir wählten den Kanton Bern aus, weil er seit einigen Jahren daran ist ein Amt für Geoinformation aufzubauen; der Kanton hat uns im ersten Teil der Studie gute Informationen bereit gestellt.
- Wir wählten den Kanton Waadt, weil er der breiten Öffentlichkeit ein gutes und übersichtliches Geoinformationssystem² zugänglich gemacht hat.
- Den Kanton Aargau wählten wir, weil dieser Kanton den Gemeinden in vielerlei Hinsicht eine grössere Autonomie lässt als die anderen Kantone; ausserdem ist ein Mitglied der Gruppe SIDIS³ in diesem Kanton tätig, was uns einen leichteren Zugang zu den Informationen ermöglicht hat.

Datenbeschaffung

In einer ersten Phase wurden Anfragen zu allen acht Typen von Eigentumsbeschränkungen und den vorgestellten Kriterien an die kantonalen Behörden verschickt. Auf diese Weise liessen sich jedoch nur wenig verwertbare Informationen beschaffen. Die gesuchten Informationen verlangten relativ gute Sachkenntnisse und viele Dokumente standen nicht zentral zu Verfügung.

¹ Prof. Dr. Jean-Baptiste Zufferey von der Universität Fribourg arbeitet zur Zeit an einer Studie zur Beziehung von Plan und Text.

² www.geoplanet.vd.ch zuletzt besucht am 27.2.2006

³ Martin Tschannen ist Planer in der Abteilung Raumentwicklung im Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau.

In einer weiteren Phase wurden die Kontakte, die wir im ersten Teil der Studie geknüpft hatten, für zielgerichtete Anfragen zu einzelnen Themen verwendet. Oft konnten dadurch die Fragen zwar nicht beantwortet werden, aber es liessen sich die kompetenten Fachstellen ausfindig machen. Diese wurden daraufhin per E-mail oder telefonisch kontaktiert um präzise Informationen zu erhalten.

In einer dritten Phase wurde das abzusuchende Feld erweitert, um an jene Informationen zu gelangen, von denen die kantonalen Behörden keine Kenntnis hatten, weil sie entweder dezentral verwaltet werden, oder wie in einigen Fällen schlicht unbekannt waren. Dies war insbesondere der Fall für die Freihaltung für eine künftige Eisenbahnlinie und für die Deklarationspflicht rund um militärische Anlagen.

Zum Schluss mussten einige Amtsstellen erneut kontaktiert werden, um Verständnisfragen zu klären oder einige Resultate zu bestätigen oder zu präzisieren.

2.3 Präsentation

Die Resultate werden in diesem Bericht thematisch geordnet, um die kantonalen Unterschiede besser aufzeigen zu können. Innerhalb der einzelnen Kapitel werden die einzelnen Untersuchungskriterien immer in der selben Reihenfolge präsentiert, um eine bessere Vergleichbarkeit zu erreichen. Dies hat zur Folge, dass sich manche Antworten wiederholen; diese Darstellungsweise zeigt aber Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Kantonen.

Zu Beginn eines jeden Kapitels wird die einschlägige gesetzliche Bestimmung, die bereits im Anhang des ersten Teils der Studie zu finden ist, rekapituliert.

In einigen Kapiteln machte es Sinn, die Definitionen für alle drei Kantone gemeinsam vorwegzunehmen, während in anderen Kapiteln die kantonalen Unterschiede auch auf der verwaltungstechnischen Ebene derart stark sind, dass eine individuelle Beschreibung der relevanten Regelungen sinnvoll erschien.

Am Ende jedes Datensatzes wurde wenn möglich ein Kartenbeispiel angehängt, auf dem die entsprechende Anordnung ersichtlich ist. So können sich die Lesenden ein besseres Bild von den räumlichen Elementen der einzelnen Beschränkungen machen, andererseits werden auch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Darstellung aufgezeigt. In den meisten Fällen stammen diese Planauszüge aus den kantonalen Geoinformationssystemen oder direkt aus den zugrunde liegenden Plänen.

Am Ende jedes der acht Kapitel werden die wichtigsten Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Kantonen aufgezeigt. Zudem werden die Resultate mit den Qualifizierungen aus dem ersten Teil der Studie verglichen.

Auf der Basis der Resultate zu den einzelnen Themenbereichen wird abschliessend eine Empfehlung über den Sinn und den Nutzen einer graphischen Darstellung in einem GIS gemacht.

2.4 Grundwasserschutzzonen

SR 814.20 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991

Art. 20 Grundwasserschutzzonen

¹ Die Kantone scheiden Schutzzonen für die im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen und -anreicherungsanlagen aus; sie legen die notwendigen Eigentumsbeschränkungen fest.

² Die Inhaber von Grundwasserfassungen müssen:

- a. die notwendigen Erhebungen für die Abgrenzung der Schutzzonen durchführen;
- b. die erforderlichen dinglichen Rechte erwerben;
- c. für allfällige Entschädigungen von Eigentumsbeschränkungen aufkommen.

Definitionen

Die Grundwasserschutzzonen werden in drei Typen unterteilt, wofür geologische und hydrologische Kriterien massgebend sind:

- Die Zone S1, der Fassungsbereich, wird aufgrund der Art der Erschliessung des Grundwassers definiert und ihr Radius ist bis auf etwa 5m bekannt. Sie umschreibt normalerweise eine Fläche von mindestens 10 Metern Radius um die Fassung.
- Die Zone S2 umfasst das Gebiet, in dem das Grundwasser eine unterirdische Abflusszeit von zehn Tagen benötigt. Entsprechende Daten stammen aus Versuchen mit Markierflüssigkeit, soweit solche Versuche glücken.
- Die Zone S3 ist normalerweise etwa doppelt so gross wie eine Zone S2 und deckt eine Fläche ab, für die mit einer unterirdischen Abflusszeit von 20 bis 30 Tagen zu rechnen ist. Der Umfang einer solchen Zone variiert folglich, je nach geologischen Gegebenheiten und generellem Grundwasserstand. Man kann sie nur auf etwa 10 bis 50 Meter genau einschätzen.

Kanton Waadt

Kontaktperson: Michel Marrel. Kantonaler Hydrogeologe, Département de la sécurité et de l'environnement (DSE), Service des eaux, sols et assainissement (SESA)

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Nach den Richtlinien des Bundes müssen die Grundwasserschutzzonen ungefähr alle zehn Jahre neu überprüft werden. Dies ist aber in der Praxis nicht realisierbar, denn schon die erstmalige Festlegung dieser Zonen für die etwa 400 waadtländischen Fassungen war sehr aufwändig. Nach der Bundesregelung müssten bei allen 800 Grundwasserschutzzonen auf dem Gebiet des Kantons demnach alle zehn Jahre öffentliche Untersuchungen mit normalerweise mehreren Einsprache- und Rekursverfahren durchgeführt werden.

Es kommt aber vor, dass Verschmutzungen infolge von Unfällen zu einer Revision der Schutzzone führen, oder dass zu klein bemessene Zonen in einem späteren Zeitpunkt ausgedehnt werden. Das sind aber sehr seltene der Fälle. Solche Änderungen sind prozedural und aufwandmässig der Schaffung neuer Schutzzonen gleichzustellen.

Betroffene Nutzung

Das Grundwasser ist als Gemeinschaftsgut zu betrachten und dessen Schutz ist wichtiger als das Landnutzungsrecht von Einzelpersonen. Demnach ist der Eigentümer einer Parzelle in einer Schutzzone selbst für seine auf dem betroffenen Gebiet befindlichen Anlagen (Abwasser, Öltank, Garten, Pflanzenschutzmittel etc) verantwortlich. Er darf keine Grundwasserverschmutzungen verursachen und ist gehalten, den Auflagen nicht entsprechende Installationen so schnell wie möglich und auf eigene Kosten anzupassen.

Die Zone S3 ist die mit den am wenigsten einschneidenden Auflagen verbundene Grundwasserschutzzone und hier ist der Bau von Wohnimmobilien erlaubt, sofern die Sicherheit gefährlicher Anlagen gewährleistet ist.

In den Zonen S1 und S2 sind die eigentumsbeschränkenden Auflagen wesentlich restriktiver. Hier müssen etwa dann, wenn der Nitratgehalt des Grundwassers den Grenzwert überschreitet, auch die landwirtschaftlichen Anbaupraxis oder der Düngemiteleinsatz beschränkt werden. Eine häufige Anordnung zur Senkung der Nitratbelastung besteht in der Anordnung des Betriebs extensiver Weiden, die ihrerseits bakteriologische Schutzmassnahmen notwendig machen.

Finanzielle Abgeltung

Der Grundeigentümer ist verpflichtet den Schutz des Grundwassers unter seinem Grundstück sicherzustellen. Im Prinzip gehen Schutz- oder Sanierungsmassnahmen zu seinen Lasten. Dies erklärt die verhältnismässig hohe Zahl von Rekursen anlässlich der Festlegung neuer Grundwasserschutzzonen.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer muss umweltgefährdende Anlagen, wie defekte oder nicht abgesicherte Öltanks oder Abwasserleitungen, in einem „verhältnismässigen“ Zeitraum sanieren. Entsprechende Sanierungsverfügungen schränken die Verwendung von Düngemitteln, Insektiziden und anderen Pflanzenschutzmitteln oft ein.

Räumlicher Geltungsbereich

Gemäss der Richtlinie des Bundesamtes für Umwelt BAFU (vormals BUWAL) sind die Grundwasserschutzzonen den Parzellen anzupassen. Wird eine Parzelle vom hydrogeologischen Perimeter nur angeschnitten, so ist die Schutzzone bis zur angrenzenden nächsten Parzellen auszudehnen. Ist die betroffene Parzelle zu gross, wird sie von der Grundwasserschutzzone zerschnitten. Die Auflagen sind dann nur in diesem Teil der Parzellen gültig. Kleine Parzellen sind daher immer in ihrer Gesamtheit betroffen, während es bei grösseren Parzellen zu Unterteilungen kommen kann. Nutzungsbeschränkungen sind jedoch nur innerhalb der Grenzen der Grundwasserschutzzonen möglich.

Linien oder Flächen

Die Rechtswirksamkeit geht von klar geometrisch definierten Flächen aus. Die hydrogeologischen Daten und die daraus abgeleiteten Abstandslinien für Grundwasserfassungen sind nur Entscheidungsgrundlagen für die behördlich festzulegenden Schutzzone. Nur diese amtlich ausgewiesenen Flächen sind rechtlich verbindlich.

Art der Kontrolle

Kontrollen werden nur auf Anzeigen bei Vergehen, oder bei Neubauten und Sanierungsanordnungen durchgeführt. Bauliche Anpassungen werden bei der Festlegung neuer Zonen verlangt und deren Durchführung wird kontrolliert. Es finden auch keine Stichproben statt.

Sichtbarkeit im Feld

Schutzzonen um Quelfassungen können mit Schutzaufforstungen verbunden sein; sie müssen dies aber nicht. Ansonsten ist ein Unterschied zwischen normalem land- oder forstwirtschaftlich genutztem Gebiet nicht feststellbar. Auf Verkehrsachsen, die Schutzzonen durchschneiden, werden Schilder angebracht, die Tankfahrzeugen die Durchfahrt verwehren.

Räumliche Stabilität

Wie erwähnt, sollten Grundwasserschutzzonen alle zehn Jahre neu ausgemessen werden, was aus praktischer Sicht im Kanton Waadt aber als ein Ding der Unmöglichkeit gilt. Anpassungen können sich jedoch aufgrund neuer hydrogeologischer Erkenntnisse oder variierender Grundwasserspiegel als notwendig erweisen. Ausserdem kann eine Quelle nach einem Unglücksfall versiegelt und die entsprechende Schutzzone aufgehoben werden.

Parzellenspezifität

Bei der Festlegung der Zonen wird darauf geachtet, dass die Zone so weit wie möglich mit der parzellaren Grundordnung übereinstimmt. Die Zone ist aber nicht an die Parzellen gebunden. Einzig ihre geometrische Definition im Gewässerschutzplan ist von Bedeutung. Bei Veränderungen des Parzellenplans werden die Grundwasserschutzzonen grundsätzlich nicht angepasst.

Beispiel

Grundwasserschutzzone S3 (vertikal schraffiert) in der Nähe von Leysin (1:10'000). Man sieht sehr gut, wie zwar versucht wurde, die Zonen auf den Parzellenplan zu legen (Mitte-Nord und ganz im Süden), dass aber die grossen Parzellen durchschnitten wurden.

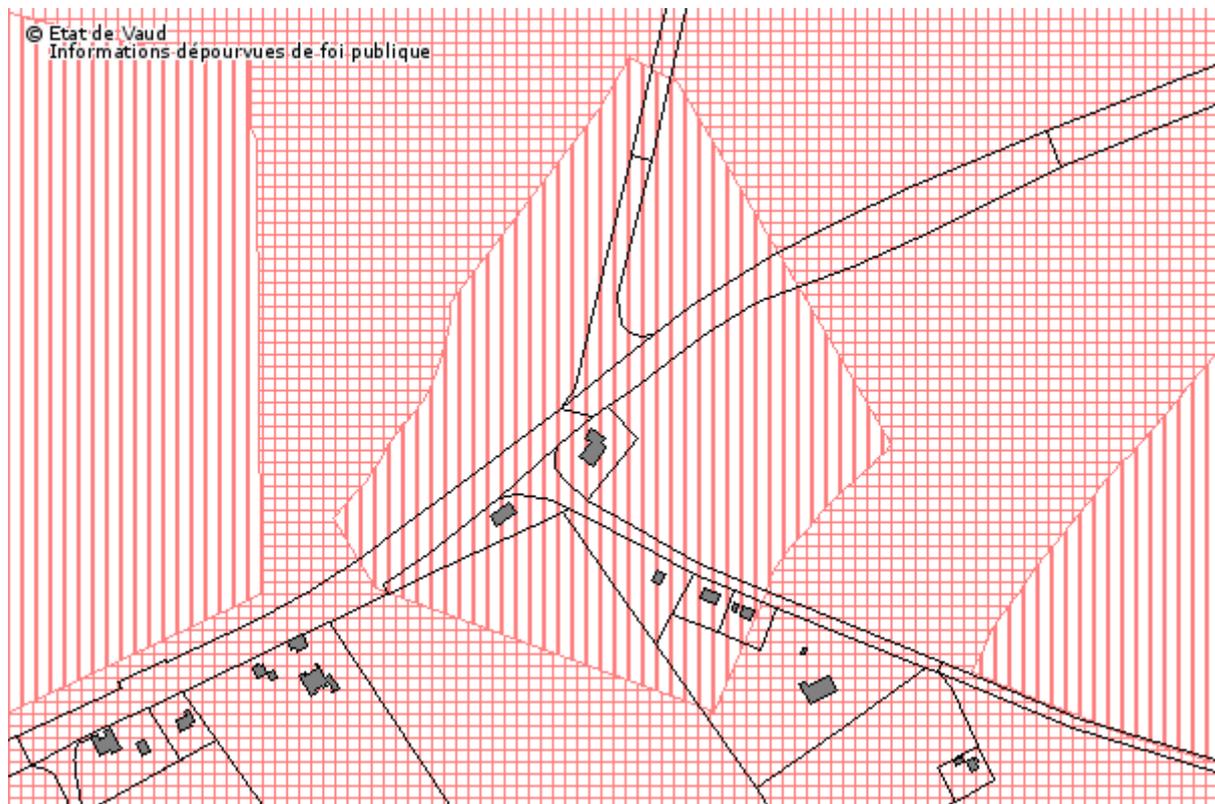
Tabelle 2: Grundwasserschutzzone S3 über Parzellenplan bei Leysin (VD)



Grundwasserschutzzone in der Nähe von Chalet à Gobet (1:5000) Die Zone in der Mitte durchquert sämtliche Parzellen, sogar die kleine Parzelle im Südwesten. Die grossen Zonen im Westen und im Osten wurden zumindest den Strassen entlang geführt. Die einzelnen Ab-

stufungen der Schutzzonen sowie die Quellfassungen sind im GIS des Kantons Waadt nicht ersichtlich und müssen bei den Behörden verlangt werden.

Tabelle 3: Schutzzonen bei Chalet à Gobet (VD)



Kanton Aargau

Kontaktperson: Ronni Hilfiker, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung für Umwelt

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Nach Auflage des Bundes müssen die Schutzzonen ungefähr alle zehn Jahre neu überprüft werden. Der Kanton Aargau hat es sich zur Vorgabe gesetzt, diese Zonen alle 15-20 Jahre zu revidieren. Im Zusammenhang mit Konzessionserneuerungen kann dies auch schon zu einem früheren Zeitpunkt geschehen.

Betroffene Nutzung

Der Eigentümer einer Parzelle ist gehalten, nicht konforme Anlagen so bald als möglich den geltenden Vorschriften anzupassen. Die geltenden Fristen werden von Fall zu Fall geregelt. In jüngster Zeit aber werden diese Fristen kürzer, da die Regeln schon relativ lange in Kraft sind und die Eigentümer genügend Zeit hatten ihre Einrichtungen anzupassen.

Finanzielle Abgeltung

Der Kanton vergibt keinerlei Entschädigungen, was den Grundwasserschutz betrifft. Es steht aber den Gemeinden und den Wasserversorgungsgenossenschaften offen, die Nutzer zu entschädigen. Sonderopfer, wie zum Beispiel die Installation einer doppelwandigen Abwasserleitung und Ertragseinbussen von mehr als 20%, die aus der Zonierung resultieren, müssen nach Bundesrecht entschädigt werden.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer ist für die Einhaltung der Vorschriften selbst verantwortlich. Der Kanton hält aber die Wasserversorgungsgenossenschaften dazu an, die erste Kontrolle der Einrichtungen auf einem Grundstück kostenfrei vorzunehmen. Falls aber Anpassungen der Anlagen notwendig werden oder weitere Untersuchungen vorgenommen werden müssen, so fallen diese zu Lasten des Grundeigentümers.

In gewissen Fällen können ausnahmsweise Auflagen über die Bewirtschaftung des Landes gemacht werden. Ein Beispiel dafür ist die Pflicht ein Feld bei jedem Pflügen in die entgegengesetzte Richtung zu pflügen, um so eine minimale Umschichtung des Bodens bei gleichzeitiger Bewirtschaftung zu ermöglichen. Dies wird aber immer speziell geregelt und kann jederzeit verwehrt werden.

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ist über hydrogeologische Kriterien definiert. Zonen des Typs S1 betreffen das direkte Umfeld von Quelfassungen.

Gemäss der Richtlinie des Bundesamtes für Umwelt BAFU (vormals BUWAL) sind die Grundwasserschutzzonen den Parzellengrenzen anzupassen. Der Kanton Aargau versucht sich so gut es geht, an diese Vorschrift zu halten. Bei sehr grossen Parzellen kann eine Durchschneidung der Parzelle vorkommen.

Linien oder Flächen

Es handelt sich um klar geometrisch definierte Flächen von denen die Rechtswirksamkeit ausgeht. Die tatsächlichen hydrogeologischen Gegebenheiten und die vorgegebenen Abstandslinien zu einer Fassung sind nur die Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung der Schutzzone. Rechtlich ist die amtlich festgelegte Fläche der Schutzzone relevant.

Art der Kontrolle

Kontrollen werden grundsätzlich nicht durchgeführt ausser bei Anzeigen oder offensichtlichen Vergehen, sowie bei Neukonstruktionen und Sanierungen. Bauliche Anpassungen werden bei Errichtung der Zone verlangt und deren Durchführung wird kontrolliert. Stichproben finden keine statt.

Sichtbarkeit im Feld

Schutzzonen um Quelfassungen können, müssen aber nicht, mit Schutzwäldern versehen sein. Ansonsten ist ein Unterschied zwischen normalem land- oder forstwirtschaftlich genutztem Gebiet nicht festzustellen. Auf Verkehrsachsen, die Schutzzonen durchschneiden, werden Schilder angebracht, die Tankfahrzeugen die Durchfahrt verwehren können.

Räumliche Stabilität

Wie erwähnt, sollten die Schutzzonen alle zehn Jahre neu untersucht werden, was aus praktischer Sicht ein Ding der Unmöglichkeit ist. Es können aber Anpassungen aufgrund hydrogeologischer Erkenntnisse oder Wechsel im Grundwasserspiegel durchgeführt werden. Die Änderungen der Zonen werden im Laufe des Jahres registriert, bei Jahresende digitalisiert und in ein GIS eingetragen, das dann in die Gewässerschutzkarte integriert wird.

Parzellenspezifität

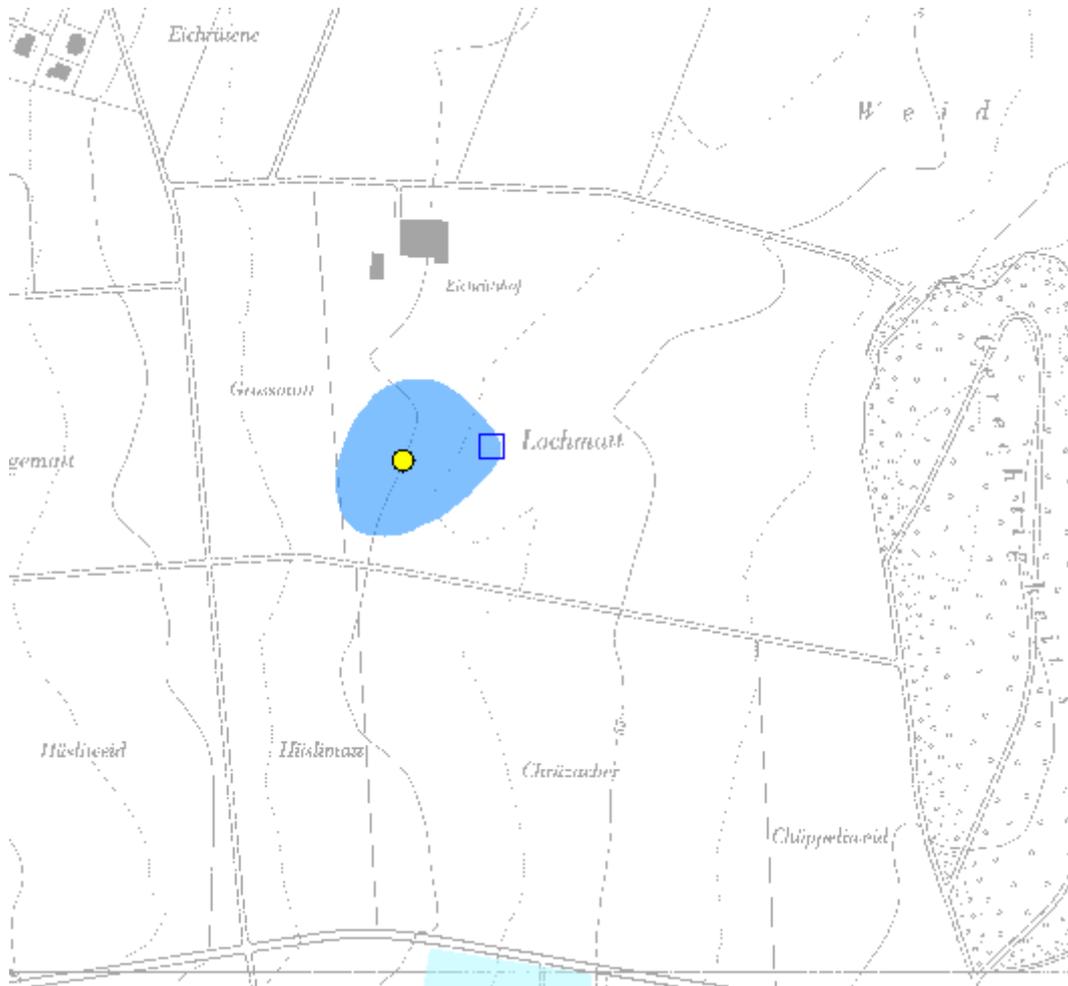
Bei der Festlegung der Zonen wird darauf geachtet, dass die Zonengrenzen grundsätzlich auf die Parzellengrenzen zu liegen kommen. Grosse Parzellen werden durchschnitten. Die Zone ist aber nicht an die Parzellen gebunden und einzig ihre Lage im Raum hat rechtliche Wir-

kung. Bei Veränderungen des Parzellenplans werden die Grundwasserschutzzonen grundsätzlich nicht angepasst.

Beispiel

In dieser landwirtschaftlich genutzten Gegend wurde nur eine Schutzzone S1 oberhalb der Quellfassung (blaues Viereck) definiert.

Tabelle 4: Grundwasserschutzzone S3 um Quellfassung bei Beinwil/Freiamt (AG)



Kanton Bern

Kontaktperson: Toni Dervej, Amt für Wasserwirtschaft Kanton Bern

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Nach Auflage des Bundes müssen die Schutzzone ungefähr alle zehn Jahre neu überprüft werden. Der Kanton Bern versucht sich an diese Vorgabe zu halten. Es kann aber vorkommen, dass diese Reevaluation erst nach zwanzig Jahren oder noch später stattfindet.

Betroffene Nutzung

Der Eigentümer einer Parzelle ist gehalten, nicht konforme Anlagen so bald als möglich den geltenden Vorschriften anzupassen. Die geltenden Fristen werden von Fall zu Fall geregelt. Das Gülleverbot in Grundwasserschutzzonen (S2) wird im Kanton Bern schrittweise umgesetzt und wird aus juristischen Gründen mit einer Neuauflage der Schutzzone eingeführt, gegen die der Grundstückseigentümer Einspruch erheben kann.

Finanzielle Abgeltung

Der Kanton vergibt für Massnahmen des Grundwasserschutzes keinerlei Entschädigungen. Es steht aber den Gemeinden und den Wasserversorgungsgenossenschaften offen, die Nutzer zu entschädigen. Die Genossenschaften werden angehalten, bei Nutzungsbeschränkungen Entschädigungen an die Grundstückseigentümer zu entrichten, um so eine bessere Sensibilisierung für den Grundwasserschutz zu erreichen. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit Gülleverboten wichtig.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer ist für die Einhaltung der Vorschriften selbst verantwortlich. Der Kanton hält aber die Wasserversorgungsgenossenschaften dazu an, die erste Kontrolle der Einrichtungen auf einem Grundstück kostenfrei vorzunehmen. Falls aber Anpassungen der Anlagen notwendig werden oder weitere Untersuchungen vorgenommen werden müssen, so fallen diese zu Lasten des Grundstückseigentümers.

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ist über hydrogeologische Kriterien definiert, die anschliessend so weit wie möglich an geographische Elemente oder an den Parzellenplan angepasst werden. Die Abstufung der Zonen ist über die Durchflusszeit des Grundwassers definiert: S1 entspricht dem Fassungsbereich, S2 der engeren Umgebung der Quelle und S3 der weiteren Umgebung, die aber mit der Quelle in einem messbaren Zusammenhang stehen muss. Die Grösse und Form dieser Perimeter können sehr stark variieren (Hanglage, geologische Schichtung usw.).

Linien oder Flächen

Es handelt sich um klar geometrisch definierte Flächen, von denen die Rechtswirksamkeit ausgeht. Die tatsächlichen hydrogeologischen Gegebenheiten und die vorgegebenen Abstandslinien zu einer Fassung sind nur die Entscheidungsgrundlage für die Bestimmung der Schutzzone. Rechtlich ist die amtlich festgelegte Fläche der Schutzzone relevant.

Art der Kontrolle

Kontrollen werden grundsätzlich nicht durchgeführt ausser bei Anzeigen oder offensichtlichen Vergehen, sowie bei Neubauten und Sanierungen. Bauliche Anpassungen werden bei Errichtung der Zone verlangt und deren Durchführung wird kontrolliert. Stichproben finden keine statt.

Sichtbarkeit im Feld

Schutz zonen um Quelfassungen können, müssen aber nicht, mit Schutzwäldern versehen sein. Ansonsten ist ein Unterschied zwischen normalem land- oder forstwirtschaftlich genutztem Gebiet nicht festzustellen. Auf Verkehrsachsen, die Schutz zonen durchschneiden, werden Schilder angebracht, die Tankfahrzeugen die Durchfahrt verwehren können.

Räumliche Stabilität

Die Revisionspflicht verlangt eine Überarbeitung alle zehn Jahre. Es wird aber grundsätzlich dann revidiert, wenn Handlungsbedarf besteht. Die Zonen sind aber relativ stabil.

Parzellenspezifität

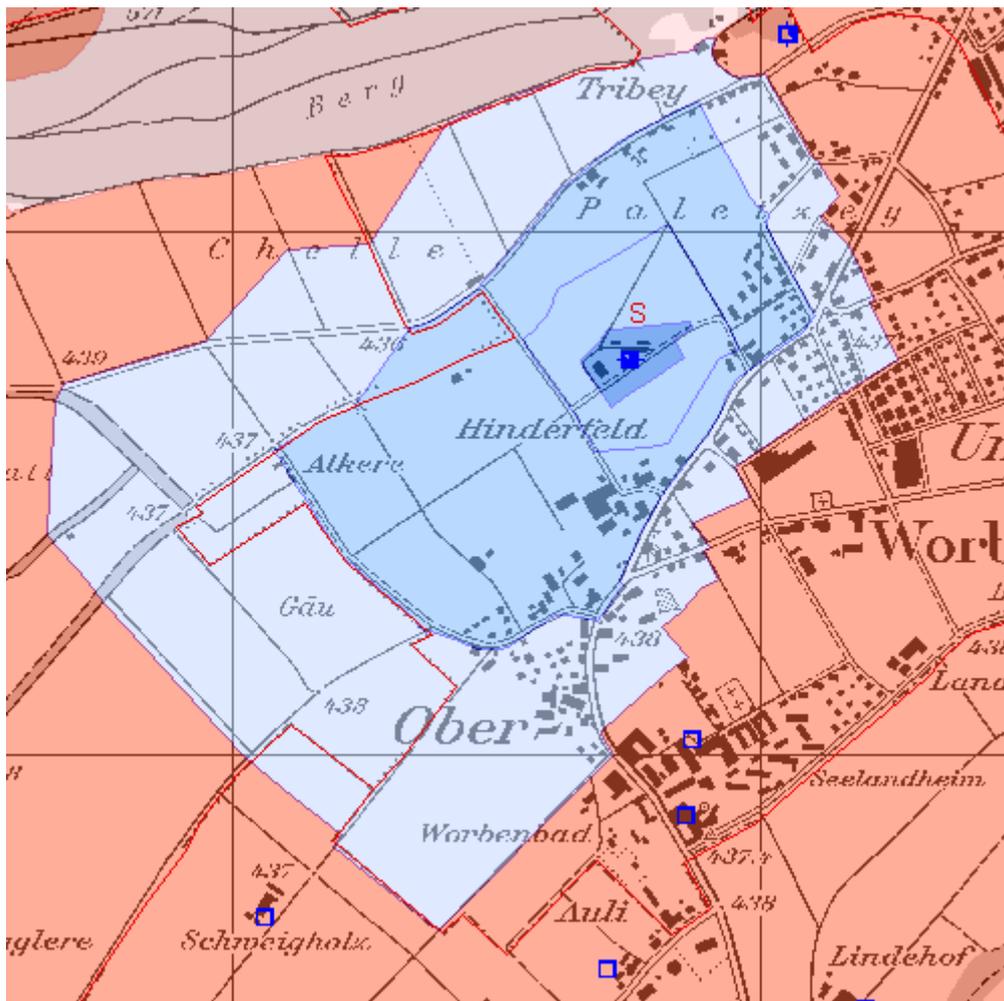
Bei der Festlegung der Zonen wird darauf geachtet, dass die Zonengrenzen, wenn immer möglich Parzellengrenzen angepasst werden. Bei ganz grossen Parzellen werden Ausnahmen

gemacht. In anderen Fällen kann es auch vorkommen, dass die Zone kleiner ist, als das hydrogeologisch relevante Gebiet.

Beispiel

Abbildung 5 zeigt verschiedene Schutzzonen am Rande des Siedlungsgebietes. Bei diesem Beispiel sieht man sehr schön die konzentrische Anordnung der drei Schutzstufen. Im Grundwasserschutzareal (braun, Dorf Worb) liegt die weitere Schutzzone S3 (hellblau, fast weiss), darin liegt die hellblaue engere Schutzzone S2. Im Zentrum sieht man den Fassungs-bereich der Zone S1 mit der Grundwasserfassung (dunkelblaues Viereck) in der Mitte. Im Nordosten findet sich noch eine Grundwasserfassung ohne Schutzzone.

Tabelle 5: Grundwasserschutzzonen verschiedener Stufen bei Worb, Bern



Vergleich

Zwischen den Kantonen

In allen drei Kantonen stimmt die Frequenz der Erneuerung der Pläne mit über zehn Jahren in etwa überein, wobei immer punktuell Anpassungen vorgenommen werden können. Auch was die betroffene Nutzung betrifft, sind sich die Kantone sehr ähnlich und jeder Nutzer muss seine Anlagen so schnell wie möglich anpassen. Der Kanton Aargau übt hier speziell Druck aus und im Kanton Bern wird zur Zeit die Nutzung der Schutzzonen S2 stärker beschränkt (Gülleverbod), was eine Neuauflage der Zonen (mit entsprechenden Einsprache- und Beschwerdemöglichkeiten seitens der Grundeigentümer) mit sich bringt.

Grundsätzlich stehen dem Eigentümer keine finanziellen Abgeltungen zu: im Kanton Aargau wird aber bei teureren Installationen oder starken Ertragseinbussen eine Kompensation gegeben und der Kanton Bern hält die Wasserversorgungsgenossenschaften dazu an, die Nutzer zu entschädigen, um so die Akzeptanz und die Unterstützung für den Grundwasserschutz zu steigern.

Der räumliche Geltungsbereich der Zonen ist aufgrund hydrogeologischer Kriterien gemäss der Richtlinien vom Bundesamt für Umwelt definiert und lässt den Kantonen relativ wenig Spielraum, was eine recht gleichartige Umsetzung dieser Vorschrift in der Schweiz zur Folge hat. Das Bundesamt hält die Kantone ebenfalls dazu an, die Schutzzongrenzen so weit es geht den Parzellenrändern anzupassen, was jedoch manchmal auch bei kleinen Parzellen nicht gemacht wird (siehe Waadt). Die Schutzzonen sind aber immer relativ genau und klar definiert und die Gewässerschutzkarte ist in allen Kantonen auf dem Internet verfügbar.

Ausser bei Neubauten und neuen Anlagen werden keine Kontrollen über die Einhaltung durchgeführt. Im Kanton Bern werden die Genossenschaften dazu angehalten erste Kontrollen kostenfrei durchzuführen, um die Akzeptanz für die Kontrollen zu erhöhen.

Die räumlichen Elemente der Schutzzonen können in allen drei Kantonen als relativ stabil betrachtet werden.

Mit unseren Erwartungen

Die Detailuntersuchungen bestätigen unsere Erwartungen, dass die Schutzzonen eigentümerverbindliche Pflichten beinhalten, die aber keinen direkten Bezug zum Parzellenplan haben. Dies wird relativiert durch die Tatsache, dass die Zonen in allen drei Kantonen relativ präzise definiert sind und sich im Kanton Waadt sogar über den Parzellenplan legen lassen.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Die Schutzzonen eignen sich für die Aufnahme in ein GIS in der Hinsicht, als dass sie bis nahe an die Bauzonen heran kommen können und dem Bauherren wichtige Mehrkosten durch Anpassungen der Anlagen und Verbote für gewisse Konstruktionen verursachen. Die Nutzung betroffener Gebiete ist auch im landwirtschaftlichen Bereich stark eingeschränkt.

Des Weiteren sind die räumlichen Elemente der Schutzzonen im Feld nicht leicht ersichtlich. Seitens des Nutzers besteht somit ein grosses Interesse daran, leicht an diese Informationen zu gelangen, denn sie haben grosse finanzielle Relevanz und sind nicht einfach ersichtlich.

Schwierigkeiten für die Behörden

In allen drei untersuchten Kantonen sind die Grundwasserschutzzonen schon heute über ein elektronisches Geoinformationssystem auf dem Internet verfügbar. Die Systeme sind zwar relativ unterschiedlich in der Darstellung, doch alle Daten sind schon digital verfügbar. Demnach eignen sich die Grundwasserschutzzonen für die Aufnahme in ein nationales Geoinformationssystem.

Das System des Kantons Waadt differenziert nicht zwischen den einzelnen Stufen der Schutzzonen, was der Übersichtlichkeit schadet, weil die Nutzungsbeschränkung zwischen S1 und S3 doch sehr unterschiedlich ist. Dafür erlaubt dieses System es, den Grundwasserschutzplan über den Parzellenplan zu legen und herauszufinden, inwieweit eine Parzelle betroffen ist.

2.5 Baubewilligung

SR 700 Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung

Art. 22 Baubewilligung

¹ Bauten und Anlagen dürfen nur mit behördlicher Bewilligung errichtet oder geändert werden.

² Voraussetzung einer Bewilligung ist, dass

- a. die Bauten und Anlagen dem Zweck der Nutzungszone entsprechen und
- b. das Land erschlossen ist.

³ Die übrigen Voraussetzungen des Bundesrechts und des kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.

Kanton Aargau

Definitionen

Die Baubewilligungen werden im Kanton Aargau durch die Gemeindebehörden erteilt. Der Kanton wird nur beigezogen, wenn kantonale Interessen bestehen, oder wenn eine Beschwerde erhoben wurde. Es steht somit weithin im Ermessen der Gemeinden, ob und wie ein Gesuch bewilligt wird.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Baubewilligungen im Kanton Aargau sind während zwei Jahren gültig gemäss dem Paragraph 39 der allgemeinen Verordnung zum Baugesetz des Kantons Aargau (Systematisches Aargauer Rechtsverzeichnis Nr. 713.111). Die meisten Projekte werden aber gleich nach Bewilligung des Gesuchs realisiert.

Betroffene Nutzung

Die Baubewilligung erlaubt den Neubau, den Abriss oder die Veränderung der Bausubstanz gemäss dem eingereichten Gesuch.

Finanzielle Abgeltung

Der Gesuchsteller trägt die Kosten für die Bewilligungsprozedur. Er hat kein Anrecht auf finanzielle Leistungen seitens der Behörden.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer kommt selbst für die entstehenden Kosten und Gebühren auf.

Räumlicher Geltungsbereich

Die einzuhaltenden Abstandslinien können über den Parzellenrand hinaus gehen. Der eigentliche Geltungsbereich der Baubewilligung beschränkt sich jedoch auf das in den Bauplänen festgelegte Projekt.

Linien oder Flächen

Es gelten die präzisen Linien des im Gesuch dargestellten Gebäudes und die zugehörigen Abstandslinien.

Art der Kontrolle

Das Baugesuch muss von der Gemeinde und – falls diese betroffen sind – von den kantonalen Stellen bewilligt werden. Nach dem Bau wird die Einhaltung der Bauvorschriften überprüft.

Sichtbarkeit im Feld

Nach Einreichen des Baugesuches müssen Bauprofile aufgestellt werden, welche die Umrisse, Giebelhöhe und die Höhe der Fassaden des geplanten Objektes deutlich erkennen lassen.

Räumliche Stabilität

Die räumlichen Elemente einer Baubewilligung verändern sich nicht. Es sind nur geringfügige Änderungen des ursprünglichen Projektes erlaubt.

Parzellenspezifität

Die Baubewilligung wird ausschliesslich für Projekte innerhalb ganzer Parzellen vergeben.

Kanton Bern

Kontaktperson: Ueli Maag, Amt für Geoinformation Kanton Bern

Definitionen

Das Baugesuch wird zuerst von der zuständigen Gemeinde geprüft, ehe es an die (bezirksweise organisierte kantonale) Baudirektion weitergeleitet wird. Bei offensichtlichen Widersprüchen zu anderen raumrelevanten Politiken wird der Gesuchsteller aufgefordert, entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Eine systematische Prüfung durch alle zuständigen Ämter gibt es im Kanton Bern allerdings nicht und es können gravierende Fehler vorkommen. Der eigentliche Kontrollmechanismus ist die öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt, wo alle zuständigen und möglicherweise betroffenen Stellen Gelegenheit haben, zum Baugesuch Stellung zu nehmen. Dass dies nicht immer geschieht, zeigt das Beispiel des Einkaufskomplexes bei Lyssach (BE), der die Abstandslinien zur Autobahn weit unterschreitet, weil in der Bewilligungsprozedur vergessen wurde, diese Vorschriften zu berücksichtigen.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Gemäss Art. 40 des Dekrets vom 22. März 1994 über das Baubewilligungsverfahren im Kanton Bern bleibt eine Baubewilligung während zwei Jahren gültig.

Betroffene Nutzung

Die Baubewilligung erlaubt eine Veränderung der Bausubstanz oder einen Neubau gemäss dem eingereichten Gesuch.

Finanzielle Abgeltung

Der Gesuchsteller trägt die Kosten für die Prozedur. Er hat kein Anrecht auf finanzielle Leistungen seitens der Behörden.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer kommt für die entstehenden Kosten und Gebühren auf.

Räumlicher Geltungsbereich

Die einzuhaltenden Abstandslinien zu anderen Gebäuden können über den Parzellenrand hinaus gehen. Der eigentliche Geltungsbereich beschränkt sich jedoch auf die Baupläne.

Linien oder Flächen

Es sind die präzisen Linien des im Gesuch dargestellten Gebäudes gültig.

Art der Kontrolle

Das Baugesuch wird an die Gemeindeverwaltung eingereicht, die es innert sieben Tagen zu prüfen hat. Die Gemeindeverwaltung leitet das Gesuch dann an die Bewilligungsbehörde weiter. Falls diese ohne Weiteres erkennt, dass das Baugesuch mit anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht oder nur mit Ausnahmen, welche nicht beantragt wurden, bewilligt werden könnte, macht die Baubewilligungsbehörde die Gesuchstellenden auf diesen Mangel aufmerksam.

Es gibt keinen vorgeschriebenen Instanzenweg oder eine spezielle Amtsstelle (vgl. Waadt), welche die Konformität des Baugesuchs mit anderen öffentlichrechtlichen Vorschriften prüft. Deshalb können verhältnismässig grobe Fehler vorkommen. Meist komme die einschlägige Rechtslage nur im Falle von Einsprachen zum Vorschein.

Sichtbarkeit im Feld

Es werden während der Untersuchungsphase Bauprofile aufgestellt, welche die räumlichen Elemente der Baubewilligung verdeutlichen.

Räumliche Stabilität

Die räumlichen Elemente einer Baubewilligung verändern sich nicht. Kleine Veränderungen sind zwar möglich. Für alle bedeutenden Änderungen muss aber ein neues Projekt eingereicht werden.

Parzellenspezifität

Die Baubewilligung wird ausschliesslich für Projekte innerhalb ganzer Parzellen vergeben. Für Mehrfamilienhäuser können Bewilligungen auch mehrere Parzellen betreffen.

Kanton Waadt

Kontaktperson: Florian Morisetti, Centrale des Autorisations (CAMAC), Kanton Waadt

Mme Chantal Dupré, juriste au service de l'aménagement du territoire, Kanton Waadt

Definitionen

Im Kanton Waadt werden die Baubewilligungen auf grossenteils zentralisierte Weise abgewickelt. Die Gemeinden prüfen die Baubewilligungen bezüglich ihrer Interessen und leiten sie dann an den Kanton weiter. Dieser vergleicht die Baubewilligungen mit den kantonalen und bundesstaatlichen Interessen und entscheidet sich dann, die Bewilligung zu geben. Ein spezielles Amt (CAMAC) ist beauftragt, alle möglicherweise betroffenen Ämter über das Bauvorhaben zu informieren, so dass diese gegebenenfalls Einspruch erheben können.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Eine Baubewilligung im Kanton Waadt ist zwei Jahre lang gültig und kann um ein Jahr verlängert werden.

Betroffene Nutzung

Die Baubewilligung erlaubt einen Neubau, einen Abriss oder eine Veränderung der Bausubstanz entsprechend dem eingereichten Projekt.

Finanzielle Abgeltung

Der Gesuchsteller trägt die Kosten für die Prozedur. Er hat kein Anrecht auf finanzielle Leistungen seitens der Behörden.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer kommt für die entstehenden Kosten und Gebühren auf.

Räumlicher Geltungsbereich

Die einzuhaltenden Abstandslinien zu anderen Gebäuden können über den Parzellenrand hinaus gehen. Der eigentliche Geltungsbereich beschränkt sich jedoch auf die Baupläne.

Linien oder Flächen

Es sind die präzisen Linien des im Gesuch dargestellten Gebäudes gültig.

Art der Kontrolle

Das Baugesuch muss von der Gemeinde, vom Kanton und von allen betroffenen Ämtern akzeptiert worden sein. Die Kontrolle der Konformität mit anderen raumrelevanten Gesetzgebungen unterliegt einem kantonalen Amt (CAMAC), welches das Baugesuch sämtlichen möglicherweise betroffenen Amtsstellen vorlegt. Erst nachdem diese Kontrolle durchschritten ist, wird die Baubewilligung gegeben.

Sichtbarkeit im Feld

Während der Untersuchungsphase werden Bauprofile aufgestellt und eventuelle Einsprachen abgewartet.

Räumliche Stabilität

Die räumlichen Elemente einer Baubewilligung verändern sich nicht.

Parzellenspezifität

Die Baubewilligung wird ausschliesslich für Projekte innerhalb ganzer Parzellen vergeben. Für Mehrfamilienhäuser können Bewilligungen auch mehrere Parzellen betreffen.

Beispiel

Es wird grundsätzlich eingezeichnet, dass auf einer bestimmten Parzelle ein Baugesuch eingereicht worden ist, geprüft wird oder eine Baubewilligung vergeben wurde. Man kann im GIS des Kantons Waadt auf die entsprechenden Bewilligungen klicken und erhält die öffentlichen Informationen über das Bauvorhaben. Der Führer des GIS hat im vorgestellten Fall (Abb. 6) sogar mit den Punkten angezeigt, ob es sich um einen Anbau (Norden), Ausbau (Mitte) oder Neubau/Anbau (Süden) handelt.

Tabelle 6: Drei Baubewilligungen (rot) bei Cossonay (VD)



Vergleich

Zwischen den Kantonen

Seitens der Behörden werden die Baubewilligungen sehr unterschiedlich gehandhabt. Insbesondere, was die Kontrolle der Konformität mit anderen raumrelevanten Rechtsakten betrifft. Während der Kanton Waadt ein zentralisiertes System hat, das diese Kontrolle garantieren soll, werden im Kanton Bern nach Aussagen des Vorstehers des Amtes für Geoinformation manchmal wichtige raumrelevante Rechtsakte vergessen, weil die entsprechende Stelle nicht auf die öffentliche Ausschreibung reagiert hat. Der Kanton Aargau hat ein dezentrale organisiertes System, das aber gut zu funktionieren scheint.

Lässt man die prozeduralen Unterschiede beiseite, so sind sich die einzelnen Bauvorschriften sehr ähnlich in den drei Kantonen, vor allem was die rechtlichen Parameter betrifft, obwohl sie grossenteils auf weitgehend kantonalen Gesetzen aufbauen.

Zu unseren Erwartungen

Wie erwartet, handelt es sich bei den Baubewilligungen um Rechte des Eigentümers die ganz klar für eine einzelne Parzelle vergeben werden.

Empfehlung für die Aufnahme in ein GIS

Interesse für den Nutzer

Baubewilligungen sind in allen drei Kantonen nur zwei Jahre lang gültig und werden nur für spezifische Projekte vergeben. In den meisten Fällen wird ein bewilligtes Bauprojekt auch umgesetzt. Fälle, in denen Parzellen mit einer oder mehreren Baubewilligungen zum Verkauf

anstehen, sind demnach nicht sehr häufig. Zusätzlich ist das Interesse für den Käufer durch die Tatsache gemindert, dass die schon bewilligten Projekte möglicherweise nicht seinen Wünschen entsprechen.

Für Anwohner von unbebautem Bauland könnte es interessant sein, auf einem GIS zu verfolgen, wo in ihrer Nachbarschaft Baugesuche eingereicht wurden. Da aber in der rechtlich relevanten Phase ohnehin Profile aufgestellt werden und Leute, die ausserhalb der Sichtweite von Profilen leben kein Einspracherecht haben, ist das Interesse für die potentiellen Nutzer beschränkt.

Schwierigkeiten für die Behörden

Aus Sicht der Behörden sind Baubewilligungen ziemlich kurzlebig. Von der Einreichungsphase, über die Veröffentlichung bis zur Bewilligung vergeht meist weniger als ein Jahr. Anschliessend bleibt die Bewilligung zwei Jahre lang gültig, wenn nicht gebaut wird. Zudem gibt es relativ viele Baugesuche.

Vergleicht man die Baugesuche mit den langlebigen Grundwasserschutzzonen, so ist der Aufwand für eine dauerhaft aktuelle Informationsbereitstellung seitens der Behörden wesentlich grösser.

Das Geoinformationssystem des Kantons Waadt zeigt, dass eine Aufnahme in ein GIS dennoch möglich ist. Es stellt ausführlich die Informationen über den ganzen Zyklus des Baugesuches bis zur Bewilligung online bereit. Zweifelsohne wird dies aber durch die zentralisierte Organisation der Bewilligungsprozedur in diesem Kanton vereinfacht. Andere, dezentral organisierte Kantone wie der Kanton Aargau dürften auf wesentlich grössere Schwierigkeiten stossen.

2.6 Hochwasserschutz

SR 721.100.1 Verordnung vom 2. November 1994 über den Wasserbau

Art. 21¹ Gefahrengelände und Raumbedarf der Gewässer

¹ Die Kantone bezeichnen die Gefahrengelände.

² Sie legen den Raumbedarf der Gewässer fest, der für den Schutz vor Hochwasser und die Gewährleistung der natürlichen Funktionen des Gewässers erforderlich ist.

³ Sie berücksichtigen die Gefahrengelände und den Raumbedarf der Gewässer bei ihrer Richt- und Nutzungsplanung sowie bei ihrer übrigen raumwirksamen Tätigkeit.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Markus Zumsteg, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Landschaft und Gewässer

Definitionen

Der Kanton Aargau ist Eigentümer aller Gewässer auf dem Kantonsgebiet. Der Raumbedarf dieser Gewässer wurde aber nicht auf Plänen festgelegt, wie es die Verordnung verlangt. Im Hochwasserschutz gilt im Kanton Aargau das Baurecht, das einen Mindestabstand von 6 Metern von Bächen und von 12 Metern von Flüssen vorsieht. Die kantonalen Behörden sind sich über diese Diskrepanz zu ihrem vom Bund formulierten Auftrag bewusst.

Der Bund ist nicht am Hochwasserschutz beteiligt. In den meisten Fällen wird der Landeigentümer vom Kanton enteignet, wenn auf seinem Land Schutzmassnahmen errichtet werden müssen. Ein Nutzungsrecht kann ihm für das abgetretene Land unentgeltlich zurückerstattet werden. Falls sein Vieh oder seine Pflanzungen auf diesem Stück Land von einem Hochwasser geschädigt werden, hat er kein Anrecht auf Schadenersatz.

Bei kleineren Massnahmen wird eine Dienstbarkeit (ÖREB) ins Grundbuch eingetragen. Im Schadensfall hat der Eigentümer dann ein Recht auf Entschädigung.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Die Dienstbarkeiten sind zeitlich unbeschränkt.

Betroffene Nutzung

Wird eine Dienstbarkeit verschrieben, kann das Land weiter genutzt werden, die Bautätigkeit ist aber eingeschränkt und der Eigentümer muss mit eventuellen Überschwemmungen rechnen. Zudem muss er kleinere bauliche Schutzmassnahmen zulassen, wenn der Kanton diese als nötig erachtet.

Bei der Enteignung (z.B. für ein Rückhaltebecken) muss der Eigentümer sein Land abtreten, darf es dann aber auf eigenes Risiko nutzen.

Finanzielle Abgeltung

Grundsätzlich werden keinerlei Abgeltungen gegeben. Wenn der Kanton Schutzbauten erstellt, so trägt er als Eigentümer des Gewässers selbst die Kosten. Wenn der Eigentümer von sich aus Schutzbauten errichten will, kann er dies zu seinen eigenen Lasten tun.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Nutzer tritt eine Dienstbarkeit an den Kanton ab. Er muss ansonsten keine spezifischen Leistungen, wie Unterhaltsarbeiten oder ähnliches, erbringen.

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich für Hochwasserschutzmassnahmen wird über Gewässerabstandslinien oder in Einzelfällen über konkrete Projekte definiert. Der eigentliche Raumbedarf der Gewässer hat im Kanton Aargau keine rechtliche Bedeutung.

Linien oder Flächen

Da der Raumbedarf von Gewässern im Kanton Aargau über das Baugesetz geregelt wird, sind Abstandslinien und nicht Flächen betroffen. Falls Schutzmassnahmen im Enteignungsverfahren vorgenommen werden, werden Parzellen umgelegt.

Art der Kontrolle

Es finden keine Kontrollen statt. Der Kanton kann sein Recht geltend machen. Ansonsten ist der Eigentümer selbst verantwortlich, seine Bauten vor dem Hochwasser zu schützen.

Sichtbarkeit im Feld

Da die Abstandslinien zu Gewässern klar definiert sind kann davon ausgegangen werden, dass in der Nähe eines Gewässers Hochwasserschutzmassnahmen in Frage kommen könnten. Die tatsächlich von Hochwassern bedrohten Gebiete sind aber wesentlich umfangreicher.

Räumliche Stabilität

Die Gewässerabstandslinien bewegen sich mit den Gewässern und müssten im Falle eines Baugesuchs neu abgemessen werden. Es gilt aber die Lage des Gewässers, wie sie in den offiziellen Plänen eingetragen ist.

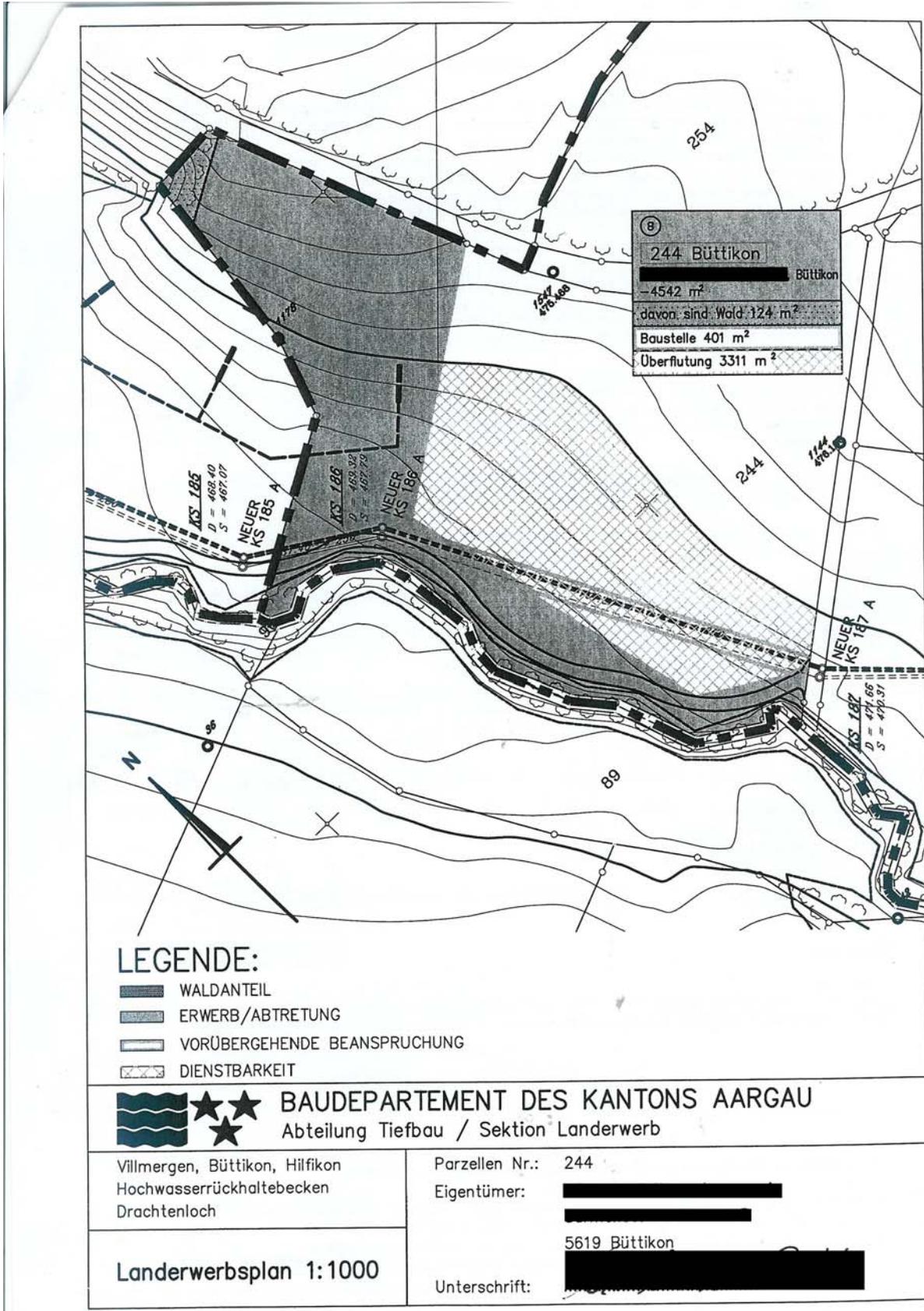
Parzellenspezifität

Die Dienstbarkeiten werden im Grundbuch eingetragen und sind somit parzellenspezifisch.

Beispiel

Der Kanton Aargau ist Eigentümer aller Gewässer auf Kantonsgebiet und kann Anwohner enteignen, wenn ein Hochwasserschutzbau errichtet werden muss.

Tabelle 7: Planbeispiel eines geplanten Wasserrückhaltebeckens



Kanton Bern

Kontaktperson: Heinz Roth, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, Tiefbauamt des Kantons Bern

Definitionen und Regelungen

Im Kanton Bern arbeitet man noch an dem (vom Bund geforderten) Plan, der den Raumbedarf der Gewässer definiert. Der Schutz von Hochwasserschäden ist einerseits über das Baugesetz, andererseits über die kommunale Nutzungsplanung geregelt. Sobald ein Gebäude näher als 10 Meter an ein Gewässer gebaut wird, wird es wasserpolizeilich relevant.

Nach Bundesrecht sollte eigentlich der Raumbedarf der Gewässer festgelegt werden und Anfragen diesbezüglich wurden an die kantonale Planungsbehörde gerichtet. Zur Zeit ist aber noch nichts festgelegt.

Eine Gefahrenkarte mit den betroffenen Gebieten kann beim Kanton angefordert werden und ist für die Nutzungsplanung der Gemeinden massgebend.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Es gibt keine zeitlichen Beschränkungen dieser Richtlinien. Neue Richtlinien werden in Kraft treten, wenn der Kanton einen Plan mit dem Raumbedarf der Gewässer fertiggestellt haben wird.

Betroffene Nutzung

Wenn ein Gebiet auf der Gefahrenkarte rot markiert ist, darf nicht gebaut werden. In gelben Gebieten darf mit Auflagen bezüglich der Sicherheit gebaut werden. Diese Auflagen sind für die Gemeinden und für die Grundstückseigentümer verbindlich. Im Schadensfall hat der Eigentümer kein Recht auf Entschädigung.

Finanzielle Abgeltung

Es wird kein Geld für den Objektschutz gegeben, ausser es handelt sich um flankierende Massnahmen bei einem Wasserbauprojekt. Diese Kosten werden aber vom Bauherren des Projektes getragen.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Für Wasserbauprojekte wird der Eigentümer enteignet. Für den Unterhalt der Schutzmassnahme kommt der Betreiber der Anlagen auf. Der Eigentümer hat im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz keine Leistungen zu erbringen.

Räumlicher Geltungsbereich

Für Bauvorhaben gilt eine Wasserabstandslinie von 10 Metern. Innerhalb dieser 10 Meter, ist das Bauvorhaben wasserpolizeilich relevant und bedarf einer zusätzlichen Bewilligung.

Linien oder Flächen

Was die Bauvorhaben betrifft, so gelten die Wasserabstandslinien. Auf der Gefahrenkarte sind Flächen relevant.

Art der Kontrolle

Die Einhaltung der Vorschriften wird bei der Prüfung der Baugesuche kontrolliert. Untersuchungen über den effektiven Raumbedarf der Gewässer bilden die Basis für den zukünftigen Plan.

Sichtbarkeit im Feld

Es ist aus der Topographie normalerweise klar ersichtlich, ob ein Stück Land überschwemmt werden kann. Der rechtlich gültige Abstand von 10 Metern zum nächsten Wasserlauf sollte offensichtlich sein. Es lohnt sich aber auf jeden Fall die Gefahrenkarte zu konsultieren.

Räumliche Stabilität

Die Gewässerabstandslinien müssten sich eigentlich mit den Gewässern bewegen (Erosion). In Wirklichkeit gilt der Lauf der Gewässer auf den offiziellen Plänen, die nur selten überarbeitet werden.

Parzellenspezifität

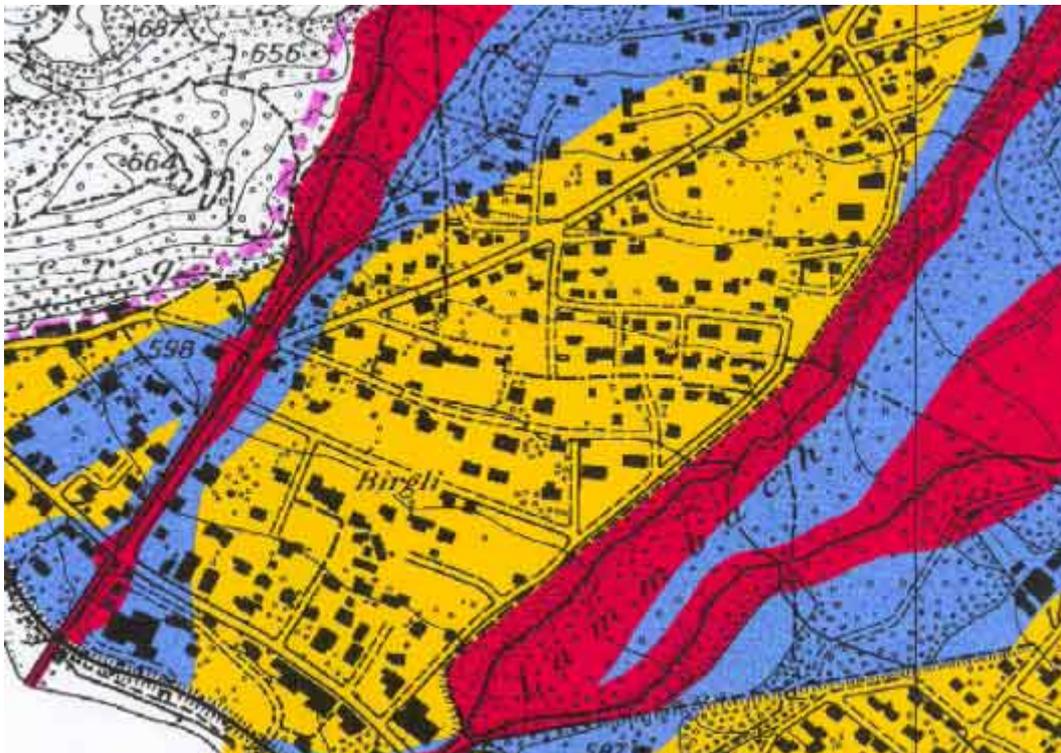
Die Gewässerabstandslinien sind präzise definiert, haben aber keinen Bezug zum Parzellenplan. Das selbe gilt für die Gefahrenkarte.

Beispiel

Im Unterschied zum Ereigniskataster werden mit Gefahrenkarten nicht nur bereits eingetretene Ereignisse dargestellt, sondern zusätzlich seltene, vorhersehbare Ereignisse mit einer Wiederkehrperiode von hundert bis dreihundert Jahren. Damit deren Wirkungsräume abgebildet werden können, müssen prozessspezifisch Modellrechnungen durchgeführt werden.

Der Grad der Gefährdung wird als Kombination der beiden Parameter Intensität (schwach, mittel, stark) und Eintretenswahrscheinlichkeit (gering, mittel, hoch) in die drei Gefahrenstufen rot, blau und gelb unterteilt. Die entsprechende Matrix enthält neun mögliche Kombinationen; die beiden Extrema werden im gelben Gebiet durch Ereignisse mit schwacher Intensität und geringer Wahrscheinlichkeit gebildet, im roten Gebiet durch solche mit starker Intensität und hoher Wahrscheinlichkeit.

Tabelle 8: Auszug aus der Homepage des Amtes für Wald des Kantons Bern über die Gefahrenkarten⁴



Gefahrenkarten sind nicht direkt grundeigentümergebunden, bilden jedoch die massgebende Grundlage bei der Erarbeitung und Beurteilung von Ortsplanungen und in Baubewilligungsverfahren.

⁴ www.vol.be.ch/kawa/d/naturgefahren/ zuletzt besucht am 22.2.2006

Kanton Waadt

Kontaktperson: Philippe Hohl, service des eaux, sols et assainissement, département sécurité et environnement, Canton de Vaud

Definitionen

Der Raumbedarf der Gewässer wird aufgrund geographischer und geologischer Gegebenheiten festgelegt, die anschliessend in einem Plan festgehalten werden und auf einer Gefahrenkarte konkretisiert werden.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Die Beschränkung ist generell und immerwährend gültig, es können aber Modifikationen vorkommen.

Betroffene Nutzung

Grundsätzlich haben Hochwasserschutzzonen keinen Einfluss auf die Bewilligung von Baugesuchen. Darin können jedoch Schutzmassnahmen verlangt werden, die dann ein Teil des Grundstücks betreffen.

Finanzielle Abgeltung

Grundsätzlich habe der Grundstückeigentümer im Kanton Waadt kein Anrecht auf Entschädigungen von Kosten, die aus Hochwasserschäden oder Schutzmassnahmen entstehen. Wer ein Grundstück in Flussnähe kauft, muss dann, wenn ein öffentliches Interesse besteht, auf seinem Grundstück Schutzmassnahmen zu bauen, das Land hergeben. Ansonsten gilt das normale Enteignungsrecht.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Grundsätzlich kümmern sich die Gemeinden auf Anraten des Kantons um den Hochwasserschutz. Bei grösseren Projekten kann der Kanton Abgeltung vom Bund beantragen.

Die Gemeinden können vom Grundstückeigentümer für Schutzmassnahmen einen Beitrag von bis zu 50% verlangen, was von Fall zu Fall verschiedentlich gehandhabt wird.

Räumlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich wird entlang der Gewässer aufgrund topographischer und historischer Kenntnisse festgelegt. Der generelle Raumbedarf der Gewässer wird auf einem Plan grob umschrieben.

Linien oder Flächen

Es werden Gefahrenzonen und Zonen mit Raumbedarf festgelegt. Demzufolge sind hauptsächlich Flächen betroffen.

Art der Kontrolle

Die Aktualisierung der Gefahrenkarte ist eine Frage, die im Kanton Waadt noch nicht geregelt ist. Sie werden aber von den kantonalen Behörden als relativ stabil erachtet, weshalb der Überarbeitung der Gefahrenkarte keine Priorität beigemessen wird.

Sichtbarkeit im Feld

Hinweise auf Hochwasserschutzmassnahmen liefern die entsprechenden Anlagen (Überlaufbecken) und topographische Gegebenheiten, wie zum Beispiel Auenlandschaften.

Räumliche Stabilität

Gewässer sind in andauerndem Wandel und ihre Topographie wird durch die Erosion verändert. Demzufolge müssen auch die Hochwasserschutzgebiete immer wieder angepasst und neue Gefahrenkarten erstellt werden.

Es zählt immer die tatsächliche Lage des Gewässers im Raum und sein aktueller Raumbedarf und nicht der auf den Plänen festgehaltene Zustand.

Parzellenspezifität

Der Plan, der den Raumbedarf der Wasserläufe und stehenden Gewässer festlegt, ist eine grobe Zeichnung, die in keiner Weise an den Parzellenplan angepasst ist. Die Gefahrenkarte hingegen wird über den Parzellenplan gelegt, auch wenn die umschriebenen Zonen die Parzellen durchschneiden. Die Gefahr betrifft also nur den tatsächlich von der Gefahrenzone abgedeckten Teil der Parzelle.

Vergleich

Zwischen den Kantonen

Zwei (BE, AG) von drei Kantonen haben den Raumbedarf der Gewässer noch nicht auf (bundesrechtlich) angeforderten Plänen definiert und regeln die Gewässerabstände über das Baugesetz. Die Kantone Bern und Waadt führen jedoch Gefahrenkataster in denen die Hochwasser eine Rolle spielen.

Der Kanton Aargau ist Eigentümer aller Gewässer und kümmert sich selbst um den Hochwasserschutz. Das für Schutzmassnahmen benötigte Land wird vom Kanton per Enteignung übernommen und die Schutzmassnahmen werden daraufhin erstellt. Der Eigentümer wird im Enteignungsverfahren entschädigt. Im Kanton Waadt ist es der Fehler des Eigentümers, wenn er zu nahe ans Wasser gebaut hat.

Der hochwassergeplagte Kanton Bern hat den Raumbedarf der Gewässer noch nicht definiert. Er arbeitet zur Zeit an einem solchen Plan. Bis zu seiner Fertigstellung zählt die Bauordnung mit den Gewässerabstandslinien.

Der Hochwasserschutz ist in den drei Kantonen sehr unterschiedlich geregelt, mit der Ausnahme, dass eine Abgeltung für Bauten zum Hochwasserschutz in keinem der drei Kantone durchgeführt wird.

Zu unseren Erwartungen

Diese Eigentümerbeschränkung des Bundesrechts wird nicht wie vom Gesetz vorgesehen implementiert. Zwei der drei Kantone haben noch keine Karte, die den Raumbedarf der Gewässer darstellt und die Gefahrenkarte beinhaltet sämtliche Naturgefahren und stellt diese durchmischt dar, wobei es an Übersichtlichkeit mangelt.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Die Karte mit dem Raumbedarf für die Gewässer ist sowohl für private Nutzer, als auch für Versicherungen und Banken von grossem Interesse. Die Überschwemmungsgefahr hat grundsätzlich Einfluss auf den Kaufwert eines Grundstücks, ist aber auch von grossem Interesse für den Eigentümer und hat einen starken Einfluss auf die Entscheidung ob und wie gebaut wird.

Schwierigkeiten für die Behörden

Der Raumbedarf der Gewässer ist nur im Kanton Waadt auf Plänen festgehalten, aber noch nicht digital verfügbar. Es müssen zuerst die Pläne geschaffen werden, bevor in einem GIS darüber informiert werden kann. In den Kantonen Bern und Aargau wird der Hochwasserschutz völlig anders geregelt und eine Änderung der kantonalen Praxis ist heute schwer vorstellbar. Auf dieser Grundlage ist die Aufnahme des Hochwasserschutzes in ein nationales Geoinformationssystem schwierig umzusetzen.

2.7 Empfindlichkeitsstufen

SR 814.41 Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986

Art. 29 Ausscheidung neuer Bauzonen und neuer Zonen mit erhöhtem Lärmschutzbedürfnis

¹ Neue Bauzonen für Gebäude mit lärmempfindlichen Räumen und neue nicht überbaubare Zonen mit erhöhtem Lärmschutzbedürfnis dürfen nur in Gebieten ausgeschieden werden, in denen die Lärmimmissionen die Planungswerte nicht überschreiten oder in denen diese Werte durch planerische, gestalterische oder bauliche Massnahmen eingehalten werden können.

Definitionen

Die Empfindlichkeitsstufen werden generell nur für die Bauzone festgelegt. Für Gebäude ausserhalb der Bauzone werden Empfindlichkeitsstufen separat definiert (z. B. in der Landwirtschaftszone). Im Kanton Waadt wird für jedes Gebäude ausserhalb der Bauzone die Empfindlichkeitsstufe III definiert.

Die Empfindlichkeitsstufen definieren den Lärm, der auf Menschen innerhalb von Gebäudeteilen wirkt. Dabei geht man davon aus, dass der Nutzer Anrecht auf ein offenes Fenster hat. Tiere stehen nicht unter Lärmschutz.

Empfindlichkeitsstufe I wird definiert für Zonen mit erhöhtem Lärmschutzbedürfnis, namentlich in Erholungszonen.

Empfindlichkeitsstufe II gilt in normalen Wohngebieten und für alle Nutzungen mit vergleichbarem Ruhebedürfnis, wie Spitäler und ähnliches. Störende Betriebe sind nicht zugelassen.

Empfindlichkeitsstufe III ist eine Mischzone, in der auch mässig störende Betriebe zugelassen sind. Landwirtschaftszonen gehören ebenfalls dieser Stufe an.

Empfindlichkeitsstufe IV ist für Gebiete vorgesehen, in denen stark störende Betriebe zugelassen sind. Industriegebiete werden oft als Zone IV definiert.

Nach Lärmschutzverordnung können Teile der Zonen mit Empfindlichkeitsstufe I oder II eine Stufe höher eingestuft werden, wenn sie mit Lärm vorbelastet sind. Dies ist vor allem in Städten entlang der Hauptverkehrsachsen der Fall.

Für gewisse Nutzungen (Spitäler, öffentliche Einrichtungen, Flughäfen) wird ein spezieller Plan im Lärmkataster erstellt und ein Verweis auf diese Spezialfälle angebracht. Dies ist der Fall für alle Flughäfen und Flugfelder.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Reto Candinas, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Raumentwicklung

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Der Empfindlichkeitsstufenplan wird nicht gesamthaft überarbeitet. Die Empfindlichkeitsstufen werden überarbeitet, wenn ein neuer Nutzungsplan erlassen wird.

Betroffene Nutzung

Die Nutzungsbeschränkung betrifft die Art der Nutzung zu Wohn-, Erholungs- oder Genesungszwecken bestehender oder künftiger Gebäude, die der Zone entsprechen muss. Ausserdem darf in Wohnzonen der Empfindlichkeitsstufe II kein emissionsstarker Betrieb eingerichtet werden.

Zusätzlich begründen die Empfindlichkeitsstufen Auflagen für Bausubstanz, Schallisolation und baulichen Lärmschutzvorkehrungen in lärmbelasteten Gebieten.

Finanzielle Abgeltung

Es gilt das Verursacherprinzip. Wenn bei Strassen die Alarmwerte überschritten und Schutzmassnahmen notwendig werden, so hat der Kanton als Verursacher für die Schallisolation der betroffenen Gebäude aufzukommen.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Grundsätzlich fallen die Kosten zur Erstellung oder Erneuerung von Schallschutzmassnahmen dem Grundeigentümer zu. Ebenfalls hat der Eigentümer einer Anlage, die übermässig Lärm verursacht, für die Sanierung dieser Anlage aufzukommen.

Räumlicher Geltungsbereich

Innerhalb der Bauzone wird die Empfindlichkeitsstufe im Prinzip auf Parzellenebene fixiert. Trotzdem können Teile der Parzellen, für die Stufe I oder II definiert wurde, der nächst höheren Stufe zugeteilt werden, wenn sie von einer Lärmquelle vorbelastet sind. Ausserhalb der Bauzonen geschieht dies nur für einzelne Gebäude.

Linien oder Flächen

Es sind grundsätzlich Flächen betroffen, die im zweidimensionalen Lärmkataster definiert werden.

Art der Kontrolle

Die Empfindlichkeitsstufen sind an die Raumplanung gebunden und werden als raumplanerische Massnahmen angesehen. Im der Vorbereitungsphase des Empfindlichkeitsstufenplans wurden Messungen vorgenommen und die Nutzung der betroffenen Gebiete in Betracht gezogen (Wohnquartier, Industrie, Mischzone). Wenn der Plan fertiggestellt ist, wird der Zusammenhang zwischen der effektiven Lärmbelastung und der Empfindlichkeitsstufe der Zone nicht mehr überprüft.

Die Einhaltung der vorgeschriebenen Alarmwerte wird nur im Beschwerdefall überprüft.

Sichtbarkeit im Feld

Nebst offensichtlichen Indizien, wie eine industrielle Nutzung eines Geländes oder einer Parkanlage ist ein Rückschluss auf die entsprechende Empfindlichkeitsstufe nur bedingt möglich. Die Zugehörigkeit zu einer Empfindlichkeitsstufe hängt sowohl von der Art der Quelle

(Strasse, Stahlwerk, Flughafen), als auch vom Übertragungsweg und von der Schallisolation des Gebäudes des Empfängers ab. Lärmschutzmassnahmen können jedes dieser drei Elemente betreffen, wie Schalldämpfer und leise Beläge für Industrie oder Strasse, Bäume und Schallschutzmauern für den Übertragungsweg Isolationsverglasungen bzw. Sanierungen der Hausfassaden.

Räumliche Stabilität

Die Empfindlichkeitsstufen sind an die Nutzungspläne gebunden und haben keinen Zusammenhang mit den effektiv gemessenen Lärmbelastungen. Sie können deshalb als stabil angesehen werden.

Parzellenspezifität

Empfindlichkeitsstufen werden Quartier- oder Sektorweise definiert. Die einzelnen Parzellen sind davon in der Regel ganzheitlich betroffen. Die Ränder von Randparzellen von Zonen können der nächst höheren Stufe zugeordnet werden. Ausserdem kommt es in wenigen Fällen vor, dass einzelne Parzellen teilweise in einer nicht eingestuften Zone liegen (z.B. Wald).

Für grossräumige Parzellen mit speziellen Nutzungen wird ein separater Sach- und Nutzungsplan definiert, der die Empfindlichkeitsstufen für dieses Gebiet gesondert regelt.

Kanton Bern

Kontaktperson: Laszlo Litzko, Stadtplanungsamt Bern, Betreuer Empfindlichkeitsstufenplan

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Der Empfindlichkeitsstufenplan wurde bis jetzt noch nie gesamtrevidiert. Revisionen werden teilweise vorgenommen, wenn Teilrevisionen des Zonenplans vorgenommen oder einzelne Gebiete neu genutzt werden.

Betroffene Nutzung

Die Nutzungsbeschränkung betrifft die Art der Nutzung von bestehenden oder noch zu bauenden Gebäuden, die der Zone entsprechen muss. Es darf kein emissionsstarker Betrieb in einer Wohnzone der Empfindlichkeitsstufe II eingerichtet werden.

Zusätzlich begründen die Empfindlichkeitsstufen Auflagen für die Bausubstanz und den Immissionsschutz in von Lärm betroffenen Gebieten.

Finanzielle Abgeltung

Das Amt für Umweltschutz des Kantons Bern kann in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern Lärmschutzmassnahmen wie Schallschutzfenster finanzieren, wenn die Alarmwerte überschritten werden. Ansonsten kommt der Eigentümer der Lärmquellen für solche Massnahmen auf.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Wenn Grenzwerte nicht eingehalten werden, gilt das Verursacherprinzip. Ein Betrieb, der Lärm verursacht, hat für Dämmungsmassnahmen oder Schallschutzmassnahmen in seiner Umgebung aufzukommen, sofern die Alarmwerte überschritten wurden.

Räumlicher Geltungsbereich

Innerhalb der Bauzone wird die Empfindlichkeitsstufe im Prinzip auf Parzellenebene bestimmt. Trotzdem können Teile der Parzellen, für die Stufe I oder II definiert wurde, der nächsthöheren Stufe zugeteilt werden, wenn sie von einer Lärmquelle (z.B. einer Strasse) vorbelastet sind. Ausserhalb der Bauzonen geschieht dies nur für einzelne Gebäude.

Linien oder Flächen

Es sind grundsätzlich Flächen betroffen, die im zweidimensionalen Lärmkataster definiert werden.

Art der Kontrolle

Die Empfindlichkeitsstufen sind an die Raumplanung gebunden und werden als raumplanerische Massnahmen angesehen. In der Vorbereitungsphase des Empfindlichkeitsstufenplans wurden Messungen vorgenommen und die Nutzung der betroffenen Gebiete in Betracht gezogen (Wohnquartier, Industrie, Mischzone). Seit der Plan steht, finden keine Messungen im Zusammenhang mit den Empfindlichkeitsstufen mehr statt. Die Einhaltung der Schutzmassnahmen ist über das Rekursverfahren, respektive über das Beschwerdeverfahren geregelt.

Sichtbarkeit im Feld

Nebst offensichtlichen Indizien, wie eine industrielle Nutzung eines Geländes oder einer Parkanlage ist es nur bedingt möglich auf die entsprechende Empfindlichkeitsstufe Rückschlüsse zu machen. Die Empfindlichkeitsstufe hängt sowohl von der Quelle (Strasse, Stahlwerk, Flughafen), wie auch vom Übertragungsweg und vom Empfänger ab. An allen drei Elementen können Lärmschutzmassnahmen getätigt werden, wie Schalldämpfer und leise Beläge für Industrie oder Strasse, Bäume und Schallschutzmauern für den Übertragungsweg und schliesslich bessere Verglasungen und Sanierungen der Fassade beim Geschädigten.

Räumliche Stabilität

Die Empfindlichkeitsstufen können als stabil betrachtet werden, da an die Raumplanung und nicht an die effektiven Lärmniveaus gebunden sind.

Parzellenspezifität

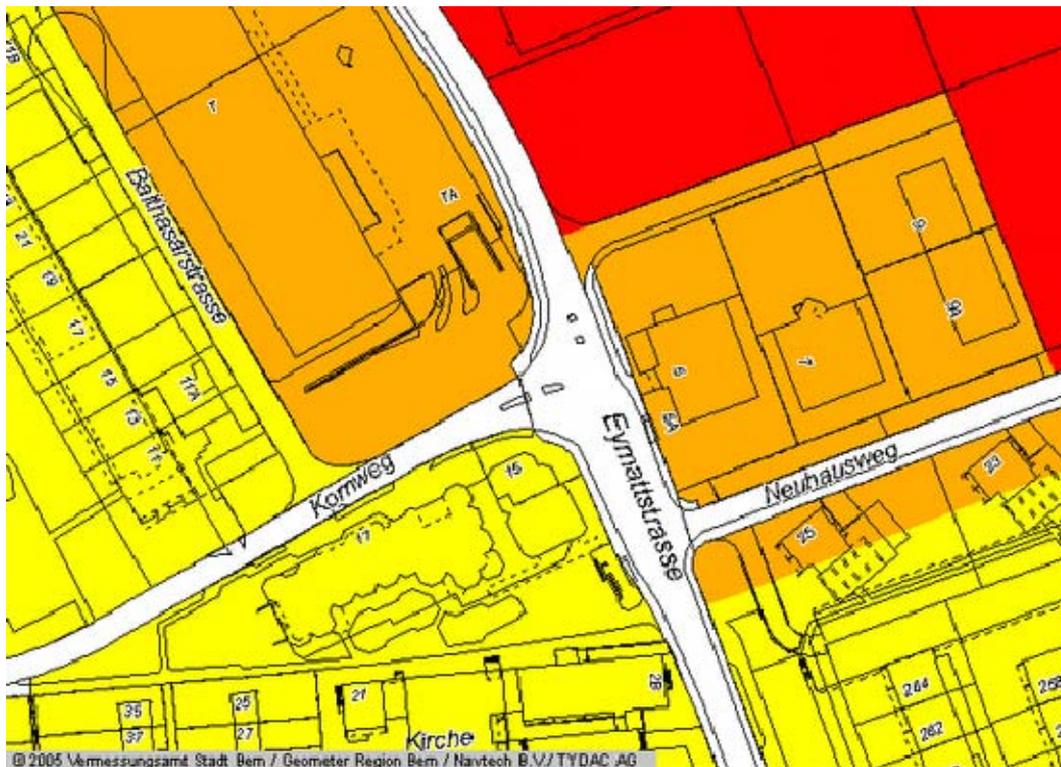
Empfindlichkeitsstufen werden Quartier- oder Sektorweise definiert. Die einzelnen Parzellen sind davon in der Regel ganzheitlich betroffen. Die Ränder von Randparzellen von Zonen können der nächsthöheren Stufe zugeordnet werden. Ausserdem kommt in wenigen Fällen vor, dass einzelne Parzellen teilweise in einer nicht eingestuften Zone liegen (z.B. Wald).

Für grossräumige Parzellen mit speziellen Nutzungen wird ein separater Sach- und Nutzungsplan definiert, der die Empfindlichkeitsstufen für dieses Gebiet gesondert regelt.

Beispiel

Abbildung 9 zeigt einen Ausschnitt aus dem Stadtplan von Bern mit eingezeichneten Empfindlichkeitsstufen. Die Zonen sind auf die Parzellen gelegt, wobei für die Strassen keine Werte definiert wurden. Südlich des Neuhauswegs wurde die Zone strassenseitig eine Stufe höher eingeordnet (gelb → orange). Im Norden sieht man eine Empfindlichkeitsstufe IV (rot), im Südosten eine Stufe II (Wohnquartier, gelb). Dazwischen liegt die Zone III für gemischte Nutzungen (orange).

Tabelle 9: Empfindlichkeitsstufen in der Stadt Bern



Kanton Waadt

Kontaktperson: Daniel LITZISTORF, Service de l'urbanisme de la ville de Lausanne

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Die Zonen werden im Kanton Waadt alle 10 bis 15 Jahre überarbeitet. Dazu braucht es eine Änderung des kommunalen Ordnungsplans.

Betroffene Nutzung

Die Nutzungsbeschränkung betrifft die Art der Nutzung zu Wohn-, Erholungs- oder Genesungszwecken bestehender oder künftiger Gebäude, die der Zone entsprechen muss. Ausserdem darf in Wohnzonen der Empfindlichkeitsstufe II kein emissionsstarker Betrieb eingerichtet werden.

Zusätzlich begründen die Empfindlichkeitsstufen Auflagen über Bausubstanz, Schallisolation und baulichen Lärmschutzvorkehrungen in lärmbelasteten Gebieten.

Finanzielle Abgeltung

Wenn Grenzwerte nicht eingehalten werden, gilt das Verursacherprinzip. Ein Betrieb, der Lärm verursacht, hat für Dämmungsmassnahmen oder Schallschutzmassnahmen in seiner Umgebung aufzukommen, sofern die Grenzwerte überschritten wurden.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Grundsätzlich trägt der Grundeigentümer die Kosten zur Erstellung oder Erneuerung von Schallschutzmassnahmen. Dieser hat auch für die Sanierung von lärmverursachenden Anlagen aufzukommen.

Räumlicher Geltungsbereich

Innerhalb der Bauzone wird die Empfindlichkeitsstufe im Prinzip auf Parzellenebene fixiert. Trotzdem können Teile der Parzellen, für die Stufe I oder II definiert wurde, der nächsthöheren Stufe zugeteilt werden, wenn sie von einer Lärmquelle vorbelastet sind. Ausserhalb der Bauzonen geschieht dies nur für einzelne Gebäude.

Linien oder Flächen

Es sind grundsätzlich Flächen betroffen, die im zweidimensionalen Lärmkataster definiert werden.

Art der Kontrolle

Die Empfindlichkeitsstufen sind an die Raumplanung gebunden und werden als solche Massnahmen angesehen. Es finden keine Messungen statt. Die Einhaltung der Schutzmassnahmen ist über das Rekursverfahren, respektive über das Beschwerdeverfahren geregelt.

Sichtbarkeit im Feld

Nebst offensichtlichen Indizien, wie eine industrielle Nutzung eines Geländes oder einer Parkanlage ist ein Rückschluss auf die entsprechende Empfindlichkeitsstufe nur bedingt möglich. Die Zugehörigkeit zu einer Empfindlichkeitsstufe hängt sowohl von der Art der Quelle (Strasse, Stahlwerk, Flughafen), als auch vom Übertragungsweg und von der Schallisolation des Gebäudes des Empfängers ab. Lärmschutzmassnahmen können jedes dieser drei Elemente betreffen, wie Schalldämpfer und leise Beläge für Industrie oder Strasse, Bäume und Schallschutzmauern für den Übertragungsweg Isolationsverglasungen bzw. Sanierungen der Hausfassaden.

Räumliche Stabilität

Die Empfindlichkeitsstufen können als räumlich stabil betrachtet werden. Eine Überarbeitung findet erst mit einer neuen Zonenplanung statt.

Parzellenspezifität

Empfindlichkeitsstufen werden Quartier- oder Sektorweise definiert. Die einzelnen Parzellen sind davon in der Regel ganzheitlich betroffen. Die Ränder von Randparzellen von Zonen können der nächsthöheren Stufe zugeordnet werden. Ausserdem kommt in wenigen Fällen vor, dass einzelne Parzellen teilweise in einer nicht eingestuften Zone liegen (z.B. Wald).

Für grossräumige Parzellen mit speziellen Nutzungen wird ein separater Sach- und Nutzungsplan definiert, der die Empfindlichkeitsstufen für dieses Gebiet gesondert regelt.

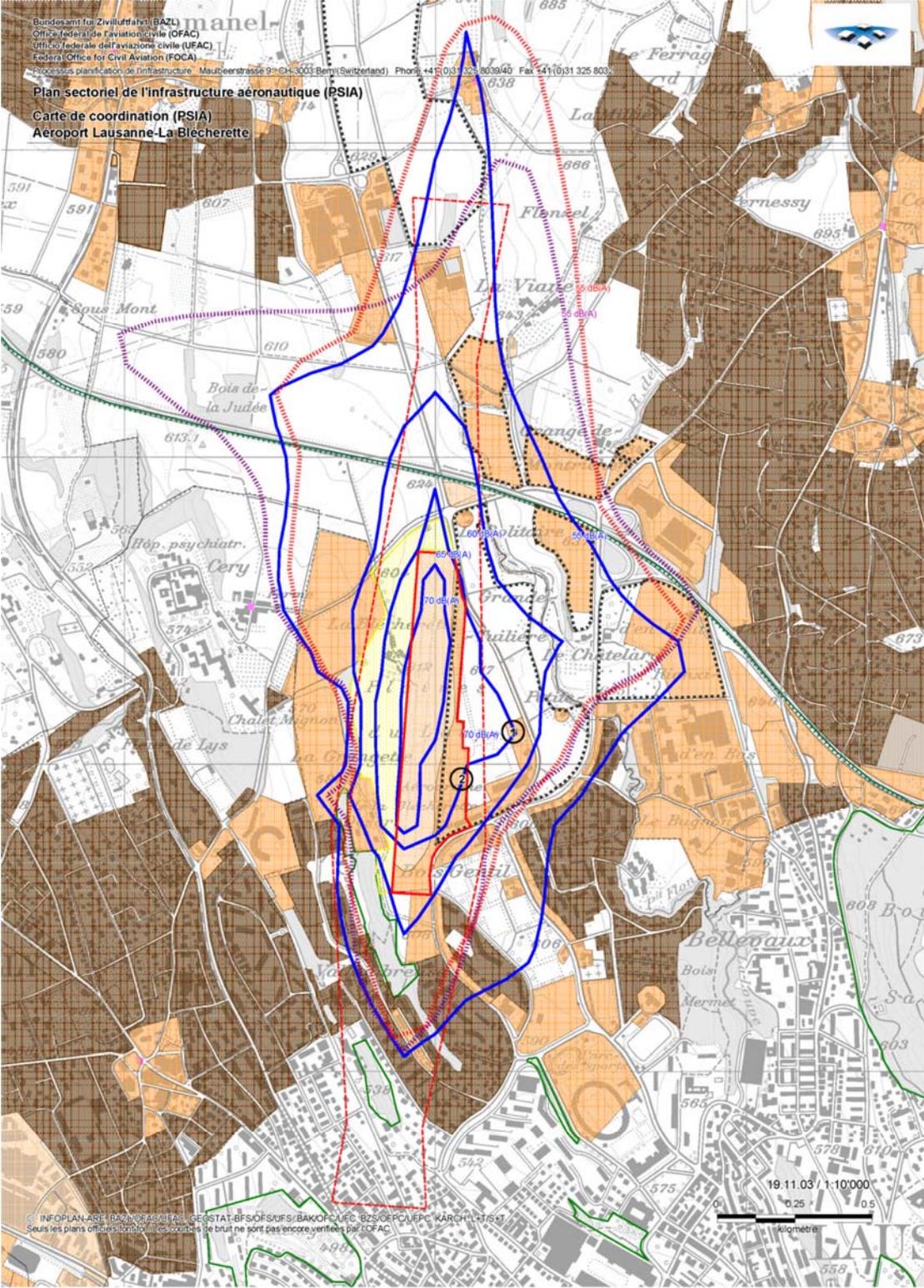
Beispiel

In den auf Abbildung 11 und 12 abgebildeten Planausschnitten kann man die Unterschiede zwischen den im Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt definierten Lärmniveaus (blaue und rote Linien) und der Zuordnung der Parzelle im Empfindlichkeitsstufenplan der Stadt Lausanne sehen. Zudem sind die Randparzellen auf dem ersten Plan des Wohnquartiers im Südosten der Karte (Stufe II, gelb) entlang der Hauptstrasse aber auf Stufe III (braun, Mischnutzung) hochgestuft worden. Die Parzelle mit dem Flugfeld Blecherette wurde rot umrahmt, weil ein Sondernutzungsplan (in diesem Fall der Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, SIL) gültig ist.

Tabelle 10: Planauszug Empfindlichkeitsstufen Stadt Lausanne, Gebiet des Plateau de la Blecherette



Tabelle 11: Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt: Lausanne Blecherette.



Vergleich

Zwischen den Kantonen

Es herrscht eine grosse Homogenität der Resultate. In allen Kantonen werden die Empfindlichkeitsstufen gleich gehandhabt und sie haben insbesondere die folgenden Merkmale gemein:

- Sie sind an die Raumplanung und nicht an die tatsächlichen Lärmniveaus gebunden
- Sie sind auf ganze Parzellen gepasst.
- Sie sind nur für Bauzonen oder einzelne Gebäude ausserhalb der Bauzonen definiert.
- Für Sondernutzungen mit speziellen Bedürfnissen sind separate Sondernutzungspläne definiert.
- Es sind behördenverbindliche Vorgaben.

Der Kanton Aargau informiert in seinem GIS schon indirekt über die Empfindlichkeitsstufen: wer auf eine Parzelle in der Bauzone klickt, wird unter anderem über die Empfindlichkeitsstufe informiert. Der Empfindlichkeitsstufenplan selbst ist aber nicht abrufbar.

Zu unseren Erwartungen

Entgegen unserer Erwartungen sind die Empfindlichkeitsstufen auf den Parzellenplan gepasst. Sie bestätigen aber unsere Erwartung, dass sie behörden- und nicht eigentümerverbindliche Pflichten enthalten.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Die Empfindlichkeitsstufen sind eigentlich eigentümerverbindlich; für den Nutzer ist das Baureglement und die Nutzungsordnung für die Bauzone verbindlich, die mit Empfindlichkeitsstufen zu versehen sind. Abgesehen davon enthält der Empfindlichkeitsstufenplan interessante Informationen für private Nutzer. Das gilt insbesondere dann, wenn entlang von Strassen die Empfindlichkeitsstufe erhöht worden ist.

Schwierigkeiten für die Behörden

Die Pläne bestehen für die Bauzonen, sind genau definiert (auf den Parzellenplan angepasst) und könnten ohne weiteres in ein GIS übernommen werden. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind so gering (Farbgebung), dass sich eine Homologisierung auf nationaler Ebene ohne weiteres durchführen liesse.

2.8 Landwirtschaftliches Produktionskataster

SR 912.1 Verordnung vom 7. Dezember 1998 über den landwirtschaftlichen Produktionskataster und die Ausscheidung von Zonen

Art. 1 Zonen und Gebiete

¹ Die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst das Sömmerungsgebiet und die landwirtschaftliche Nutzfläche. Sie wird nach den Produktionsverhältnissen und den Lebensbedingungen in Zonen und Gebiete unterteilt.

² Das Sömmerungsgebiet umfasst die Sömmerungsfläche [1](#);

³ Das Berggebiet umfasst:

- a. die Bergzone IV;
- b. die Bergzone III;
- c. die Bergzone II;
- d. die Bergzone I.

⁴ Das Talgebiet umfasst:

- a. die Hügelzone;
- b. die Übergangszone;
- c. die erweiterte Übergangszone;
- d. die Ackerbauzone.

⁵ Das Berg- und Hügelgebiet umfasst die Bergzonen I bis IV und die Hügelzone.

Art. 5 Darstellung der Grenzen der Zonen und Gebiete

¹ Das Bundesamt zeichnet die Grenzen der Zonen und Gebiete in topographischen Karten elektronisch und in Papierform auf. Diese bilden den landwirtschaftlichen Produktionskataster.

² Das Bundesamt orientiert die interessierten Amtsstellen.

³ Die Karten sind aufzubewahren:

- a. vom Bundesamt für die ganze Schweiz;
- b. in den von den Kantonen bezeichneten Amtsstellen für das Kantonsgebiet;
- c. von den Gemeinden für das Gemeindegebiet.

Definitionen

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst das Sömmerungsgebiet und die landwirtschaftliche Nutzfläche. Sie wird nach den Produktionsverhältnissen und den Lebensbedingungen in Zonen und Gebiete unterteilt.

Die Zonen sind, in absteigender Höhe, das Sömmerungsgebiet und die Bergzonen IV bis I. Danach folgt das Talgebiet, das in die Hügelzone, die Übergangszone, die erweiterte Übergangszone und die Ackerbauzone unterteilt ist. Es sind nicht nur klimatische Faktoren, die die Schwierigkeit der Produktion bestimmen, sondern auch andere erschwerende Bedingungen

wie die Distanz zur nächsten Siedlung, die zuführenden Strassen und die Hanglage der Produktionsflächen.

Diese Zonen sind im landwirtschaftlichen Produktionskataster für die gesamte Fläche der Schweiz festgelegt. Dies bewirkt, dass sich diese Zonen mit in anderen raumwirksamen Gesetzen definierten Zonen überschneiden (z.B. Naturschutz, Raumplanung). Das Kataster gilt aber nur für die landwirtschaftliche Produktion (Subventionen) und hat keinen Einfluss auf andere raumwirksame Entscheide.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Viktor Schmid, Departement Finanzen und Ressourcen, Abteilung Landwirtschaft

Definitionen

Das Bundesamt für Landwirtschaft legt die Zonen im Massstab 1:25'000 in Zusammenarbeit mit den Kantonen fest und diese sind gültig, sofern kein Rekurs erhoben wird.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Abgesehen vom Rekursverfahren sind keine Änderungen vorgesehen.

Betroffene Nutzung

Der Landwirt erhält Subventionen gemäss der für die Zonen definierten Erschwernis der Produktion. Grundsätzlich ist die Nutzung aber nicht eingeschränkt und der Landwirt darf die Art der Bewirtschaftung seines Landes frei wählen.

Finanzielle Abgeltung

Der Nutzer hat Anrecht auf Subventionen gemäss der Erschwernis der Produktionsbedingungen durch den Produktionsstandort.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Einzigste Vorgabe für den Erhalt der Subventionen ist die landwirtschaftliche Nutzung des Landes.

Räumlicher Geltungsbereich

Die Zonen sind im landwirtschaftlichen Produktionskataster festgehalten und können von einigen Aren bis zu grossen, zusammenhängenden Netzen alle möglichen Formen annehmen.

Linien oder Flächen

Es sind Flächen betroffen.

Art der Kontrolle

Es findet keinerlei Kontrolle der Zonen oder der Bedingungen, welche die Zonen begründen, statt, ausser es wurde eine Umzonung beantragt.

Sichtbarkeit im Feld

Die Parameter sind zu vielseitig, als dass man direkt Rückschlüsse auf die Produktionsbedingungen ziehen könnte.

Räumliche Stabilität

Die Zonen verändern sich nicht und werden nicht revidiert, solange kein Rekurs eingereicht worden ist.

Parzellenspezifität

Der Massstab des Produktionskatasters (1:25'000) erlaubt es grundsätzlich nicht, diese Zonen auf den Parzellenplan zu legen. Es wird aber versucht, geographische Elemente wie Strassen oder Gewässer als Grenzen für die Zonen zu definieren.

Früher wurden die Zonen an ganze Betriebe vergeben, was einer parzellenspezifischen Lösung gleichkam. Immer grössere und geographisch immer mehr zerstückelte Betriebe liessen den praktischen Sinn dieser Art der Zoneneinteilung fraglich erscheinen, was zu einer neuen Vergabe aufgrund geographischer Kriterien führte. Es gibt keine Verknüpfung mit dem Grundbuch.

Kanton Bern

Kontaktperson: Ueli Scherz, Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Landwirtschaft und Natur, Abteilung Direktzahlungen

Definitionen

Das Bundesamt für Landwirtschaft legt die Zonen im Massstab 1:25'000 fest und diese sind gültig, sofern kein Rekurs erhoben wird. Massgebend sind Klima, Geographie, Oberflächen und die Verkehrslage.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Abgesehen vom Rekursverfahren sind keine Änderungen vorgesehen.

Betroffene Nutzung

Der Landwirt erhält Subventionen gemäss der durch die Zonen definierten Erschwernis seiner Produktion. Grundsätzlich ist seine Nutzung aber nicht eingeschränkt und er darf die Bewirtschaftung frei wählen.

Finanzielle Abgeltung

Der Nutzer hat Anrecht auf Subventionen gemäss der Erschwernis der Produktionsbedingungen durch den Produktionsstandort.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Einzigste Vorgabe für das Erhalten der Subventionen ist die landwirtschaftliche Nutzung des Landes.

Räumlicher Geltungsbereich

Die Zonen sind im landwirtschaftlichen Produktionskataster festgehalten und können von einigen Aren bis zu grossen, zusammenhängenden Netzen alle möglichen Formen annehmen.

Linien oder Flächen

Es sind eindeutig Flächen betroffen.

Art der Kontrolle

Es findet keinerlei Kontrolle der Zonen oder der Bedingungen, welche die Zonen begründen, statt, ausser es wurde vom Eigentümer eine Umzonung beantragt.

Sichtbarkeit im Feld

Die Parameter sind zu vielseitig, als dass man direkt Rückschlüsse auf die Produktionsbedingungen ziehen könnte.

Räumliche Stabilität

Die Zonen verändern sich nicht und werden nicht revidiert, wenn kein Rekurs eingereicht worden ist.

Parzellenspezifität

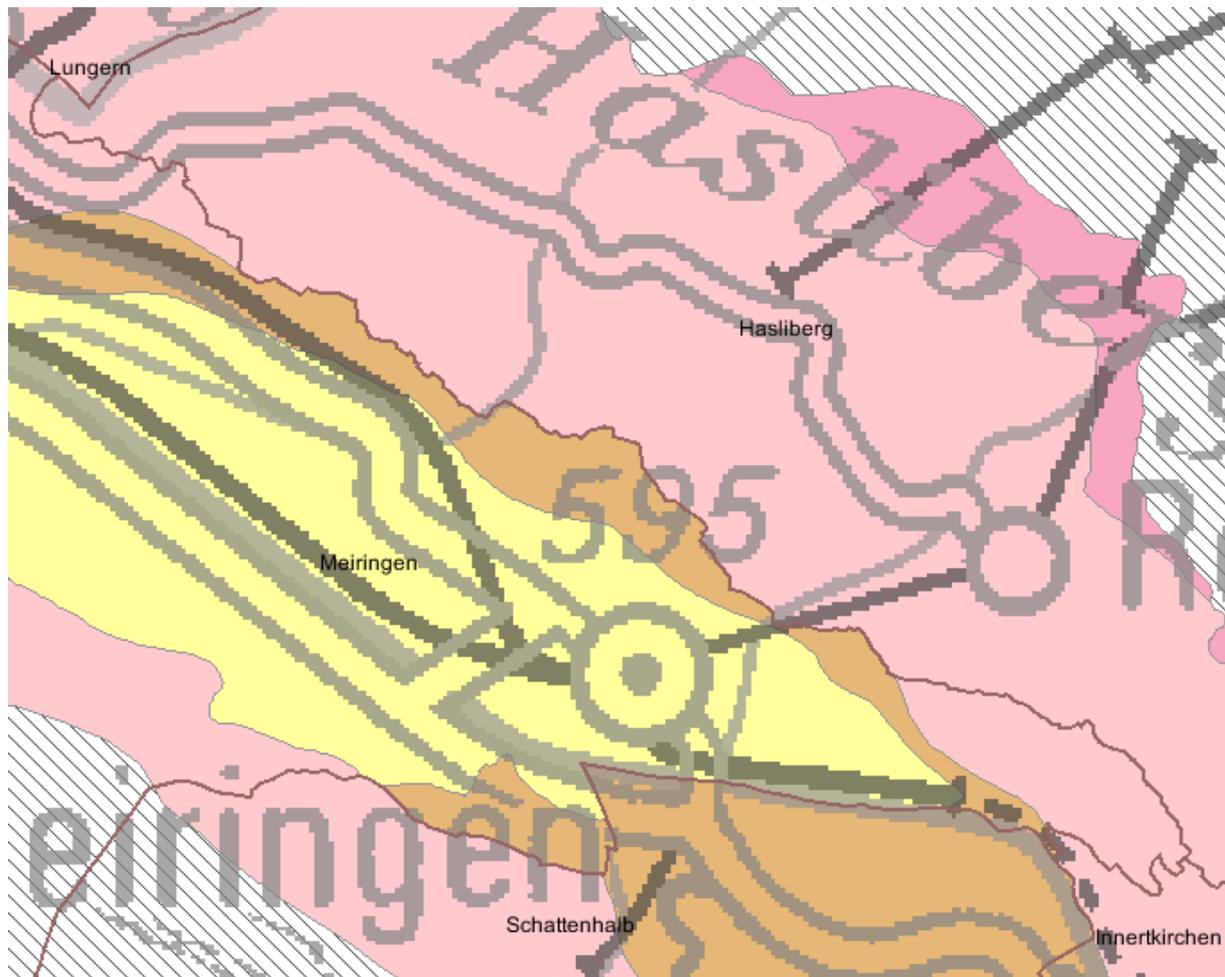
Der Massstab des Produktionskatasters (1:25'000) erlaubt es grundsätzlich nicht, diese Zonen auf den Parzellenplan zu legen. Es wird aber versucht, geographische Elemente wie Strassen oder Gewässer als Grenzen für die Zonen zu definieren. Gegebenenfalls werden auch Parzellengrenzen respektiert. Es kann aber durchaus vorkommen, dass sich eine Parzelle über mehrere (bis zu vier) Zonen erstreckt.

Früher wurden die Zonen an ganze Betriebe vergeben, was einer parzellenspezifischen Lösung gleichkam. Immer grössere und geographisch immer mehr zerstückelte Betriebe liessen den praktischen Sinn dieser Art der Zonierung fraglich erscheinen, was zu einer neuen Vergabe aufgrund rein geographischer Kriterien führte. Es gibt keine Verknüpfung mit dem Grundbuch.

Beispiel

Abbildung 12 zeigt die vier Bergzonen: I (hellbraun) um Meiringen, II (dunkelbraun) an den Hängen des Tals, III (hellrosa) um das Dorf Hasliberg und IV (rosa) im Skigebiet. Darüber liegt schraffiert das Alpgebiet.

Tabelle 12: Bergzonen bei Meiringen, Kanton Bern



Kanton Waadt

Kontaktperson: Marc GILGEN, service de l'information sur le territoire, département des infrastructures, Kanton Waadt

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Die Zonen sind auf unbestimmte Zeit festgelegt und werden grundsätzlich nur auf Anfrage der Betreiber bestimmter Betriebe oder der Kantone verändert.

Betroffene Nutzung

Die Nutzung an sich wird nicht durch die Zonenregelung beschränkt, sondern durch die auf der Zonenregelung aufbauenden Subventionen und die daran angehängten Bestimmungen.

Finanzielle Abgeltung

Verschiedenste Subventionsleistungen hängen mit den verschiedenen Zonen zusammen. Dies sind zum Beispiel:

- Die allgemeinen Direktzahlungen
- Die ökologischen Direktzahlungen
- Die Milchkontingentierung
- Massnahmen der Strukturverbesserung
- Familienzulagen und Beihilfen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Es sind keine Beiträge des Eigentümers betreffend dieser Zonen erwartet.

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der Zonenverordnung betrifft das ganze Territorium der schweizerischen Eidgenossenschaft. Einzelne Zonen können von einigen Aren grossen Gebieten bis zu grossen Netzen reichen.

Linien oder Flächen

Es sind im Kataster definierte Flächen betroffen.

Art der Kontrolle

Es gibt keine eigentlichen Kontrollen, mit Ausnahme von Beschwerdeverfahren oder Gesuchen zur Umzonung.

Sichtbarkeit im Feld

Nebst offensichtlichen Kriterien wie Vegetation, Hanglage und Höhe gibt es eine ganze Anzahl weniger offensichtlicher Kriterien wie Infrastruktur, Distanz zur nächsten Siedlung usw., die eine Sichtbarkeit im Feld verunmöglichen. Es ist sogar möglich, dass ein Betrieb sich über mehrere Zonen erstreckt, ohne dass genau zu erkennen ist, wo diese künstlichen Grenzen verlaufen.

Räumliche Stabilität

Die landwirtschaftliche Zonen-Verordnung sieht die Möglichkeit der Änderung von Zonen-grenzen von Amtes wegen oder auf Gesuch eines Bewirtschafters vor. Bei Änderungen der

landwirtschaftlichen Zonengrenzen sind der Kanton, auf dessen Gebiet die fragliche Grenze verläuft, sowie betroffene Bewirtschafter anzuhören.

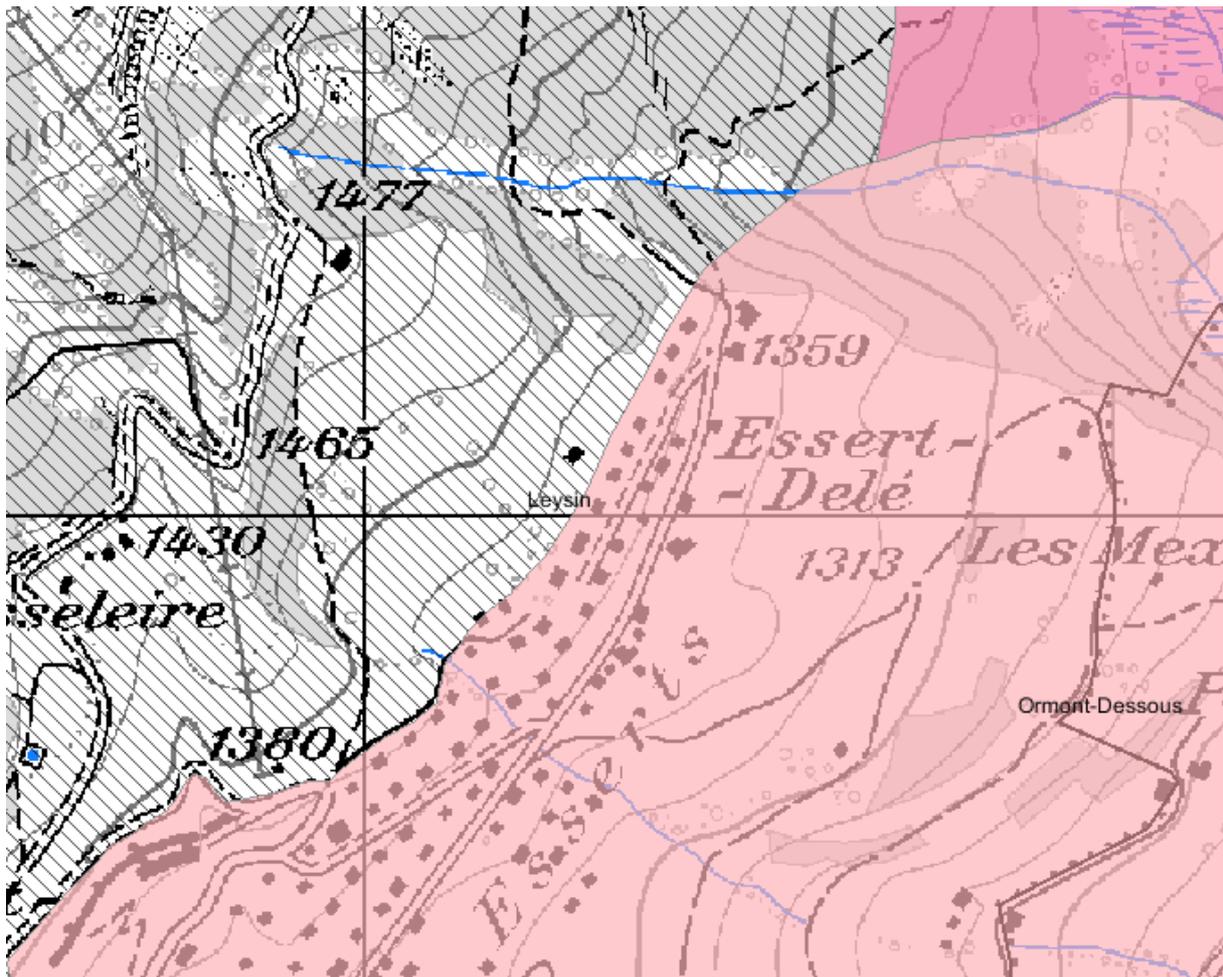
Parzellenspezifität

Die Zonen werden auf Bundesebene definiert und sind in keiner Weise an die Parzellen gebunden.

Beispiel

Abbildung 13 zeigt einen Übergang zwischen Bergzone IV (dunkelrosa), Bergzone III (hellrosa) und nicht zugeordnetem Alpgebiet (grau schraffiert) bei Leysin, VD.

Tabelle 13 Bergzonen und Alpzone bei Leysin, Kanton Waadt.



Vergleich

Zwischen den Kantonen

Das landwirtschaftliche Produktionskataster wird vom Bundesamt für Landwirtschaft direkt verwaltet und die Kantone werden nur in schwierig einzuschätzenden Fällen und im Rekursverfahren beigezogen. Somit besteht bereits eine einheitliche Bereitstellung der Information auf Bundesebene.

Zu unseren Erwartungen

Die landwirtschaftlichen Produktionszonen entsprechen unseren Erwartungen. Sie begründen, wie erwartet, eigentümergebundene Rechte auf Subventionsleistungen. Entgegen unserer Voraussage sind sie nicht parzellenbezogen. Früher wurde die Zoneneinteilung aber betriebsmässig und demzufolge parzellenbezogen umgesetzt. Heute gelten klimatische und strukturelle Bedingungen bei der Definition der Zonen, was das Zusammenlegen von Produktionsflächen und die Bestimmung des Subventionsbetrages für Betriebe, die sich über mehrere Zonen erstrecken, vereinfacht.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Für alle landwirtschaftlichen Nutzer ist eine umfassende Information über die landwirtschaftlichen Zonen von grösster Bedeutung, denn sie bestimmen den Umfang der Subventionen, die ein Landwirt für seinen Betrieb beantragen kann. Die Zonen verändern sich grundsätzlich nicht und sind bereits im bisherigen Informationssystem leicht zugänglich. Eine genauere Darstellung dieser Zonen, die ein Übereinanderlegen mit dem Parzellenplan ermöglichen würde, wäre aber wünschenswert.

Schwierigkeiten für die Behörden

Die Produktionszonen sind auf bundesstaatlicher Ebene elektronisch im Massstab 1:25'000 verfügbar. Somit ist die Überführung in ein GIS auf nationaler Ebene kein Problem. Eine genauere Darstellung, die ein Übereinanderlegen mit anderen Plänen, insbesondere dem Parzellenplan, ermöglichen würde, wäre wünschenswert, bedeutet aber einen beträchtlichen Mehraufwand für die betroffenen Behörden.

2.9 Schützenswertes Ortsbild nach ISOS

SR 451.12 Verordnung vom 9. September 1981 über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz

Art. 1

Das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung (ISOS) im Sinne von Artikel 5 NHG enthält die im Anhang aufgezählten Objekte.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Oliver Tschudin, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Raumentwicklung

Definitionen

Im ISOS sind über tausend schützenswerte Ortsbilder der Schweiz definiert. Unter Ortsbild sind nicht nur die Gebäude und deren Aussenfassaden zu verstehen. Die Siedlungsstruktur, Gebäudeabstände und die Umgebungsgestaltung spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Mittelalterliche Stadkerne werden als ebenso schützenswert erachtet wie Industriestandorte aus dem 19. Jahrhundert. Im Bundesrecht sind diese Standorte in einer Liste festgehalten. Die lokalen Behörden sind mit der Wahrung dieser Ortsbilder beauftragt.

Das ISOS wird im Kanton Aargau auf zwei verschiedenen Wegen umgesetzt: einerseits als ein behördenverbindliches Hinweisregister, das Vorgaben für die Richt- und Zonenplanung und die Bauvorschriften in den betreffenden Zonen begründet, andererseits werden Einzelobjekte direkt unter Schutz gestellt. Es ist ein rein behördenverbindliches Inventar, das vor allem in der Raumplanung eine zentrale Rolle spielt und in der Gesamtbeurteilung von Bauvorhaben als Hinweisinventar genutzt wird.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Das ISOS begründet eine zeitlich unbeschränkte Schutzanordnung.

Betroffene Nutzung

Für Bauvorhaben zum Beispiel in der Altstadt von Aarau sind die Vorschriften der Aarauer Bauordnung gültig, was starke Einschränkungen betreffend Fassadengestaltung, Werbung, Dachwinkel und genereller Einfügung ins Ortsbild beinhaltet. Da der Kanton Aargau den Gemeinden bei den Baubewilligungen eine grosse Autonomie zugesteht, wird die kantonale Fachstelle für Ortsbildpflege für Baugesuche in der Kernzone beratend beigezogen. Baugesuche werden auf kantonaler Ebene nur dann beurteilt, wenn „Objekte von kantonalem Interesse“⁵ betroffen sind oder in Beschwerdefällen.

Finanzielle Abgeltung

Bei einem kantonalen Denkmalschutzobjekt leistet der Kanton Subventionen an einen Umbau oder eine Sanierung. Bei kommunalen Schutzobjekten können die Gemeinden und der Kanton die Nutzer entschädigen.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer trägt die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften grundsätzlich selbst. Er achtet auf die Einhaltung der Bauvorschriften und ist verpflichtet, die Bausubstanz vor einem Verfall zu bewahren. Eine Intervention der öffentlichen Behörden sei in Extremfällen denkbar. Dies gilt etwa dann, wenn der Eigentümer ein geschütztes Gebäude willentlich verfallen lässt.

Räumlicher Geltungsbereich

Nach dem ISOS-Inventar ist zum Beispiel die ganze Stadt Aarau als Ortsbild von nationaler Bedeutung katalogisiert. In der Bauordnung der Stadtverwaltung wird dieser Schutz vor allem auf die Altstadt konzentriert. Das genaue Gebiet der Altstadt ist in der Nutzungsplanung festgelegt worden. Einzelobjekte werden separat unter Schutz gestellt.

Linien oder Flächen

Ins ISOS werden weder Linien noch Flächen sondern Orte aufgenommen. Die Stadt definiert Flächen in ihrem Nutzungsplan und die damit verbundenen Schutzvorschriften in der Bauordnung. Unabhängig von diesen Zonen werden zudem Einzelobjekte unter Schutz gestellt.

Art der Kontrolle

Die Gemeinden sind grundsätzlich mit der Umsetzung der Ortsbildschutzanliegen in der Bauordnung beauftragt. Die kantonale Fachstelle für Ortsbildpflege überprüft Baugesuche, sofern sie kantonale Bedeutung haben oder ein Beschwerdeverfahren eingeleitet wurde.

⁵ Dies beinhaltet Immobilien in Kantonsbesitz, Parzellen, die an Kantonsstrassen liegen und Objekte, die unter kantonalem Schutz stehen.

Sichtbarkeit im Feld

Historische Ortskerne sind einfach zu erkennen, aber auch scheinbar unbedeutende oder optisch wenig ansprechende Bauten wie Fabrikhallen können gegebenenfalls unter Schutz stehen. Auch die Umgebung von Bauten und unbebaute Flächen können für den Ortsbildschutz wichtig sein. Deshalb ist es empfehlenswert vor jedem Bauvorhaben die Gemeinde oder die kantonale Fachstelle für Ortsbildpflege anzufragen.

Räumliche Stabilität

Die räumliche Stabilität ist von der Raum- und Nutzungsplanung abhängig, kann aber als relativ hoch angesehen werden.

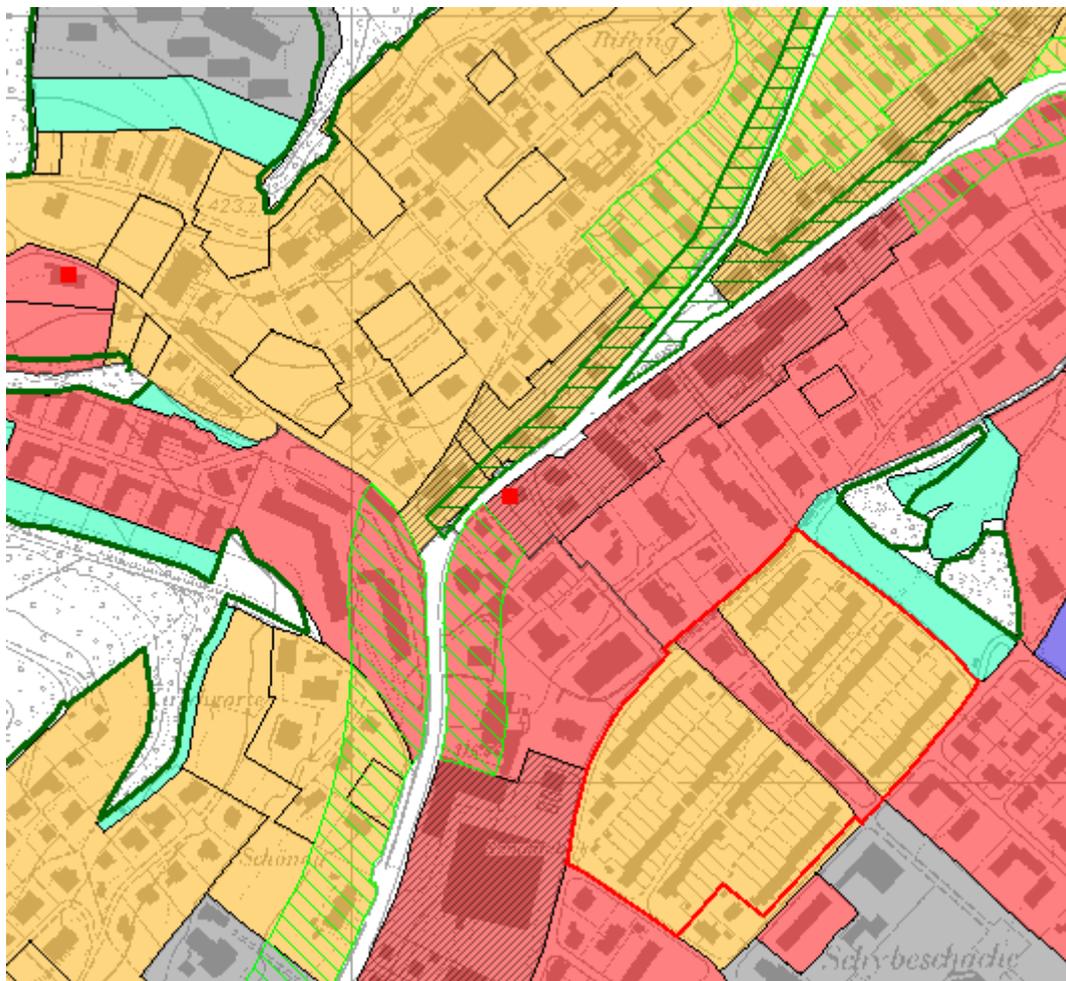
Parzellenspezifität

In Städten kommt der Nutzungsplan auf die Zonen zu liegen und der Objektschutz ist ohnehin auf Einzelobjekte beschränkt. Das ISOS selbst hat aber keinen Zusammenhang mit dem Parzellenplan.

Beispiel

Im ISOS sind nur Ortsnamen aufgeführt. Eine Darstellung auf Plänen gibt es an und für sich nicht. Abbildung 14 zeigt einen Ausschnitt aus dem Bauzonenplan des Kantons Aargau. Rote Quadrate (Zentrum und Nordwest) markieren Kulturobjekte im Baugebiet (Massstab 1:5000). Die rote Linie im südwestlichen Quadranten umschreibt eine Zone, in der ein „Ortsbildschutz im Baugebiet“ definiert wurde.

Tabelle 14: Bauzonenplan Kanton Aargau



Kanton Bern

Kontaktperson: Bernhard Furrer, Denkmalpfleger der Stadt Bern

Definitionen

Das ISOS wird im Kanton Bern einerseits über ein Einzelbauinventar, andererseits über die Zonenplanung implementiert. Die Altstadt unterliegt den Vorgaben der UNESCO (Weltkulturerbe). Das ISOS misst der ganzen Stadt Bern nationale Bedeutung zu und hat somit im täglichen Gebrauch wenig Einfluss auf einzelne Bauprojekte.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Das ISOS begründet eine zeitlich unbeschränkte Schutzanordnung.

Betroffene Nutzung

Grundsätzlich ist die Nutzung durch die ISOS-Vorschriften oder diejenigen des Heimatschutzes nicht eingeschränkt. Der Eigentümer verpflichtet sich aber keinen öffentlichen Schaden zu verursachen.

Finanzielle Abgeltung

Grundsätzlich werden keine Abgeltungen im Zusammenhang mit dem Heimatschutz gegeben, es sei denn, der Eigentümer hätte durch seine Erhaltungsaufgabe eine unzumutbare Mehrbelastung (Restauration einer alten Täferdecke o.ä.). In diesem Fall wird ihm die Differenz zu normalen Erhaltungsarbeiten erstattet.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Eigentümer trägt die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften grundsätzlich selbst. Er achtet auf die Einhaltung der Bau- und Heimatschutzvorschriften und ist verpflichtet, die Bausubstanz vor dem Verfall zu bewahren. Eine Intervention der öffentlichen Behörden sei aber nur in Extremfällen denkbar. Dies gilt etwa dann, wenn der Eigentümer ein geschütztes Gebäude willentlich verfallen lässt. Dies sei in der Stadt Bern aber bis anhin noch nicht vorgekommen.

Räumlicher Geltungsbereich

Dem ISOS zufolge ist die ganze Stadt Bern mit den Aussenquartieren unter Schutz gestellt. Die meisten Auflagen im Zonenplan und in der Bauordnung betreffen den Schutz der Altstadt. Einzelobjekte werden separat unter Schutz gestellt.

Linien oder Flächen

Ins ISOS werden weder Linien noch Flächen sondern Orte aufgenommen. Die Stadt definiert Flächen in ihrem Nutzungsplan und die damit verbundenen Schutzvorschriften in der Bauordnung. Unabhängig von diesen Zonen werden zudem Einzelobjekte unter Schutz gestellt.

Art der Kontrolle

Das Bauinspektorat der Stadt Bern kontrolliert, ob das betroffene Gebäude im Inventar der geschützten oder schützenswerten Gebäude steht und gibt das Gesuch in diesem Fall an den Heimatschutz weiter. Für alle anderen Gebäude gilt die Bauordnung für die entsprechende Zone.

Sichtbarkeit im Feld

Historische Ortskerne sind einfach zu erkennen, aber auch scheinbar unbedeutende oder optisch wenig ansprechende Bauten wie Fabrikhallen können gegebenenfalls unter Heimat-

schutz stehen. Auch die Umgebung von Bauten und unbebaute Flächen können für den Ortsbildschutz wichtig sein. Deshalb ist es empfehlenswert vor jedem Bauvorhaben das zuständige Amt für Heimatschutz anzufragen.

Räumliche Stabilität

Die räumliche Stabilität ist von der Raum- und Nutzungsplanung abhängig, kann als relativ beständig angesehen werden.

Parzellenspezifität

In Städten kommt der Nutzungsplan auf die Zonen zu liegen und der Objektschutz ist ohnehin auf Einzelobjekte beschränkt. Das ISOS selbst hat aber keinen Zusammenhang mit dem Parzellenplan.

Beispiel

Es sind im ISOS nur Ortsnamen erwähnt. Eine Darstellung auf Plänen gibt es nicht.

Kanton Waadt

Kontaktperson: Eric Teysseire, conservateur cantonal des monuments et des sites historiques, Kanton Waadt

Definitionen

Für den Kanton Waadt ist das ISOS zur Zeit noch nicht fertiggestellt und der Bund (Fachstelle ISOS in Zürich) erarbeitet den Katalog in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Amt für Heimat- und Denkmalschutz. Dabei werden erhaltenwerte Ortsbilder, geschützte und schützenswerte Objekte in detaillierten Erhebungen ermittelt und abgeklärt, ob es sich um ein Ortsbild von nationaler Bedeutung hält. Trifft dies zu, wird normalerweise die ganze Gemeinde ins ISOS eingetragen.

Das ISOS wird im Kanton Waadt gleich umgesetzt wie in den anderen beiden Kantonen: einerseits über den individuellen Objektschutz und andererseits über den Nutzungsplan und die Bauordnung der Gemeinden. Baugesuche und Zonenpläne von der kantonalen Fachstelle für Heimat- und Denkmalschutz bewilligt werden.

Zeitliche Parameter der Beschränkung

Das ISOS begründet eine zeitlich unbeschränkte Schutzanordnung.

Betroffene Nutzung

Die ISOS-Vorschriften und die Auflagen des Heimatschutzes beschränken die Nutzung nicht explizit. Der Eigentümer ist hingegen verpflichtet den Schutz des Objektes zu garantieren und hat seine Nutzung diesem Schutzinteresse unterzuordnen.

Finanzielle Abgeltung

Bei geschützten Gebäuden kann der Kanton einen Beitrag von 20% an die Unterhalts- und Restaurationskosten gewähren. Für als schützenswert bezeichnete Gebäude gibt es einen Fonds, der kleinere, mehrheitlich symbolische Entschädigungen für Mehrkosten erlaubt.

Geforderter Beitrag des Eigentümers in Form spezifischer Leistungserbringung

Der Nutzer trägt die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften selbst. Er achtet auf die Einhaltung der Bau- und Heimatschutzvorschriften und verpflichtet sich, die Bausubstanz vom Verfall zu bewahren.

Räumlicher Geltungsbereich

Ins ISOS werden grundsätzlich nur ganze Ortschaften aufgenommen. Der Schutz wird dann von der Gemeinde in der Nutzungsplanung nach Absprache mit dem kantonalen Denkmalschutz konkretisiert. Es werden spezifisch Zonen und Einzelobjekte unter Schutz gestellt.

Linien oder Flächen

Ins ISOS werden weder Linien noch Flächen sondern Orte aufgenommen. Die zuständige Stadt oder Gemeinde definiert Flächen in ihrem Nutzungsplan, die dann wiederum in der Bauordnung unter besonderen Schutz genommen werden. Zusätzlich werden Einzelobjekte unabhängig von den im Nutzungsplan definierten Zonen geschützt.

Art der Kontrolle

Die Zentralstelle für Baubewilligungen des Kantons Waadt legt alle vom Heimatschutz betroffenen Baugesuche der Heimatschutzbehörde vor. Die Gesuchsteller konsultieren den Denkmalschutz in den meisten Fällen schon bei der Vorbereitung des Bauprojektes, um einer möglichen Abweisung des Baugesuchs vorzubeugen.

Sichtbarkeit im Feld

Historische Ortskerne sind einfach zu erkennen, aber auch scheinbar unbedeutende oder optisch wenig ansprechende Bauten wie Fabrikhallen können gegebenenfalls unter Heimatschutz stehen. Auch die Umgebung von Bauten und unbebaute Flächen können für den Ortsbildschutz wichtig sein. Deshalb ist es empfehlenswert vor jedem Bauvorhaben das zuständige Amt für Heimatschutz anzufragen.

Räumliche Stabilität

Die räumliche Stabilität ist von der Raum- und Nutzungsplanung abhängig, die als relativ beständig angesehen werden kann.

Parzellenspezifität

In Städten kommt der Nutzungsplan auf die Parzellen zu liegen und der Objektschutz ist ohnehin auf Einzelobjekte beschränkt. Das ISOS selbst hat keinen Zusammenhang mit dem Parzellenplan.

Beispiel

Es sind im ISOS nur Ortsnamen erwähnt. Eine Darstellung auf Plänen gibt es nicht.

Vergleich

Zwischen den Kantonen

Das ISOS als behördenverbindliches Inventar auf nationaler Ebene wird in allen drei Kantonen auf dieselbe Art umgesetzt: einerseits über den individuellen Objektschutz, andererseits über die Bauvorschriften und die Zonenplanung. Im Kanton Aargau werden zusätzlich noch Zonen mit schützenswerten Ortsbildern definiert.

Zu unseren Erwartungen

Entgegen unserer Erwartung ist das ISOS nicht eigentümerverbindlich. Das Inventar ist bei weitem zu ungenau definiert, als dass es irgendeine Relevanz für die Eigentümer haben könnte. Das ISOS ist aber wie erwartet ohne Bezug zum Parzellenplan.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Das ISOS kann und soll auch nicht auf Plänen dargestellt werden. Es ist behördenverbindlich und hat somit für den Nutzer keine direkte Bedeutung. Massgebend für den Eigentümer sind lediglich die Zoneneinteilung und die Bauordnung sowie das Verzeichnis der schützenswerten und geschützten Baudenkmäler.

Trotzdem ist eine planmässige Darstellung der unter Ortsbildschutz gestellten Gebiete und der geschützten und schützenswerten Baudenkmäler für potentielle Käufer von grossem Interesse, denn der Unterhalt eines geschützten Gebäudes kann sehr kostspielig sein. Zudem können die Auflagen bezüglich der Bautätigkeit in Zonen mit Ortsbildschutz klare Beschränkungen der Nutzung der Gebäude oder finanzielle Mehrbelastungen nach sich ziehen. Diese Kosten werden in den meisten Fällen nicht von den Behörden vergütet.

Schwierigkeiten für die Behörden

Eine graphische Umsetzung des ISOS wäre sinnlos. Hingegen könnten die Auflagen bezüglich des Heimatschutzes ohne den Umweg über die Bauordnung dargestellt werden. Dies würde eine präzisere und umfassendere Information bezüglich des Heimatschutzes ermöglichen. Geschützte Einzelobjekte werden heute schon in den meisten Plänen aufgeführt und das Beispiel des Kantons Aargau zeigt, dass man auch Zonen mit Ortsbildschutz auf Plänen darstellen kann. Die Möglichkeit den Heimatschutz in ein Geoinformationssystem auf nationaler Ebene zu überführen ist somit gegeben; es stellt sich die Frage, ob sich dies angesichts des Nutzens lohnt.

2.10 Freihaltung für Eisenbahnlinie

SR 742.101 Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957

Art. 18n

III. Freihaltung von Grundstücken für künftige Eisenbahnanlagen

1. Projektierungszonen

a. Festlegung

¹ Das Bundesamt kann von sich aus oder auf Antrag von Bahnunternehmung, Kanton oder Gemeinde für genau bezeichnete Gebiete Projektierungszonen festlegen, um Grundstücke für künftige Bahnbauten und -anlagen freizuhalten. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone, Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der betroffenen Grundeigentümer ist Sache der Kantone.

² Verfügungen über die Errichtung von Projektierungszonen sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betreffenden Gemeinden zu veröffentlichen. Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.

Art. 18q

2. Baulinien

a. Festlegung

¹ Das Bundesamt kann Baulinien zur Sicherung bestehender oder künftiger Bahnbauten und -anlagen festlegen. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone und Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der betroffenen Grundeigentümer ist Sache der Kantone. Die Baulinien müssen dem voraussichtlichen Endausbau entsprechen und der Raumplanung sowie dem Umweltschutz Rechnung tragen. Sie können vertikal begrenzt werden.

² Die Baulinien können erst aufgrund genehmigter Pläne festgelegt werden.

³ Verfügungen über die Festlegung von Baulinien sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betreffenden Gemeinden zu veröffentlichen.

Schweizerische Bundesbahnen

Kontaktpersonen: René Gassmann, Rechtsabteilung Schweizerische Bundesbahnen

Eine Anfrage bei mehreren Stellen der Rechtsabteilung der SBB ergab, dass die Anwendung dieses Artikels zwar schon in Erwägung gezogen worden ist; es gibt aber keine bekannten Fälle, wo die SBB tatsächlich Projektierungszonen errichten liess. Im Fall des Brüttemer Tunnels reichte der Enteignungsbann gemäss Art. 42 Enteignungsgesetz.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Marco Lombardi, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Verkehr

Beispiel

Der Kanton Aargau will im Limmattal in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich eine Stadtbahn ähnlich der Glattalbahn (Kanton Zürich) bauen. Verschiedene Möglichkeiten zur Tras-

seesicherung wurden für dieses Bauvorhaben in Erwägung gezogen (unter anderem über einen Gestaltungsplan oder den kommunalen oder einen kantonalen Nutzungsplan).

Der Bundesrechtsartikel, wie er in dieser Studie untersucht wurde, ist den Planern bekannt. Da es aber nur konzessionierten Eisenbahnunternehmen möglich ist eine Trasseefreihaltung einzufordern, konnte er nicht angewandt werden. Die Planer erachteten diese Möglichkeit zur Freihaltung des Landes für das künftige Trasse als unpraktisch. Der Umweg über die Nutzungsplanung ist schwieriger anfechtbar für die Grundstückseigentümer, da Bauvorhaben im betroffenen Gebiet grundsätzlich ausser Frage stehen.

Kanton Bern

Eine Umfrage bei den betroffenen Gemeinden, der Bau- Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern und dem Kreisgrundbuchamt Burgdorf-Fraubrunnen ergab, dass bei der Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist dieser Artikel nicht zur Anwendung kam. Der Artikel war bei allen befragten Stellen unbekannt. Dies wurde von Ueli Maag vom Amt für Geoinformation in einem Gespräch im Dezember 2005 bestätigt.

Kanton Waadt

Der Fall der Freihaltung für eine Eisenbahnlinie ist in der Verwaltung des Kantons Waadt nicht bekannt (Telefongespräch mit dem Verantwortlichen des Raumordnungsdienstes SAT des Kantons Waadt).

Vergleich

Zwischen den Kantonen

Die Projektierungszonen wurden nur vom Kanton Aargau in Betracht gezogen, aber sogleich wieder verworfen. Bei der SBB-Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist hat die SBB das betroffene Land soweit es ging aufgekauft und den Rest enteignet. In der Routenwahl wurde darauf geachtet, die Strecke grundsätzlich nicht durch Bauzonen oder überbaute Gebiete zu führen, was Kosten beim Landkauf sparte und das Festlegen von Projektierungszonen überflüssig gemacht hat.

Der Artikel ist vielerorts unbekannt und ist nach Angabe der SBB noch nicht zur Anwendung gekommen. Andere Mittel, insbesondere der Umweg über die Nutzungsplanung, erlauben eine einfachere und effektivere Sicherung des Trassees.

Zu unseren Erwartungen

Nach der Lektüre des Artikels kam die Annahme auf, dass die SBB dieses Mittel verwenden würde, um sich für eventuelle Bauvorhaben Land zu sichern und der Artikel somit relativ häufig zur Anwendung kommt. Das Gegenteil ist der Fall.

Es lässt sich somit auch nicht sagen, wie diese Projektierungszonen in der Praxis angewandt würden.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Das Interesse an Informationen über solche Projektierungszonen wäre gross, wenn diese zur Anwendung kämen. Da die Bahn dieses Privileg aber nicht ausübt und es mit der Privatisierung der Schweizerischen Bundesbahnen in der Zukunft noch weniger legitime Möglichkeiten gibt, den Artikel geltend zu machen, besteht kein Interesse an einer Einführung dieser Informationen in ein nationales GIS.

Generelle Informationen über geplante Eisenbahnlinien könnten aber für den Nutzer von Interesse sein, auch wenn die Freihaltung über die Nutzungsplanung geregelt ist. Grundstückseigentümer im weiteren Umfeld einer Bahnlinie könnten von der Konstruktion, dem Lärm, aber auch dem transporttechnischen und volkswirtschaftlichen Nutzen einer neuen Bahnlinie profitieren oder beeinträchtigt sein, was einen direkten Einfluss auf den Grundstückspreis hat. In dieser Hinsicht wäre die Bereitstellung von Informationen über geplante Baulinien interessant für die Nutzer eines GIS auf Bundesebene.

Schwierigkeiten für die Behörden

Da bei allen befragten Stellen keine Fälle über solche Projektierungszonen bekannt sind, erübrigt sich die Frage, ob eine Digitalisierung sinnvoll wäre. Es macht keinen Sinn, Verfügungen zu berücksichtigen, die nicht zur Anwendung kommen.

Ob man im weiteren Sinn über eventuelle Bauvorhaben der SBB oder anderer Bahnunternehmen informieren möchte, bleibt offen. Nachteile bestünden darin, dass schon in der Projektierungsphase Opposition direkt oder indirekt betroffener Grundstückseigentümer aufkommen könnte. Solche negativen Reaktionen aus der näheren Umgebung sind bei allen grösseren Infrastrukturprojekten zu erwarten und können deren Realisation in Gefahr bringen (vgl. Stadion Zürich). Diesbezüglich wäre die Bereitstellung von (ggf. ungesicherten) Informationen über projektierte oder in der Planung befindliche Projekte kontraproduktiv für die Absichten der Behörden.

2.11 Meldepflicht für Bau- oder Zonungsmassnahmen im Bereich militärischer Anlagen

SR 510.518.1 Verordnung vom 2. Mai 1990 über den Schutz militärischer Anlagen

Art. 9 Meldepflicht der Kantone und Gemeinden

¹ Die Kantone und Gemeinden melden dem Generalsekretariat des VBS oder der von dieser bezeichneten Dienststelle ihre raumwirksamen Tätigkeiten und die entsprechenden Planungen im Bereich militärischer Anlagen. Sie unterbreiten dieser Stelle insbesondere:

- a. 60 Tage vor der ersten öffentlichen Auflage kantonale Richtpläne und kommunale Nutzungspläne sowie weitere öffentliche Planungen wie Leitungs- und Gewässerschutzkataster, Pläne über die Ver- und Entsorgung, Pläne für Schutz- und Jagdbanngebiete;
- b. vor deren Bewilligung: Bau- und Ausnahmegesuche nach den Artikeln 22 und 24 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979, sowie Gesuche um Konzessionen, Subventionen, Rodungen und Niederhalteservitude.

² Die Kantone und Gemeinden melden der armasuisse im VBS alle Um- und Neubauten im Bereich militärischer Anlagen an:

- a. Autobahnen und Autostrassen;
- b. Kantons- und Gemeindestrassen;
- c. Eisenbahnen;
- d. Flughäfen.

Kanton Bern

Kontaktperson: Hansueli Maurer, Chef Baubewilligungen, Bauinspektorat der Stadt Thun

In der Stadt Thun wird keine spezielle Konsultation der Militärverwaltung bei Bauvorhaben im Umfeld des Waffenplatzes vorgenommen. Die Militärbehörden haben die Möglichkeit die öffentliche Ausschreibung der Bauvorhaben im Amtsblatt der Stadt Thun zu verfolgen, um dann je nach Fall Einspruch zu erheben.

Kanton Aargau

Kontaktperson: Reto Candinas, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Raumentwicklung

Definitionen

Die Einhaltung der bundesrechtlichen Pflicht ist gewährleistet, indem der Kanton vor der verwaltungsinternen Konferenz alle Nutzungsplanungsgeschäfte auch an die Militärbehörden schickt. Diese können dann intervenieren, sofern militärische Interessen betroffen sind. Offiziell ist aber nicht bekannt, wo diese Interessen zu liegen kommen oder in welchen Gebieten Bauvorhaben der Zustimmung des Militärs bedürfen. Zusätzlich werden die meisten Baugesuche direkt von den Gemeinden ohne Mitsprache des Kantons behandelt.

Kanton Waadt

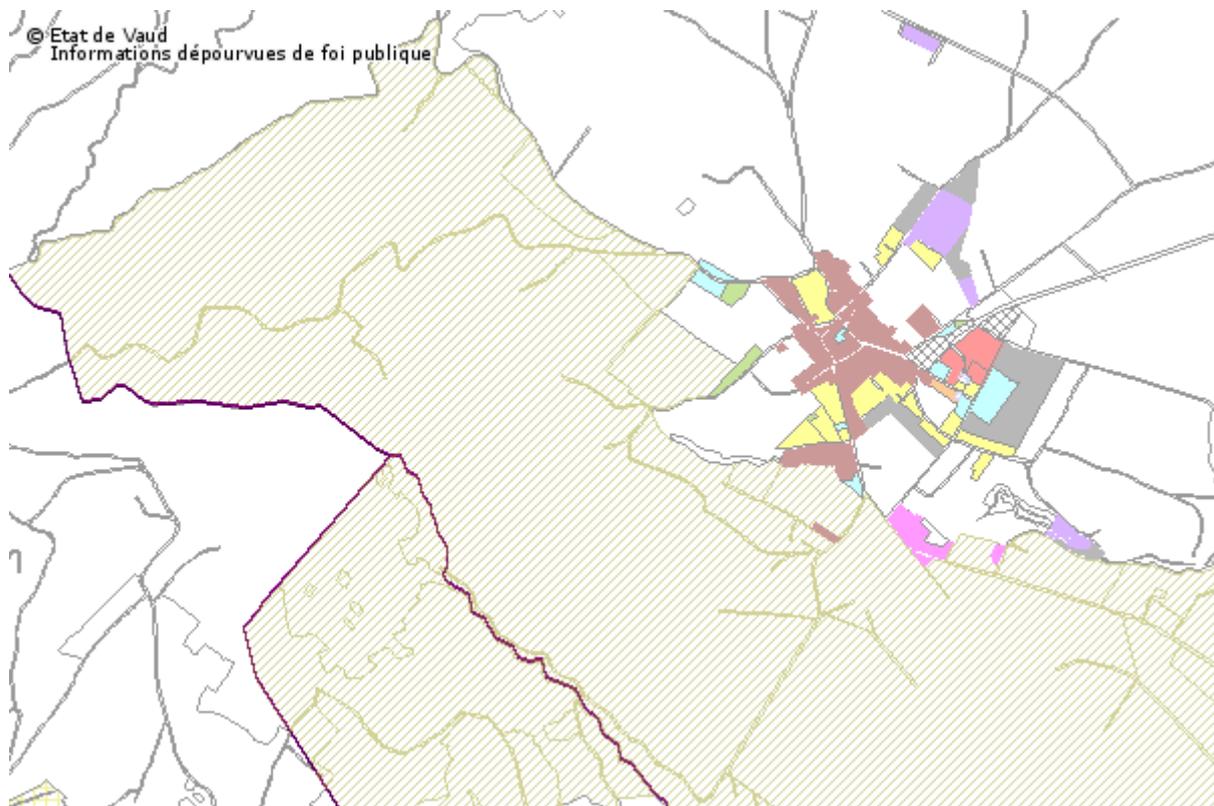
Die Meldepflicht ist nicht bekannt und in der normalen Prozedur der Baubewilligungen wird die Militärverwaltung nicht informiert. In gewissen Fällen informiert das Amt für Raumordnung die CAMAC (Zentralstelle für Bewilligungen) darüber, dass die Militärbehörden in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollten. Dies geschieht meistens bei Bauvorhaben des Militärs.

Baugesuche des Militärs werden anders bearbeitet als zivile Baugesuche: wenn die Gemeinde es geprüft hat, geht das Gesuch an das Amt für Raumordnung (SAT), das prüft, ob das Gesuch der Öffentlichkeit vorgelegt werden muss. Ist dies der Fall, wird es von der CAMAC wie ein ziviles Baugesuch veröffentlicht.

Fälle militärischer Bauvorhaben seien an sich schon rar und Fälle, wo zivile Bauvorhaben der Militärverwaltung vorgelegt werden mussten sind nach Ansicht der CAMAC unbekannt.

Was die Zonen betrifft, so ist dies insofern kein Problem, als dass im Kanton Waadt alles Land das als militärische Zone eingestuft worden ist, auch dem Militär gehört.

Tabelle 15: Militärzone beim Waffenplatz Bière, Kanton Waadt (1:25'000) Nordosten der Karte sind die Nutzungszonen des Dorfes Bière zu sehen.



Vergleich

Zwischen den Kantonen

Das Militär wird in allen drei Kantonen unterschiedlich über Baugesuche und Zonierungsmassnahmen informiert. Der Kanton Waadt macht es über die Bewilligungszentrale CAMAC, der Kanton Aargau informiert das Militär über geplante Nutzungsplanungs- und Sondernutzungsplanänderungen und der Kanton Bern lässt den Militärbehörden die Möglichkeit nach der Veröffentlichung Einspruch gegen die Baugesuche zu erheben. Die Deklarationspflicht, wie sie das Bundesrecht verlangt, wird in allen drei Kantonen nicht umgesetzt.

Zu unseren Erwartungen

Die Resultate überraschen nicht, denn die Vorschrift verlangt, dass das Militär über Bauvorhaben im Umfeld militärischer Anlagen informiert wird, liefert aber keine Definition dieses Umfeldes. Eine Definition des betroffenen Gebietes würde wahrscheinlich selbst unter die Geheimhaltung fallen und somit schliesst sich die Umsetzung dieser Verordnung selbst aus. Sie bewahrt den Militärbehörden aber das Recht, zu einem späten Zeitpunkt Einspruch gegen ein Bauvorhaben oder einen Zonenplan zu erheben mit der Begründung, dass der Kanton seine Meldepflicht vernachlässigt hat. Im Gegenzug dazu haben die zivilen Behörden versucht, die Bauzonen so weit wie möglich vom militärischen Gebiet fernzuhalten, um der Eventualität einer Einsprache seitens der Armee vorzubeugen.

Unsere Annahme, dass es sich um eine behördenverbindliche Pflicht der Kantone ohne Bezug zum Parzellenplan handelt, hat sich dennoch bestätigt.

Vielleicht konnten die Zivilbehörden aber auch aus Geheimhaltungsgründen keine Angaben über diese Vorschrift machen, was die Qualität dieses Resultats in Frage stellt.

Empfehlung

Interesse für den Nutzer

Die räumlichen Elemente dieser Verordnung sind entweder nicht verfügbar (geheim), oder die Verordnung wird nicht räumlich konkretisiert. In jedem Fall bleibt der Nutzen für einen potentiellen Käufer oder Eigentümer gering, da er ohnehin erst nach Einreichen seines Baugesuches informiert würde, ob die zuständigen Militärbehörden es akzeptieren würden. Des Weiteren haben die meisten Gemeinden ihren Nutzungsplan so angelegt, dass militärische Anlagen so wenig wie möglich von privaten oder öffentlichen Bauvorhaben berührt werden.

Schwierigkeiten für die Behörden

Nach eigenen Angaben wissen die Amtsstellen selbst nicht, wann sie das Militär informieren müssen, denn es gibt diesbezüglich keiner Regelung. Demnach muss man die Einführung dieser Vorschrift in ein nationales Geoinformationssystem als überflüssig betrachten.

Generelle Informationen über militärisch genutzte Gebiete können aber für private Nutzer interessant sein, da einerseits eine erhöhte Lärmbelastung von diesen Gebieten ausgehen kann; andererseits ist die Gefahr, dass das Gebiet in naher Zukunft verbaut werden könnte, relativ gering. Der Kanton Waadt hat die militärisch genutzten Gebiete in seinem GIS aufgeführt und es spricht – ausser eventuell der Geheimhaltung – eigentlich nichts dagegen, dies auch auf nationaler Ebene zu tun.

2.12 Zusammenfassung

Tabelle 16: Eignung zur Aufnahme in ein nationales GIS

Eigentumsbeschränkung	Zuständigkeit	Nutzer Interesse	Behörden Schwierigkeit	Gesamtbeurteilung: Aufnahme in ÖREB-GIS	Kommentar
Grundwasserschutzzonen	Kanton	hoch	Einfach	Ja	
Baubewilligung	Kanton/ Gemeinde	Mittel - hoch	Aufwändig	Offen	
Hochwasserschutz	Kanton/ Gemeinde	Hoch	Aufwändig	Ja	Raumbedarf muss zuerst definiert werden
Empfindlichkeitsstufen	Gemeinde	Mittel - hoch	Einfach	Ja	
Landwirtschaftliches Produktionskataster	Bund	Hoch	Einfach	Ja	Zur Zeit schon fertig
Schützenswertes Ortsbild	Bund/Gemeinde	niedrig	Unnützlich	Nein	Ersetzen durch Gesamtplan Heimatschutz
Freihaltung für Eisenbahn	Nicht umgesetzt	Mittel - hoch	Einfach	Nein	Wird nicht angewandt
Meldepflicht für Bau- und Zonierungsmassnahmen im Umfeld militärischer Anlagen	Nicht umgesetzt	niedrig	Unbekannt	Nein	Wird nicht angewandt

2.13 Rekapitulativ: Quellenverzeichnis

SBB

- Rene Gassmann, rene.gassmann@sbb.ch

Kanton Waadt

- Pascal Cloux, secrétaire municipal Bière, greffe@biere-vd.ch
- Mme Chantal Dupré, juriste au service de l'aménagement du territoire, Kanton Waadt, 021 316 74 31, chantal.dupre@sat.vd.ch
- Marc Gilgen, service de l'information sur le territoire, département des infrastructures, Kanton Waadt, marc.gilgen@sit.vd.ch

- Richard R. Hollenweger - Responsable arrondissement rural, Etat de Vaud, Département des institutions et des relations extérieures (DIRE), Service de l'aménagement du territoire (SAT), 021 316 79 38, richard.hollenweger@sat.vd.ch
- Philippe Hohl, service des eaux, sols et assainissement, département sécurité et environnement, Canton de Vaud, philippe.hohl@sesa.vd.ch
- Daniel Litzistorf, Service de l'urbanisme de la ville de Lausanne, daniel.litzistorf@lausanne.ch
- Michel Marrel. Kantonaler Hydrogeologe, Département de la sécurité et de l'environnement (DSE), Service des eaux, sols et assainissement (SESA), michel.marrel@sesa.vd.ch
- Florian Morisetti, Centrale des Autorisations (CAMAC), Kanton Waadt, 021 316 70 21, info.camac@vd.ch
- Eric Teyssere, conservateur cantonal des monuments et des sites historiques, Kanton Waadt, 021 316 73 00
- Daniel Von Siebenthal, service de l'aménagement du territoire, Kanton Waadt, Daniel.von-siebenthal@sat.vd.ch

Kanton Bern

- Toni Dervey, Amt für Wasserwirtschaft Kanton Bern, 031 633 38 66, toni.dervey@bve.be.ch
- Bernhard Furrer, Denkmalpfleger der Stadt Bern, 031 321 60 93, bernhard.furrer@bern.ch
- Jürg Bracher, Grundbuchverwalter Kreisgrundbuchamt V Burgdorf-Fraubrunnen 031 760 11 22 juerg.bracher@jgk.be.ch
- Laszlo Litzko, Stadtplanungsamt Bern, Betreuer Empfindlichkeisstufenplan, 031 321 70 48
- Ueli Maag, Amt für Geoinformation Kanton Bern, 031 633 33 16, ulrich.maag@bve.be.ch
- Hansueli Maurer, Chef Baubewilligungen, Bauinspektorat der Stadt Thun, 033 225 83 37, hansueli.maurer@thun.ch
- Heinz Roth, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion, Tiefbauamt des Kantons Bern, 031 633 35 16, heinz.roth@bve.be.ch
- Ueli Scherz, Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Landwirtschaft und Natur, Abteilung Direktzahlungen, 031 633 46 97, ueli.scherz@vol.be.ch

Kanton Aargau

- Bausekretariat Aarau 062 836 05 25
- Reto Candinas, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Raumentwicklung, 062 835 33 12, reto.candinas@ag.ch
- Ronni Hilfiker, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung für Umwelt, 062 835 34 02, ronni.hilfiker@ag.ch

- Marco Lombardi, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Verkehr, 062 835 33 58, marco.lombardi@ag.ch
- Viktor Schmid, Departement Finanzen und Ressourcen, Abteilung Landwirtschaft, 062 835 27 51, viktor.schmid@ag.ch
- Oliver Tschudin, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Raumentwicklung, 062 835 35 46, oliver.tschudin@ag.ch
- Markus Zumsteg, Departement Bau, Verkehr und Umwelt, Abteilung Landschaft und Gewässer, 062 835 33 12, markus.zumsteg@ag.ch

Anhänge

Anhang 1: Abkürzungen

Gesetze, Verordnungen, weitere Erlasse mit direkter oder indirekter Raumrelevanz

ABBV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über Flächen- und Verarbeitungsbeiträge im Ackerbau (Ackerbaubeitragsverordnung, SR 910.17)
ADFV	Verordnung vom 18. Dezember 1995 über Abgeltungen, Darlehen und Finanzhilfen nach Eisenbahngesetz (Abgeltungsverordnung, SR 742.101.1)
AlgV	Verordnung vom 15. Juni 2001 über den Schutz der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung (Amphibienlaichgebiete-Verordnung, SR 451.34)
AltIV	Verordnung vom 26. August 1998 über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung, SR 814.680)
AnGV	Verordnung vom 26. Februar 1992 über die Anschlussgleise (Anschlussgleisverordnung, SR 742.141.51)
AnISchG	Bundesgesetz vom 23. Juni 1950 über den Schutz militärischer Anlagen (Anlagenschutzgesetz, SR 510.518)
AtG	Bundesgesetz vom 23. Dezember 1959 über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz (Atomgesetz, SR 732.0)
AtraV	Verordnung vom 28. Februar 2001 über den Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale (Alpentransit-Verordnung, SR 742.104.1)
AV	Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die Warnung, Alarmierung und Verbreitung von Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung, SR 520.12)
BB Bundesbeschluss	BB AtG Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1978 zum Atomgesetz (SR 732.01)
BBG	Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, SR 412.10)
BBV	Verordnung vom 22. Dezember 1976 über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten (SR 901.21)
BGBB	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (SR 211.412.11)
BGF	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über die Fischerei (SR 923.0)
BSG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (SR 747.201)
BSV	Verordnung vom 8. November 1978 über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung, SR 747.201.1)
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BZG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, SR 520.1)
DZV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft (Direktzahlungsverordnung, SR 910.13)
EBG	Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (SR 742.101)
EBV	Verordnung vom 23. November 1983 über Bau und Betrieb der Eisenbahnen (Eisenbahnverordnung, SR 742.141.1)

EntG	Bundesgesetz vom 20. Juni 1930 über die Enteignung (SR 711)
FAV	Verordnung vom 14. Juni 2002 über Fernmeldeanlagen (SR 784.101.2)
FDV	Verordnung vom 31. Oktober 2001 über Fernmelddienste (SR 784.101.1)
FHSG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über die Fachhochschulen (Fachhochschulgesetz, SR 414.71)
FMG	Fernmeldegesetz vom 30. April 1997 (SR 784.10)
GSchG	Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, SR 814.20)
GSchV	Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (SR 814.201)
HSV	Verordnung vom 8. April 1987 über die Hauptstrassen (SR 725.116.23)
IHG	Bundesgesetz vom 21. März 1997 über Investitionshilfe für Berggebiete (Investitionshilfegesetz, SR 901.1)
IHV	Verordnung vom 26. November 1997 über Investitionshilfe für Berggebiete (SR 901.11)
JSG	Bundesgesetz vom 20. Juni 1986 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, SR 922.0)
KGSV	Verordnung vom 17. Oktober 1984 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten (Kulturgüterverordnung, SR 520.31)
LBV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung, SR 910.91)
LeV	Verordnung vom 30. März 1994 über elektrische Leitungen (Leitungsverordnung, SR 734.31)
LFG	Bundesgesetz vom 21. Dezember 1948 über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, SR 748.0)
LFV	Verordnung vom 14. November 1973 über die Luftfahrt (Luftfahrtverordnung, SR 748.01)
LKV	Verordnung vom 8. November 1978 über die Konzessionierung von Luftseilbahnen (Luftseilbahnkonzessionsverordnung, SR 743.11)
LPG	Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985 (SR 221.213.2)
LRV	Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (SR 814.318.142.1)
LSV	Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986 (SR 814.41)
LVG	Bundesgesetz vom 8. Oktober 1982 über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz, SR 531)
LWG	Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, SR 910.1)
MG	Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militär-gesetz, SR 510.10)
MinVG	Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (SR 725.116.2)
MKV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Kontingentierung der Milchproduktion (Milchkontingentierungsverordnung, SR 916.350.1)
MPV	Verordnung vom 13. Dezember 1999 über das Plangenehmigungsverfahren für militärische Bauten und Anlagen (Militärische Plangenehmigungsverordnung, SR 510.51)

NHG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (SR 451)
NHV	Verordnung vom 16. Januar 1991 über den Natur- und Heimatschutz (SR 451.1)
NISV	Verordnung vom 23. Dezember 1999 über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (SR 814.710)
NSB	Bundesbeschluss vom 21. Juni 1960 über das Nationalstrassennetz (SR 725.113.11)
NSG	Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen (SR 725.11)
NSV	Verordnung vom 18. Dezember 1995 über die Nationalstrassen (SR 725.111)
NZV	Eisenbahn-Netzzugangsverordnung vom 25. November 1998 (SR 741.122)
ÖQV	Verordnung vom 4. April 2001 über die regionale Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft (Öko- Qualitätsverordnung, SR 910.14)
OV-VBS	Organisationsverordnung vom 13. Dezember 1999 für das Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (SR 172.214.1)
PBG	Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmung (Personenbeförderungsgesetz, SR 744.10)
PG	Postgesetz vom 30. April 1997 (SR 783.0)
POG	Bundesgesetz vom 30. April 1997 über die Organisation der Postunternehmung des Bundes (Postorganisationsgesetz, SR 783.1)
REGIO PLUS	Bundesbeschluss vom 21. März 1997 über die Unterstützung des Strukturwandels im ländlichen Raum (SR 901.3)
RLG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1963 über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- und Treibstoffe (Rohrleitungsgesetz, SR 746.1)
RLS	Verordnung vom 20. April 1983 über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen (SR 746.2)
RLV	Rohrleitungsverordnung vom 2. Februar 2000 (SR 746.11)
RPG	Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, SR 700)
RTVG	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über Radio und Fernsehen (SR 784.40)
RTVV	Radio- und Fernsehverordnung vom 6. Oktober 1997 (SR 784.401)
SBBG	Bundesgesetz vom 20. März 1998 über die Schweizerischen Bundesbahnen (SR 742.31)
SBMV	Verordnung Verordnung vom 26. November 2003 über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (SR 914.11)
SBV	Verordnung vom 14. März 1994 über den Bau und Betrieb von Schiffen und Anlagen öffentlicher Schifffahrtsunternehmen (Schiffbauverordnung, SR 747.201.7)
SöBV	Verordnung vom 29. März 2000 über Sömmerungsbeiträge (Sömmerungsbeitragsverordnung, SR 910.133)
StFV	Verordnung vom 27. Februar 1991 über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, SR 814.012)
StoV	Verordnung vom 9. Juni 1986 über umweltgefährdende Stoffe (Stoffverordnung, SR 814.013)
STVG	Bundesgesetz vom 17. Juni 1994 über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (SR

	725.14)
SVAG	Bundesgesetz vom 19. Dezember 1997 über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (Schwerverkehrsabgabegesetz, SR 641.81)
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SVV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung, SR 913.1)
TG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1985 über den Transport im öffentlichen Verkehr (Transportgesetz, SR 742.40)
TUG	Bundesgesetz vom 30. April 1997 über die Organisation der Telekommunikationsunternehmung des Bundes (Telekommunikationsunternehmungsgesetz, SR 784.11)
TVA	Technische Verordnung über Abfälle vom 10. Dezember 1990 (SR 814.600)
USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, SR 814.01)
UVPV	Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung (Umweltverträglichkeitsprüfungsverordnung, SR 814.011)
VASA	Verordnung vom 5. April 2000 über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten (SR 814.681)
VBBo	Verordnung vom 1. Juli 1998 über Belastungen des Bodens (SR 814.12)
VBGF	Verordnung vom 24. November 1993 über die Fischerei (Fischereiverordnung, SR 923.01)
VBLN	Verordnung vom 10. August 1977 über das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler (SR 451.11)
VEJ	Verordnung vom 30. September 1991 über die eidgenössischen Jagdbanngebiete (SR 922.31)
VIL	Verordnung vom 23. November 1994 über die Infrastruktur der Luftfahrt (SR 748.131.1)
VILB	Verordnung vom 14. Dezember 1998 über das Immobilienmanagement und die Logistik des Bundes (SR 172.010.21)
VISOS	Verordnung vom 9. September 1981 über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (SR 451.12)
VKV	Verordnung vom 29. Juni 1988 über die Förderung des kombinierten Verkehrs und des Transportes begleiteter Motorfahrzeuge (Kombiverkehrsverordnung, SR 742.149)
VLE	Verordnung vom 14. November 2001 über die Lärmsanierung der Eisenbahnen (SR 742.144.1)
VLOB	Verordnung vom 22. März 1972 über die Luftseilbahnen mit Personenbeförderung ohne Bundeskonzession und über die Skilifte (SR 743.21)
VPeA	Verordnung vom 2. Februar 2000 über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (SR 734.25)
VPG	Postverordnung vom 29. Oktober 1997 (SR 783.01)
VPK	Verordnung vom 25. November 1998 über die Personenbeförderungskonzession (SR 744.11)
VPVE	Verordnung vom 2. Februar 2000 über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen (SR 742.142.1)

VVR	Verordnung des UVEK vom 4. Mai 1981 über die Verkehrsregeln für Luftfahrzeuge (SR 748.121.11)
VWBG	Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (SR 844)
VWF	Verordnung vom 1. Juli 1998 über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (SR 814.202)
WaG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über den Wald (Waldgesetz, SR 921.0)
WaV	Verordnung vom 30. November 1992 über den Wald (Waldverordnung, SR 921.01)
WBG	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über den Wasserbau (Wasserbaugesetz, SR 721.100)
WBPG	Bundesgesetz vom 22. Juni 1877 über die Wasserbaupolizei (SR 721.10)
WBV	Verordnung vom 2. November 1994 über den Wasserbau (Wasserbauverordnung, SR 721.100.1)
WEG	Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4. Oktober 1974 (SR 843)
WFG	Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (SR 842)
WfV	Verordnung vom 26. November 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsverordnung, SR 842.1)
WRG	Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (Wasserrechtsgesetz, SR 721.80)
WZVV	Verordnung vom 21. Januar 1991 über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung (SR 922.32)
ZSV	Verordnung vom 5. Dezember 2003 über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung, SR 520.11)
GSchG	Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, SR 814.20)

Anhang 2: Nach Bundesrecht anmerkbare ÖREB

Beschränkung	Gesetz	SR	Artikel	Beschränkung der Nutzung oder der Dispositionsfreiheit	Pflicht oder Recht	Zuständigkeit	Eigentümergebunden?	Parzellenbezogen?	Frist
Baubewilligung	Baurecht	210	Art 779 ZGB	Nutzung	Recht	Gemeinde	Ja	Ja	
Beschränkter Erwerb durch Personen im Ausland		211.412.41	Art 86	Dispositionsfreiheit	Pflicht	Gemeinde	Ja	Ja	
Zwangsverwertung	VZG	281.42	Art 87	Dispositionsfreiheit	Pflicht	Gemeinde	Ja	Ja	
Gefahrenzone Schiessstand		510.512	Art 7	Nutzung	Pflicht	Gemeinde	Ja	Nein	
Nichtlandwirtschaftliches Gebäude ausserhalb Bauzone	RPV	700.1	Art 44	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
Landwirtschaftliche Fläche in Bauzone	RPV	700.1	Art 44	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	
Recht auf Nutzbarmachung der Wassekräfte		721.80	Art 59	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Ja	min. 30 Jahre
Anschlussgleis	AnGG	742.141.5	Art 4	Nutzung	Recht	Kanton	Ja	Nein	
Finanzierungshilfe für Wohnbau	WFV	842.1	Art 50	Nutzung	Recht	BWO	Ja	Ja	
Finanzierungshilfe für Eigentumsförderung	WFV	842.1	Art 50	Nutzung	Recht	BWO	Ja	Ja	
Finanzierungshilfe zur Förderung von preisgünstigen Wohnungen	WFV	842.1	Art 50	Nutzung	Recht	BWO	Ja	Ja	
Zusätzliche Mittel bei früher verbilligten Wohnungen	VWEG	842.1	72a	Nutzung	Recht	BWO	Ja	Ja	
Zweckentfremdungsverbot	WEG	843	Art 61	Dispositionsfreiheit	Pflicht		Ja	Ja	
Veräusserungsverbot	WEG	843	Art 61	Dispositionsfreiheit	Pflicht		Ja	Ja	
Kaufs- und Vorkaufsrecht z.G. Schweiz Eidgenossenschaft	WEG	843	Art 61	Dispositionsfreiheit	Pflicht		Ja	Ja	
Grundverbilligungszuschüsse	WEG	843	Art 61	Dispositionsfreiheit	Recht		Ja	Ja	
Zerstückelungsverbot	LWG	910.1	Art 104	Dispositionsfreiheit	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
Zweckentfremdungsverbot	LWG	910.1	Art 104	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
Unterhaltungspflicht	LWG	910.1	Art 104	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
Bewirtschaftungspflicht	LWG	910.1	Art 104	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
Rückerstattungspflicht	LWG	910.1	Art 104	Nutzung	Pflicht	Kanton	Ja	Ja	
Bodenverbesserung		913.1	Art 42	Nutzung	Recht	Gemeinde	Ja	Ja	
Konkurs	SBMV	914.11	Art 28	Nutzung	Pflicht	Gemeinde	Ja	Ja	20 Jahre

Anhang 3: Nach kantonaler Praxis eingetragene ÖREB (Auswahl)

Alphabetisch geordnet

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
... (Projekt), Subventionsbestimmungen	LwG 104M SVV 42	SG	910.1
... (Projekt), Unterhalts- und Bewirtschaftungspflicht; Zweckentfremdungsverbot und Rückerstattungspflicht bis...	LwG 104M SVV 43	SG	910.1
Abbruchrevers		UR	
abparzellierungsverbot und weitere Beschränkungen nach RPV	RPV Art 44	SG	700.1
Altertümerschutz		SO	
Änderung der Landesgrenze pendent	GBV 80a	SG	211.432.1
Auflagen bei Kauf von Grundstück durch Personen im Ausland	Art 14 BewG	BL	211.412.41
Auflagen gemäss BewG	BewG	BE, UR	211.412.41
Auflagen und Bedingungen betr. (schützenswertes Objekt)	NGH 13 Abs.3; NHV 8	SG	451
Ausnützungsbeschränkung	BauG Art 63	SG	
Ausnützungstransport		NW	
Ausnützungsübertragung		ZG	
AZ-Transport		UR	
Baubewilligung		NW	
Baubewilligung (Gestaltungsplan)		NW	
Baubewilligung unter Auflagen		SO	
Baulandumlegung		BE	
Baute ausserhalb Zone	RPG Art 81	VD	700
Bauverbot	Grundbuchgesetz art 11	NE	211.432.1
Bauverpflichtung	WEG 9	BL, SG	843
Bedingungen und Auflagen		UR	
Beginn eines Bauwerkes		SO	
Begründung Stockwerkeigentum vor Erstellung Gebäud	Art. 33c GBV	SO, UR, ZG, NW, BE	211.432.1
Beschränkungen nach NHG und NHV	NHG, NHV	UR	451
Beschränkungen nach WEG	KS GBI Nr. 4.34 vom 01.10.1998	SG	
Beschränkungen, Auflagen und Bedingungen nach RPV	RPV 44	SG	700.1
Beschwerde hängig		BE	
Beseitigungsrevers betr.	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b	SG	
Besondere Unterhaltspflicht am eingedeckten öffentlichen Gewässer	EVzZGB 108 Abs.1 lit.g	SG	210
Bestand einer Wasserstaumauer	EVzZGB 108 Abs.1 lit.i	SG	210
Bewilligung		SO, ZG	
Bewilligung Grundstückserwerb		SO	
Bewilligung mit Auflagen		SO	

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
BGBB nicht unterstellt	BGBB 86 Abs 1 lit.b	SG, BL, NW, BE, UR, ZG, JU	211.412.11
BGBB unterstellt	BGBB 86 Abs 1 lit.a	SG, BL, NW, BE, UR, ZG, JU	211.412.11
Bodenverbesserung	Art 84 LWG	BL, SO, JU, NE, ZG	910.1
Cheville trigonométrique		NE	
collecteur intercommunal d'eau		JU	
concordat par l'abandon d'actif		JU	
conduites d'eau du SEHA		JU	
Denkmalschutz	NHG	ZG	451
Duldung von trigonometrischen Signalsteinen		BL	
Eigentumsbeschränkung gemäss	DPG	BE	
Eigentumsbeschränkung gemäss	NHG	BE	451
Eigentumsbeschränkung gemäss	WEG Art 46, 50	BE, JU, ZG	843
Eingedecktes öffentliches Gewässer (Dorfbach) mit Auf- lagen	EVzZGB 108 Abs.1 lit.h	SG	210
Enteignungsbann		BE	
Entschädigungsauszahlung für Eigentumsbeschränkung	RPG 5 Abs.3; EntG 51 Abs.2	SG	700
Entwässerung	LwG Art 84, Abs 2	ZG	910.1
Erschliessungsbeitragspflicht		SO	
existences d'une hypothèque légale		JU	
Gebäuderationalisierung		ZG	
Gebiet mit dauernden Bodenverschiebungen	Art 660a ZGB, Art 80 Abs 8 GBV	BL	211.432.1
Gesetzliche Hypothek		NE	
Gesetzliches Grundpfandrecht		BE	
Gestaltungsplan		SO	
Grundbuchsperrung betreffend Zuschlag in Zwangsverwer- tung mit Zahlungstermin	Art 137 SchKG	BL	
Grundbuchsperrung gemäss Art 178 ZGB	Art 178 ZGB	BL	210
Grundbuchsperrung gemäss Art 23 BewG	Art 23 BewG	BL	211.412.41
Grundwasserschutzzone	EVzZGB 108 Abs.1 lit.g	SG, SO	210
Heimfallsrecht am Wasserwerk per (Zeitpunkt des Heimfalls) zG Kanton St. Gallen	KS des Bundesrates an die kantonalen Auf- sichtsbehörden über das Grundbuch vom 12.9.1924	SG	
Herabsetzung öffentlich-rechtlicher Grenzabstand		UR	
Historisches Monument	NHG	JU	451
Kanzleisperrung (Grundbuchsperrung)	Art. 80 GBV	SO, BE	211.432.1
Kaufrecht zG Schweiz. Eidgenossenschaft	WEG Art 24, 50	SG, BL	843
Konkurs		BE, JU, ZG	
Konkureröffnung gemäss Art 176 SchKG	Art 176 SchKG	BL, SO, UR, ZG	281.1
Konzession		ZG	

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
Konzession zur Erschliessung und Nutzung des Grundwassers		SO	
Lagefixpunkt Nr.	VermG 6; VzumVermG 27; EVzZGB 108 Abs.1 lit.f	SG	210
Landwirtschaftlicher Hochbau, Bewilligungsrecht für Handänderungen		BE	
Landwirtschaftliches Grundstück in Bauzone		SO, NE	
Leitung nach Wassernutzungsgesetz		BE	
Leitung nach Wasserversorgungsgesetz		BE	
Leitungsrevers mit Nr.	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b (Anmerkung auf Strassengrundstück)	SG	210
Leitungsrevers mit Nr. (Staatsstrasse)	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b (Anmerkung auf Privatgrundstück)	SG	210
Leitungsrevers mit Nr. (Staatsstrasse)	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b (Anmerkung auf Privatgrundstück; siehe auch Nr. 4.188)	SG	210
Limite fictive de gabarits	Grundbuchgesetz art 11	NE	211.432.1
Loyers soumis à la surveillance		NE	
Massnahmen zum Schutze des Quellwassers		SO	
Matérialisation différée des limites		NE	
Mehrwertrevers		UR	
mensuration parcellaire		NE	
Miteigentumsanteile verpfändet	GBV Art 47 Abs 3	SO, BE, UR, ZG	211.432.1
Mitglied der Bodenverbesserungsgenossenschaft		BE	
Mitglied der Flurgenossenschaft		BE	
Mitglied der Waldzusammenlegungsgenossenschaft		BE	
Mitgliedschaft	GBV Art 80 Abs 7	ZG	211.432.1
Mitgliedschaft zum/zur (z.B. Strassenunternehmen X)	GGU 2 Abs.2; VVzMelG 12 Abs.1	SG	
Mitgliedschaft zum/zur... Zerstückelungsverbot, Unterhalts- und Bewirtschaftungspflicht; Zweckentfremdungsverbot und Rückerstattungspflicht bis...	GGU 2 Abs.2; LwG 104; SVV 42	SG	
Nachlassstundung	Art 296 SchKG	BE, BL, SO	
Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung	SchKG Art 319, GBV Art 80 abs 9	BL, SO, ZG	211.432.1
Nachzahlungspflicht	IBG Art 4a	NW, SO, UR, ZG	
Naturschutz		SO	
Naturschutzgebiet		ZG	
Naturschutzgebiet Rietach	BauG 98 Abs.1 lit.b, 99 Abs.1	SG	
Nebenbetrieb gem. Art.24b RPG mit Beschränkungen, Auflagen und Bedingungen	RPG 24b Abs.3; RPV 44	SG, BL	700
Nichtlandwirtschaftliches Grundstück ausserhalb Bauzone		SO, NE	
nivellement cantonal		JU	
Notstundung	Art 345 SchKG	BL	
Notstundung	SchKG Art 945, GBV Art 80 abs 9	ZG	211.432.1
Nutzungs- und Verwaltungsordnung der Miteigentümer	Art. 647 ZGB	SO, BE, UR	

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
Nutzungsänderung		ZG	
Nutzungsbeschränkung		JU	
Öffentlich rechtliche Eigentumsbeschränkungen	NHG, NHV	NE	451
Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung	GBV Art 80 Abs 1	ZG	211.432.1
Perimeter und Pfandrecht gem. Rheinebene-Meliorationsgesetz	Art.20 Gesetz über die Melioration der Rheinebene und die Errichtung eines Arbeitsbeschaffungskontos (sGS 633.3)	SG	
Perimeter zur	EGzZGB 167	SG, SO	
Pflicht zur Aufforstung		BE, JU	
Pflicht zur Leistung von Massnahmen zG Natur- und Landschaftsschutz	WaV 11	SG, SO	921.01
Plan d'alignement		JU	
plan spécial		JU	
Pflicht zur Leistung von Wald-Realersatz	WaV 11	SG	921.01
Précarité de transformation	loi du 4 décembre 1985 sur l'aménagement du territoire et les constructions (LATC) Art.82; Loi sur les routes du 10 décembre 1991 art.36 à 38. Circulaire DC No 23	VD	700
Projektierter Änderung der Landesgrenze	Art 80a GBV	BL	
Quartiergestaltungsplan		UR	
Quartierplanvorschriften		NW, UR	
Rebbergsubvention, bis... Zweckentfremdungsverbot und Rückerstattungspflicht	Art.17 Abs.2 Weinbauverordnung (sGS 631.31)	SG	631.31
Reglement Stockwerkeigentum		SO, BE, UR, ZG	
Restriction LATC	RPG Art 83	VD	700
Revers		NW, SO, JU	
Revers		JU	
Revers bei Grenzbau		SO	
Revers betr. Beseitigung der/des (z.B. Fertiggarage)	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b (Nr. 4.139)	SG	210
Revers betr. Leitung in Gemeindestrasse	EVzZGB 108 Abs.1 lit.b (Anmerkung auf Privatgrundstück)	SG	210
Revers betreffend Baulinie		SO	
Revers betreffend Näherbau		SO	
Revers betreffend Überbau		SO	
Revers betreffend Waldabstand		SO	
Rückerstattungspflicht	IBG	NW, SO, BE	
Rutschgebiet		BE	
Schutz- und Umweltmassnahmen betr. (z.B. Naturdenkmal)	NHG 13 Abs.3; NHV8	SG	451
Schützenwertes Objekt	NHG	NE	451
Schutzmassnahme betr. Waldreservat	Art.23 Abs.3 AG zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (sGS 651.1)	SG	
Schutzzone		JU	
Spezieller Bebauungsplan		SO	
Spezielles		SO	

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
Stallbaubewilligung		SO	
Stockwerkanteile verpfändet		SO, BE, UR, ZG	
Subventionsrückerstattungs- und Handänderungsbewilligungspflicht	Art.13 BG über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (SR 844)	SG	844
succession répudiée		JU	
sursis concordataire		JU	
sursis extraordinaire		JU	
Teilwahrpflicht am Risibach WBG 12	WBG 12	SG	721.100
Trigonometrischer Punkt		NW, SO, JU, NE	
Überbauungsziffer		SO	
Uferschutzpflicht		NW	
Unterhaltspflicht ambach	WBG 12	SG	721.100
Veräusserungsbeschränkung bei Vorbezug von Mitteln der beruflichen Vorsorge	BVG Art 30e Abs 2, GBV Art 80 abs 2	ZG, BE, NW, UR	
Veräusserungsbeschränkung nach RPG	RPG	UR	700
Veräusserungsbeschränkung, Eigentumsübertragung zustimmungsbedürftig		BE	
Veräusserungsverbot BVG		SO	
Verbesserung Landwirtschaftlicher Hochbau	LwG Art 84, Abs 3	ZG	910.1
Verbot der Dachgeschoss-Nutzung als Wohnraum	EVzZGB 108 Abs.1 lit.c	SG	210
Verfügung BD	RPV (SR 700.1)	ZG	700.1
Verfügung VD		ZG	
Verfügungsbeschränkung	GBV Art 80 abs 6	NW, BE, UR, JU, ZG	211.432.1
Vorkaufsrecht zG Schweiz. Eidgenossenschaft	WEG 24	SG	843
Waldschutzgebiet		JU	
Waldunterhaltspflicht und bis... Rückerstattungspflicht	Art.31 Abs.2 zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (sGS 651.1)	SG	
Wasserrecht am	EVzZGB 108 Abs.1 lit.i und k	SG	210
Wasserversorgungsgenossenschaft		JU	
Wohnungszweckentfremdungsverbot auf 15 Jahre	Art.19 GRB über die Förderung und Erneuerung von Altwohnungen	SG	
Wuhrpflicht		NW	
Zerstückelungsverbot		NW, SO, UR, JU	
Zone spéciale (LATC)	RPG Art 50	VD	700
Zones agricoles spécialisées	RPG. Art 52	VD	700
Zugehör	Grundbuchverordnung Art 80 Abs 5	SO, BE, UR, ZG	211.432.1
Zugehör	ZGB Art 805 abs 2, ZGB art 946 Abs 2, GBV Art 79 Abs 2,	ZG	210
Zweckänderungsverbot betr. Zusatzwohnung	Art 46 WEG BauG 20 Abs.4	BL, BE, SG, SO	843
Zweckentfremdungs- und Veräusserungsverbot sowie Kaufs- und Vorkaufsrecht gem. WEG zG Schweiz. Eid-	WEG 50	SG	843

Anmerkung	Gesetzesartikel	Kanton	SR
genossenschaft			
Zweckentfremdungsverbot	EWAP	BE, JU	
Zweckentfremdungsverbot , Rückerstattungspflicht		BE	
Zweckentfremdungsverbot und Veräusserungsbeschränkung nach	WFV	UR	842.1
Zweckentfremdungsverbot, Kaufs- und Vorkaufsrecht zG Politische Gemeinde X	WEG 15	SG	843
Zweckentfremdungsverbot, Unterhalts-, Bewirtschaftungs- und Rückerstattungspflicht. Projekt Nr		UR	
Zweckentfremdungsverbot, Veräusserungsbeschränkung, Kauf- und Vorkaufsrecht gemäss WEG	WEG	UR	843

Anhang 4: Gesetzes- und Verordnungstexte

Aus dem ZGB

<p>Art. 675</p> <p>3. Baurecht</p> <p>¹ Bauwerke und andere Vorrichtungen, die auf fremdem Boden eingegraben, aufgemauert oder sonstwie dauernd auf oder unter der Bodenfläche mit dem Grundstücke verbunden sind, können einen besonderen Eigentümer haben, wenn ihr Bestand als Dienstbarkeit in das Grundbuch eingetragen ist.</p> <p>² Die Bestellung eines Baurechtes an einzelnen Stockwerken eines Gebäudes ist ausgeschlossen.</p>	<p>Art. 675</p> <p>3. Droit de superficie</p> <p>¹ Les constructions et autres ouvrages établis au-dessus ou au-dessous d'un fonds, ou unis avec lui de quelque autre manière durable, peuvent avoir un propriétaire distinct, à la condition d'être inscrits comme servitudes au registre foncier.</p> <p>² Les divers étages d'une maison ne peuvent être l'objet d'un droit de superficie.</p>
<p>Art. 676</p> <p>4. Leitungen</p> <p>¹ Leitungen für Wasser, Gas, elektrische Kraft u. dgl., die sich ausserhalb des Grundstückes befinden, dem sie dienen, werden, wo es nicht anders geordnet ist, als Zugehör des Werkes, von dem sie ausgehen, und als Eigentum des Werkeigentümers betrachtet.</p> <p>² Soweit nicht das Nachbarrecht Anwendung findet, erfolgt die dingliche Belastung der fremden Grundstücke mit solchen Leitungen durch die Errichtung einer Dienstbarkeit.</p> <p>³ Die Dienstbarkeit entsteht, wenn die Leitung nicht äusserlich wahrnehmbar ist, mit der Eintragung in das Grundbuch und in den andern Fällen mit der Erstellung der Leitung.</p>	<p>Art. 676</p> <p>4. Conduites et canaux</p> <p>¹ Les conduites d'eau, de gaz, de force électrique et autres, même si elles se trouvent hors du fonds pour lequel elles sont établies, sont, sauf disposition contraire, considérées comme accessoires de l'entreprise dont elles proviennent et réputées appartenir au propriétaire de celle-ci.</p> <p>² Lorsque le droit de les établir ne résulte pas des règles applicables aux rapports de voisinage, ces conduites ne grèvent de droits réels le fonds d'autrui que si elles sont constituées en servitudes.</p> <p>³ Si la conduite n'est pas apparente, la servitude est constituée par son inscription au registre foncier; dans le cas contraire, la servitude est constituée dès l'établissement de la conduite.</p>
<p>Art. 691</p> <p>6. Durchleitungen</p> <p>a. Pflicht zur Duldung</p> <p>¹ Jeder Grundeigentümer ist gehalten, die Durchleitung von Brunnen, Drainierrohren, Gasrohren u. dgl. sowie von elektrischen ober- oder unterirdischen Leitungen gegen vorgängigen vollen Ersatz des dadurch verursachten Schadens zu gestatten, insofern sich die Leitung ohne Inanspruchnahme seines Grundstückes gar nicht oder nur mit unverhältnismässigen Kosten durchführen lässt.</p> <p>² Das Recht auf Durchleitung aus Nachbarrecht kann in den Fällen nicht beansprucht werden, in denen das kantonale Recht oder das Bundesrecht auf den Weg der Enteignung verweist.</p>	<p>Art. 691</p> <p>6. Aqueducs et autres conduites</p> <p>a. Obligation de les tolérer</p> <p>¹ Le propriétaire est tenu, contre réparation intégrale et préalable du dommage, de permettre l'établissement, à travers son fonds, d'aqueducs, de drains, tuyaux de gaz et autres, ainsi que de conduites électriques aériennes ou souterraines; il n'y est toutefois obligé que s'il est impossible d'exécuter ces ouvrages autrement ou sans frais excessifs.</p> <p>² La faculté d'établir ces ouvrages sur fonds d'autrui ne peut être dérivée du droit de voisinage dans les cas soumis à la législation cantonale ou fédérale en matière d'expropriation pour cause d'utilité publique.</p>

<p>³ Solche Durchleitungen werden, wenn es der Berechtigte verlangt, auf seine Kosten in das Grundbuch eingetragen.</p> <p>Art. 742</p> <p>III. Veränderungen der Belastung</p> <p>1. Verlegung</p> <p>¹ Wird durch die Ausübung der Grunddienstbarkeit nur ein Teil des Grundstückes in Anspruch genommen, so kann der Eigentümer, wenn er ein Interesse nachweist und die Kosten übernimmt, die Verlegung auf eine andere, für den Berechtigten nicht weniger geeignete Stelle verlangen.</p> <p>² Hiezu ist er auch dann befugt, wenn die Dienstbarkeit im Grundbuch auf eine bestimmte Stelle gelegt worden ist.</p> <p>³ Auf die Verlegung von Leitungen werden im Übrigen die nachbarrechtlichen Vorschriften angewendet.</p>	<p>³ Ces installations sont, à la requête de l'ayant droit, inscrites à ses frais au registre foncier.</p> <p>Art. 742</p> <p>III. Modifications</p> <p>1. Changement dans l'assiette de la servitude</p> <p>¹ Lorsque la servitude ne s'exerce que sur une partie du fonds servant, le propriétaire grevé peut, s'il y a intérêt et s'il se charge des frais, exiger qu'elle soit transportée dans un autre endroit où elle ne s'exercerait pas moins commodément.</p> <p>² Il a cette faculté, même si l'assiette primitive de la servitude figure au registre foncier.</p> <p>³ Les règles concernant les rapports de voisinage sont applicables au déplacement de conduites.</p>
<p>Art. 680</p> <p>B. Beschränkungen</p> <p>I. Im Allgemeinen</p> <p>¹ Die gesetzlichen Eigentumsbeschränkungen bestehen ohne Eintrag im Grundbuch.</p> <p>² Ihre Aufhebung oder Abänderung durch Rechtsgeschäft bedarf zur Gültigkeit der öffentlichen Beurkundung und der Eintragung in das Grundbuch.</p> <p>³ Ausgeschlossen ist die Aufhebung oder Abänderung von Eigentumsbeschränkungen öffentlich-rechtlichen Charakters.</p>	<p>Art. 680</p> <p>B. Restriction de la propriété foncière</p> <p>I. En général</p> <p>¹ Les restrictions légales de la propriété existent sans qu'il y ait lieu de les inscrire au registre foncier.</p> <p>² Elles ne peuvent être supprimées ou modifiées que par un acte authentique et une inscription.</p> <p>³ Les restrictions établies dans l'intérêt public ne peuvent être ni modifiées, ni supprimées.</p>
<p>Art. 686</p> <p>b. Kantonale Vorschriften</p> <p>¹ Die Kantone sind befugt, die Abstände festzusetzen, die bei Grabungen und Bauten zu beobachten sind.</p> <p>² Es bleibt ihnen vorbehalten, weitere Bauvorschriften aufzustellen.</p>	<p>Art. 686</p> <p>b. Dispositions réservées au droit cantonal</p> <p>¹ La législation cantonale peut déterminer les distances que les propriétaires sont tenus d'observer dans les fouilles ou les constructions.</p> <p>² Elle peut établir d'autres règles encore pour les constructions.</p>
<p>Art. 694</p> <p>7. Wegrechte</p>	<p>Art. 694</p> <p>7. Droits de passage</p>

<p>a. Notweg</p> <p>¹ Hat ein Grundeigentümer keinen genügenden Weg von seinem Grundstück auf eine öffentliche Strasse, so kann er beanspruchen, dass ihm die Nachbarn gegen volle Entschädigung einen Notweg einräumen.</p> <p>² Der Anspruch richtet sich in erster Linie gegen den Nachbarn, dem die Gewährung des Notweges der früheren Eigentums- und Wegeverhältnisse wegen am ehesten zugemutet werden darf, und im weitern gegen denjenigen, für den der Notweg am wenigsten schädlich ist.</p> <p>³ Bei der Festsetzung des Notweges ist auf die beidseitigen Interessen Rücksicht zu nehmen.</p> <p>Art. 695</p> <p>b. Andere Wegrechte</p> <p>Den Kantonen bleibt es vorbehalten, über die Befugnis des Grundeigentümers, zum Zwecke der Bewirtschaftung oder Vornahme von Ausbesserungen und Bauten das nachbarliche Grundstück zu betreten, sowie über das Streck- oder Tretrecht, den Tränkweg, Winterweg, Brachweg, Holzlass, Reistweg u. dgl. nähere Vorschriften aufzustellen.</p>	<p>a. Passage nécessaire</p> <p>¹ Le propriétaire qui n'a qu'une issue insuffisante sur la voie publique peut exiger de ses voisins qu'ils lui cèdent le passage nécessaire, moyennant pleine indemnité.</p> <p>² Ce droit s'exerce en premier lieu contre le voisin à qui le passage peut être le plus naturellement réclamé en raison de l'état antérieur des propriétés et des voies d'accès, et, au besoin, contre celui sur le fonds duquel le passage est le moins dommageable.</p> <p>³ Le passage nécessaire sera fixé en ayant égard aux intérêts des deux parties.</p> <p>Art. 695</p> <p>b. Autres passages</p> <p>La législation cantonale peut régler la faculté réciproque des propriétaires d'emprunter le fonds voisin pour travaux d'exploitation, de réparation ou de construction sur leur propre fonds; elle peut régir aussi les droits de charrue, d'abreuvoir, de passage en saison morte de dévalage et autres droits analogues.</p>
<p>Art. 697</p> <p>8. Einfriedung</p> <p>¹ Die Kosten der Einfriedigung eines Grundstückes trägt dessen Eigentümer, unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Miteigentum an Grenzvorrichtungen.</p> <p>² In Bezug auf die Pflicht und die Art der Einfriedigung bleibt das kantonale Recht vorbehalten</p>	<p>Art. 697</p> <p>8. Clôtures</p> <p>¹ Chaque propriétaire supporte les frais de clôture de son fonds, sous réserve des règles applicables aux clôtures communes.</p> <p>² L'obligation de clore les fonds et le mode de clôture sont régis par le droit cantonal.</p>
<p>Art. 699</p> <p>IV. Recht auf Zutritt und Abwehr</p> <p>1. Zutritt</p> <p>¹ Das Betreten von Wald und Weide und die Aneignung wildwachsender Beeren, Pilze u. dgl. sind in ortsüblichem Umfange jedermann gestattet, soweit nicht im Interesse der Kulturen seitens der zuständigen Behörde einzelne bestimmt umgrenzte Verbote erlassen werden.</p> <p>² Über das Betreten fremden Eigentums zur Ausübung von Jagd und Fischerei kann das kantonale Recht nähere Vorschriften aufstellen.</p>	<p>Art. 699</p> <p>IV. Droit d'accès sur le fonds d'autrui</p> <p>1. Forêts et pâturages</p> <p>¹ Chacun a libre accès aux forêts et pâturages d'autrui et peut s'approprier baies, champignons et autres menus fruits sauvages, conformément à l'usage local, à moins que l'autorité compétente n'ait édicté, dans l'intérêt des cultures, des défenses spéciales limitées à certains fonds.</p> <p>² La législation cantonale peut déterminer la mesure en laquelle il est permis de pénétrer dans le fonds d'autrui pour la chasse ou la pêche.</p>
<p>Art. 702</p>	<p>Art. 702</p>

<p>V. Öffentlichrechtliche Beschränkungen</p> <p>1. Im Allgemeinen</p> <p>Dem Bunde, den Kantonen und den Gemeinden bleibt es vorbehalten, Beschränkungen des Grundeigentums zum allgemeinen Wohl aufzustellen, wie namentlich betreffend die Bau—, Feuer- und Gesundheitspolizei, das Forst- und Strassenwesen, den Reckweg, die Errichtung von Grenzmarken und Vermessungszeichen, die Bodenverbesserungen, die Zerstückelung der Güter, die Zusammenlegung von ländlichen Fluren und von Baugebiet, die Erhaltung von Altertümern und Naturdenkmälern, die Sicherung der Landschaften und Aussichtspunkte vor Verunstaltung und den Schutz von Heilquellen.</p>	<p>V. Restrictions de droit public</p> <p>1. En général</p> <p>Est réservé le droit de la Confédération, des cantons et des communes d'apporter dans l'intérêt public d'autres restrictions à la propriété foncière, notamment en ce qui concerne la police sanitaire, la police des constructions, du feu, des forêts et des routes, les chemins de halage, le bornage et les signaux trigonométriques, les améliorations du sol, le morcellement des fonds, les réunions parcellaires de fonds ruraux ou de terrains à bâtir, les mesures destinées à la conservation des antiquités et des curiosités naturelles ou à la protection des sites et des sources d'eaux minérales.</p>
<p>Art. 703¹</p> <p>2. Bodenverbesserungen</p> <p>¹ Können Bodenverbesserungen, wie Gewässerkorrekturen, Entwässerungen, Bewässerungen, Aufforstungen, Weganlagen, Güterzusammenlegungen u. dgl. nur durch ein gemeinschaftliches Unternehmen ausgeführt werden, und hat die Mehrheit der beteiligten Grundeigentümer, denen zugleich mehr als die Hälfte des beteiligten Bodens gehört, dem Unternehmen zugestimmt, so sind die übrigen Grundeigentümer zum Beitritt verpflichtet. Die an der Beschlussfassung nicht mitwirkenden Grundeigentümer gelten als zustimmend. Der Beitritt ist im Grundbuch anzumerken.</p> <p>² Die Kantone ordnen das Verfahren. Sie haben insbesondere für Güterzusammenlegungen eine einlässliche Ordnung zu treffen.</p> <p>³ Die kantonale Gesetzgebung kann die Durchführung solcher Bodenverbesserungen noch weiter erleichtern und die entsprechenden Vorschriften auf Baugebiete und Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen anwendbar erklären.²</p>	<p>Art. 703¹</p> <p>2. Améliorations du sol</p> <p>¹ Lorsque des améliorations du sol (corrections de cours d'eau, dessèchements, irrigations, reboisements, chemins, réunions parcellaires, etc.) ne peuvent être exécutées que par une communauté de propriétaires, et que les ouvrages nécessaires à cet effet sont décidés par la majorité des intéressés possédant plus de la moitié du terrain, les autres sont tenus d'adhérer à cette décision. Les propriétaires intéressés qui ne prennent pas part à la décision seront réputés y adhérer. L'adhésion sera mentionnée au registre foncier.</p> <p>² Les cantons règlent la procédure. Ils doivent, en particulier pour les réunions parcellaires, édicter des règles détaillées.</p> <p>³ La législation cantonale peut alléger les conditions auxquelles le présent code soumet l'exécution de ces travaux et appliquer par analogie les mêmes règles aux terrains à bâtir et aux territoires en mouvement permanent.²</p>
<p>Art. 733</p> <p>3. Errichtung zu eigenen Lasten</p> <p>Der Eigentümer ist befugt, auf seinem Grundstück zugunsten eines andern ihm gehörigen Grundstückes eine Dienstbarkeit zu errichten.</p>	<p>Art. 733</p> <p>3. Servitude sur son propre fonds</p> <p>Le propriétaire de deux fonds a le droit de grever l'un de servitudes en faveur de l'autre.</p>
<p>Art. 740</p> <p>4. Nach kantonalem Recht und Ortsgebrauch</p> <p>Der Inhalt der Wegrechte, wie Fussweg, gebahnter Weg, Fahrweg, Zelgweg, Winterweg, Holzweg, ferner</p>	<p>Art. 740</p> <p>4. Droit cantonal et usages locaux</p> <p>Les droits de passage, tels que le passage à pied ou à char, ou en saison morte, ou à travers champs, la sortie</p>

<p>der Weiderechte, Holzungsrechte, Tränkerechte, Wässerungsrechte u. dgl. wird, soweit sie für den einzelnen Fall nicht geordnet sind, durch das kantonale Recht und den Ortsgebrauch bestimmt.</p>	<p>des bois, les droits de pacage, d'affouage, d'abreuvement, d'irrigation et autres semblables, ont, sauf disposition spéciale, l'étendue que leur assignent la législation cantonale et l'usage des lieux.</p>
<p>Art. 779</p> <p>C. Baurecht</p> <p>I. Gegenstand und Aufnahme in das Grundbuch¹</p> <p>¹ Ein Grundstück kann mit der Dienstbarkeit belastet werden, dass jemand das Recht erhält, auf oder unter der Bodenfläche ein Bauwerk zu errichten oder beizubehalten.</p> <p>² Dieses Recht ist, wenn es nicht anders vereinbart wird, übertragbar und vererblich.</p> <p>³ Ist das Baurecht selbständig und dauernd, so kann es als Grundstück in das Grundbuch aufgenommen werden.</p>	<p>Art. 779</p> <p>C. Droit de superficie</p> <p>I. Objet et immatriculation au registre foncier¹</p> <p>¹ Le propriétaire peut établir en faveur d'un tiers une servitude lui conférant le droit d'avoir ou de faire des constructions soit sur le fonds grevé, soit au-dessous.</p> <p>² Sauf convention contraire, ce droit est cessible et passe aux héritiers.</p> <p>³ Si cette servitude a le caractère d'un droit distinct et permanent, elle peut être immatriculée comme immeuble au registre foncier.</p>
<p>Art. 962</p> <p>II. Öffentlichrechtliche Beschränkungen</p> <p>¹ Die Kantone können vorschreiben, dass öffentlichrechtliche Beschränkungen, wie Baulinien u. dgl., im Grundbuch anzumerken sind.</p> <p>² Diese Vorschriften bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundes.</p>	<p>Art. 962</p> <p>II. Règles de droit public</p> <p>¹ Les cantons peuvent prescrire la mention au registre foncier de restrictions de la propriété fondées sur le droit public, telles que celles résultant d'un plan d'alignement et autres semblables.</p> <p>² La sanction de la Confédération¹ demeure réservée.</p>

Deutsch und französisch, geordnet nach SR-Ziffer

<p>SR 211.412.11 Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht</p> <p>Art. 86 Anmerkung im Grundbuch</p> <p>¹ Im Grundbuch sind anzumerken:</p> <p>a. landwirtschaftliche Grundstücke in der Bauzone, die diesem Gesetz unterstellt sind (Art. 2);</p> <p>b. nichtlandwirtschaftliche Grundstücke ausserhalb der Bauzone, die diesem Gesetz nicht unterstellt sind (Art. 2).</p> <p>² Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen von der Anmerkungspflicht und regelt die Voraussetzungen, unter denen eine Anmerkung von Amtes wegen gelöscht wird.</p>	<p>RS 211.412.11 Loi fédérale sur le droit foncier rural</p> <p>Art. 86 Mention au registre foncier</p> <p>¹ Font l'objet d'une mention au registre foncier:</p> <p>a. les immeubles agricoles situés dans la zone à bâtir qui sont régis par la présente loi (art. 2);</p> <p>b. les immeubles non agricoles situés en dehors de la zone à bâtir qui ne sont pas régis par la présente loi (art. 2).</p> <p>² Le Conseil fédéral détermine les exceptions à l'obligation de mentionner et règle les conditions auxquelles une mention est radiée d'office.</p>
<p>SR 211.412.41 Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland</p>	<p>RS 211.412.41 Loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger</p>

<p>Art. 1 Zweck</p> <p>Dieses Gesetz beschränkt den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, um die Überfremdung des einheimischen Bodens zu verhindern.</p> <p>Art. 18 Grundbuch und Handelsregister</p> <p>¹ Kann der Grundbuchverwalter die Bewilligungspflicht nicht ohne weiteres ausschliessen, so setzt er das Verfahren aus und räumt dem Erwerber eine Frist von 30 Tagen ein, um die Bewilligung oder die Feststellung einzuholen, dass er keiner Bewilligung bedarf; er weist die Anmeldung ab, wenn der Erwerber nicht fristgerecht handelt oder die Bewilligung verweigert wird.</p> <p>² Der Handelsregisterführer verfährt wie der Grundbuchverwalter; er verweist jedoch eine juristische Person oder vermögensfähige Gesellschaft ohne juristische Persönlichkeit, die ihren Sitz von der Schweiz ins Ausland verlegt, vor der Löschung in jedem Falle an die Bewilligungsbehörde.</p> <p>³ Die abweisende Verfügung des Grundbuchverwalters und des Handelsregisterführers unterliegt der Beschwerde an die nach diesem Gesetz zuständige kantonale Beschwerdeinstanz; diese Beschwerde tritt an die Stelle der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde für das Grundbuch oder Handelsregister.</p>	<p>Art. 1 But</p> <p>La présente loi limite l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger dans le but de prévenir l'emprise étrangère sur le sol suisse.</p> <p>Art. 18 Registre foncier et registre du commerce</p> <p>¹ Lorsque le conservateur du registre foncier ne peut d'emblée exclure que l'acquisition soit soumise au régime de l'autorisation, il suspend la procédure d'inscription et impartit à l'acquéreur un délai de trente jours pour demander l'autorisation ou faire constater le non-assujettissement au régime de l'autorisation; il écarte la réquisition si l'acquéreur n'agit pas dans ce délai ou si l'autorisation est refusée.</p> <p>² Le préposé au registre du commerce procède comme le conservateur du registre foncier; toutefois, lorsqu'une personne morale ou une société sans personnalité juridique, mais ayant la capacité d'acquérir, transfère son siège de Suisse à l'étranger, il la renvoie dans tous les cas devant l'autorité de première instance avant de la radier.</p> <p>³ La décision d'écarter la réquisition prise par le conservateur du registre foncier ou par le préposé au registre du commerce peut faire l'objet d'un recours devant l'autorité cantonale de recours compétente au sens de la présente loi; ce recours remplace le recours devant l'autorité de surveillance du registre foncier ou du registre du commerce.</p>
<p>SR 415.01 Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport</p> <p>Art. 29</p> <p>¹ Der Bund kann Beiträge an die Erstellung neuer und die Erweiterung bestehender Anlagen für sportliche Ausbildung leisten, wenn:</p> <p>a. die Anlage in planerischer, funktioneller und technischer Hinsicht einem Bedürfnis von gesamtschweizerischer Bedeutung entspricht;</p> <p>b. Bau und Betrieb finanziell gesichert sind;</p> <p>c. die Anlage von den Beitragsempfängern selbst oder in deren Namen betrieben wird;</p> <p>d. der Betrieb der Anlage nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.</p> <p>² Der Beitrag beträgt 15–45 Prozent der anrechenbaren Kosten; er richtet sich nach der Finanzkraft des Kantons sowie nach den Interessen des Bundes an der Anlage. Nicht anrechenbar sind die Kosten für den Landerwerb.</p>	<p>RS 415.01 Ordonnance concernant l'encouragement de la gymnastique et des sports</p> <p>Art. 29</p> <p>¹ La Confédération peut accorder des subventions à la construction ou à l'agrandissement d'installations destinées à la formation sportive, à condition que:</p> <p>a. les installations répondent à un besoin d'importance nationale, tant du point de vue technique qu'en ce qui concerne leur planification et leur fonctionnement;</p> <p>b. leur construction et leur exploitation soient garanties financièrement;</p> <p>c. les installations soient exploitées par les bénéficiaires des subventions ou en leur nom;</p> <p>d. les installations ne soient pas exploitées dans un but lucratif.</p> <p>² Les subventions atteignent 15 à 45 pour cent des dépenses considérées; elles dépendent de la capacité financière du canton ainsi que de l'intérêt que l'installation présente pour la Confédération. Les frais d'acquisition du terrain ne font pas partie des frais donnant droit au subvention-</p>

	nement.
<p>SR 451 Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz 2. Abschnitt: Unterstützung von Naturschutz, Heimatschutz und Denkmalpflege durch den Bund und eigene Massnahmen des Bundes</p> <p>Art. 13</p> <p>Beiträge zur Erhaltung von schützenswerten Objekten</p> <p>¹ Der Bund kann Naturschutz, Heimatschutz und Denkmalpflege unterstützen, indem er an die Kosten der Erhaltung, des Erwerbs, der Pflege, Erforschung und Dokumentation von schützenswerten Landschaften, Ortsbildern, geschichtlichen Stätten oder Natur- und Kulturdenkmälern Beiträge bis höchstens 35 Prozent gewährt. Diese werden nur bewilligt, wenn sich auch der Kanton in angemessener Weise an den Kosten beteiligt. Der Beitragssatz richtet sich nach der Bedeutung des zu schützenden Objektes (Art. 4), der Höhe der Kosten und der Finanzkraft des Kantons.</p> <p>^{1bis} Wird nachgewiesen, dass die unerlässlichen Massnahmen mit dem Beitragssatz nach Absatz 1 nicht finanziert werden können, so kann der Beitragssatz bis auf höchstens 45 Prozent hinaufgesetzt werden.</p> <p>² An die Beiträge können Bedingungen für die Erhaltung, den Unterhalt und die Pflege des Objektes sowie seiner Umgebung geknüpft werden.</p> <p>³ Die angeordneten Schutz- und Unterhaltsmassnahmen bilden öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen (Art. 702 ZGB). Sie verpflichten den jeweiligen Grundeigentümer und sind auf Anmeldung des Kantons im Grundbuch anzumerken. Der Bundesrat regelt die Ausnahmen von der Anmerkungspflicht.</p> <p>⁴ Die Kantone sichten und bewerten die einzelnen Vorhaben und staffeln sie zeitlich. Gestützt darauf erstellen Bund und Kantone eine gemeinsame Finanzplanung. Der Bundesrat regelt das Verfahren und die Mitwirkung der Kantone bei der Durchführung seiner Unterstützungsmassnahmen.</p>	<p>RS 451 Loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage</p> <p>Art. 13</p> <p>Subventions pour la conservation d'objets dignes de protection</p> <p>¹ La Confédération peut soutenir la protection de la nature et du paysage et la conservation des monuments historiques par l'allocation de subventions; celles-ci s'élèvent au plus à 35 % des frais imputables à la conservation, à l'acquisition et à l'entretien des paysages, des localités caractéristiques, des sites évocateurs du passé, des curiosités naturelles et des monuments dignes de protection, ainsi qu'aux travaux d'exploration et de documentation liés à ces activités. Ces subventions ne sont accordées que si le canton participe aussi aux frais dans une mesure équitable. Leurs taux se déterminent d'après l'importance de l'objet à protéger; (art. 4), la somme des frais et la capacité financière du canton.</p> <p>^{1bis} Le taux de subvention peut s'élever au plus à 45 % des frais s'il est établi que le taux prévu à l'al. 1 ne permet pas de financer les mesures dont l'exécution est indispensable.</p> <p>² Les subventions peuvent être liées à des conditions concernant la conservation et l'entretien de l'objet et de ses environs.</p> <p>³ Les mesures de protection et d'entretien prescrites constituent des restrictions de droit public à la propriété (art. 702 CC). Elles engagent les propriétaires fonciers intéressés; les cantons doivent les faire mentionner au registre foncier. Le Conseil fédéral fixe les cas où il peut être dérogé à cette obligation.</p> <p>⁴ Les cantons examinent les projets, les évaluent et les échelonnent dans le temps. Sur cette base, la Confédération et les cantons établissent un plan de financement commun. Le Conseil fédéral règle la procédure et la participation des cantons à l'exécution de mesures qu'il a décidées.</p>
<p>SR 451.1 Verordnung über den Natur- und Heimatschutz 2. Abschnitt: Unterstützung von Naturschutz, Heimatschutz und Denkmalpflege durch den Bund</p> <p>Art. 7 Nebenbestimmungen</p> <p>¹ Die Zusicherung einer Finanzhilfe für ein Objekt kann insbesondere mit den Auflagen und Bedingun-</p>	<p>RS 451.1 Ordonnance sur la protection de la nature et du paysage</p> <p>Art. 7 Dispositions accessoires</p> <p>¹ L'allocation d'une aide financière pour un objet peut notamment être liée aux charges et conditions suivantes:</p>

<p>gen verknüpft werden, dass:</p> <p>a. es dauernd oder für eine bestimmte Zeit unter Schutz gestellt wird;</p> <p>b. es in einem dem Beitragszweck entsprechenden Zustand erhalten wird und Änderungen des Zustandes der Zustimmung des BUWAL, des BAK oder des ASTRA bedürfen;</p> <p>c. der Beitragsempfänger periodisch über dessen Zustand Bericht erstattet;</p> <p>d. einer vom BUWAL, dem BAK oder dem ASTRA bezeichneten Person während der Ausführung von Arbeiten am Objekt jede gewünschte Einsicht gewährt wird;</p> <p>e....</p> <p>f. alle verlangten Berichte, zeichnerischen und fotografischen Aufnahmen dem BUWAL, dem BAK oder dem ASTRA kostenlos überlassen werden;</p> <p>g. am Objekt eine dauerhafte Inschrift über die Mithilfe und den Schutz des Bundes angebracht wird;</p> <p>h. die nötigen Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden;</p> <p>i. Handänderungen oder andere rechtliche Veränderungen dem BUWAL, dem BAK oder dem ASTRA sofort zu melden sind;</p> <p>k. sein Zustand überwacht werden darf;</p> <p>l. es in einem mit seiner Zweckbestimmung vereinbaren Masse für die Allgemeinheit zugänglich gemacht wird.</p> <p>² Das BUWAL, das BAK und das ASTRA können auf die Ablieferung einer Dokumentation nach Absatz 1 Buchstabe f verzichten, wenn eine sachgerechte Archivierung und die Zugänglichkeit beim Kanton gewährleistet sind.</p> <p>Art. 14 Biotopschutz</p> <p>¹ Der Biotopschutz soll insbesondere zusammen mit dem ökologischen Ausgleich (Art. 15) und den Artenschutzbestimmungen (Art. 20) den Fortbestand der wildlebenden einheimischen Pflanzen- und Tierwelt sicherstellen.</p> <p>² Biotop werden insbesondere geschützt durch:</p> <p>a. Massnahmen zur Wahrung oder nötigenfalls Wiederherstellung ihrer Eigenart und biologischen Vielfalt;</p> <p>b. Unterhalt, Pflege und Aufsicht zur langfristigen Sicherung des Schutzziels;</p> <p>c. Gestaltungsmaßnahmen, mit denen das Schutzziel erreicht, bestehende Schäden behoben und künftige Schäden vermieden werden können;</p> <p>d. Ausscheidung ökologisch ausreichender Puffer-</p>	<p>a. L'objet est mis sous protection de façon permanente ou pour une période déterminée;</p> <p>b. L'objet est conservé dans un état conforme au but de la subvention; toute modification de cet état exige l'approbation de l'OFEFP, de l'OFC ou de l'OFROU;</p> <p>c. Le bénéficiaire de la subvention présente périodiquement un rapport sur l'état de l'objet;</p> <p>d. Une personne désignée par l'OFEFP, l'OFC ou l'OFROU peut, pendant l'exécution des travaux, procéder à tout examen qui lui paraîtra approprié;</p> <p>e. ...</p> <p>f. Tous les rapports et relevés graphiques et photographiques demandés sont remis gratuitement à l'OFEFP, à l'OFC ou à l'OFROU;</p> <p>g. Une inscription durable indiquant le concours et la protection de la Confédération est apposée sur le monument.</p> <p>h. Les travaux d'entretien nécessaires seront exécutés;</p> <p>i. L'OFEFP, l'OFC ou l'OFROU doivent être avisés immédiatement de tout changement de propriétaire ou de toute autre transformation de la situation juridique de l'objet;</p> <p>k. L'état de l'objet peut être contrôlé;</p> <p>l. L'objet est rendu accessible au public dans une mesure compatible avec sa destination.</p> <p>² L'OFEFP, l'OFC et l'OFROU peuvent renoncer à exiger les documents visés au 1^{er} alinéa, lettre f, si un archivage dans les règles de l'art et l'accès auprès du canton sont garantis.</p> <p>Art. 14 Protection des biotopes</p> <p>¹ La protection des biotopes doit assurer, notamment de concert avec la compensation écologique (art. 15) et les dispositions relatives à la protection des espèces (art. 20), la survie de la flore et de la faune sauvage indigènes.</p> <p>² La protection des biotopes est notamment assurée par:</p> <p>a. des mesures visant à sauvegarder et, si nécessaire, à reconstituer leurs particularités et leur diversité biologique;</p> <p>b. un entretien, des soins et une surveillance assurant à long terme l'objectif de la protection;</p> <p>c. des mesures d'aménagement permettant d'atteindre l'objectif visé par la protection, de réparer les dégâts existants et d'éviter des dégâts futurs;</p> <p>d. la délimitation de zones tampon suffisantes du point de vue écologique;</p> <p>e. l'élaboration de données scientifiques de base.</p> <p>³ Les biotopes sont désigné comme étant dignes de pro-</p>
---	--

<p>zonen;</p> <p>e. Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen.</p> <p>³ Biotope werden als schützenswert bezeichnet aufgrund:</p> <p>a. der insbesondere durch Kennarten charakterisierten Lebensraumtypen nach Anhang 1;</p> <p>b. der geschützten Pflanzen- und Tierarten nach Artikel 20;</p> <p>c. der nach der Fischereigesetzgebung gefährdeten Fische und Krebse;</p> <p>d. der gefährdeten und seltenen Pflanzen- und Tierarten, die in den vom BUWAL erlassenen oder anerkannten Roten Listen aufgeführt sind;</p> <p>e. weiterer Kriterien, wie Mobilitätsansprüche der Arten oder Vernetzung ihrer Vorkommen.</p> <p>⁴ Die Kantone können die Listen nach Absatz 3 Buchstaben a–d den regionalen Gegebenheiten anpassen.</p> <p>⁵ Die Kantone sehen ein zweckmässiges Feststellungsverfahren vor, mit dem möglichen Beeinträchtigungen schützenswerter Biotope sowie Verletzungen der Artenschutzbestimmungen des Artikels 20 vorgebeugt werden kann.</p> <p>⁶ Ein technischer Eingriff, der schützenswerte Biotope beeinträchtigen kann, darf nur bewilligt werden, sofern er standortgebunden ist und einem überwiegenden Bedürfnis entspricht. Für die Bewertung des Biotops in der Interessenabwägung sind neben seiner Schutzwürdigkeit nach Absatz 3 insbesondere massgebend:</p> <p>a. seine Bedeutung für die geschützten, gefährdeten und seltenen Pflanzen- und Tierarten;</p> <p>b. seine ausgleichende Funktion für den Naturhaushalt;</p> <p>c. seine Bedeutung für die Vernetzung schützenswerter Biotope;</p> <p>d. seine biologische Eigenart oder sein typischer Charakter.</p> <p>⁷ Wer einen Eingriff vornimmt oder verursacht, ist zu bestmöglicher Schutz-, Wiederherstellungs- oder ansonst angemessenen Ersatzmassnahmen zu verpflichten.</p> <p>Art. 18 Abgeltungen für Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung und den ökologischen Ausgleich</p> <p>¹ Der Bund unterstützt die Kantone, je nach Finanzkraft, bei den Abgeltungen für die Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung und den ökologi-</p>	<p>tektion sur la base:</p> <p>a. de la liste des milieux naturels dignes de protection figurant à l'annexe 1, caractérisés notamment par des espèces indicatrices;</p> <p>b. des espèces de la flore et de la faune protégées en vertu de l'art. 20;</p> <p>c. des poissons et écrevisses menacés, conformément à la législation sur la pêche;</p> <p>d. des espèces végétales et animales rares et menacées, énumérées dans les Listes rouges publiées ou reconnues par l'OFEPF;</p> <p>e. d'autres critères, tels que les exigences des espèces migratrices ou la connexion des sites fréquentés par les espèces.</p> <p>⁴ Les cantons peuvent adapter les listes aux spécificités régionales selon l'al. 3, let. a à d.</p> <p>⁵ Les cantons prévoient une procédure de constatation appropriée pour prévenir toute détérioration de biotopes dignes de protection et toute violation des dispositions de protection des espèces figurant à l'art. 20.</p> <p>⁶ Une atteinte d'ordre technique qui peut entraîner la détérioration de biotopes dignes de protection ne peut être autorisée que si elle s'impose à l'endroit prévu et qu'elle correspond à un intérêt prépondérant. Pour l'évaluation du biotope lors de la pesée des intérêts, outre le fait qu'il soit digne de protection selon l'al. 3, les caractéristiques suivantes sont notamment déterminantes:</p> <p>a. son importance pour les espèces végétales et animales protégées, menacées et rares;</p> <p>b. son rôle dans l'équilibre naturel;</p> <p>c. son importance pour la connexion des biotopes entre eux;</p> <p>d. sa particularité ou son caractère typique.</p> <p>⁷ L'auteur ou le responsable d'une atteinte doit être tenu de prendre des mesures optimales pour assurer la protection, la reconstitution ou, à défaut, le remplacement adéquat du biotope.</p> <p>Art. 18 Indemnités pour les biotopes d'importance régionale et locale ainsi que pour la compensation écologique</p> <p>¹ La Confédération soutient les cantons en leur allouant des indemnités pour les biotopes d'importance régionale et locale ainsi que pour la compensation écologique. Selon la capacité financière des cantons, le taux de ces indemnités est de:</p> <p>a. 30 à 40 pour cent pour les objets d'importance régionale;</p> <p>b. 20 à 25 pour cent pour les objets d'importance locale.</p>
---	--

<p>schen Ausgleich mit</p> <p>a. 30–40 Prozent bei regionaler Bedeutung; b. 20–25 Prozent bei lokaler Bedeutung.</p> <p>² Er kann diese Ansätze für Kantone, die durch diese Aufgaben stark belastet sind, um höchstens 10 Prozent erhöhen.</p> <p>³ Im übrigen gelten sinngemäss die Bestimmungen der Artikel 4, 5 Absatz 5 und 6-10.</p>	<p>² Pour les cantons pour lesquels ces tâches entraînent une lourde charge, la Confédération peut relever ces taux de 10 pour cent au maximum.</p> <p>³ Pour le reste, les dispositions des articles 4, 5, 5^e alinéa et 6 à 10 s'appliquent par analogie.</p>
<p>SR 451.11 Verordnung über das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler</p> <p>Art. 1</p> <p>¹ Das Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) im Sinne von Artikel 5 NHG enthält die im Anhang aufgezählten Objekte.</p> <p>² ...</p> <p>Art. 2</p> <p>Die Umschreibung, die kartographische Darstellung der einzelnen Objekte des BLN und die Angabe der Gründe für ihre nationale Bedeutung erfolgen in einer gesonderten Veröffentlichung, für deren Herausgabe das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation zuständig ist. Die übrigen von Artikel 5 Absatz 1 NHG geforderten Grundsätze und Angaben sind vom Eidgenössischen Departement des Innern in den Erläuterungen zum Inventar aufzuführen.</p>	<p>RS 451.11 Ordonnance concernant l'inventaire fédéral des paysages, sites et monuments naturels</p> <p>Art. 1</p> <p>¹ L'inventaire fédéral des paysages, sites et monuments naturels d'importance nationale (IFP), au sens de l'art. 5 LPN, comprend les objets énumérés dans l'annexe.</p> <p>² ...</p> <p>Art. 2</p> <p><i>La description et la représentation cartographique des divers objets portés à l'IFP, ainsi que les critères selon lesquels ces objets ont été reconnus d'importance nationale seront publiés séparément; cette publication relève des attributions du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication. Il mentionnera dans le commentaire accompagnant l'inventaire les autres principes et indications dont celui-ci doit faire état conformément à l'art. 5, al. 1, LPN.</i></p>
<p>SR 451.12 Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz</p> <p>Art. 1</p> <p>Das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder von nationaler Bedeutung (ISOS) im Sinne von Artikel 5 NHG enthält die im Anhang aufgezählten Objekte.</p>	<p>RS 451.12 Ordonnance concernant l'Inventaire fédéral des sites construits à protéger en Suisse</p> <p>Art. 1</p> <p>L'Inventaire fédéral des sites construits d'importance nationale à protéger en Suisse (ISOS), au sens de l'article 5 LPN, comprend les objets énumérés dans l'annexe.</p>
<p>SR 451.31 Verordnung über den Schutz der Auengebiete von nationaler Bedeutung</p> <p>Art. 1 Bundesinventar</p> <p>Das Bundesinventar der Auengebiete von nationaler Bedeutung (Aueninventar) umfasst die im Anhang 1 aufgezählten Objekte.</p> <p>Art. 3 Abgrenzung der Objekte</p> <p>¹ Die Kantone legen nach Anhören der Grundeigen-</p>	<p>RS 451.31 Ordonnance sur la protection des zones alluviales d'importance nationale</p> <p>Art. 1 Inventaire fédéral</p> <p>L'Inventaire fédéral des zones alluviales d'importance nationale (Inventaire des zones alluviales) comprend les objets énumérés à l'annexe 1.</p> <p>Art. 3 Délimitation des objets</p> <p>¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des propriétaires</p>

<p>tümer und Bewirtschafter den genauen Grenzverlauf der Objekte fest. Sie scheiden ökologisch ausreichende Pufferzonen aus und berücksichtigen dabei insbesondere weitere angrenzende Biotope.</p> <p>² Ist der genaue Grenzverlauf noch nicht festgelegt, so trifft die zuständige kantonale Behörde auf Antrag eine Feststellungsverfügung über die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu einem Objekt. Der Antragsteller muss ein schutzwürdiges Interesse an der Feststellung nachweisen können.</p> <p>Art. 5 Schutz- und Unterhaltmassnahmen</p> <p>¹ Die Kantone treffen nach Anhören der Grundeigentümer und Bewirtschafter die zur Erhaltung der Objekte geeigneten Schutz- und Unterhaltmassnahmen. Dabei kommt der Erhaltung und Förderung einer angepassten, nachhaltigen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>² Die Kantone sorgen insbesondere dafür, dass:</p> <p>a. Pläne und Vorschriften, welche die zulässige Nutzung des Bodens im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung regeln, mit dieser Verordnung übereinstimmen;</p> <p>b. Auenbereiche mit einem vollständig oder weitgehend intakten Gewässer- und Geschiebehalt vollumfänglich geschützt werden;</p> <p>c. bestehende und neue Nutzungen, namentlich die Land- und Forstwirtschaft, die Wasserkraft- und Grundwassernutzung, die Kiesgewinnung, die Schifffahrt und die Erholungsnutzung einschliesslich der Fischerei, mit dem Schutzziel in Einklang stehen;</p> <p>d. seltene und gefährdete Pflanzen und Tiere sowie ihre Lebensgemeinschaften gezielt gefördert werden;</p> <p>e. die Wasser- und Bodenqualität durch Verminderung des Nähr- und Schadstoffeintrags verbessert wird.</p> <p>³ Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten auch für die Pufferzonen, soweit es das Schutzziel erfordert.</p>	<p>fonciers et des exploitants, fixent les limites précises des objets. Ils délimitent des zones-tampon suffisantes du point de vue écologique en tenant compte, notamment, d'autres biotopes attenants.</p> <p>² Lorsque les limites précises n'ont pas encore été fixées, l'autorité cantonale compétente prend, sur demande, une décision de constatation de l'appartenance d'un bien-fonds à un objet. Le requérant doit pouvoir fonder sa demande sur l'existence d'un intérêt digne de protection.</p> <p>Art. 5 Mesures de protection et d'entretien</p> <p>¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des propriétaires fonciers et des exploitants, prennent les mesures de protection et d'entretien adéquates pour conserver les objets intacts. Une importance particulière est accordée à la conservation et à la valorisation d'une exploitation agricole et sylvicole durable et adaptée.</p> <p>² Ils veillent notamment à ce que:</p> <p>a. les plans et les prescriptions qui règlent le mode d'utilisation du sol au sens de la législation en matière d'aménagement du territoire soient conformes à la présente ordonnance;</p> <p>b. les zones alluviales ayant un régime des eaux et de charriage intact ou peu altéré soient intégralement protégées;</p> <p>c. les exploitations existantes ou futures, notamment l'agriculture et la sylviculture, l'utilisation des forces hydrauliques, l'exploitation des eaux souterraines et de graviers, la navigation et les activités de loisirs, y compris la pêche, soient en accord avec le but visé par la protection;</p> <p>d. le développement des espèces végétales et animales rares et menacées soit favorisé, de même que celui de leur biocénoses;</p> <p>e. la qualité de l'eau et du sol s'améliore grâce à une réduction des apports de substances nutritives et de polluants.</p> <p>³ Les dispositions des al. 1 et 2 sont aussi applicables aux zones-tampon dans la mesure où le but visé par la protection l'exige.</p>
<p>SR 451.32 Verordnung über den Schutz der Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung</p> <p>Art. 1 Bundesinventar</p> <p>Das Bundesinventar der Hoch- und Übergangsmoore von nationaler Bedeutung (Hochmoorinventar) umfasst die im Anhang I aufgezählten Objekte. Sie erfüllen gleichzeitig das Erfordernis der besonderen Schönheit von Artikel 24^{sexies} Absatz 5 der Bundesverfassung.</p>	<p>RS 451.32 Ordonnance sur la protection des hauts-marais et des marais de transition d'importance nationale</p> <p>Art. 1 Inventaire fédéral</p> <p>L'Inventaire fédéral des hauts-marais et des marais de transition d'importance nationale (Inventaire des hauts-marais) comprend les objets énumérés dans l'annexe 1. Ces objets satisfont en même temps à l'exigence de la beauté particulière au sens de l'art. 24^{sexies}, al. 5, de la</p>

Art. 3 Abgrenzung der Objekte

¹ Die Kantone legen nach Anhören der Grundeigentümer und Bewirtschafter den genauen Grenzverlauf der Objekte fest. Sie scheiden ökologisch ausreichende Pufferzonen aus und berücksichtigen dabei insbesondere das Hochmoorumfeld sowie angrenzende Flachmoore.

² Ist der genaue Grenzverlauf noch nicht festgelegt, so trifft die zuständige kantonale Behörde auf Antrag eine Feststellungsverfügung über die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu einem Objekt. Der Antragsteller muss ein schutzwürdiges Interesse an der Feststellung nachweisen können.

Art. 5 Schutz- und Unterhaltmassnahmen

¹ Die Kantone treffen nach Anhören der Grundeigentümer und Bewirtschafter die zur ungeschmälernten Erhaltung der Objekte geeigneten Schutz- und Unterhaltmassnahmen. Sie sorgen insbesondere dafür, dass:

a. Pläne und Vorschriften, welche die zulässige Nutzung des Bodens im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung regeln, mit dieser Verordnung übereinstimmen;

b. keine Bauten und Anlagen errichtet und keine Bodenveränderungen vorgenommen werden, insbesondere durch den Abbau von Torf, das Pflügen von Moorböden und das Ausbringen von Stoffen oder Zubereitungen im Sinne der Chemikalienverordnung vom 18. Mai 2005 oder von Biozidprodukten im Sinne der Biozidprodukteverordnung vom 18. Mai 2005; ausgenommen sind, unter Vorbehalt von Buchstabe c, Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzziels dienen;

c. zur Aufrechterhaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung nur solche Bauten und Anlagen errichtet und nur solche Bodenveränderungen vorgenommen werden, die dem Schutzziel nicht widersprechen;

d. die nach dem 1. Juni 1983 erstellten Bauten und Anlagen zu Lasten der Ersteller abgebrochen und die nach diesem Datum vorgenommenen Bodenveränderungen zu Lasten derjenigen, die sie ausgeführt oder verursacht haben, rückgängig gemacht werden, sofern sie dem Schutzziel widersprechen und nicht gestützt auf Nutzungszonen, die dem Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979 entsprechen, rechtskräftig bewilligt worden sind; ist eine Wiederherstellung des Zustands vom 1. Juni 1983 nicht möglich, so ist für angemessenen Ersatz oder Ausgleich zu sorgen;

e. der Gebietswasserhaushalt erhalten und, soweit es der Moorregeneration dient, verbessert wird;

f. die forstliche Bewirtschaftung auf das Schutzziel

constitution fédérale.

Art. 3 Délimitation des objets

¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des propriétaires fonciers et des exploitants, fixent les limites précises des objets. Ils délimitent des zones-tampon suffisantes du point de vue écologique en tenant compte, notamment, de la zone de contact ainsi que des bas-marais attenants aux objets.

² Lorsque les limites précises n'ont pas encore été fixées, l'autorité cantonale compétente prend, sur demande, une décision de constatation de l'appartenance d'un bien-fonds à un objet. Le requérant doit pouvoir fonder sa demande sur l'existence d'un intérêt digne de protection.

Art. 5 Mesures de protection et d'entretien

¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des propriétaires fonciers et des exploitants, prennent les mesures de protection et d'entretien adéquates pour conserver intacts les objets. Ils veillent en particulier à ce que:

a. les plans et les prescriptions qui règlent le mode d'utilisation du sol au sens de la législation en matière d'aménagement du territoire soient conformes à la présente ordonnance;

b. soient interdites toute installation ou construction et toute modification de terrain, notamment par l'extraction de tourbe, le labour de sols marécageux et l'apport de substances ou de préparations au sens de l'ordonnance du 18 mai 2005 sur les produits chimiques, ou encore de produits biocides au sens de l'ordonnance du 18 mai 2005 sur les produits biocides; font uniquement exception, sous réserve de la let. c, les constructions, installations et modifications de terrain servant à assurer la protection conformément au but visé;

c. les installations ou constructions servant à la poursuite de l'exploitation agricole et toute modification de terrain dans le même but ne soient autorisées que lorsqu'elles n'entrent pas en contradiction avec le but visé par la protection;

d. soit démantelée toute installation ou construction entreprise après le 1^{er} juin 1983 et remis dans son état d'origine tout terrain modifié après cette date, aux frais du responsable, lorsque ces ouvrages ou modifications sont en contradiction avec le but visé par la protection et n'ont pas été autorisés par décision ayant force de chose jugée sur la base de zones d'affectation conformes à la loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire. S'il n'est pas possible de rétablir l'état du 1^{er} juin 1983, il y a lieu de prévoir un remplacement ou une compensation adéquats.

e. le régime local des eaux soit maintenu et, si cela favorise la régénération du marais, amélioré;

f. la gestion forestière soit adaptée au but visé par la protection;

<p>ausgerichtet wird;</p> <p>g. die Verbuschung verhindert und die typische Moorvegetation erhalten werden, sofern es erforderlich ist durch eine angepasste Bewirtschaftung;</p> <p>h. Gräben, sofern sie mit dem Schutzziel vereinbar sind, sachgerecht und schonend unterhalten werden;</p> <p>i. die Moore vor Trittschäden geschützt werden;</p> <p>k. die touristische und die Erholungsnutzung dem Schutzziel untergeordnet werden.</p> <p>² Die Bestimmungen von Absatz 1 gelten auch für die Pufferzonen, soweit es das Schutzziel erfordert.</p>	<p>g. L'embroussaillage soit évité et la végétation marécageuse caractéristique conservée, si nécessaire par une exploitation appropriée;</p> <p>h. Les fossés soient entretenus correctement et avec ménagement, pour autant qu'ils soient compatibles avec le but visé par la protection;</p> <p>i. Les marais soient protégés contre les dégâts dus au piétinement;</p> <p>k. L'exploitation à des fins touristiques et récréatives soit subordonnée au but visé par la protection.</p> <p>² Les dispositions de l'al. 1 sont aussi applicables aux zones-tampon dans la mesure où le but visé par la protection l'exige.</p>
<p>SR 451.33 Verordnung vom 7. September 1994 über den Schutz der Flachmoore von nationaler Bedeutung (Flachmoorverordnung)</p> <p>Art. 1 Bundesinventar</p> <p>Das Bundesinventar der Flachmoore von nationaler Bedeutung (Flachmoorinventar) umfasst die im Anhang 1 aufgezählten Objekte. Sie erfüllen gleichzeitig das Erfordernis der besonderen Schönheit von Artikel 24^{sexies} Absatz 5 der Bundesverfassung.</p> <p>Art. 3 Abgrenzung der Objekte</p> <p>¹ Die Kantone legen den genauen Grenzverlauf der Objekte fest und scheiden ökologisch ausreichende Pufferzonen aus. Sie hören dabei die Grundeigentümer und Bewirtschafter, wie Land- und Forstwirte sowie Inhaber von Konzessionen und Bewilligungen für Bauten und Anlagen, an.</p> <p>² Im Bereich von Konzepten und Sachplänen des Bundes, die sich auf Bauten und Anlagen beziehen, hören die Kantone auch die zuständigen Bundesstellen an.</p> <p>³ Ist der genaue Grenzverlauf noch nicht festgelegt, so trifft die zuständige kantonale Behörde auf Antrag eine Feststellungsverfügung über die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu einem Objekt. Der Antragsteller muss ein schutzwürdiges Interesse an der Feststellung nachweisen können.</p> <p>Art. 5 Schutz- und Unterhaltmassnahmen</p> <p>¹ Die Kantone treffen nach Anhören der Betroffenen (Art. 3 Abs. 1 und 2) die zur ungeschmälernten Erhaltung der Objekte geeigneten Schutz- und Unterhaltmassnahmen. Dabei kommt der Erhaltung und Förderung der angepassten landwirtschaftlichen Nutzung eine besondere Bedeutung zu.</p> <p>² Die Kantone sorgen insbesondere dafür, dass:</p>	<p>RS 451.33 Ordonnance sur la protection des bas-marais d'importance nationale</p> <p>Art. 1 Inventaire fédéral</p> <p>L'Inventaire fédéral des bas-marais d'importance nationale (Inventaire des bas-marais) comprend les objets énumérés dans l'annexe 1. Ces objets satisfont en même temps à l'exigence de la beauté particulière au sens de l'art. 24^{sexies}, al. 5, de la constitution fédérale.</p> <p>Art. 3 Délimitation des objets</p> <p>¹ Les cantons fixent les limites précises des objets et délimitent des zones-tampon suffisantes du point de vue écologique. Ils prennent l'avis des propriétaires fonciers et des exploitants, comme des agriculteurs et des sylviculteurs ainsi que des bénéficiaires de concessions et d'autorisations pour des installations et constructions.</p> <p>² Dans le secteur des conceptions et des plans sectoriels de la Confédération qui se réfèrent à des installations et constructions, les cantons prennent également l'avis des services fédéraux compétents.</p> <p>³ Lorsque les limites précises n'ont pas encore été fixées, l'autorité cantonale compétente prend, sur demande, une décision de constatation de l'appartenance d'un bien-fonds à un objet. Le requérant doit pouvoir fonder sa demande sur l'existence d'un intérêt digne de protection.</p> <p>Art. 5 Mesures de protection et d'entretien</p> <p>¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des intéressés (art. 3, al. 1 et 2), prennent les mesures de protection et d'entretien adéquates pour conserver intacts les objets, en accordant une importance particulière au maintien et à l'encouragement d'une exploitation agricole adaptée.</p> <p>² Ils veillent en particulier à ce que:</p> <p>a. les plans et les prescriptions qui règlent le mode d'utilisation du sol au sens de la législation en matière d'aménagement du territoire soient conformes à la pré-</p>

<p>a. Pläne und Vorschriften, welche die zulässige Nutzung des Bodens im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung regeln, mit dieser Verordnung übereinstimmen;</p> <p>b. keine Bauten und Anlagen errichtet und keine Bodenveränderungen vorgenommen werden, insbesondere durch Entwässerungen, das Pflügen sowie das Ausbringen von Stoffen oder Zubereitungen im Sinne der Chemikalienverordnung vom 18. Mai 2005 oder von Biozidprodukten im Sinne der Biozidprodukteverordnung vom 18. Mai 2005; ausgenommen sind, unter Vorbehalt der Buchstaben d und e, Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzziels dienen;</p> <p>c. der Unterhalt und die Erneuerung rechtmässig erstellter Bauten und Anlagen das Schutzziel nicht zusätzlich beeinträchtigen;</p> <p>d. zur Aufrechterhaltung der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung nur solche Bauten und Anlagen errichtet, unterhalten und erneuert und nur solche Bodenveränderungen vorgenommen werden, die dem Schutzziel nicht widersprechen;</p> <p>e. unmittelbar standortgebundene Massnahmen gegen Naturereignisse naturnah und nur zum Schutz des Menschen erfolgen; ausgeschlossen sind Massnahmen zum Schutz von Bauten und Anlagen, die nach dem 1. Juni 1983 in ausgeschiedenen Gefahrenzonen oder bekannten Gefahrengebieten erstellt wurden;</p> <p>f. die nach dem 1. Juni 1983 erstellten Bauten und Anlagen zu Lasten der Ersteller abgebrochen und die nach diesem Datum vorgenommenen Bodenveränderungen zu Lasten derjenigen, die sie ausgeführt oder verursacht haben, rückgängig gemacht werden, sofern sie dem Schutzziel widersprechen und nicht gestützt auf Nutzungszonen, die dem Raumplanungsgesetz vom 22. Juni 1979 entsprechen, rechtskräftig bewilligt worden sind; ist eine Wiederherstellung des Zustands vom 1. Juni 1983 nicht möglich oder für die Erreichung des Schutzziels unverhältnismässig, so ist für angemessenen Ersatz oder Ausgleich zu sorgen;</p> <p>g. der Gebietswasserhaushalt erhalten und, soweit es der Moorregeneration dient, verbessert wird;</p> <p>h. die forstliche Bewirtschaftung mit dem Schutzziel in Einklang steht;</p> <p>i. die Verbuschung bei jeder sich bietenden Gelegenheit verhindert und die typische Moorvegetation erhalten werden;</p> <p>k. Gräben, sofern sie mit dem Schutzziel vereinbar sind, sachgerecht und schonend unterhalten werden;</p> <p>l. die Moore vor dauernden Schäden durch unangepasste Beweidung und durch Trittbelastung geschützt werden;</p> <p>m. die touristische und die Erholungsnutzung mit dem Schutzziel in Einklang stehen.</p>	<p>sente ordonnance;</p> <p>b. soient interdites toute installation ou construction et toute modification de terrain, notamment les drainages, le labour et l'apport de substances ou de préparations au sens de l'ordonnance du 18 mai 2005 sur les produits chimiques, ou encore de produits biocides au sens de l'ordonnance du 18 mai 2005 sur les produits biocides; font uniquement exception, sous réserve des let. d et e, les constructions, installations et modifications de terrain servant à assurer la protection conformément au but visé;</p> <p>c. l'entretien et la rénovation d'installations et de constructions réalisées légalement ne portent pas une atteinte supplémentaire au but visé par la protection;</p> <p>d. les installations ou constructions servant à la poursuite de l'exploitation agricole, leur entretien et rénovation, et toute modification de terrain dans le même but ne soient autorisées que lorsqu'elles n'entrent pas en contradiction avec le but visé par la protection;</p> <p>e. les mesures visant à prévenir des dangers naturels et dont l'emplacement s'impose directement par leur destination soient prises en harmonie avec la nature et dans le seul but d'assurer la sécurité de l'homme; sont exclues les mesures pour assurer la protection de constructions et d'installations entreprises après le 1^{er} juin 1983, dans des zones de dangers délimitées ou connues;</p> <p>f. soit démantelée toute installation ou construction entreprise après le 1^{er} juin 1983 et remis dans son état d'origine tout terrain modifié après cette date, aux frais du responsable, lorsque ces ouvrages ou modifications sont en contradiction avec le but visé par la protection et n'ont pas été autorisés avec force de chose jugée sur la base de zones d'affectation conformes à la loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire. S'il n'est pas possible de rétablir l'état au 1^{er} juin 1983 ou si le rétablissement est disproportionné pour atteindre le but visé par la protection, il y a lieu de fournir un remplacement ou une compensation adéquats;</p> <p>g. le régime local des eaux soit maintenu, si cela favorise la régénération du marais, amélioré;</p> <p>h. la gestion forestière soit en accord avec le but visé par la protection;</p> <p>i. l'embroussaillage soit évité en toute occasion et la végétation marécageuse caractéristique conservée;</p> <p>k. les fossés soient entretenus correctement et avec ménagement, pour autant qu'ils soient compatibles avec le but visé par la protection;</p> <p>l. les marais soient protégés contre les dégâts durables dus à un pacage inadapté et au piétinement;</p> <p>m. l'exploitation à des fins touristiques et récréatives soit en accord avec le but visé par la protection.</p> <p>³ Les installations, constructions et modifications de terrain sont admissibles dans les zones-tampon pour autant qu'elles ne portent pas atteinte au but visé par la protection.</p>
---	---

<p>³ Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen sind in den Pufferzonen zulässig, sofern sie das Schutzziel nicht beeinträchtigen.</p>	
<p>SR 451.34 Verordnung über den Schutz der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung</p> <p>Art. 1 Bundesinventar</p> <p>¹ Das Bundesinventar der Amphibienlaichgebiete von nationaler Bedeutung (Amphibienlaichgebiete-Inventar) umfasst die in den Anhängen 1 und 2 aufgezählten Objekte.</p> <p>² Anhang 1 umfasst die ortsfesten Objekte, Anhang 2 die Wanderobjekte.</p>	<p>RS 451.34 Ordonnance sur la protection des sites de reproduction de batraciens d'importance nationale</p> <p>Art. 1 Inventaire fédéral</p> <p>¹ L'inventaire fédéral des sites de reproduction de batraciens d'importance nationale (inventaire des sites de reproduction de batraciens) comprend les objets énumérés dans les annexes 1 et 2.</p> <p>² L'annexe 1 comprend les objets fixes, l'annexe 2 les objets itinérants.</p>
<p>SR 451.35 Verordnung über den Schutz der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung</p> <p>Art. 1 Bundesinventar</p> <p>¹ Das Bundesinventar der Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung (Moorlandschaftsinventar) umfasst die im Anhang 1 aufgezählten Objekte.</p> <p>² Das Inventar ist nicht abschliessend; es ist regelmässig zu überprüfen und nachzuführen.</p> <p>Art. 3 Abgrenzung der Objekte</p> <p>¹ Die Kantone legen den genauen Grenzverlauf der Objekte fest. Sie hören dabei an:</p> <p>a. die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer;</p> <p>b. die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter, insbesondere in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft;</p> <p>c. die Inhaberinnen und Inhaber von Konzessionen und Bewilligungen für Bauten und Anlagen;</p> <p>d. die Gemeinden;</p> <p>e. die nach Artikel 12 Absatz 2 NHG beschwerdeberechtigten Organisationen.</p> <p>² Im Bereich von Konzepten und Sachplänen des Bundes, die sich auf Bauten und Anlagen beziehen, hören die Kantone auch die zuständigen Bundesstellen an.</p> <p>³ Ist der genaue Grenzverlauf noch nicht festgelegt, so trifft die zuständige kantonale Behörde auf Antrag eine Feststellungsverfügung über die Zugehörigkeit eines Grundstücks zu einem Objekt. Wer einen Antrag stellt, muss ein schutzwürdiges Interesse an der Feststellung nachweisen können.</p>	<p>RS 451.35 Ordonnance sur la protection des sites marécageux d'une beauté particulière et d'importance nationale</p> <p>Art. 1 Inventaire fédéral</p> <p>¹ L'Inventaire fédéral des sites marécageux d'une beauté particulière et d'importance nationale (Inventaire des sites marécageux) comprend les objets énumérés dans l'annexe 1.</p> <p>² L'inventaire n'est pas exhaustif; il sera régulièrement contrôlé et mis à jour.</p> <p>Art. 3 Délimitation des objets</p> <p>¹ Les cantons fixent les limites précises des objets. Ils prennent l'avis:</p> <p>a. des propriétaires fonciers;</p> <p>b. des exploitants, en particulier dans les domaines agricole et sylvicole;</p> <p>c. des bénéficiaires de concessions et d'autorisations pour des installations et constructions;</p> <p>d. des communes;</p> <p>e. des organisations habilitées à recourir en vertu de l'art. 12, al. 2 LPN.</p> <p>² Dans le secteur des conceptions et des plans sectoriels de la Confédération qui se réfèrent à des installations et constructions, les cantons prennent également l'avis des services fédéraux compétents.</p> <p>³ Lorsque les limites précises n'ont pas encore été fixées, l'autorité cantonale compétente prend, sur demande, une décision de constatation de l'appartenance d'un bien-fonds à un objet. Quiconque présente une demande doit pouvoir la fonder sur l'existence d'un intérêt digne de protection.</p>

<p>Art. 5 Schutz- und Unterhaltmassnahmen</p> <p>¹ Die Kantone treffen nach Anhören der Betroffenen (Art. 3 Abs. 1 und 2) die zum Erreichen der Schutzziele erforderlichen Schutz- und Unterhaltmassnahmen.</p> <p>² Die Kantone sorgen insbesondere dafür, dass:</p> <p>a. Pläne und Vorschriften, welche die zulässige Nutzung des Bodens im Sinne der Raumplanungsgesetzgebung regeln, mit dieser Verordnung übereinstimmen;</p> <p>b. die Biotope nach Artikel 18 Absatz 1^{bis} NHG, die sich innerhalb einer Moorlandschaft befinden, bezeichnet werden;</p> <p>c. die nach Artikel 23d Absatz 2 NHG zulässige Gestaltung und Nutzung der Erhaltung der für die Moorlandschaften typischen Eigenheiten nicht widersprechen;</p> <p>d. Bauten und Anlagen, die weder mit der Gestaltung und Nutzung nach Buchstabe c in Zusammenhang stehen, noch der Biotoppflege oder der Aufrechterhaltung der typischen Besiedlung dienen, nur ausgebaut oder neu errichtet werden, wenn sie nationale Bedeutung haben, unmittelbar standortgebunden sind und den Schutzzielen nicht widersprechen;</p> <p>e. die touristische Nutzung und die Nutzung zur Erholung mit den Schutzzielen in Einklang stehen;</p> <p>f. dort, wo eine Wiederherstellung nach Artikel 25a NHG nicht möglich oder für die Erreichung der Schutzziele unverhältnismässig ist, angemessener Ersatz oder Ausgleich erfolgt, insbesondere durch die Schaffung, Vergrösserung oder Revitalisierung von Biotopen, die Aufwertung von für die Moorlandschaft charakteristischen Elementen und Strukturen, die Verbesserung der nachhaltigen moor- und moorlandschaftstypischen Nutzung oder Massnahmen des ökologischen Ausgleichs nach Artikel 15 NHV.</p>	<p>Art. 5 Mesures de protection et d'entretien</p> <p>¹ Les cantons, après avoir pris l'avis des intéressés (art. 3, al. 1 et 2), prennent les mesures de protection et d'entretien nécessaires pour atteindre les buts visés par la protection.</p> <p>² Ils veillent en particulier à ce que:</p> <p>a. les plans et les prescriptions qui règlent le mode d'utilisation du sol au sens de la législation en matière d'aménagement du territoire soient conformes à la présente ordonnance;</p> <p>b. les biotopes au sens de l'art. 18, al. 1^{bis} LPN, qui se trouvent à l'intérieur d'un site marécageux soient désignés;</p> <p>c. l'aménagement et l'exploitation admissibles selon l'art. 23d, al. 2, LPN, ne portent pas atteinte aux éléments caractéristiques des sites marécageux;</p> <p>d. des installations et constructions, autres que celles relatives à l'aménagement et l'exploitation réglés sous lettre c, qui ne servent ni à l'entretien des biotopes, ni au maintien des habitats typiques, ne soient érigées ou agrandies que si elles ont une importance nationale, ne puissent être réalisées qu'à l'endroit prévu et n'entrent pas en contradiction avec les buts visés par la protection;</p> <p>e. l'exploitation à des fins touristiques et récréatives soient en accord avec les buts visés par la protection;</p> <p>f. lorsqu'une remise en état selon l'art. 25b LPN n'est pas possible ou qu'elle est disproportionnée par rapport aux buts visés par la protection, il y ait remplacement ou compensation adéquats, notamment par la création, l'agrandissement ou la revitalisation de biotopes, la revalorisation d'éléments et de structures caractéristiques des sites marécageux, l'amélioration de l'exploitation durable et typique des marais et des sites marécageux ou par des mesures de compensation écologique selon l'art. 15 OPN.</p>
<p>SR 510.51 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für militärische Bauten und Anlagen</p> <p>Art. 1 Zweck und Geltungsbereich</p> <p>¹ Diese Verordnung regelt das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen, die aus vorwiegend militärischen Gründen errichtet, geändert oder umgenutzt werden.</p> <p>² Dabei handelt es sich insbesondere um Bauten und Anlagen:</p> <p>a. die unmittelbar dem Einsatz beziehungsweise der Kampfführung der Armee dienen;</p> <p>b. durch die der Einsatz beziehungsweise die</p>	<p>RS 510.51 Ordonnance concernant la procédure d'approbation des plans de constructions militaires</p> <p>Art. 1 But et champ d'application</p> <p>¹ La présente ordonnance règle la procédure d'approbation des plans en matière de constructions et d'installations, édifiées, modifiées ou réaffectées à des fins essentiellement militaires.</p> <p>² Il s'agit notamment de constructions et d'installations:</p> <p>a. qui servent directement à l'engagement ou à la conduite au combat de l'armée;</p> <p>b. qui permettent de préparer, de réaliser et de soutenir l'engagement ou la conduite au combat de l'armée, à savoir toutes les constructions et installations qui servent</p>

<p>Kampfführung der Armee vorbereitet, ermöglicht und unterstützt werden, das heisst alle Bauten und Anlagen, die namentlich zum Zweck der Versorgung, des Sanitätsdienstes, der Übermittlung, des Transportwesens und des Territorialdienstes der Armee betrieben werden;</p> <p>c. die der militärischen Ausbildung dienen;</p> <p>d. die für den gesetzeskonformen und ordnungsgemässen Betrieb der Bauten und Anlagen nach den Buchstaben a–c unmittelbar notwendig sind.</p> <p>Art. 6 Sachplan Militär</p> <p>¹ Das VBS stellt die Grobplanung und -abstimmung von militärischen Vorhaben, die sich erheblich auf Raumordnung und Umwelt auswirken, mittels Sachplan Militär sicher. Ausgenommen sind Vorhaben, auf die das Bundesgesetz vom 23. Juni 1950 über den Schutz militärischer Anlagen anwendbar ist.</p> <p>² Die Festsetzung eines Vorhabens im Sachplan Militär hat grundsätzlich vor Einreichung des Plan-genehmigungsgesuchs zu erfolgen.</p> <p>³ Die Plangenehmigung eines sachplanrelevanten Vorhabens setzt dessen Festsetzung im Sachplan Militär voraus.</p> <p>⁴ Bei Sachplanvorhaben, für die gleichzeitig eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, ist das Sachplanverfahren grundsätzlich erst nach Vorliegen der Voruntersuchungsergebnisse gemäss Artikel 8 der Verordnung vom 19. Oktober 1988 über die Umweltverträglichkeitsprüfung einzuleiten.</p> <p>⁵ Die Genehmigungsbehörde sorgt für die Koordination von Sachplan- und Plangenehmigungsverfahren.</p>	<p>notamment à l’approvisionnement, au service sanitaire, aux transmissions, aux transports et au service territorial de l’armée;</p> <p>c. qui servent à l’instruction militaire;</p> <p>d. qui sont directement nécessaires à une exploitation conforme à la loi et régulière des constructions et des installations visées aux let. a à c.</p> <p>Art. 2 Autorité d’approbation</p> <p>Le Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) est l’autorité d’approbation.</p> <p>Art. 6 Plan sectoriel militaire</p> <p>¹ Le DDPS assure, au moyen du plan sectoriel militaire, la planification et la définition générales des projets militaires ayant des effets majeurs sur l’organisation du territoire et l’environnement. Cette règle ne s’applique pas aux projets soumis à la loi fédérale du 23 juin 1950 concernant la protection des ouvrages militaires.</p> <p>² Le classement d’un projet dans le plan sectoriel militaire en catégorie «coordination réglée» doit, en principe, avoir lieu avant le dépôt de la demande d’approbation des plans.</p> <p>³ L’approbation des plans d’un projet qui relève du plan sectoriel dépend de son classement en catégorie « coordination réglée » dans le plan sectoriel militaire.</p> <p>⁴ Dans le cas de projets relevant du plan sectoriel pour lesquels une étude de l’impact sur l’environnement doit être effectuée en parallèle, la procédure du plan sectoriel ne peut, en principe, être ouverte qu’après présentation des résultats de l’enquête préliminaire, au sens de l’art. 8 de l’ordonnance du 19 octobre 1988 relative à l’étude de l’impact sur l’environnement.</p> <p>⁵ L’autorité d’approbation veille à la coordination entre les procédures du plan sectoriel et de l’approbation des plans.</p>
<p>SR 510.512 Verordnung über die Schiessanlagen für das Schiesswesen ausser Dienst</p> <p>Art. 1 Gegenstand</p> <p>¹ Diese Verordnung legt die Anforderungen an Lage, Bau, Betrieb und Unterhalt von 300-, 25- und 50-m-Schiessanlagen fest, die teilweise oder ganz dem Schiesswesen ausser Dienst zur Verfügung stehen.</p> <p>² Sie sorgt dafür, dass:</p> <p>a. die Voraussetzungen für einen geordneten Schiessbetrieb bestehen;</p>	<p>RS 510.512 Ordonnance sur les installations servant au tir hors du service</p> <p>Art. 1 But et champ d’application</p> <p>¹ La présente ordonnance fixe les exigences concernant l’emplacement, la construction, l’exploitation et l’entretien des installations de tir à 300, à 25 et à 50 m, servant globalement ou partiellement aux tirs hors du service.</p> <p>² Elle veille ainsi à:</p> <p>a. créer les conditions nécessaires à une organisation disciplinée du tir;</p>

<p>b. die erforderliche Sicherheit gewährleistet ist;</p> <p>c. die Umweltbelastung möglichst klein gehalten werden kann.</p> <p>³ Sie regelt die Kontrolle.</p> <p>Art. 7 Pflichten der Gemeinden</p> <p>¹ Im Hinblick auf die Errichtung und den Betrieb einer 300-m-Schiessanlage fallen zu Lasten der Gemeinden:</p> <p>a. die Beschaffung des Grundstückes durch:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Landerwerb, Pacht oder Begründung von Baurechten für die Erstellung einer den Verhältnissen angepassten Schiessanlage mit den notwendigen Zugangswegen und Parkplätzen, 2. die Errichtung der notwendigen Dienstbarkeiten und deren Eintrag im Grundbuch; <p>b. der Bau der Schiessanlage mit sämtlichen zweckdienlichen Einrichtungen wie:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schützenhaus, inkl. Schiessraum, Waffenreinigungsmöglichkeit, Büro, sanitäre Einrichtungen, Munitionsmagazin, 2. elektrischen Einrichtungen, 3. den notwendigen Lärmschutzmassnahmen nach der Lärmschutz-Verordnung vom 15. Dezember 1986, 4. Scheibenstand für Zugscheiben oder elektronische Scheiben mit allen Nebeneinrichtungen, 5. Scheibenzüge und -rahmen oder elektronische Scheiben, 6. Kugelfang und Vorkugelfang mit den vorgeschriebenen Prellplatten, 7. Hoch-, Tief- und Seitenblenden in vorschriftsgemässer Ausführung sowie die Errichtung gleicher Anschlaghöhen für alle Schiessstellungen im Schützenhaus, sofern vorhandene Blenden oder Schallschutzeinrichtungen dies erfordern, 8. Absperr- und Warnsignaleinrichtungen; <p>c. die Kosten für Unterhalt und Erneuerung der Einrichtungen nach Buchstaben b.</p> <p>² Wenn das Grundstück für die Schiessanlage einschliesslich der Gefahrenzonen nicht im Eigentum der Gemeinde oder des Schiessvereins steht, schliesst die Gemeinde die erforderlichen Dienstbarkeitsverträge ab und lässt diese im Grundbuch eintragen. Eine allfällige Enteignung richtet sich nach dem Enteignungsgesetz vom 20. Juni 1930.</p>	<p>b. assurer la sécurité nécessaire;</p> <p>c. limiter au mieux les atteintes à l'environnement.</p> <p>³ Elle règle les contrôles.</p> <p>Art. 7 Obligations des communes</p> <p>¹ Dans le cadre de la construction et de l'exploitation d'une installation de tir à 300 m, les communes ont à charge, notamment:</p> <p>a. l'acquisition des terrains par:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. achat, location de terrains ou justification de droits de construction pour l'établissement d'une installation de tir adaptée aux conditions, avec les voies d'accès et les places de parc nécessaires; 2. établissement des servitudes nécessaires avec inscription au registre foncier; <p>b. la construction d'installations de tir avec tous les équipements utiles, tels que:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. le stand de tir avec l'espace réservé au tir, la possibilité de nettoyer les armes, le bureau, les installations sanitaires et le magasin de munitions; 2. les installations électriques; 3. les équipements nécessaires de protection contre le bruit en vertu de l'ordonnance du 15 décembre 1986 sur la protection contre le bruit; 4. la ciblérie pour cibles mobiles ou électroniques avec tous les équipements annexes; 5. les jeux de cadres et de cibles ou les cibles électroniques; 6. la butte pare-balles arrière et celle devant les cibles équipée de la plaque blindée réglementaire; 7. les pare-balles de hauteur, de profondeur et latéraux réalisés selon les prescriptions et l'aménagement dans le stand d'installations permettant la même hauteur d'épaule pour toutes les positions de tir lorsque des pare-balles ou des équipements d'isolation acoustique l'exigent; 8. les dispositifs de barrage et d'avertissement; <p>c. les coûts d'entretien et de renouvellement des équipements énumérés sous la let. b.</p> <p>² Si le terrain accueillant l'installation de tir et les zones dangereuses n'est pas la propriété de la commune ou de la société de tir, la commune conclut les contrats de servitude nécessaires et les inscrit au registre foncier. La loi fédérale du 20 juin 1930 sur l'expropriation règle une expropriation éventuelle.</p>
--	---

<p>Art. 16 Genehmigung der Pläne</p> <p>¹ Bevor Arbeiten zu Neu-, Um- oder Erweiterungsbauten von Schiessanlagen begonnen werden, sind die Baupläne im Doppel dem zuständigen eidgenössischen Schiessoffizier zuzustellen.</p> <p>² Der eidgenössische Schiessanlagenexperte oder die eidgenössische Schiessanlagenexpertin genehmigt die Pläne für Neuanlagen. Der zuständige eidgenössische Schiessoffizier genehmigt die Pläne für Um- und Erweiterungsbauten.</p> <p>³ Vor jeder Änderung der genehmigten Baupläne oder der geplanten Linienführung von Strassen und Wegen in den Gefahrenzonen ist der zuständige eidgenössische Schiessoffizier beizuziehen.</p>	<p>Art. 16 Approbation des plans</p> <p>¹ Les plans de construction sont remis pour approbation, en double exemplaire, à l'officier fédéral de tir responsable avant que ne débutent les travaux de construction, de transformation ou d'agrandissement d'une installation de tir.</p> <p>² L'expert fédéral des installations de tir approuve les plans des nouvelles installations. L'officier fédéral de tir responsable approuve les plans de transformation ou d'agrandissement.</p> <p>³ L'officier fédéral de tir responsable doit être consulté avant toute modification des plans de construction approuvés ou du tracé de routes ou de chemins dans les zones dangereuses.</p>
<p>SR 510.518.1 Verordnung über den Schutz militärischer Anlagen</p> <p>Art. 1 Zweck</p> <p>Diese Verordnung regelt den Schutz militärischer Anlagen, insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. deren Bewachung und Überwachung; b. den Zutritt zu ihnen; c. das Aufnehmen und das verbreiten von Informationen darüber; d. die Meldepflichten der Kantone und Gemeinden. <p>Art. 3 Schutzzonen</p> <p>¹ Der Chef der Armee teilt die Anlagen in eine oder mehrere Schutzzonen ein.</p> <p>² Es werden die folgenden Schutzzonen mit den dazugehörenden Schutzmassnahmen unterschieden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Schutzzone 1 <p>Anlagen, Anlagenteile und Areale, die in der Regel von aussen her wahrnehmbar und teilweise frei zugänglich sind. Die verwaltende Stelle kann folgende Massnahmen anordnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. Umzäunung/Gebäudehärtung; 2. Überwachung; 3. Schutz vor Sabotage. b. Schutzzone 2 <p>Anlagen und Anlagenteile, die in der Regel von aussen her nicht wahrnehmbar sind, von Unbefugten nicht betreten werden können und deren Zerstörung oder Beschädigung den Betrieb und/oder den Zweck der Anlage selbst oder anderer Anlagen bzw. Teilen davon oder die Auftragserfüllung von Teilen der Armee gefährdet. Die verwaltende Stelle hat</p> 	<p>RS 510.518.1 Ordonnance concernant la protection des ouvrages militaires</p> <p>Art. 1 But</p> <p>La présente ordonnance règle la protection des ouvrages militaires, notamment:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. la garde et la surveillance; b. les modalités d'accès; c. les prises de vues et les levés ainsi que la diffusion d'informations; d. les notifications obligatoires des cantons et des communes. <p>Art. 3 Zones protégées</p> <p>¹ Le chef de l'Armée répartit les ouvrages en une ou plusieurs zones protégées.</p> <p>² Il y a lieu de distinguer les zones protégées ci-après ainsi que les mesures qui s'y rapportent:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. zone Protégée 1 <p>ouvrages, parties d'ouvrages et aires attenantes qui sont en règle générale visibles de l'extérieur et en partie librement accessibles. Le service chargé de la gestion peut ordonner les mesures ci-après:</p> <ul style="list-style-type: none"> 1. mettre en place une clôture, renforcer les bâtiments, 2. assurer la surveillance, 3. assurer la protection contre le sabotage; b. zone Protégée 2 <p>ouvrages et parties d'ouvrages qui, en règle générale, ne sont pas visibles de l'extérieur, auxquels ne peuvent accéder les personnes non autorisées et dont la destruction ou la déprédation met en danger l'exploitation ou l'affectation de l'ouvrage même, d'autres ouvrages ou de</p>

folgende Massnahmen anzuordnen:

1. spezielle Bezeichnung von Anlagen und Anlagenteilen mit Zugang über Zutrittskontrolle und Kontrollführung über alle Zutritte;
2. Zutritt nur nach Identifizierung und mit Zutrittsbewilligung;
3. Schutz vor Sabotage;
4. Überwachung oder Bewachung als Regelfall.

c. *Schutzzone 3*

Anlagen und Anlagenteile, die von aussen her nicht wahrnehmbar sind und deren Zerstörung oder Beschädigung die Auftragsbefreiung des Bundesrates, der Armee oder wesentlicher Teile davon nachhaltig gefährdet. Die verwaltende Stelle hat folgende Massnahmen anzuordnen:

1. spezielle Bezeichnung von Anlagen oder Anlagenteilen in der Schutzzone 2 mit zusätzlichen Schutzmassnahmen;
2. Kontrollführung über alle Zutritte;
3. besonderer Sabotageschutz;
4. Bewachung oder Überwachung.

Art. 9 Meldepflicht der Kantone und Gemeinden

¹ Die Kantone und Gemeinden melden dem Generalsekretariat des VBS oder der von dieser bezeichneten Dienststelle ihre raumwirksamen Tätigkeiten und die entsprechenden Planungen im Bereich militärischer Anlagen. Sie unterbreiten dieser Stelle insbesondere:

a. 60 Tage vor der ersten öffentlichen Auflage kantonale Richtpläne und kommunale Nutzungspläne sowie weitere öffentliche Planungen wie Leitungs- und Gewässerschutzkataster, Pläne über die Ver- und Entsorgung, Pläne für Schutz- und Jagdbanngebiete;

b. vor deren Bewilligung: Bau- und Ausnahme Gesuche nach den Artikeln 22 und 24 des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979, sowie Gesuche um Konzessionen, Subventionen, Rodungen und Niederhaltungservitute.

² Die Kantone und Gemeinden melden der armasuisse im VBS alle Um- und Neubauten im Bereich militärischer Anlagen an:

- a. Autobahnen und Autostrassen;
- b. Kantons- und Gemeindestrassen;
- c. Eisenbahnen;
- d. Flughäfen.

parties de ceux-ci, ou encore la mission de parties de l'armée. Il appartient au service chargé de la gestion d'ordonner les mesures ci-après:

1. désigner spécifiquement les ouvrages et les parties d'ouvrages dont l'accès est contrôlé; organiser les contrôles,
2. veiller à ce que seules les personnes identifiées et autorisées aient accès auxdits ouvrages,
3. assurer la protection contre le sabotage,
4. en règle générale, mettre en place un système de garde ou de surveillance;

c. zone protégée 3

ouvrages et parties d'ouvrages qui ne sont pas visibles de l'extérieur et dont la destruction ou la déprédation met sérieusement en danger la mission du Conseil fédéral, de l'armée ou de parties essentielles de l'armée. Il appartient au service chargé de la gestion d'ordonner les mesures ci-après:

1. désigner spécifiquement les ouvrages ou les parties d'ouvrages dans la zone protégée 2, qui fait l'objet de mesures de protection complémentaires,
2. organiser le contrôle de tous les accès,
3. assurer une protection spéciale contre le sabotage,
4. mettre en place un système de garde ou de surveillance.

Art. 9 Notifications obligatoires des cantons et des communes

¹ Les cantons et les communes annoncent au Secrétariat général du DDPS ou au service désigné par ce dernier leurs activités qui ont des effets sur l'organisation du territoire ainsi que les mesures d'aménagement à proximité des ouvrages militaires. Ils lui soumettent notamment:

a. 60 jours avant la première mise à l'enquête publique: les plans directeurs cantonaux et les plans d'affectation communaux ainsi que d'autres mesures d'aménagement telles que les cadastres des zones de protection des eaux et les cadastres des conduites, les plans concernant l'approvisionnement et l'évacuation, les plans pour les districts francs et les réserves protégées;

b. avant de recevoir l'autorisation de construire: les demandes de construction et de dérogation selon les art. 22 et 24 de la loi du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire, ainsi que les demandes de concessions, de subventions, les autorisations de déboiser et les servitudes concernant la hauteur des ouvrages.

² Les cantons et les communes annoncent à armasuisse du DDPS toutes les transformations et nouvelles constructions à proximité des ouvrages militaires, notamment:

- a. les autoroutes et les semi-autoroutes;

	<p>b. les routes cantonales et communales;</p> <p>c. les chemins de fer;</p> <p>d. les aéroports</p>
<p>SR 616.9 Bundesgesetz</p> <p>Art. 1 Grundsatz</p> <p>Der Bund fördert in den Jahren 2000–2006 die schweizerische Beteiligung an Programmen, Vorhaben und innovativen Aktionen für die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III und des Artikels 4 der Verordnung (EG) Nr. 1261/99.</p>	<p>RS 616.9 Loi fédérale</p> <p>Art. 1 Principe</p> <p>La Confédération encourage, pendant la période de 2000 à 2006, la participation suisse aux programmes, aux projets et actions innovatrices de coopération transfrontalière, transnationale et interrégionale réalisés dans le cadre de l'initiative communautaire INTERREG III et de l'art. 4 du Règlement (CE) n° 1261/99.</p>
<p>SR 700 Bundesgesetz über die Raumplanung</p> <p>Art. 8 Mindestinhalt der Richtpläne</p> <p>Richtpläne zeigen mindestens</p> <p>a. wie die raumwirksamen Tätigkeiten im Hinblick auf die anzustrebende Entwicklung aufeinander abgestimmt werden;</p> <p>b. in welcher zeitlichen Folge und mit welchen Mitteln vorgesehen ist, die Aufgaben zu erfüllen.</p> <p>Art. 22 Baubewilligung</p> <p>¹ Bauten und Anlagen dürfen nur mit behördlicher Bewilligung errichtet oder geändert werden.</p> <p>² Voraussetzung einer Bewilligung ist, dass</p> <p>a. die Bauten und Anlagen dem Zweck der Nutzungszone entsprechen und</p> <p>b. das Land erschlossen ist.</p> <p>³ Die übrigen Voraussetzungen des Bundesrechts und des kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.</p>	<p>RS 700 Loi fédérale sur l'aménagement du territoire</p> <p>Art. 8 Contenu minimum des plans directeurs</p> <p>Les plans directeurs définissent au moins:</p> <p>a. La façon de coordonner les activités qui ont des effets sur l'organisation du territoire, compte tenu du développement souhaité;</p> <p>b. L'ordre dans lequel il est envisagé d'exercer ces activités et les moyens à mettre en oeuvre.</p> <p>Art. 22 Autorisation de construire</p> <p>¹ Aucune construction ou installation ne peut être créée ou transformée sans autorisation de l'autorité compétente.</p> <p>² L'autorisation est délivrée si:</p> <p>a. La construction ou l'installation est conforme à l'affectation de la zone;</p> <p>b. Le terrain est équipé.</p> <p>³ Le droit fédéral et le droit cantonal peuvent poser d'autres conditions.</p>
<p>SR 700.1 Raumplanungsverordnung</p> <p>Art. 1 Raumwirksame Tätigkeiten</p> <p>¹ Raumwirksam sind Tätigkeiten, welche die Nutzung des Bodens oder die Besiedlung des Landes verändern oder dazu bestimmt sind, die jeweilige Nutzung des Bodens oder die jeweilige Besiedlung des Landes zu erhalten.</p> <p>² Bund, Kantone und Gemeinden üben insbesondere dann raumwirksame Tätigkeiten aus, wenn sie:</p> <p>a. Richt- und Nutzungspläne, Konzepte und Sachpläne sowie dazu erforderliche Grundlagen erarbei-</p>	<p>RS 700.1 Ordonnance sur l'aménagement du territoire</p> <p>Art. 1 Activités ayant des effets sur l'organisation du territoire</p> <p>¹ On entend par activités ayant des effets sur l'organisation du territoire les activités qui modifient l'utilisation du sol ou l'occupation du territoire ou qui visent à les maintenir en l'état.</p> <p>² La Confédération, les cantons et les communes exercent de telles activités notamment lorsqu'ils:</p> <p>a. établissent ou approuvent des plans directeurs et des plans d'affectation, des conceptions et des plans secto-</p>

ten oder genehmigen;

b. öffentliche oder im öffentlichen Interesse liegende Bauten und Anlagen planen, errichten, verändern oder nutzen;

c. Konzessionen oder Bewilligungen erteilen für Bauten und Anlagen sowie für Rodungen, Wasser-, Schürf-, Transport- oder andere Nutzungsrechte;

d. Beiträge ausrichten an Bauten und Anlagen, insbesondere an Gewässerschutz-, Verkehrs- und Versorgungsanlagen und Wohnungsbauten sowie für Bodenverbesserungen, Gewässerkorrekturen oder Schutzmassnahmen.

Art. 4 Grundlagen

¹ Die Grundlagen bestehen aus Planungen über die einzelnen Sachbereiche (Art. 6 Abs. 2 und 3 RPG) und aus Grundzügen der anzustrebenden räumlichen Entwicklung (Art. 6 Abs. 1 RPG); sie befassen sich insbesondere mit der Trennung des Siedlungsgebiets vom Nichtsiedlungsgebiet.

² Die Planungen über die einzelnen Sachbereiche zeigen die tatsächlichen und rechtlichen Gegebenheiten und die absehbaren Nutzungskonflikte; sie enthalten eine Beurteilung der möglichen Entwicklungen aus gesamtheitlicher Sicht.

³ Die Grundzüge der anzustrebenden räumlichen Entwicklung entwerfen eine Gesamtschau der künftigen räumlichen Ordnung im Kanton; sie beachten dabei die Planungen über die einzelnen Sachbereiche.

Art. 14 Zweck und Inhalt

¹ Der Bund erstellt Konzepte und Sachpläne zur Planung und Koordination seiner Aufgaben, soweit sich diese erheblich auf Raum und Umwelt auswirken.

² In den Konzepten und Sachplänen zeigt der Bund, wie er von seinem planerischen Ermessen Gebrauch machen will, namentlich:

a. welche Sachziele er verfolgt und wie er diese aufeinander und mit den Raumordnungszielen abstimmt; und

b. nach welchen Prioritäten, wie und mit welchen Mitteln die Aufgaben des Bundes räumlich umgesetzt werden sollen.

³ Sachpläne enthalten zudem räumlich und zeitlich konkrete Aussagen sowie Anweisungen an die zuständigen Bundesbehörden.

Art. 26 Grundsätze

riels ainsi que les études de base qui les précèdent;

b. élaborent ou réalisent des projets de construction ou de transformation de bâtiments, d'ouvrages ou d'installations publics ou d'intérêt public ou utilisent de telles constructions ou installations;

c. accordent des concessions ou des autorisations concernant des constructions et des installations ou touchant d'une autre manière l'utilisation du sol (autorisations de déboiser, droits d'eau, droits de prospection, droits en matière de transports, etc.);

d. allouent des subventions pour la construction ou l'exploitation de bâtiments, d'ouvrages ou d'installations, servant notamment à la protection des eaux, aux transports, à l'approvisionnement ou à des fins d'habitation, ainsi que pour des améliorations foncières, des corrections de cours d'eau ou des mesures de protection.

Art. 4 Etudes de base

¹ Les études de base comprennent les études et plans sectoriels (art. 6, al. 2 et 3, LAT) ainsi que les lignes directrices de la future organisation du territoire cantonal (art. 6, al. 1, LAT); ces études s'attachent en particulier à séparer le territoire à urbaniser de celui qui ne doit pas l'être.

² Les études et plans sectoriels mettent en évidence, pour les différents domaines relevant de l'aménagement du territoire, les données de fait et de droit ainsi que les conflits d'utilisation prévisibles; elles contiennent une appréciation des développements possibles dans une perspective d'ensemble.

³ Les lignes directrices de la future organisation du territoire cantonal donnent une vue d'ensemble du développement spatial souhaité, compte tenu des études et plans sectoriels.

Art. 14 But et contenu

¹ La Confédération établit des conceptions et des plans sectoriels pour planifier et coordonner celles de ses activités qui ont des effets importants sur le territoire et l'environnement.

² Dans ses conceptions et dans ses plans sectoriels, la Confédération montre comment elle entend faire usage de sa liberté d'appréciation en matière d'aménagement; elle définit notamment:

a. les objectifs visés dans le domaine en question et comment elle entend les faire concorder entre eux et avec ceux de l'organisation du territoire; et

b. les priorités, les modalités et les moyens envisagés pour exercer ses activités à incidence spatiale.

³ Les plans sectoriels contiennent au surplus des indications concrètes portant sur les conditions spatiales et l'échelonnement dans le temps ainsi que des exigences

¹ Fruchtfolgeflächen sind Teil der für die Landwirtschaft geeigneten Gebiete (Art. 6 Abs. 2 Bst. a RPG); sie umfassen das ackerfähige Kulturland, vorab das Ackerland und die Kunstwiesen in Rotation sowie die ackerfähigen Naturwiesen, und werden mit Massnahmen der Raumplanung gesichert.

² Sie sind mit Blick auf die klimatischen Verhältnisse (Vegetationsdauer, Niederschläge), die Beschaffenheit des Bodens (Bearbeitbarkeit, Nährstoff- und Wasserhaushalt) und die Geländeform (Hangneigung, Möglichkeit maschineller Bewirtschaftung) zu bestimmen; die Bedürfnisse des ökologischen Ausgleichs sind zu berücksichtigen.

³ Ein Mindestumfang an Fruchtfolgeflächen wird benötigt, damit in Zeiten gestörter Zufuhr die ausreichende Versorgungsbasis des Landes im Sinne der Ernährungsplanung gewährleistet werden kann.

Art. 31 Übersicht über den Stand der Erschliessung

¹ Für die Erfüllung seiner Erschliessungsaufgaben nach Bundesrecht und kantonalem Recht erstellt das Gemeinwesen eine Übersicht über den Stand der Erschliessung.

² Die Übersicht zeigt die Teile der Bauzone, die auf Grund abgeschlossener Planung und Erschliessung baureif sind oder bei zielstrebigem Weiterführung der bisher erbrachten Leistungen voraussichtlich innert fünf Jahren baureif gemacht werden können.

³ Das Gemeinwesen verfolgt die bauliche Entwicklung, stellt die Nutzungsreserven im weitgehend überbauten Gebiet fest und führt die Übersicht nach.

⁴ Die Übersicht kann von jeder Person eingesehen werden.

Art. 44

¹ Die zuständige kantonale Behörde lässt bei Bewilligungen im Zusammenhang mit Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen im Grundbuch auf dem betroffenen Grundstück anmerken:

- a. die Existenz eines nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetriebs (Art. 24b RPG);
- b. auflösende Bedingungen, unter denen eine Bewilligung erteilt worden ist;
- c. die Verpflichtung zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands.

² Sie kann weitere Eigentumsbeschränkungen, insbesondere Nutzungs- und Verfügungsbeschränkungen, sowie Bedingungen und Auflagen anmerken

particulieres à l'attention des autorités fédérales compétentes.

Art. 26 Principes

¹ Les surfaces d'assolement font partie du territoire qui se prête à l'agriculture (art. 6, al. 2, let. a, LAT); elles se composent des terres cultivables comprenant avant tout les terres ouvertes, les prairies artificielles intercalaires et les prairies naturelles arables. Elles sont garanties par des mesures d'aménagement du territoire.

² Les surfaces d'assolement sont délimitées en fonction des conditions climatiques (période de végétation, précipitations), des caractéristiques du sol (possibilités de labourer, degrés de fertilité et d'humidité) ainsi que de la configuration du terrain (déclivité, possibilité d'exploitation mécanisée). La nécessité d'assurer une compensation écologique doit également être prise en considération.

³ Une surface totale minimale d'assolement a pour but d'assurer au pays une base d'approvisionnement suffisante, comme l'exige le plan alimentaire, dans l'hypothèse où le ravitaillement serait perturbé.

Art. 31 Aperçu de l'état de l'équipement

¹ Pour remplir les tâches que le droit, fédéral et cantonal, leur impose en matière d'équipement, les collectivités publiques établissent un aperçu de l'état de l'équipement.

² L'aperçu présente les parties de la zone à bâtir propres à la construction, compte tenu de l'aménagement et de l'équipement effectués, ou qui pourront vraisemblablement l'être dans les cinq ans si les travaux effectués se poursuivent conformément au programme établi.

³ Les collectivités publiques suivent le développement de la construction, déterminent les réserves d'utilisation dans les territoires déjà largement bâtis et tiennent l'aperçu à jour.

⁴ L'aperçu peut être consulté par toute personne.

Art. 44

¹ L'autorité cantonale compétente qui octroie une autorisation relative à une construction ou à une installation hors de la zone à bâtir fait porter au registre foncier les mentions suivantes concernant le bien-fonds touché:

- a. l'existence d'une activité accessoire non agricole (art. 24b LAT);
- b. les conditions résolutoires auxquelles est subordonné l'octroi d'une autorisation;
- c. l'obligation de rétablir l'état conforme au droit.

² Elle peut faire mentionner les autres restrictions du droit

<p>lassen.</p> <p>³ Das Grundbuchamt löscht eine Anmerkung von Amtes wegen, wenn das Grundstück rechtskräftig in eine Bauzone einbezogen wurde. In den anderen Fällen darf das Grundbuchamt die Anmerkung nur löschen, wenn die zuständige Behörde verfügt hat, dass die Voraussetzungen für die Anmerkung dahingefallen sind.</p>	<p>de propriété, notamment les restrictions d'utilisation et les restrictions du droit d'aliéner, ainsi que les conditions et les charges.</p> <p>³ L'Office du registre foncier radie d'office les mentions lorsque le bien-fonds est définitivement classé en zone à bâtir. Dans les autres cas, il ne peut radier une mention que lorsque l'autorité compétente a pris une décision constatant que les conditions qui avaient justifié la mention n'existent plus.</p>
<p>SR 704.1 Verordnung über Fuss- und Wanderwege</p> <p>Art. 1 Überprüfung und Anpassung der Pläne</p> <p>Die Pläne der bestehenden und vorgesehenen Fuss- und Wanderwegnetze (Pläne) sind in der Regel alle zehn Jahre zu überprüfen und nötigenfalls anzupassen.</p> <p>Art. 2 Mitwirkung des Bundes</p> <p>¹ Die Kantone unterbreiten die Pläne dem Bundesamt für Strassen (Bundesamt):</p> <p>a. vor dem erstmaligen Erlass;</p> <p>b. vor der Genehmigung erheblicher Anpassungen.</p> <p>² Sie berichten dem Bundesamt gleichzeitig über:</p> <p>a. die Koordination ihrer Fuss- und Wanderwegnetze mit denjenigen der Nachbarkantone und den raumwirksamen Tätigkeiten des eigenen Kantons und der Nachbarkantone;</p> <p>b. den Realisierungszeitraum und die Trägerschaft der vorgesehenen Wege.</p> <p>³ Das Bundesamt holt die Stellungnahmen der mitinteressierten Bundesstellen ein. Es koordiniert diese und gibt sie dem Kanton bekannt.</p> <p>⁴ Auf Fuss- und Wanderwege, die den Anforderungen des FWG nicht entsprechen, ist Artikel 10 des FWG (Rücksichtnahme, Ersatz) nicht anwendbar.</p> <p>Art. 4 Planung</p> <p>¹ Die Kantone sorgen dafür, dass:</p> <p>a. bestehende und vorgesehene Fuss- und Wanderwegnetze in Plänen festgehalten werden;</p> <p>b. die Pläne periodisch überprüft und nötigenfalls angepasst werden.</p> <p>² Sie legen die Rechtswirkungen der Pläne fest und ordnen das Verfahren für deren Erlass und Ände-</p>	<p>RS 704 Loi fédérale sur les chemins pour piétons et les chemins de randonnée pédestre</p> <p>Art. 1 Révision et remaniement des plans</p> <p>Les plans des réseaux, existants ou en projet, de chemins pour piétons et de chemins de randonnée pédestre (plans) seront en règle générale révisés tous les dix ans et, au besoin, modifiés.</p> <p>Art. 2 Collaboration de la Confédération</p> <p>¹ Les cantons soumettent les plans à l'Office fédéral des routes (Office fédéral):</p> <p>a. Avant leur mise en vigueur;</p> <p>b. Avant l'approbation de modifications importantes.</p> <p>² Simultanément, ils présentent à l'Office fédéral un rapport sur:</p> <p>a. La coordination de leurs réseaux de chemins pour piétons et de chemins de randonnée pédestre avec ceux des cantons voisins et avec les activités de leur propre canton et des cantons voisins qui ont des effets sur l'organisation du territoire;</p> <p>b. Le temps nécessaire à la réalisation des chemins prévus ainsi que sur les organismes qui prendront en charge cette réalisation.</p> <p>³ L'Office fédéral prend l'avis des autres services fédéraux intéressés. Il assure la coordination des réponses et communique celles-ci au canton.</p> <p>⁴ L'art. 10 LCPR (prise en considération des réseaux existant ou prévus, remplacement) ne s'applique pas aux chemins pour piétons ni aux chemins de randonnée pédestre qui ne répondent pas aux exigences posées par la LCPR.</p> <p>Art. 4 Aménagement et conservation</p> <p>¹ Les cantons pourvoient à l'aménagement, à l'entretien et à la signalisation des chemins pour piétons et des chemins de randonnée pédestre qu'ils ont inclus dans leurs plans.</p> <p>² L'Office fédéral établit des directives sur la signalisa-</p>

<p>rung.</p> <p>³ Die Betroffenen sowie die interessierten Organisationen und Bundesstellen sind an der Planung zu beteiligen.</p>	<p>tion des chemins de randonnée pédestre.</p> <p>³ Dans les villes et les localités d'une certaine importance, les liaisons piétonnes qui font partie de réseaux de chemins pour piétons selon l'art. 2 LCPR doivent être signalées de manière uniforme.</p>
<p>SR 721.100 Bundesgesetz über den Wasserbau</p> <p>Art. 7 Finanzhilfen an die Renaturalisierung von Gewässern</p> <p>Der Bund kann den Kantonen mit mittlerer und schwacher Finanzkraft Finanzhilfen für die Wiederherstellung naturnaher Verhältnisse bei wasserbaulich belasteten Gewässern leisten.</p>	<p>RS 721.100 Loi fédérale sur l'aménagement des cours d'eau</p> <p>Art. 7 Aides financières pour la revitalisation des eaux</p> <p>La Confédération peut accorder des aides financières aux cantons à capacité financière moyenne ou faible afin de rétablir dans un état proche de l'état naturel des eaux auxquelles des ouvrages ont porté atteinte.</p>
<p>SR 721.100.1 Verordnung über den Wasserbau</p> <p>Art. 21 Gefahrengelände und Raumbedarf der Gewässer</p> <p>¹ Die Kantone bezeichnen die Gefahrengelände.</p> <p>² Sie legen den Raumbedarf der Gewässer fest, der für den Schutz vor Hochwasser und die Gewährleistung der natürlichen Funktionen des Gewässers erforderlich ist.</p> <p>³ Sie berücksichtigen die Gefahrengelände und den Raumbedarf der Gewässer bei ihrer Richt- und Nutzungsplanung sowie bei ihrer übrigen raumwirksamen Tätigkeit.</p>	<p>RS 721.100.1 Ordonnance sur l'aménagement des cours d'eau</p> <p>Art. 21 Zones dangereuses et espaces pour les cours d'eau</p> <p>¹ Les cantons désignent les zones dangereuses.</p> <p>² Ils déterminent l'espace minimal des cours d'eau nécessaire à la protection contre les crues et à la préservation des fonctions écologiques.</p> <p>³ Ils tiennent compte des zones dangereuses et des besoins d'espace dans leurs plans directeurs et dans leurs plans d'affectation ainsi que dans d'autres activités ayant des effets sur l'organisation du territoire.</p>
<p>SR 721.80 Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte</p> <p>Art. 21</p> <p>A. Aufsicht der Behörden</p> <p>I. Wahrung der Wasserbaupolizei</p> <p>¹ Die Wasserkraftwerke sollen den wasserbaupolizeilichen Vorschriften des Bundes und der Kantone entsprechen.</p> <p>² Vor Beginn der Bauten sind die Pläne der Wasserkraftwerke unter Ansetzung einer angemessenen Einsprachefrist öffentlich bekanntzumachen.</p> <p>³ Werden Wasserkraftwerke an Gewässern erstellt, die mit Hilfe von Bundessubventionen korrigiert worden sind, so bedürfen sie der vorherigen Genehmigung des Departementes.</p> <p>Art. 22</p>	<p>RS 721.80 Loi fédérale sur l'utilisation des forces hydrauliques</p> <p>Art. 21</p> <p>A. Droit de surveillance des autorités</p> <p>I. Police des eaux</p> <p>¹ Les usines hydrauliques doivent être établies conformément aux prescriptions fédérales et cantonales sur la police des eaux.</p> <p>² Avant le commencement des travaux, les plans des usines sont soumis à une enquête publique avec délai d'opposition convenable.</p> <p>³ Sur les cours d'eau corrigés à l'aide de subventions fédérales, l'établissement des usines est subordonné à l'autorisation du département.</p> <p>Art. 22</p>

<p>II. Wahrung der Schönheit der Landschaft</p> <p>¹ Naturschönheiten sind zu schonen und da, wo das allgemeine Interesse an ihnen überwiegt, ungeschmälert zu erhalten.</p> <p>² Die Wasserwerke sind so auszuführen, dass sie das landschaftliche Bild nicht oder möglichst wenig stören.</p> <p>³ Der Bund richtet den betroffenen Gemeinwesen Ausgleichsbeiträge zur Abgeltung erheblicher Einbussen der Wasserkraftnutzung aus, sofern diese Einbussen eine Folge der Erhaltung und Unterschutzstellung schützenswerter Landschaften von nationaler Bedeutung sind.</p> <p>⁴ Bei der Festsetzung der Abgeltung wird die Finanzkraft der betroffenen Gemeinwesen berücksichtigt.</p> <p>⁵ Der Bundesrat regelt die Ausgestaltung der Ausgleichsbeiträge.</p> <p>Art. 25</p> <p>2. Freihaltung durch Planung</p> <p><i>Für die Schiffbarmachung der Gewässer nach Artikel 24 Absatz 2 erstellt der Bund einen Sachplan nach dem Raumplanungsgesetz. Die raumplanerische Umsetzung erfolgt über den kantonalen Richtplan nach diesem Gesetz.</i></p>	<p>II. Protection des sites</p> <p>¹ La beauté des sites doit être ménagée. Elle doit être conservée intacte si un intérêt public majeur l'exige.</p> <p>² Les usines ne doivent pas déparer ou doivent déparer le moins possible le paysage.</p> <p>³ La Confédération alloue aux collectivités concernées des montants compensatoires en vue de combler le manque à gagner résultant d'une restriction considérable de l'utilisation de forces hydrauliques en tant que celui-ci est imputable à la sauvegarde et à la protection de sites d'importance nationale dignes d'être protégés.</p> <p>⁴ Lors de la fixation de l'indemnité, on tiendra compte de la capacité financière des collectivités en question.</p> <p>⁵ Le Conseil fédéral fixe les modalités de l'indemnisation.</p> <p>Art. 25</p> <p>2. Planification en vue de la protection du tracé des voies navigables</p> <p>Dans la perspective d'aménager, pour la navigation, les cours d'eau cités à l'art. 24, al. 2, la Confédération établit un plan sectoriel selon la loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire. Les plans directeurs cantonaux en tiennent compte conformément à la loi susmentionnée.</p>
<p>SR 721.801 Verordnung über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte Art. 1 Zuständigkeiten</p> <p>¹ Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Departement):</p> <p>a. wählt die Mitglieder der Eidgenössischen Wasserwirtschaftskommission und der schweizerischen Delegationen in den zwischenstaatlichen Kommissionen für die Grenzkraftwerke sowie die Bundeskommissäre für die Grenzkraftwerke;</p> <p>b. sorgt im internationalen Verhältnis bei Änderungen des Wasserzinsmaximums für die notwendige Abstimmung (Art. 49 Abs. 1 WRG).</p> <p>² Das Bundesamt für Wasser und Geologie (Bundesamt):</p> <p>a. übt die Oberaufsicht über die Wasserkraftnutzung aus (Art. 1 Abs. 1 WRG);</p> <p>b. bewilligt die Ausführung von Bauten an schiffbaren oder noch schiffbar zu machenden Gewässern</p>	<p>RS 721.801 Ordonnance sur l'utilisation des forces hydrauliques Art. 1 Compétences</p> <p>¹ Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (département):</p> <p>a. nomme les membres de la Commission fédérale de l'économie des eaux et des délégations suisses auprès des commissions internationales chargées des usines hydrauliques frontalières, ainsi que les commissaires fédéraux pour les aménagements internationaux;</p> <p>b. veille, si les rapports internationaux sont touchés, à ce que chaque modification du taux maximal de la redevance hydraulique fasse l'objet d'un accord international (art. 49, al. 1, LFH).</p> <p>² L'Office fédéral des eaux et de la géologie (office):</p> <p>a. exerce la haute surveillance sur l'utilisation des forces hydrauliques (art. 1, al. 1, LFH);</p> <p>b. approuve l'exécution de constructions sur les sections de cours d'eau navigables ou qu'il est prévu de rendre</p>

<p>strecken (Art. 24 WRG);</p> <p>c. leitet das Verfahren bei Bundeskonzessionen (Art. 62a–62k WRG);</p> <p>d. setzt die in Bundeskonzessionen enthaltenen Anordnungen und Auflagen durch und überwacht die Nutzung der verliehenen Rechte.</p>	<p>navigables (art. 24 LFH);</p> <p>c. instruit la procédure relative à l’octroi des concessions fédérales (art. 62a à 62k LFH);</p> <p>d. fait exécuter les prescriptions et les charges contenues dans les concessions fédérales et surveille l’exercice du droit concédé.</p>
<p>SR 725.111 Verordnung über die Nationalstrassen</p> <p>Art. 8 Ausdehnung</p> <p>¹ Die Projektierungszonen sind entsprechend dem Stand der Projektierung festzulegen. Insbesondere bei den Anschlussstellen ist der weiteren Projektierung genügend Spielraum zu lassen.</p> <p>² Steht die allgemeine Linienführung einer Nationalstrasse noch nicht fest oder werden für eine Linienführung Varianten geprüft, so sind die Projektierungszonen entsprechend weiter oder für jede Variante einzeln zu ziehen.</p> <p>Art. 9 Wirkungen</p> <p>Innerhalb der Projektierungszonen dürfen ohne Bewilligung keine baulichen Massnahmen getroffen, keine Kiesgruben und Materialdeponien angelegt und keine anderen wesentlichen Geländeänderungen vorgenommen werden.</p>	<p>RS 725.111 Ordonnance sur les routes nationales</p> <p>Art. 8 Etendue</p> <p>¹ Les zones réservées seront déterminées en fonction de l’état d’avancement des études. Il y a lieu de prévoir suffisamment de marge de manoeuvre pour poursuivre l’élaboration des projets, en particulier aux points de jonction.</p> <p>² Si le tracé général d’une route nationale n’est pas encore fixé ou si plusieurs variantes du tracé sont à l’examen, les zones réservées seront élargies en conséquence ou déterminées pour chaque variante.</p> <p>Art. 9 Effets</p> <p>A l’intérieur des zones réservées, on ne pourra procéder à des travaux de construction sans autorisation, ni exploiter de gravière ou de décharge de matériaux, ni même apporter d’autres modifications importantes au terrain.</p>
<p>SR 725.113.11 Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz</p> <p>Art. 1</p> <p>Zu Nationalstrassen im Sinne der Bundesgesetzgebung über die Nationalstrassen werden die im Anhang zu diesem Beschluss aufgeführten Strassenverbindungen erklärt.</p>	<p>RS 725.113.11 Arrêté fédéral sur le réseau des routes nationales</p> <p>Art. 1</p> <p>Les voies de communication énumérées dans la liste annexée au présent arrêté sont déclarées routes nationales, au sens de la législation sur ces routes.</p>
<p>SR 725.116.2 Bundesgesetz über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer</p> <p>Art. 14 Anrechenbare Kosten</p> <p>¹ Anrechenbar sind:</p> <p>a. die Kosten der Projektierung, der Bauleitung und der Aufsicht;</p> <p>b. die Kosten des Landerwerbes mit den dem Strassenbau anzulastenden Aufwendungen für Landumlegungen;</p> <p>c. die Kosten der Bauausführung, der erforderlichen Anpassungsarbeiten einschliesslich der Kosten für den Ersatz von Flur- und Forststrassen sowie Zweirad-, Fuss- und Wanderwegen;</p> <p>d. die Kosten für Umwelt- und Landschaftsschutzmassnahmen sowie Schutzmassnahmen gegen Na-</p>	<p>RS 725.116.2 Loi fédérale concernant l’utilisation de l’impôt sur les huiles minérales à affectation obligatoire</p> <p>Art. 14 Frais imputables</p> <p>¹ Sont imputables:</p> <p>a. les frais occasionnés par l’établissement des projets, la direction et la surveillance des travaux;</p> <p>b. les frais d’acquisition de terrains y compris les frais de remaniements parcellaires entrant dans les coûts de construction de la route;</p> <p>c. les frais de construction et ceux des travaux d’adaptation nécessaires, y compris les frais de remplacement des chemins forestiers et de campagne, des pistes cyclables, des chemins pour piétons et des chemins de randonnée pédestre;</p> <p>d. les frais de mesures de protection de l’environnement</p>

<p>turgewalten.</p> <p>² Nicht anrechenbar sind Entschädigungen an Behörden und Kommissionen sowie die Kosten der Beschaffung und die Verzinsung von Baukrediten.</p>	<p>et du paysage ainsi que les frais d'ouvrages de protection contre les forces de la nature.</p> <p>² Ne sont pas imputables la rétribution des autorités et commissions ni les coûts nécessaires à l'obtention des crédits de construction et au service des intérêts sur ces crédits.</p>
<p>SR 725.116.244 Verordnung über Beiträge an strassenverkehrsbedingte Massnahmen gemäss Luftreinhalte-Verordnung</p> <p>Art. 2 Massnahmen</p> <p>¹ Als Massnahmen im Sinne dieser Verordnung gelten die Ermittlung und die Verhinderung oder Beseitigung übermässiger Immissionen des motorisierten Strassenverkehrs.</p> <p>² Die Massnahmen umfassen:</p> <p>a. das Ermitteln des Anteils, den der motorisierte Strassenverkehr an der Luftverunreinigung hat; dazu dienen insbesondere Analogieschlüsse und vergleichende Betrachtungen aufgrund bestehender Erhebungen;</p> <p>b. das Abklären der baulichen, betrieblichen, verkehrslenkenden oder verkehrsbeschränkenden Massnahmen, die auf oder an bestehenden Strassen notwendig sind;</p> <p>c. das Durchführen der Massnahmen auf, an oder für bestehende Strassen;</p> <p>d. das Sicherstellen der Wirksamkeit und Einhaltung der Massnahmen.</p>	<p>RS 725.116.244 Ordonnance</p> <p>Art. 2 Mesures</p> <p>¹ Dans la présente ordonnance, on entend par mesures les tâches qui permettent de déterminer, de prévenir ou d'éliminer les immissions excessives dues au trafic routier motorisé.</p> <p>² Les mesures sont:</p> <p>a. déterminer dans quelle proportion le trafic routier motorisé contribue à la pollution de l'air. On procédera notamment par analogie et par comparaison en se référant à des relevés déjà effectués;</p> <p>b. définir, pour les routes existantes et leurs abords, les mesures à prendre au stade de la construction ou de l'exploitation, en vue de canaliser ou de restreindre le trafic;</p> <p>c. appliquer ces mesures aux routes existantes ou à leurs abords;</p> <p>d. garantir l'efficacité et le respect des mesures prises.</p>
<p>SR 732.11 Kernenergieverordnung</p> <p>Art. 26 Freigaben</p> <p>¹ Bei den in der Baubewilligung festgelegten freigabepflichtigen Bauten und Anlageteile erteilen die Aufsichtsbehörden Freigaben für:</p> <p>a. die Erstellung von Bauteilen einschliesslich einbetonierter Befestigungselemente und Verlegen der Armierung oder Montage von Stahlbauteilen sowie die Methodik bei Eingriffen in den Rohbau und bei nachträglich angebrachten Befestigungen;</p> <p>b. die Herstellung mechanischer Hauptkomponenten;</p> <p>c. die Montage von mechanischen und elektrischen Systemen einschliesslich ihrer Leittechnik sowie für Sicherungsausrüstungen.</p> <p>² Für eine Freigabe hat der Antragsteller die für die Beurteilung des Gesuchs erforderlichen Unterlagen nach Anhang 4 einzureichen.</p>	<p>RS 732.11 Ordonnance sur l'énergie nucléaire</p> <p>Art. 26 Permis d'exécution</p> <p>¹ S'agissant des structures et des éléments de l'installation que l'autorisation de construire déclare soumis à l'octroi d'un permis d'exécution, les autorités de surveillance accordent des permis pour:</p> <p>a. l'édification des éléments de construction, y compris des fixations noyées dans le béton, l'armature ou le montage d'éléments de la charpente métallique ainsi que la méthode d'intervention dans le gros oeuvre et de fixation ultérieure;</p> <p>b. la fabrication des principaux composants mécaniques;</p> <p>c. le montage des systèmes mécaniques et électriques, y compris leur contrôle- commande, ainsi que les équipements de sûreté.</p> <p>² Pour obtenir le permis d'exécution, le requérant doit fournir les documents nécessaires à l'évaluation de la</p>

<p>³ Die Aufsichtsbehörden werden beauftragt, Art, Inhalt, Darstellung und Anzahl der Gesuchsunterlagen in Richtlinien zu regeln.</p>	<p>demande conformément à l'annexe 4.</p> <p>³ Les autorités de surveillance sont chargées de régler dans des directives le genre, le contenu, la présentation et le nombre des pièces à fournir.</p>
<p>SR 741.01 Strassenverkehrsgesetz</p> <p>Art. 32</p> <p>Geschwindigkeit</p> <p>¹ Die Geschwindigkeit ist stets den Umständen anzupassen, namentlich den Besonderheiten von Fahrzeug und Ladung, sowie den Strassen—, Verkehrs- und Sichtverhältnissen. Wo das Fahrzeug den Verkehr stören könnte, ist langsam zu fahren und nötigenfalls anzuhalten, namentlich vor unübersichtlichen Stellen, vor nicht frei überblickbaren Strassenverzweigungen sowie vor Bahnübergängen.</p> <p>² Der Bundesrat beschränkt die Geschwindigkeit der Motorfahrzeuge auf allen Strassen.</p> <p>³ Die vom Bundesrat festgesetzte Höchstgeschwindigkeit kann für bestimmte Strassenstrecken von der zuständigen Behörde nur auf Grund eines Gutachtens herab- oder heraufgesetzt werden. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen.</p> <p>⁴ ...</p> <p>⁵ ...</p>	<p>RS 741.01 Loi fédérale sur la circulation routière</p> <p>Art. 32</p> <p>Vitesse</p> <p>¹ La vitesse doit toujours être adaptée aux circonstances, notamment aux particularités du véhicule et du chargement, ainsi qu'aux conditions de la route, de la circulation et de la visibilité. Aux endroits où son véhicule pourrait gêner la circulation, le conducteur est tenu de circuler lentement et, s'il le faut, de s'arrêter, notamment aux endroits où la visibilité n'est pas bonne, aux intersections qu'il ne peut embrasser du regard, ainsi qu'aux passages à niveau.</p> <p>² Le Conseil fédéral limitera la vitesse des véhicules automobiles sur toutes les routes.</p> <p>³ L'autorité compétente ne peut abaisser ou augmenter la vitesse maximale fixée par le Conseil fédéral sur certains tronçons de route qu'après expertise. Le Conseil fédéral peut prévoir des exceptions.</p> <p>⁴ ...</p> <p>⁵ ...</p>
<p>SR 742.101 Eisenbahngesetz</p> <p>Art. 18n</p> <p>III. Freihaltung von Grundstücken für künftige Eisenbahnanlagen</p> <p>1. Projektierungszonen</p> <p>a. Festlegung</p> <p>¹ Das Bundesamt kann von sich aus oder auf Antrag von Bahnunternehmung, Kanton oder Gemeinde für genau bezeichnete Gebiete Projektierungszonen festlegen, um Grundstücke für künftige Bahnbauten und -anlagen freizuhalten. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone, Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der betroffenen Grundeigentümer ist Sache der Kantone.</p> <p>² Verfügungen über die Errichtung von Projektierungszonen sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betreffenden Gemeinden zu veröffentlichen.</p>	<p>RS 742.101 Loi fédérale sur les chemins de fer</p> <p>Art. 18n</p> <p>III. Mise en réserve des terrains nécessaires à des installations ferroviaires futures</p> <p>1. Zones réservées</p> <p>a. Détermination</p> <p>¹ En vue d'assurer la libre disposition des terrains nécessaires à des constructions et installations ferroviaires futures, l'office peut elle-même ou sur requête d'une entreprise de chemin de fer, d'un canton ou d'une commune déterminer des zones réservées englobant des régions bien délimitées. Les autorités fédérales, les cantons et les communes, ainsi que les propriétaires fonciers concernés doivent être entendus. La consultation des communes et des propriétaires fonciers concernés incombe aux cantons.</p> <p>² Les décisions portant sur l'établissement de zones réservées sont publiées dans les communes concernées, avec mention du délai de recours. Le recours n'a pas</p>

<p>Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>Art. 18q</p> <p>2. Baulinien</p> <p>a. Festlegung</p> <p>¹ Das Bundesamt kann Baulinien zur Sicherung bestehender oder künftiger Bahnbauten und -anlagen festlegen. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone und Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der betroffenen Grundeigentümer ist Sache der Kantone. Die Baulinien müssen dem voraussichtlichen Endausbau entsprechen und der Raumplanung sowie dem Umweltschutz Rechnung tragen. Sie können vertikal begrenzt werden.</p> <p>² Die Baulinien können erst aufgrund genehmigter Pläne festgelegt werden.</p> <p>³ Verfügungen über die Festlegung von Baulinien sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betreffenden Gemeinden zu veröffentlichen.</p> <p>Art. 21</p> <p>IX. Beschränkungen im Interesse der Sicherheit der Bahn</p> <p>¹ Wird die Sicherheit der Bahn durch Arbeiten, Anlagen, Bäume oder Unternehmungen Dritter beeinträchtigt, so ist auf Begehren der Bahnunternehmung Abhilfe zu schaffen. Ist eine Verständigung darüber unter den Beteiligten nicht möglich, so bestimmt auf Antrag der Bahnunternehmung nach Anhörung der Beteiligten das Bundesamt die zu treffenden Massnahmen. Inzwischen sind alle die Sicherheit der Bahn beeinträchtigenden Einwirkungen zu unterlassen. In besonders dringlichen Fällen kann die Bahnunternehmung die zur Abwendung der Gefahr notwendigen Massnahmen selbst treffen.</p> <p>² Bestanden die Anlagen und Unternehmungen Dritter schon vor Inkrafttreten dieses Gesetzes oder vor Erstellung der Bahnanlagen, so richtet sich der Entschädigungsanspruch des Betroffenen gegen die Bahnunternehmung nach der Bundesgesetzgebung über die Enteignung. Für nach diesem Zeitpunkt erstellte Anlagen oder eröffnete Unternehmungen Dritter hat der Inhaber der Anlage oder Unternehmung die Kosten der Massnahmen nach Absatz 1 zu tragen; ferner steht ihm kein Anspruch auf Entschädigung zu. Die Kosten für Massnahmen nach Absatz 1 gegen Beeinträchtigungen durch Bäume trägt die Bahnunternehmung, sofern sie nicht nachweist, dass sich der verantwortliche Dritte schuldhaft verhalten hat.</p>	<p>d'effet suspensif.</p> <p>Art. 18q</p> <p>2. Alignements</p> <p>a. Détermination</p> <p>¹ En vue d'assurer la libre disposition des terrains nécessaires à des constructions et installations ferroviaires existantes ou futures, l'office peut déterminer des alignements. Les autorités fédérales, les cantons et les communes, ainsi que les propriétaires fonciers concernés doivent être entendus. La consultation des communes et des propriétaires fonciers concernés incombe aux cantons. Les alignements doivent satisfaire aux exigences de l'exécution finale prévisible de ces travaux et tenir compte des exigences de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement. Ils peuvent être délimités dans le sens vertical.</p> <p>² Les alignements sont déterminés sur la base de plans déjà approuvés.</p> <p>³ Les décisions sur les alignements sont publiées dans les communes concernées, avec mention du délai de recours.</p> <p>Art. 21</p> <p>IX. Restrictions pour assurer la sécurité du chemin de fer</p> <p>¹ Si les travaux, les installations, les arbres ou les entreprises de tiers portent atteinte à la sécurité du chemin de fer, ces tiers ont l'obligation de remédier à la situation lorsque l'entreprise de chemins de fer le demande. Si les intéressés ne peuvent s'entendre au sujet des mesures à prendre, celles-ci seront déterminées par l'office sur la proposition du chemin de fer et après consultation des intéressés. Entre-temps, les tiers devront s'abstenir de toute atteinte à la sécurité du chemin de fer. En cas d'extrême urgence, l'entreprise de chemins de fer peut prendre elle-même les mesures nécessaires afin d'écarter le danger.</p> <p>² Si les installations ou les entreprises de tiers existaient déjà avant la mise en vigueur de la présente loi ou avant l'établissement des installations ferroviaires, le droit au dédommagement des tiers sera réglé par la législation fédérale sur l'expropriation. Si des installations ou entreprises d'un tiers ont été établies après la mise en vigueur de la présente loi ou l'établissement du chemin de fer, les frais des mesures à prendre en vertu de l'al. 1 seront à la charge de ce tiers, et celui-ci n'aura pas droit à un dédommagement. Le coût des mesures prises en vertu de l'al. 1 pour remédier aux atteintes causées par les arbres sont à la charge de l'entreprise de chemins de fer, à moins qu'elle ne prouve que le tiers responsable ne se soit comporté de manière fautive.</p>
---	--

<p>SR 742.104 Bundesbeschluss über den Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale</p> <p>Art. 8^{bis} Sachplan</p> <p>¹ Der Bund stellt die Abstimmung der Vorhaben untereinander und im Gesamtzusammenhang sicher. Der Bundesrat erlässt zu diesem Zweck einen Sachplan nach Artikel 13 des Raumplanungsgesetzes. Darin werden zumindest festgelegt:</p> <p>a. die Verbindungen zwischen den Basistunneln am Gotthard, am Ceneri und am Zimmerberg;</p> <p>b. die Autoverladeanlagen im Kandertal und im Rhonetal sowie deren Anschluss an die Lötschberg-Basislinie;</p> <p>c. die direkte Verbindung des Mittelwallis mit der Lötschberg-Basislinie und deren Anschluss an die Simplonlinie.</p> <p>² Der Bau und die Finanzierung der unter Artikel 5^{bis} nicht erwähnten Vorhaben erfordern separate allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse.</p>	<p>RS 742.104 Arrêté fédéral relatif à la construction de la ligne ferroviaire suisse à travers les Alpes</p> <p>Art. 8^{bis} Plan sectoriel</p> <p>¹ La Confédération coordonne les projets pour réaliser un ensemble cohérent. A cette fin, le Conseil fédéral édicte un plan sectoriel au sens de l'art. 13 de la loi du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire. Ce plan comprend au moins:</p> <p>a. les liaisons entre les tunnels de base du Saint-Gothard, du Monte Ceneri et du Zimmerberg;</p> <p>b. les installations de chargement des véhicules routiers dans les vallées de la Kander et du Rhône ainsi que le raccordement à la ligne de base du Loetschberg;</p> <p>c. la liaison directe du Valais central avec la ligne de base du Loetschberg et le raccordement de cette ligne au tunnel du Simplon.</p> <p>² La réalisation et le financement des projets qui ne sont pas mentionnés à l'art. 5^{bis} sont régis par des arrêtés fédéraux de portée générale distincts.</p>
<p>SR 742.141.5 Bundesgesetz über die Anschlussgleise</p> <p>Art. 4 Eigentumsverhältnisse</p> <p>¹ Das Anschlussgleis und der Boden, auf dem es liegt, können verschiedene Eigentümer haben.</p> <p>² Das Recht, ein Anschlussgleis zu erstellen und zu benutzen, kann als Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen werden.</p> <p>³ Ist das Recht, ein Anschlussgleis zu erstellen und zu benutzen, als Dienstbarkeit errichtet und ist der belastete Grundeigentümer selbst nicht Anschliesser, so wird vermutet, dass der Berechtigte Eigentümer des Anschlussgleises ist.</p> <p>⁴ Haben mehrere Personen Eigentum an einem Anschlussgleis, so sind sie daran Miteigentümer zu gleichen Teilen, wenn nichts anderes vereinbart oder vom Richter festgelegt ist und wenn nicht von Gesetzes wegen Gesamteigentum besteht.</p>	<p>RS 742.141.5 Loi fédérale sur les voies de raccordement ferroviaires</p> <p>Art. 4 Régime de propriété</p> <p>¹ La voie de raccordement et le fonds sur lequel elle est sise peuvent être la propriété de personnes différentes.</p> <p>² Le droit d'établir une voie de raccordement et d'en utiliser une peut être inscrit comme servitude au registre foncier.</p> <p>³ Si le droit d'établir ou d'utiliser une voie de raccordement est constitué en servitude et que le propriétaire grevé n'est pas lui-même raccordé, le titulaire de la servitude est présumé être le propriétaire de la voie de raccordement.</p> <p>⁴ Lorsque plusieurs personnes sont propriétaires d'une voie de raccordement, elles le sont en tant que copropriétaires à parts égales, à moins de convention ou de décision judiciaire contraires, et sous réserve des cas de propriété commune en vertu de la loi.</p>
<p>SR 742.142.1 Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen</p> <p>Art. 1 Gegenstand</p> <p>¹ Diese Verordnung regelt das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen, einschliesslich der Stark- und Schwachstromanlagen, die ganz oder überwiegend dem Betrieb einer Eisenbahn dienen</p>	<p>RS 742.142.1 Ordonnance sur la procédure d'approbation des plans des installations ferroviaires</p> <p>Art. 1 Objet</p> <p>¹ La présente ordonnance régit la procédure d'approbation des plans des constructions et des installations, installations à courant fort et à courant faible y comprises, qui servent de manière exclusive ou prépondé-</p>

<p>(Eisenbahnanlagen).</p> <p>² Die Anforderungen an die Planvorlagen für Fahrzeuge und das Verfahren zu ihrer Genehmigung richten sich nach der Eisenbahnverordnung vom 23. November 1983 (EBV), den Ausführungsbestimmungen vom 15. Dezember 1983 zur EBV (AB-EBV) und subsidiär nach vorliegender Verordnung.</p> <p>³ Das Plangenehmigungsverfahren für Eisenbahnanlagen ist für die Festlegung von Projektierungszo- nen und Baulinien sinngemäss anwendbar.</p>	<p>rante à l'exploitation du chemin de fer (installation ferro- viaire).</p> <p>² Les exigences applicables aux plans des véhicules et la procédure d'approbation de ces plans sont régis par l'ordonnance du 23 novembre 1983 sur les chemins de fer (OCF), par les dispositions d'exécution de l'OCF du 15 décembre 1983 (DE OCF) et, subsidiairement, par la présente ordonnance.</p> <p>³ La procédure d'approbation des plans des installations ferroviaires s'applique par analogie à la détermination des zones réservées et des alignements.</p>
<p>SR 743.11 Verordnung über die Konzessionierung von Luftseilbahnen</p> <p>Art. 3 Voraussetzungen, Vorbehalte</p> <p>¹ Eine Konzession darf nur erteilt werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <p>a. ein genügendes Bedürfnis muss bestehen (Art. 4); b. öffentliche Transportunternehmen dürfen nicht wesentlich konkurrenziert werden (Art. 5); c. das Unternehmen muss Gewähr bieten, dass es die Pflichten aus Gesetz, Verordnung und Konzes- sion dauernd erfüllen kann (Art. 6).</p> <p>² Liegt für eine Region ein genehmigtes Entwick- lungskonzept nach dem Bundesgesetz vom 28. Juni 1974 über Investitionshilfe für Berggebiete vor, so muss das Projekt dem Konzept entsprechen.</p> <p>³ Vorbehalten bleiben die öffentlichen Interessen des Bundes und der Kantone, namentlich die Inte- ressen der Raumplanung, des Natur- und Heimat- schutzes, des Umweltschutzes und der Gesamtver- teidigung.</p> <p>⁴ Die Absätze 1–3 gelten sinngemäss für Änderun- gen der Konzessionen, d.h. insbesondere für Ände- rungen der Linienführung oder der Bahnart und für die Erhöhung der stündlichen Förderleistung um mehr als die Hälfte.</p> <p>⁵ Öffentliche Transportunternehmen sind die kon- zessionierten Transportunterneh- men sowie Unter- nehmen, die von den Kantonen bewilligte Skilifte und Luftseilbahnen betreiben.</p>	<p>RS 743.11 Ordonnance sur l'octroi de concessions aux téléphériques (OOCT)</p> <p>Art. 3 Conditions, réserves</p> <p>¹ Une concession ne peut être octroyée que si les condi- tions suivantes sont remplies:</p> <p>a. Les courses doivent répondre à un besoin suffisant (art. 4); b. Elles ne doivent pas concurrencer sensiblement les entreprises de transports publics (art. 5); c. L'entreprise doit offrir la garantie qu'il sera satisfait constamment aux obligations découlant de la loi, de l'ordonnance et de la concession (art. 6).</p> <p>² S'il existe une conception de développement régional qui a été approuvée, au sens de la loi fédérale du 28 juin 1974 sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne, le projet doit concorder avec ladite conception.</p> <p>³ Les intérêts publics de la Confédération et des cantons sont réservés; il s'agit notamment de l'aménagement du territoire, de la protection de la nature et du paysage, de celle de l'environnement et de la défense générale.</p> <p>⁴ Les alinéas 1 à 3 sont applicables par analogie aux mo- difications de la concession. Sont considérés notamment comme des modifications les nouveaux tracés, les nou- veaux systèmes de téléphériques ou les augmentations de la capacité horaire de transport qui s'élèvent à plus de la moitié de la capacité initiale.</p> <p>⁵ Les entreprises de transports publics sont les entreprises de transport concessionnaires, ainsi que les entreprises exploitant des téléskis et des téléphériques autorisées par les cantons.</p>
<p>SR 743.21 Verordnung über die Luftseilbahnen mit Personenbeförderung ohne Bundeskonzession und über die Skilifte</p> <p>Art. 14 Meldepflicht der Kantone</p> <p>¹ Die Projekte von Klein- und Ausstellungsluftseil-</p>	<p>RS 743.21 Ordonnance sur les téléphériques servant au transport de personnes sans concession fédérale et sur les téléskis</p> <p>Art. 14 Obligation des cantons d'annoncer les projets</p> <p>¹ Avant d'accorder une autorisation de construire, les</p>

bahnen sowie Skiliften sind vor Erteilung einer Baubewilligung durch die Kantone dem Bundesamt für Verkehr auf amtlichem Formular zu melden. Der Meldepflicht unterliegen ausserdem wesentliche Änderungen an solchen Anlagen sowie Gesuche um Erneuerung von Bewilligungen.

² Den Meldungen sind eine topografische Karte (Landeskarte der Schweiz 1:25 000 oder 1:50 000) mit eingezeichnetem Trasse der Transportanlage sowie ein Längenprofil im Massstab 1:1000 oder 1:500 in siebenfacher Ausfertigung beizulegen.

³ Das Bundesamt für Verkehr (Bundesamt) gibt die Meldungen betreffend Klein- und Ausstellungsseilbahnen mit der Aufforderung zur Stellungnahme bekannt:

- a. dem Generalstab;
- b. dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft;
- c. den interessierten öffentlichen Transportunternehmen;
- d. der Schweizerischen Post;
- e. dem Bundesamt für Zivilluftfahrt für sich und zuhanden des Bundesamts für Betriebe der Luftwaffe;
- f. dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat.

⁴ Soweit die betreffenden Interessen es erfordern, werden die Meldungen betreffend Skilifte mit der Aufforderung zur Stellungnahme bekanntgegeben:

- a. dem Generalstab ;
- b. dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft;
- c. den interessierten öffentlichen Transportunternehmen;
- d. dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat.

⁵ Das Bundesamt für Verkehr leitet die eingeholten Stellungnahmen an den Kanton weiter. Vorbehalten bleibt Artikel 17.

⁶ Mit der Einreichung der Meldungen nach den Absätzen 1 und 2 erübrigen sich besondere Meldungen gemäss:

- a. Artikel 2 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom 23. Juni 1950 über den Schutz militärischer Anlagen und Artikel 3 Absatz 1 des gleichnamigen Bundesratsbeschlusses vom 28. Dezember 1950.
- b. ...
- c. Artikel 63 der Verordnung vom 23. November 1994 über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL).

cantons annonceront à l'Office fédéral des transports, sur formules officielles, les projets de petits téléphériques ou de téléphériques d'exposition, ainsi que de téléskis. Cette obligation concerne aussi les modifications importantes de telles installations ainsi que les demandes de renouvellement des autorisations.

² Une carte topographique (carte nationale de la Suisse au 1:25 000 ou 1:50 000) avec l'indication du tracé de même qu'un profil en long à l'échelle 1:1000 ou 1:500 seront joints en sept exemplaires à ces annonces.

³ L'Office fédéral des transports (office fédéral) communique les annonces concernant les petits téléphériques et les téléphériques d'exposition aux organes suivants pour avis:

- a. A l'Etat-major;
- b. A l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage;
- c. Aux entreprises de transports publics intéressées;
- d. A la Poste Suisse;
- e. A l'Office fédéral de l'aviation civile pour lui et à l'intention de l'Office fédéral des exploitations des forces aériennes ;
- f. A l'Inspection fédérale des installations à courant fort.

⁴ Dans la mesure où les intérêts en jeu l'exigent, les annonces concernant les téléskis sont communiquées aux organes suivants pour avis:

- a. A l'état-major;
- b. A l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage;
- c. Aux entreprises de transports publics intéressées;
- d. A l'inspection fédérale des installations à courant fort.

⁵ L'Office fédéral des transports transmet les avis reçus aux cantons en cause. L'article 17 est réservé.

⁶ Les annonces faites conformément aux al. 1 et 2 rendent superflus les avis spéciaux selon:

- a. L'article 2, lettre a, de la loi fédérale du 23 juin 1950 concernant la protection des ouvrages militaires et l'article 3, 1^{er} alinéa, de l'arrêté du Conseil fédéral au 28 décembre 1950 sur le même objet;
- b. ...
- c. L'article 63 de l'ordonnance du 23 novembre 1994 sur l'infrastructure aéronautique (OSIA).

Art. 16 Compétence des cantons

¹ Les cantons décident de l'octroi d'autorisations pour la construction et l'exploitation de petits téléphériques, de téléphériques d'expositions et de téléskis. L'article 17 est

<p>Art. 16 Zuständigkeit der Kantone</p> <p>¹ Die Kantone entscheiden über die Erteilung von Bewilligungen für den Bau und den Betrieb von Klein- und Ausstellungsluftseilbahnen sowie für die Skilifte. Vorbehalten bleibt Artikel 17.</p> <p>² Die Kantone bestimmen die Dauer der Bewilligungen. Sie können an alle in dieser Verordnung vorgesehenen kantonalen Verfügungen Bedingungen und Auflagen knüpfen, soweit diese nicht dem Bundesrecht widersprechen.</p>	<p>réservé.</p> <p>² Les cantons fixent la durée de validité des autorisations. Ils peuvent subordonner toutes les décisions cantonales prévues dans la présente ordonnance à des conditions et charges, en tant que celles-ci ne sont pas contraires au droit fédéral.</p>
<p>SR 746.1 Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe</p> <p>Art. 16</p> <p>1. Grundsatz</p> <p>¹ Bau, Unterhalt und Betrieb von Rohrleitungsanlagen gemäss Artikel 1 Absatz 2 unterstehen der Aufsicht des Bundes.</p> <p>² Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Departement) kann diese Aufsicht ausdehnen auf den Bau, den Unterhalt und den Betrieb anderer Rohrleitungsanlagen, sofern diese dem Bund oder einer Bundesanstalt gehören.</p>	<p>RS 746.1 Loi fédérale sur les installations de transport par conduites de combustibles ou carburants liquides ou gazeux</p> <p>Art. 16</p> <p>1. Principe</p> <p>¹ La construction, l'entretien et l'exploitation d'une installation selon l'art. 1, al. 2, sont soumis à la surveillance de la Confédération.</p> <p>² Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (département) peut étendre cette surveillance à la construction, à l'entretien et à l'exploitation d'autres installations de transport par conduites si elles appartiennent à la Confédération ou à un établissement fédéral.</p>
<p>SR 746.11 Rohrleitungsverordnung</p> <p>Art. 1 Gegenstand</p> <p>Diese Verordnung regelt Bau und Betrieb von Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- und Treibstoffe, Kohlenwasserstoffe oder Kohlenwasserstoffgemische wie Roherdöl, Erdgas, Raffineriegase, Erdöldestillate oder flüssige Rückstände der Erdölraffination.</p> <p>Art. 26 Zustimmung</p> <p>¹ Dritte, die Bauten und Anlagen im Sinne von Artikel 28 des Gesetzes ausführen wollen, müssen rechtzeitig vor Baubeginn die Zustimmung des Bundesamtes einholen.</p> <p>² Als Bauvorhaben im Sinne von Artikel 28 des Gesetzes gelten:</p> <p>a. Grabarbeiten (einschliesslich Tiefpflügen und Bodenlockerungen), Aufschüttungen, Unterhöhlungen und erhebliche Nutzungsänderungen innerhalb eines waagrecht gemessenen Abstandes von 10 m von der Rohrleitung bzw. innerhalb der Schutzzone von Nebenanlagen und Stollenportalen;</p>	<p>RS 746.11 Ordonnance sur les installations de transport par conduites</p> <p>Art. 1 Objet</p> <p>La présente ordonnance règle la construction et l'exploitation des installations destinées au transport par conduites de combustibles, de carburants, d'hydrocarbures ou de mélanges d'hydrocarbures liquides ou gazeux, comme le pétrole brut, le gaz naturel, le gaz de raffinage, les produits de la distillation du pétrole brut et les résidus liquides provenant du raffinage du pétrole brut.</p> <p>Art. 26 Autorisation</p> <p>¹ Les tiers qui entendent exécuter des projets de construction ou d'installations au sens de l'art. 28 de la loi doivent demander l'autorisation de l'office suffisamment tôt avant le début des travaux.</p> <p>² Sont réputés projets de construction au sens de l'art. 28 de la loi:</p> <p>a. les travaux de fouille (y compris le labourage en profondeur et l'ameublissement du sol), de remblayage, d'excavation souterrains ainsi que les modifications importantes de l'affectation du sol à l'intérieur d'une bande</p>

<p>b. Sprengungen und die Erstellung von Anlagen, die Erschütterungen, elektrische, chemische oder andere Beeinflussungen erzeugen und die Sicherheit der Rohrleitungsanlage oder deren Betrieb beeinträchtigen können.</p> <p>³ Die Pflicht, die Zustimmung des Bundesamtes einzuholen, beginnt mit Eintritt der Rechtskraft der Plangenehmigungsverfügung.</p> <p>⁴ Die Unternehmung macht die Grundeigentümer und Grundeigentümerinnen, die für Bauvorhaben eine Zustimmung nach Absatz 1 einholen müssen, mindestens einmal alle vier Jahre schriftlich auf die Pflicht aufmerksam, für die Ausführung von Bauvorhaben die Zustimmung des Bundesamtes einzuholen. Verstöße gegen diese Pflicht sind dem Bundesamt unverzüglich zu melden.</p>	<p>de terrain de 10 m, mesurée horizontalement de part et d'autre de la conduite, ou à l'intérieur de la zone de protection des installations annexes et du portail des galeries;</p> <p>b. les travaux à l'explosif et la mise en place d'installations qui produisent des vibrations ou qui sont sources d'effets électriques, chimiques ou autres et peuvent nuire à la sécurité du transport par conduites ou à son exploitation.</p> <p>³ L'obligation de demander l'autorisation de l'office naît au moment où la décision d'approbation des plans entre en force.</p> <p>⁴ L'entreprise rappelle aux propriétaires fonciers concernés, par écrit et au moins une fois tous les quatre ans, qu'il est obligatoire de demander l'autorisation de l'office en cas d'exécution de travaux de construction. Toute inobservation de cette obligation sera annoncée immédiatement à l'office.</p>
<p>SR 747.219.1 Verordnung über die Freihaltung von Wasserstrassen</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>Diese Verordnung gilt für folgende Gewässerstrecken:</p> <p>a. den Rhein von Basel bis Weiach;</p> <p>b. die Aare von der Mündung bis in den Klingnauer Stausee;</p> <p>c. die Rhone von der Landesgrenze bis in den Genfersee.</p> <p>Art. 2 Zustimmung des Bundes</p> <p>Projekte für Wasserbauten und andere Werke, welche die in Artikel 1 genannten Gewässerstrecken berühren, bedürfen der Zustimmung des Bundesamtes für Wasserwirtschaft (Bundesamt).</p> <p>Art. 5 Sachplan</p> <p>¹ Grundlage der Projektbeurteilung ist der Sachplan Wasserstrassen.</p> <p>² Bis zum Erlass des Sachplans gelten die vom Bundesamt festgelegten Normalien.</p>	<p>RS 747.219.1 Ordonnance sur la protection du tracé des voies navigables</p> <p>Art. 1 Champ d'application</p> <p>Sont soumises à la présente ordonnance les sections de cours d'eau suivantes:</p> <p>a. le Rhin de Bâle à Weiach;</p> <p>b. l'Aar entre son embouchure et la retenue de Klingnau;</p> <p>c. le Rhône de la frontière franco-suisse au lac Léman.</p> <p>Art. 2 Approbation de la Confédération</p> <p>Les projets de constructions hydrauliques ou d'autres ouvrages qui touchent aux sections de cours d'eau mentionnées à l'article premier sont soumis à l'approbation de l'Office fédéral de l'économie des eaux (office fédéral).</p> <p>Art. 5 Plan sectoriel</p> <p>¹ L'examen des projets se fait sur la base du plan sectoriel des voies navigables.</p> <p>² Jusqu'à l'adoption du plan sectoriel, les normes techniques fixées par l'office fédéral sont applicables.</p>
<p>SR 748.0 Bundesgesetz über die Luftfahrt</p> <p>Art. 37n</p> <p>9. Freihaltung von Grundstücken für künftige Flughafenanlagen.</p> <p>A. Projektierungszonen</p>	<p>RS 748.0 Loi fédérale sur l'aviation</p> <p>Art. 37n</p> <p>9. Mise en réserve des terrains nécessaires à des installations de futurs aéroports</p> <p>A. Zones réservées</p>

<p>a. Festlegung</p> <p>¹ Das Bundesamt kann von Amtes wegen oder auf Antrag des Flugplatzhalters, des Kantons oder der Gemeinde für genau bezeichnete Gebiete Projektierungszonen festlegen, um Grundstücke für künftige Flughafenanlagen freizuhalten. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone und Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der Grundeigentümer ist Sache der Kantone.</p> <p>² Verfügungen über die Errichtung von Projektierungszonen sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betroffenen Gemeinden zu veröffentlichen. Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.</p> <p>Art. 37o</p>	<p>a. Détermination</p> <p>¹ En vue d'assurer la libre disposition des terrains nécessaires à des installations d'aéroport, l'office peut, d'office ou sur requête de l'exploitant de l'aérodrome, du canton ou de la commune déterminer des zones réservées dont le périmètre est bien délimité. Les services fédéraux, les cantons et les communes, ainsi que les propriétaires fonciers concernés doivent être consultés. La consultation des communes et des propriétaires fonciers incombe aux cantons.</p> <p>² Les décisions portant sur l'établissement de zones réservées sont publiées dans les communes concernées, avec indication du délai de recours. Le recours n'a pas d'effet suspensif.</p> <p>Art. 37o</p>
<p>b. Wirkung</p> <p>In den Projektierungszonen dürfen keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden, die deren Zweck widersprechen. Ausgenommen sind Vorkehren, die dem Unterhalt oder der Beseitigung von Gefahren und schädlichen Einwirkungen dienen. In Ausnahmefällen können weitergehende Vorkehren gestattet werden, wenn der Eigentümer auf jede spätere Entschädigung für den entstandenen Mehrwert verzichtet.</p>	<p>b. Effet</p> <p>Dans les zones réservées, les constructions ne peuvent être transformées d'une manière contraire à l'affectation de la zone. Font exception à cette règle les mesures destinées à assurer l'entretien ou à prévenir des dangers ou des effets dommageables. Exceptionnellement, des mesures supplémentaires peuvent être autorisées si le propriétaire renonce à toute indemnisation future pour la plus-value qui en résulte.</p>
<p>Art. 37q</p> <p>B. Baulinien</p>	<p>Art. 37q</p> <p>B. Alignements</p>
<p>a. Festlegung</p> <p>¹ Das Bundesamt kann Baulinien zur Sicherung bestehender oder künftiger Flughafenanlagen festlegen. Die beteiligten Bundesstellen, Kantone und Gemeinden sowie die betroffenen Grundeigentümer sind anzuhören. Die Anhörung der Gemeinden und der Grundeigentümer ist Sache der Kantone. Die Baulinien müssen dem voraussichtlichen Endausbau entsprechen und der Raumplanung sowie dem Umweltschutz Rechnung tragen. Sie können vertikal begrenzt werden.</p> <p>² Die Baulinien dürfen erst auf Grund genehmigter Pläne festgelegt werden.</p> <p>³ Verfügungen über die Festlegung von Baulinien sind unter Angabe der Beschwerdefrist in den betroffenen Gemeinden zu veröffentlichen.</p>	<p>a. Détermination</p> <p>¹ L'office peut déterminer des alignements en vue d'assurer la libre disposition des terrains nécessaires à des installations d'aéroports existantes ou futures. Les autorités fédérales, les cantons et les communes, ainsi que les propriétaires fonciers concernés doivent être consultés. La consultation des communes et des propriétaires fonciers incombe aux cantons. Les alignements doivent satisfaire aux exigences de l'exécution finale prévisible de ces travaux et tenir compte des impératifs de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement. Ils peuvent être limités en hauteur.</p> <p>² Les alignements ne peuvent être déterminés que sur la base de plans approuvés.</p> <p>³ Les décisions portant sur les alignements sont publiées dans les communes concernées, avec indication du délai de recours.</p>
<p>Art. 37r</p> <p>b. Wirkung</p> <p>Innerhalb der Baulinien dürfen keine baulichen</p>	<p>Art. 37r</p> <p>b. Effets</p> <p>A l'intérieur des alignements, toute transformation d'une</p>

Veränderungen oder sonstigen Vorkehren getroffen werden, die dem Zweck der Baulinie widersprechen. Ausgenommen sind Vorkehren, die dem Unterhalt oder der Beseitigung von Gefahren und schädlichen Einwirkungen dienen. In Ausnahmefällen können weitergehende Vorkehren gestattet werden, wenn der Eigentümer auf jede spätere Entschädigung für den entstandenen Mehrwert verzichtet.

Art. 42

IV. Beschränkungen des Grundeigentums

a. Allgemein

¹ Der Bundesrat kann durch Verordnung vorschreiben,

a. dass Bauten und andere Hindernisse in einem bestimmten Umkreis von öffentlichen Flugplätzen oder Flugsicherungsanlagen oder in einem bestimmten Abstand von Flugwegen nur errichtet werden dürfen, wenn sie die Sicherheit der Luftfahrt nicht beeinträchtigen (Sicherheitszonen);

b. dass Gebäude in einem bestimmten Umkreis von öffentlichen Flugplätzen nur noch benützt oder neu erstellt werden dürfen, soweit sich ihre Ausführung und Bestimmung mit der Fluglärmbelastung vereinbaren lassen (Lärmzonen).

² Der Bundesrat kann derartige Sicherheits- und Lärmzonen auf schweizerischem Hoheitsgebiet auch für öffentliche Flugplätze, Flugsicherungsanlagen oder Flugwege im Ausland vorschreiben.

³ Die räumliche Ausdehnung und die Art der Eigentumsbeschränkungen zugunsten eines öffentlichen Flugplatzes im Inland sind durch den Flugplatzhalter in Zonenpläne aufzunehmen; die Regierungen der interessierten Kantone, das Bundesamt und das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft sind anzuhören.

⁴ Für die öffentlichen Flugplätze im Ausland tritt bei Absatz 3 das Bundesamt an die Stelle des Flugplatzhalters; es handelt im Einvernehmen mit den übrigen interessierten Bundesstellen.

⁵ Vorbehalten bleiben die Lärmvorschriften der Bundesgesetzgebung über den Umweltschutz.

construction et toute autre mesure contraire au but de l'alignement sont interdites. Font exception à cette règle les mesures destinées à assurer l'entretien ou à prévenir des dangers ou des effets dommageables. Exceptionnellement, des mesures supplémentaires peuvent être autorisées si le propriétaire renonce à toute indemnisation future pour la plus-value qui en résulte.

Art. 42

IV. Restrictions de la propriété foncière

a. En général

¹ Le Conseil fédéral peut prescrire par voie d'ordonnance:

a. que des bâtiments ou autres obstacles ne peuvent être élevés dans un rayon déterminé autour d'aérodromes publics ou d'installations de navigation aérienne ou à une distance déterminée de routes aériennes que s'ils ne compromettent pas la sécurité de l'aviation (zone de sécurité);

b. que des bâtiments ne peuvent plus être utilisés ou élevés dans un rayon déterminé autour d'aérodromes publics que si leur genre de construction et leur destination sont compatibles avec les inconvénients causés par le bruit des aéronefs (zones de bruit).

² Le Conseil fédéral peut prescrire que de telles zones de sécurité et de bruit doivent aussi être établies sur le territoire suisse pour des aérodromes publics, des installations de navigation aérienne ou des routes aériennes sis à l'étranger.

³ L'étendue territoriale et la nature des restrictions apportées à la propriété en faveur d'un aéroport public sis en Suisse doivent être fixées dans des plans de zone par l'exploitant de l'aéroport. Les gouvernements des cantons intéressés, l'office et l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage seront entendus.

⁴ Pour les aérodromes publics sis à l'étranger, l'office se substitue dans les cas prévus à l'al. 3, à l'exploitant de l'aéroport; il agit de concert avec les autres organes fédéraux intéressés.

⁵ Les prescriptions de la législation fédérale sur la protection de l'environnement relatives au bruit, sont réservées.

SR 748.131.1 Verordnung über die Infrastruktur der Luftfahrt

Art. 10 Inhalt

¹ Die Betriebskonzession verleiht das Recht, einen Flughafen gemäss den Zielen und Vorgaben des SIL gewerbmässig zu betreiben und insbesondere Gebühren zu erheben. Der Konzessionär wird verpflichtet, den Flughafen unter Vorbehalt der im Betriebsreglement festgelegten Einschränkungen für alle Luftfahrzeuge im nationalen und internationalen Verkehr zur Verfügung zu stellen, einen ordnungsgemässen, sicheren Betrieb zu gewährleisten und für die dafür erforderliche Infrastruktur zu sorgen.

² Die Ausgestaltung des Betriebs und der Infrastruktur sind nicht Gegenstand der Betriebskonzession.

Art. 54 Bezeichnung

¹ Landstellen über 1100 m über Meer, die Ausbildungs-, Übungs- und sportlichen Zwecken oder der Personenbeförderung zu touristischen Zwecken dienen, sind vom Departement im Einvernehmen mit dem VBS sowie den zuständigen kantonalen Behörden als Gebirgslandeplätze zu bezeichnen.

² Vor der Bezeichnung sind die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission, der Schweizerische Alpenclub und die interessierten Kurvereine anzuhören.

³ Es werden höchstens 48 Gebirgslandeplätze bezeichnet. Nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung bewilligte Flugplätze über 1100 m über Meer werden mitgezählt, sofern sie nicht ausschliesslich dem Zu- und Wegbringerdienst dienen.

Art. 62 Hindernisbegrenzungskataster

¹ Das Bundesamt legt für jeden Flugplatz und, soweit notwendig, für Flugsicherungsanlagen und Flugwege die den internationalen Vorschriften entsprechenden Hindernisbegrenzungsflächen in Katastern fest.

² Die Kataster enthalten nebst den Hindernisbegrenzungsflächen die für die Bezeichnung und Beurteilung von Luftfahrthindernissen notwendigen Höhen.

³ Das Bundesamt stellt die Hindernisbegrenzungskataster den Kantonen und Gemeinden zu. Diese tragen dem Kataster in ihrer Nutzungsordnung Rechnung und bestimmen die meldepflichtigen Anlagen.

Art. 63 Erstellung und Änderung von Luftfahrt-

RS 748.131.1 Ordonnance sur l'infrastructure aéronautique

Art. 10 Contenu

¹ Conformément aux objectifs et aux exigences du PSIA, la concession d'exploitation confère le droit d'exploiter un aéroport à titre commercial; elle confère en particulier le droit de prélever des taxes. Le concessionnaire a l'obligation de rendre l'aéroport accessible à tous les aéronefs du trafic intérieur et du trafic international, sous réserve des restrictions édictées dans le règlement d'exploitation, et de mettre à la disposition des usagers une infrastructure répondant aux impératifs d'une exploitation sûre et rationnelle.

² L'organisation de l'exploitation et de l'infrastructure ne fait pas l'objet de la concession d'exploitation.

Art. 54 Désignation

¹ Les places d'atterrissage situées au-dessus de 1100 m d'altitude et utilisées à des fins d'instruction, d'exercice et de sport, ou pour le transport de personnes à des fins touristiques, sont désignées comme places d'atterrissage en montagne par le département, en accord avec le DDPS et les autorités cantonales compétentes.

² Avant de désigner les places, il y a lieu d'entendre la Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage, le Club alpin suisse et les sociétés de développement intéressées.

³ Le nombre maximal des places d'atterrissage en montagne est fixé à 48. Les futurs aérodromes autorisés au-dessus de 1100 m d'altitude après l'entrée en vigueur de la présente ordonnance sont compris dans ce chiffre pour autant qu'ils ne servent pas exclusivement au service d'apport.

Art. 62 Cadastre de limitation d'obstacles

¹ Pour tous les aérodromes et, si nécessaire, pour les installations de navigation aérienne et les trajectoires de vol, l'office fixe dans des cadastres les surfaces de limitation d'obstacles correspondant aux prescriptions internationales.

² Outre ces surfaces, les cadastres contiennent les hauteurs nécessaires pour désigner et évaluer les obstacles.

³ L'office transmet les cadastres aux cantons et aux communes. Ces derniers en tiennent compte dans leur règlement d'affectation et désignent les installations qui doivent être annoncées.

Art. 63 Construction et modification d'obstacles

¹ La construction ou la modification de bâtiments,

<p>hindernissen</p> <p>¹ Die Erstellung oder Änderung von Bauten, Anlagen und Bepflanzungen ist meldepflichtig, wenn das Objekt:</p> <p>a. in einer überbauten Zone eine Höhe oder einen lotrecht gemessenen Bodenabstand von 60 m und mehr erreicht;</p> <p>b. in einem anderen Gebiet eine Höhe oder einen lotrecht gemessenen Bodenabstand von 25 m und mehr erreicht;</p> <p>c. eine massgebende Fläche eines Hindernisbegrenzungskatasters durchstösst.</p> <p>² Die Projektunterlagen sind mit Plänen der kantonalen Meldestelle anzumelden.</p> <p>Art. 71 Festsetzung</p> <p>¹ Für jeden Flughafen ist eine Sicherheitszone zu errichten. Das Bundesamt entscheidet im Einzelfall, ob für Flugsicherungsanlagen und Flugwege eine Sicherheitszone erforderlich ist.</p> <p>² Der Sicherheitszonenplan ist zu erstellen:</p> <p>a. vom Flughafenhalter für einen Flughafen;</p> <p>b. vom Bundesamt für einen Flugplatz im Ausland, eine Flugsicherungsanlage oder einen Flugweg.</p> <p>³ Für die Festsetzung der Sicherheitszonen sind die Hindernisbegrenzungskataster massgebend.</p> <p>Art. 72 Sicherheitszonenplan</p> <p>Die Sicherheitszone ist in einem Zonenplan darzustellen, aus dem die Eigentumsbeschränkungen nach Fläche und Höhe ersichtlich sind.</p>	<p>d'installations et de plantations doit être annoncé si l'ouvrage:</p> <p>a. atteint une hauteur ou se situe à une distance du sol de 60 m ou plus dans une zone construite;</p> <p>b. atteint une hauteur ou se situe à une distance du sol de 25 m ou plus dans une autre zone;</p> <p>c. traverse une surface déterminante du cadastre de limitation d'obstacles.</p> <p>² Le projet, avec plans et documents à l'appui, doit être annoncé au service cantonal.</p> <p>Art. 71 Etablissement</p> <p>¹ Une zone de sécurité doit être établie pour chaque aéroport. Pour les installations de navigation aérienne et les trajectoires de vol, l'office décide dans chaque cas si une zone de sécurité est nécessaire.</p> <p>² Le plan de la zone de sécurité est établi:</p> <p>a. pour un aéroport, par son exploitant;</p> <p>b. pour un aérodrome situé à l'étranger, une installation de navigation aérienne ou une trajectoire de vol, par l'office.</p> <p>³ Le cadastre de limitation d'obstacles est déterminant pour établir la zone de sécurité.</p> <p>Art. 72 Plan de la zone de sécurité</p> <p>La zone de sécurité doit être représentée dans un plan de zone indiquant les restrictions de la propriété en surface et en hauteur.</p>
<p>SR 784.40 Bundesgesetz über Radio und Fernsehen</p> <p>Art. 9 Leitungskataster</p> <p>¹ Der Bundesrat bezeichnet eine Behörde, die nach den Weisungen des Eidgenössischen Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Departement) Kataster führt über die konzessionierten Leitungen, die nach Artikel 39 der Weiterverbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen dienen.</p> <p>² Jedermann hat Anspruch auf Einsicht in die Kataster.</p>	<p>RS 784.40 Loi fédérale sur la radio et la télévision</p> <p>Art. 9 Cadastres des lignes</p> <p>¹ Le Conseil fédéral désigne une autorité qui établit, selon les instructions du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (département), des cadastres des lignes soumises à concession pour la rediffusion de programmes de radio et de télévision au sens de l'art. 39.</p> <p>² Chacun a le droit de consulter les cadastres.</p>
<p>SR 814.01 Bundesgesetz über den Umweltschutz</p>	<p>RS 814.01 Loi fédérale sur la protection de l'environnement</p>

Art. 16 Sanierungspflicht

¹ Anlagen, die den Vorschriften dieses Gesetzes oder den Umweltvorschriften anderer Bundesgesetze nicht genügen, müssen saniert werden.

² Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Anlagen, den Umfang der zu treffenden Massnahmen, die Fristen und das Verfahren.

³ Bevor die Behörde erhebliche Sanierungsmassnahmen anordnet, holt sie vom Inhaber der Anlage Sanierungsvorschläge ein.

⁴ In dringenden Fällen ordnen die Behörden die Sanierung vorsorglich an. Notfalls können sie die Stilllegung einer Anlage verfügen.

Art. 24 Anforderungen an Bauzonen

¹ Neue Bauzonen für Wohngebäude oder andere Gebäude, die dem längeren Aufenthalt von Personen dienen, dürfen nur in Gebieten vorgesehen werden, in denen die Lärmimmissionen die Planungswerte nicht überschreiten oder in denen diese Werte durch planerische, gestalterische oder bauliche Massnahmen eingehalten werden können. Die Umzonung von Bauzonen gilt nicht als Ausscheidung neuer Bauzonen.

² Werden die Planungswerte in einer bestehenden, aber noch nicht erschlossenen Bauzone für Wohngebäude oder andere Gebäude, die dem längeren Aufenthalt von Personen dienen, überschritten, so sind sie einer weniger lärmempfindlichen Nutzungsart zuzuführen, sofern nicht durch planerische, gestalterische oder bauliche Massnahmen im überwiegenden Teil dieser Zone die Planungswerte eingehalten werden können.

Art. 34 Weitergehende Massnahmen bei belasteten Böden

¹ Ist die Bodenfruchtbarkeit in bestimmten Gebieten langfristig nicht mehr gewährleistet, so verschärfen die Kantone im Einvernehmen mit dem Bund die Vorschriften über Anforderungen an Abwasserversickerungen, über Emissionsbegrenzungen bei Anlagen, über die Verwendung von Stoffen und Organismen oder über physikalische Bodenbelastungen im erforderlichen Mass.

² Gefährdet die Bodenbelastung Menschen, Tiere oder Pflanzen, so schränken die Kantone die Nutzung des Bodens im erforderlichen Mass ein.

³ *Soll der Boden gartenbaulich, land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden und ist eine standortübliche Bewirtschaftung ohne Gefährdung von Menschen, Tieren oder Pflanzen nicht möglich, so*

Art. 16 Obligation d'assainir

¹ Les installations qui ne satisfont pas aux prescriptions de la présente loi et aux dispositions d'autres lois fédérales qui s'appliquent à la protection de l'environnement seront assainies.

² Le Conseil fédéral édicte des prescriptions sur les installations, l'ampleur des mesures à prendre, les délais et la manière de procéder.

³ Avant d'ordonner d'importantes mesures d'assainissement, les autorités demandent au détenteur de l'installation de proposer un plan d'assainissement.

⁴ S'il y a urgence, les autorités ordonnent l'assainissement à titre préventif. En cas d'impérieuse nécessité, elles peuvent décider la fermeture de l'installation.

Art. 24 Exigences requises pour les zones à bâtir

¹ Les nouvelles zones à bâtir destinées à la construction de logements ou d'autres immeubles destinés au séjour prolongé de personnes, ne peuvent être prévues qu'en des endroits où les immissions causées par le bruit ne dépassent pas les valeurs de planification, ou en des endroits dans lesquels des mesures de planification, d'aménagement ou de construction permettent de respecter ces valeurs. Le changement d'affectation de zones à bâtir n'est pas réputé délimitation de nouvelles zones à bâtir.

² Les zones à bâtir existantes mais non encore équipées, qui sont destinées à la construction de logements ou d'autres immeubles destinés au séjour prolongé de personnes et dans lesquelles les valeurs de planification sont dépassées, doivent être affectées à une utilisation moins sensible au bruit à moins que des mesures de planification, d'aménagement ou de construction permettent de respecter les valeurs de planification dans la plus grande partie de ces zones.

Art. 34 Renforcement des mesures de lutte contre les atteintes aux sols

¹ Si la fertilité du sol n'est plus garantie à long terme dans certaines régions, les cantons, en accord avec la Confédération, renforcent autant que nécessaire les prescriptions sur les exigences applicables aux infiltrations d'eaux à évacuer, sur les limitations d'émissions applicables aux installations, sur l'utilisation de substances et d'organismes ou sur les atteintes physiques portées aux sols.

² Si les atteintes constituent une menace pour l'homme, pour les animaux ou pour les plantes, les cantons restreignent autant que nécessaire l'utilisation du sol.

³ S'il est prévu d'utiliser le sol à des fins horticoles, agri-

<p>ordnen die Kantone Massnahmen an, mit denen die Bodenbelastung mindestens so weit vermindert wird, dass eine ungefährliche Bewirtschaftung möglich ist.</p>	<p>coles ou sylvicoles et s'il est impossible de l'exploiter d'une manière conforme à la pratique courante sans menacer l'homme, les animaux ou les plantes, les cantons prennent des mesures propres à réduire les atteintes portées au sol de manière à permettre au moins une exploitation inoffensive.</p>
<p>SR 814.012 Verordnung über den Schutz vor Störfällen</p> <p>Art. 1 Zweck und Geltungsbereich</p> <p>¹ Diese Verordnung soll die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen schützen.</p> <p>² Sie gilt für:</p> <p>a. Betriebe, in denen die Mengenschwellen für Stoffe, Zubereitungen oder Sonderabfälle nach Anhang 1.1 überschritten werden;</p> <p>b. Betriebe, in denen mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Mikroorganismen eine Tätigkeit durchgeführt wird, die nach der Einschliessungsverordnung vom 25. August 1999 der Klasse 3 oder 4 zuzuordnen ist;</p> <p>c. Eisenbahnanlagen, auf denen gefährliche Güter nach der Verordnung vom 3. Dezember 1996 über die Beförderung gefährlicher Güter mit der Eisenbahn (RSD) oder den entsprechenden internationalen Übereinkommen transportiert oder umgeschlagen werden;</p> <p>d. Durchgangsstrassen nach der Verordnung vom 6. Juni 1983 über die Durchgangsstrassen, auf denen gefährliche Güter nach der Verordnung vom 17. April 1985 über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse (SDR) oder den entsprechenden internationalen Übereinkommen transportiert oder umgeschlagen werden;</p> <p>e. den Rhein, auf dem gefährliche Güter nach der Verordnung vom 29. April 1970 über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein (ADNR) transportiert oder umgeschlagen werden.</p> <p>³ Die Vollzugsbehörde kann folgende Betriebe oder Verkehrswege im Einzelfall der Verordnung unterstellen, wenn sie auf Grund ihres Gefahrenpotenzials die Bevölkerung oder die Umwelt schwer schädigen könnten:</p> <p>a. Betriebe mit Stoffen, Zubereitungen oder Sonderabfällen;</p> <p>b. Betriebe, in denen mit gentechnisch veränderten oder pathogenen Mikroorganismen eine Tätigkeit durchgeführt wird, die nach der Einschliessungsverordnung der Klasse 2 zuzuordnen ist, nach Anhörung der Eidgenössischen Fachkommission für biologische Sicherheit;</p>	<p>RS 814.012 Ordonnance sur la protection contre les accidents majeurs</p> <p>Art. 1 But et champ d'application</p> <p>¹ La présente ordonnance a pour but de protéger la population et l'environnement des graves dommages résultant d'accidents majeurs.</p> <p>² Elle s'applique:</p> <p>a. aux entreprises dépassant les seuils quantitatifs des substances, des préparations ou des déchets spéciaux au sens de l'annexe 1.1;</p> <p>b. Aux entreprises utilisant des micro-organismes génétiquement modifiés ou pathogènes pour des activités des classes 3 ou 4 au sens de l'ordonnance du 25 août 1999 sur l'utilisation confinée;</p> <p>c. aux installations ferroviaires servant au transport ou au transbordement de marchandises dangereuses au sens de l'ordonnance du 3 décembre 1996 relative au transport des marchandises dangereuses par chemin de fer (RSD) ou au sens des accords internationaux en la matière;</p> <p>d. Aux routes de grand transit au sens de l'ordonnance du 6 juin 1983 concernant les routes de grand transit, lorsqu'elles sont utilisées pour le transport ou le transbordement de marchandises dangereuses au sens de l'ordonnance du 17 avril 1985 relative au transport des marchandises dangereuses par route (SDR) ou au sens des accords internationaux en la matière;</p> <p>e. Au Rhin, lorsqu'il est utilisé pour transporter ou transborder des marchandises dangereuses au sens du règlement du 29 avril 1970 pour le transport de matières dangereuses sur le Rhin (ADNR).</p> <p>³ L'autorité d'exécution est habilitée à appliquer de cas en cas la présente ordonnance aux entreprises et voies de communication suivantes si, en raison du danger potentiel qu'elles présentent, elles pourraient porter gravement atteinte à la population ou à l'environnement:</p> <p>a. les entreprises qui utilisent des substances, des préparations ou des déchets spéciaux;</p> <p>b. les entreprises qui effectuent des activités impliquant des microorganismes génétiquement modifiés ou pathogènes de la classe 2 au sens de l'ordonnance sur l'utilisation confinée, après consultation de la Commission fédérale pour la sécurité biologique;</p> <p>c. les voies de communication en dehors des entreprises sur lesquels des matières dangereuses au sens de l'al. 2 sont transportées ou transbordées.</p>

<p>c. Verkehrswege ausserhalb von Betrieben, auf denen gefährliche Güter nach Absatz 2 transportiert oder umgeschlagen werden.</p> <p>⁴ Diese Verordnung gilt nicht für:</p> <p>a. Rohrleitungsanlagen, die dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1963 über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe unterstellt sind;</p> <p>b. Anlagen und Transporte, die der Kernenergie- und der Strahlenschutzgesetzgebung unterstellt sind, soweit sie die Bevölkerung oder die Umwelt aufgrund ihrer Strahlung schädigen könnten.</p> <p>⁵ Für Betriebe oder Verkehrswege, die bei ausserordentlichen Ereignissen die Bevölkerung oder die Umwelt auf eine andere Weise als auf Grund ihrer Stoffe, Zubereitungen, Sonderabfälle, gefährlichen Güter oder auf Grund gentechnisch veränderter oder pathogener Mikroorganismen schwer schädigen könnten, sind die Vorschriften von Artikel 10 USG direkt anwendbar.</p>	<p>⁴ La présente ordonnance ne s'applique pas:</p> <p>a. Aux installations de transport par conduites soumises à la loi du 4 octobre 1963 sur les installations de transport par conduites;</p> <p>b. Aux installations et aux moyens de transport soumis à la législation sur l'énergie nucléaire et sur la protection contre les radiations, dans la mesure où leurs radiations pourraient causer des dommages à la population ou à l'environnement.</p> <p>⁵ Les dispositions de l'art. 10 LPE sont directement applicables aux entreprises et aux voies de communication qui, en cas d'événements extraordinaires, pourraient causer de graves dommages à la population ou à l'environnement sans que la cause en soit l'utilisation de substances, de préparations ou de déchets spéciaux, le transport de marchandises dangereuses ou l'utilisation de microorganismes génétiquement modifiés ou pathogènes.</p>
<p>SR 814.12 Verordnung über Belastungen des Bodens</p> <p>Art. 9 Massnahmen der Kantone bei Überschreiten der Prüfwerte</p> <p>(Art. 34 Abs. 2 USG)</p> <p>¹ Sind in einem Gebiet die Prüfwerte überschritten, so prüfen die Kantone, ob die Belastung des Bodens Menschen, Tiere oder Pflanzen konkret gefährdet.</p> <p>² Bei konkreter Gefährdung schränken sie die Nutzung des Bodens so weit ein, dass die Gefährdung nicht mehr besteht.</p>	<p>RS 814.12 Ordonnance sur les atteintes portées aux sols</p> <p>Art. 9 Mesures cantonales en cas de dépassement d'un seuil d'investigation</p> <p>(art. 34, al. 2, LPE)</p> <p>¹ Si, dans une région donnée, un seuil d'investigation est dépassé, les cantons examinent si la santé de l'homme, des animaux ou des plantes peut être menacée.</p> <p>² Si tel est le cas, les cantons arrêtent les restrictions d'utilisation nécessaires à l'élimination du risque.</p>
<p>SR 814.20 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer</p> <p>Art. 19 Gewässerschutzbereiche</p> <p>¹ Die Kantone teilen ihr Gebiet nach der Gefährdung der ober- und der unterirdischen Gewässer in Gewässerschutzbereiche ein. Der Bundesrat erlässt die erforderlichen Vorschriften.</p> <p>² In den besonders gefährdeten Bereichen dürfen die Erstellung und die Änderung von Bauten und Anlagen sowie Grabungen, Erdbewegungen und ähnliche Arbeiten nur gestützt auf eine kantonale Bewilligung vorgenommen werden.</p> <p>Art. 20 Grundwasserschutzzonen</p> <p>¹ Die Kantone scheiden Schutzzonen für die im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassun-</p>	<p>RS 814.20 Loi fédérale sur la protection des eaux</p> <p>Art. 19 Secteurs de protection des eaux</p> <p>¹ Les cantons subdivisent leur territoire en secteurs de protection en fonction des risques auxquels sont exposées les eaux superficielles et les eaux souterraines. Le Conseil fédéral édicte les prescriptions nécessaires.</p> <p>² Dans les secteurs particulièrement menacés, la construction et la transformation de bâtiments et d'installations, ainsi que les fouilles, les terrassements et autres travaux analogues ne peuvent être entrepris qu'après l'octroi d'une autorisation cantonale.</p> <p>Art. 20 Zones de protection des eaux souterraines</p> <p>¹ Les cantons délimitent des zones de protection autour des captages et des installations d'alimentation artificielle des eaux souterraines qui sont d'intérêt public; ils fixent</p>

<p>gen und -anreicherungsanlagen aus; sie legen die notwendigen Eigentumsbeschränkungen fest.</p> <p>² Die Inhaber von Grundwasserfassungen müssen:</p> <p>a. die notwendigen Erhebungen für die Abgrenzung der Schutzzonen durchführen;</p> <p>b. die erforderlichen dinglichen Rechte erwerben;</p> <p>c. für allfällige Entschädigungen von Eigentumsbeschränkungen aufkommen.</p> <p>Art. 21 Grundwasserschutzareale</p> <p>¹ Die Kantone scheiden Areale aus, die für die künftige Nutzung und Anreicherung von Grundwasservorkommen von Bedeutung sind. In diesen Arealen dürfen keine Bauten und Anlagen erstellt oder Arbeiten ausgeführt werden, die künftige Nutzungs- und Anreicherungsanlagen beeinträchtigen könnten.</p> <p>² Die Kantone können Entschädigungen von Eigentumsbeschränkungen auf die späteren Inhaber von Grundwasserfassungen und Anreicherungsanlagen überwälzen.</p>	<p>les restrictions nécessaires du droit de propriété.</p> <p>² Les détenteurs de captages d'eaux souterraines sont tenus:</p> <p>a. de faire les relevés nécessaires pour délimiter les zones de protection;</p> <p>b. d'acquérir les droits réels nécessaires;</p> <p>c. de prendre à leur charge les indemnités à verser en cas de restriction du droit de propriété.</p> <p>Art. 21 Périmètres de protection des eaux souterraines</p> <p>¹ Les cantons délimitent les périmètres importants pour l'exploitation et l'alimentation artificielle futures des nappes souterraines. Dans ces périmètres, il est interdit de construire des bâtiments, d'aménager des installations ou d'exécuter des travaux qui pourraient compromettre l'établissement futur d'installations servant à l'exploitation ou à l'alimentation artificielle des eaux souterraines.</p> <p>² Les cantons peuvent mettre à la charge des futurs détenteurs de captages d'eaux souterraines et d'installations d'alimentation artificielle des eaux souterraines les indemnités à verser en cas de restriction du droit de propriété.</p>
<p>SR 814.201 Gewässerschutzverordnung</p> <p>Art. 4 Regionale Entwässerungsplanung</p> <p>¹ Die Kantone sorgen für die Erstellung eines regionalen Entwässerungsplanes (REP), wenn zur Gewährleistung eines sachgemässen Gewässerschutzes in einem begrenzten, hydrologisch zusammenhängenden Gebiet die Gewässerschutzmassnahmen der Gemeinden aufeinander abgestimmt werden müssen.</p> <p>² Der REP legt insbesondere fest:</p> <p>a. die Standorte der zentralen Abwasserreinigungsanlagen und die Gebiete, die daran anzuschliessen sind;</p> <p>b. welche oberirdischen Gewässer in welchem Ausmass für die Einleitung von Abwasser, insbesondere bei Niederschlägen, geeignet sind;</p> <p>c. die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, bei denen die Anforderungen an die Einleitung verschärft oder ergänzt werden müssen.</p> <p>³ Die Behörde berücksichtigt bei der Erstellung des REP den Raumbedarf der Gewässer, den Hochwasserschutz und andere Massnahmen zum Schutz der Gewässer als die Abwasserbehandlung.</p> <p>⁴ Der REP ist für die Planung und Festlegung der Gewässerschutzmassnahmen in den Gemeinden</p>	<p>RS 814.201 Ordonnance sur la protection des eaux</p> <p>Art. 4 Planification régionale de l'évacuation des eaux</p> <p>¹ Les cantons veillent à établir un plan régional de l'évacuation des eaux (PREE) lorsque, pour assurer une protection efficace des eaux dans une région limitée formant une unité hydrologique, les mesures de protection des eaux prises par les communes doivent être harmonisées.</p> <p>² Le PREE détermine notamment:</p> <p>a. où sont implantées les stations centrales d'épuration et quels périmètres doivent y être raccordés;</p> <p>b. quelles eaux superficielles sont aptes à recevoir les déversements d'eaux à évacuer, en particulier en cas de précipitations, et dans quelle mesure elles s'y prêtent;</p> <p>c. dans quelles stations centrales d'épuration les exigences relatives aux déversements doivent être renforcées ou complétées.</p> <p>³ Lorsqu'elle établit le PREE, l'autorité tient compte de l'espace requis par les eaux, de la protection contre les crues et des mesures de protection des eaux autres que le traitement des eaux polluées.</p> <p>⁴ Le PREE est contraignant pour la planification et la définition des mesures de protection des eaux dans les</p>

<p>verbindlich.</p> <p>⁵ Er ist öffentlich zugänglich.</p> <p>Art. 5 Kommunale Entwässerungsplanung</p> <p>¹ Die Kantone sorgen für die Erstellung von generellen Entwässerungsplänen (GEP), die in den Gemeinden einen sachgemässen Gewässerschutz und eine zweckmässige Siedlungsentwässerung gewährleisten.</p> <p>² Der GEP legt mindestens fest:</p> <p>a. die Gebiete, für die öffentliche Kanalisationen zu erstellen sind;</p> <p>b. die Gebiete, in denen das von bebauten oder befestigten Flächen abfliessende Niederschlagswasser getrennt vom anderen Abwasser zu beseitigen ist;</p> <p>c. die Gebiete, in denen nicht verschmutztes Abwasser versickern zu lassen ist;</p> <p>d. die Gebiete, in denen nicht verschmutztes Abwasser in ein oberirdisches Gewässer einzuleiten ist;</p> <p>e. die Massnahmen, mit denen nicht verschmutztes Abwasser, das stetig anfällt, von der zentralen Abwasserreinigungsanlage fernzuhalten ist;</p> <p>f. wo, mit welchem Behandlungssystem und mit welcher Kapazität zentrale Abwasserreinigungsanlagen zu erstellen sind;</p> <p>g. die Gebiete, in denen andere Systeme als zentrale Abwasserreinigungsanlagen anzuwenden sind, und wie das Abwasser in diesen Gebieten zu beseitigen ist.</p> <p>³ Der GEP wird nötigenfalls angepasst:</p> <p>a. an die Siedlungsentwicklung;</p> <p>b. wenn ein REP erstellt oder geändert wird.</p> <p>⁴ Er ist öffentlich zugänglich.</p> <p>Art. 7 Einleitung in die öffentliche Kanalisation</p> <p>¹ Die Behörde bewilligt die Einleitung von Industrieabwasser nach Anhang 3.2 oder von anderem Abwasser nach Anhang 3.3 in die öffentliche Kanalisation, wenn die Anforderungen des entsprechenden Anhangs eingehalten sind.</p> <p>² Sie verschärft oder ergänzt die Anforderungen, wenn durch die Einleitung des Abwassers:</p> <p>a. der Betrieb der öffentlichen Kanalisation erschwert oder gestört werden kann;</p> <p>b. beim Abwasser der zentralen Abwasserreinigungsanlage die Anforderungen an die Einleitung in</p>	<p>communes.</p> <p>⁵ Il est accessible au public.</p> <p>Art. 5 Planification communale de l'évacuation des eaux</p> <p>¹ Les cantons veillent à l'établissement de plans généraux d'évacuation des eaux (PGEE) qui garantissent dans les communes une protection efficace des eaux et une évacuation adéquate des eaux en provenance des zones habitées.</p> <p>² Le PGEE définit au moins:</p> <p>a. les périmètres à l'intérieur desquels les réseaux d'égouts publics doivent être construits;</p> <p>b. les zones dans lesquelles les eaux de ruissellement provenant des surfaces bâties ou imperméabilisées doivent être évacuées séparément des autres eaux à évacuer;</p> <p>c. les zones dans lesquelles les eaux non polluées doivent être évacuées par infiltration;</p> <p>d. les zones dans lesquelles les eaux non polluées doivent être déversées dans des eaux superficielles;</p> <p>e. les mesures à prendre pour que les eaux non polluées dont l'écoulement est permanent ne soient plus amenées à la station centrale d'épuration;</p> <p>f. l'endroit où les stations centrales d'épuration doivent être construites, le procédé de traitement dont elles doivent être équipées et la capacité qu'elles doivent avoir;</p> <p>g. les zones dans lesquelles des systèmes autres que les stations centrales d'épuration des eaux doivent être utilisés et comment les eaux doivent être évacuées dans ces zones.</p> <p>³ Au besoin, le PGEE est adapté:</p> <p>a. en fonction du développement des zones habitées;</p> <p>b. lorsqu'un PREE est établi ou modifié.</p> <p>⁴ Il est accessible au public.</p> <p>Art. 6 Déversement dans les eaux</p> <p>¹ L'autorité autorise le déversement d'eaux polluées dans les eaux superficielles, les drainages, les rivières et réseaux souterrains si les exigences fixées dans l'annexe 3 pour le déversement dans les eaux sont respectées.</p> <p>² Elle renforce ou complète les exigences:</p> <p>a. si, du fait du déversement d'eaux polluées, les eaux réceptrices ne respectent pas les exigences de qualité des eaux définies dans l'annexe 2 ou que cette décision s'impose pour respecter les exigences résultant de décisions ou d'accords internationaux, et</p>
--	---

ein Gewässer nicht oder nur mit unverhältnismässigen Massnahmen eingehalten werden können oder der Betrieb der Anlage in anderer Weise erschwert oder gestört werden kann;

c. der Klärschlamm der zentralen Abwasserreinigungsanlage, der nach dem Klärschlamm-Entsorgungsplan (Art. 18) als Dünger verwendet werden soll, die Anforderungen nach Anhang 2.6 der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung vom 18. Mai 2005 (ChemRRV) nicht erfüllt; oder

d. der Betrieb der Anlage, in der Klärschlamm verbrannt wird, erschwert oder gestört werden kann.

³ Sie kann die Anforderungen erleichtern, wenn:

a. durch eine Verminderung der eingeleiteten Abwassermenge trotz der Zulassung höherer Stoffkonzentrationen die Menge der eingeleiteten Stoffe, die Gewässer verunreinigen können, vermindert wird;

b. die Umwelt durch die Einleitung nicht verwertbarer Stoffe in Industrieabwasser gesamthaft weniger belastet wird als durch eine andere Entsorgung und beim Abwasser der zentralen Abwasserreinigungsanlage die Anforderungen an die Einleitung in ein Gewässer eingehalten werden; oder

c. dies für den Betrieb der Abwasserreinigungsanlage zweckmässig ist.

Art. 6 Einleitung in Gewässer

¹ Die Behörde bewilligt die Einleitung von verschmutztem Abwasser in oberirdische Gewässer, Drainagen sowie unterirdische Flüsse und Bäche, wenn die Anforderungen an die Einleitung in Gewässer nach Anhang 3 eingehalten sind.

² Sie verschärft oder ergänzt die Anforderungen, wenn:

a. die betroffenen Gewässer durch die Einleitung des Abwassers die Anforderungen an die Wasserqualität nach Anhang 2 nicht erfüllen oder wenn dies zur Einhaltung internationaler Vereinbarungen oder Beschlüsse erforderlich ist; und

b. auf Grund von Abklärungen (Art. 47) feststeht, dass die ungenügende Wasserqualität zu einem wesentlichen Teil auf die Einleitung des Abwassers zurückzuführen ist und die entsprechenden Massnahmen bei der Abwasserreinigungsanlage nicht unverhältnismässig sind.

³ Sie kann die Anforderungen verschärfen oder ergänzen, wenn die Wasserqualität nach Anhang 2 für eine besondere Nutzung des betroffenen Gewässers nicht ausreicht.

⁴ Sie kann die Anforderungen erleichtern, wenn:

b. si, sur la base d'investigations (art. 47), il est établi que la qualité insuffisante des eaux est due en grande partie au déversement des eaux polluées et que les mesures qui s'imposent dans la station d'épuration ne sont pas disproportionnées.

³ Elle peut renforcer ou compléter les exigences si la qualité des eaux définie dans l'annexe 2 n'est pas suffisante pour permettre une utilisation spécifique des eaux concernées.

⁴ Elle peut assouplir les exigences:

a. si une réduction de la quantité d'eaux déversées permet de diminuer la quantité de substances pouvant polluer les eaux, bien que des concentrations plus fortes de substances soient autorisées, ou

b. si le déversement de substances non valorisables présentes dans les eaux industrielles pollue globalement moins l'environnement qu'un autre mode d'élimination; les exigences de qualité des eaux définies dans l'annexe 2 et les décisions ou accords internationaux doivent être respectés.

Art. 7 Déversement dans les égouts publics

¹ L'autorité autorise le déversement dans les égouts publics des eaux industrielles visées dans l'annexe 3.2 ou d'autres eaux polluées visées dans l'annexe 3.3 si les exigences desdites annexes sont respectées.

² Elle renforce ou complète les exigences si, du fait du déversement de ces eaux polluées:

a. le fonctionnement des égouts publics peut être entravé ou perturbé;

b. les exigences relatives au déversement des eaux provenant de la station centrale d'épuration ne peuvent pas être respectées ou ne peuvent l'être qu'au prix de mesures disproportionnées, ou si le fonctionnement de la station peut être entravé ou perturbé d'une autre manière;

c. les boues produites par la station centrale d'épuration qui doivent servir d'engrais d'après le plan d'élimination des boues d'épuration (art. 18) ne satisfont pas aux exigences de l'annexe 2.6 de l'ordonnance du 18 mai 2005 sur la réduction des risques liés aux produits chimiques (ORRChim), ou si

d. le fonctionnement de la station dans laquelle sont incinérées les boues d'épuration peut être entravé ou perturbé.

³ Elle peut assouplir les exigences:

a. si une réduction de la quantité d'eaux déversées permet de diminuer la quantité de substances pouvant polluer les eaux, bien que des concentrations plus fortes de substances soient autorisées;

b. si le déversement de substances non valorisables pré-

a. durch eine Verminderung der eingeleiteten Abwassermenge trotz der Zulassung höherer Stoffkonzentrationen die Menge der eingeleiteten Stoffe, die Gewässer verunreinigen können, vermindert wird; oder

b. die Umwelt durch die Einleitung nicht verwertbarer Stoffe in Industrieabwasser gesamthaft weniger belastet wird als durch eine andere Entsorgung; die Anforderungen an die Wasserqualität nach Anhang 2 und internationale Vereinbarungen oder Beschlüsse müssen eingehalten werden.

Art. 7 Einleitung in die öffentliche Kanalisation

¹ Die Behörde bewilligt die Einleitung von Industrieabwasser nach Anhang 3.2 oder von anderem Abwasser nach Anhang 3.3 in die öffentliche Kanalisation, wenn die Anforderungen des entsprechenden Anhangs eingehalten sind.

² Sie verschärft oder ergänzt die Anforderungen, wenn durch die Einleitung des Abwassers:

a. der Betrieb der öffentlichen Kanalisation erschwert oder gestört werden kann;

b. beim Abwasser der zentralen Abwasserreinigungsanlage die Anforderungen an die Einleitung in ein Gewässer nicht oder nur mit unverhältnismässigen Massnahmen eingehalten werden können oder der Betrieb der Anlage in anderer Weise erschwert oder gestört werden kann;

c. der Klärschlamm der zentralen Abwasserreinigungsanlage, der nach dem Klärschlamm-Entsorgungsplan (Art. 18) als Dünger verwendet werden soll, die Anforderungen nach Anhang 2.6 der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung vom 18. Mai 2005 (ChemRRV) nicht erfüllt; oder

d. der Betrieb der Anlage, in der Klärschlamm verbrannt wird, erschwert oder gestört werden kann.

³ Sie kann die Anforderungen erleichtern, wenn:

a. durch eine Verminderung der eingeleiteten Abwassermenge trotz der Zulassung höherer Stoffkonzentrationen die Menge der eingeleiteten Stoffe, die Gewässer verunreinigen können, vermindert wird;

b. die Umwelt durch die Einleitung nicht verwertbarer Stoffe in Industrieabwasser gesamthaft weniger belastet wird als durch eine andere Entsorgung und beim Abwasser der zentralen Abwasserreinigungsanlage die Anforderungen an die Einleitung in ein Gewässer eingehalten werden; oder

c. dies für den Betrieb der Abwasserreinigungsanlage zweckmässig ist.

Art. 8 Versickerung

senten dans les eaux industrielles pollue globalement moins l'environnement qu'un autre mode d'élimination et que les eaux provenant de la station centrale d'épuration respectent les exigences relatives au déversement dans les eaux, ou

c. si cette mesure est opportune pour le fonctionnement de la station d'épuration.

Art. 8 Infiltration

¹ Il est interdit de laisser s'infiltrer les eaux polluées.

² L'autorité peut autoriser l'infiltration d'eaux polluées communales ou d'autres eaux polluées de composition analogue:

a. si les eaux polluées ont été traitées et que les exigences auxquelles est soumis le déversement dans les eaux sont respectées;

b. si les eaux du sous-sol concernées respectent, après infiltration des eaux polluées, les exigences de qualité des eaux définies dans l'annexe 2;

c. si les eaux sont infiltrées dans une station prévue à cet effet, si les valeurs indicatives fixées dans l'OSol ne sont pas dépassées même à long terme ou si la fertilité du sol est assurée même à long terme lorsqu'il n'existe pas de valeurs indicatives, et

d. si les exigences relatives au fonctionnement des installations d'évacuation et d'épuration qui déversent des eaux dans le milieu récepteur (art. 13 à 17) sont respectées.

Art. 29 Détermination des secteurs de protection des eaux et délimitation des zones et des périmètres de protection des eaux souterraines

¹ Lorsqu'ils subdivisent leur territoire en secteurs de protection des eaux (art. 19 LEaux), les cantons déterminent les secteurs particulièrement menacés et les autres secteurs. Les secteurs particulièrement menacés décrits à l'annexe 4, ch. 11, comprennent:

a. le secteur A_u de protection des eaux, destiné à protéger les eaux souterraines exploitables;

b. le secteur A_o de protection des eaux, destiné à protéger la qualité des eaux superficielles, si cela est nécessaire pour garantir une utilisation particulière des eaux;

c. l'aire d'alimentation Z_u, destinée à protéger la qualité des eaux qui alimentent des captages d'intérêt public, existants et prévus, si l'eau est polluée par des substances dont la dégradation ou la rétention sont insuffisantes, ou si de telles substances présentent un danger concret de pollution;

d. l'aire d'alimentation Z_o, destinée à protéger la qualité des eaux superficielles, si l'eau est polluée par des produits phytosanitaires ou des éléments fertilisants, entraînés par ruissellement.

¹ Das Versickernlassen von verschmutztem Abwasser ist verboten.

² Die Behörde kann das Versickernlassen von kommunalem Abwasser oder von anderem verschmutztem Abwasser vergleichbarer Zusammensetzung bewilligen, wenn:

a. das Abwasser behandelt worden ist und die Anforderungen an die Einleitung in Gewässer erfüllt;

b. beim betroffenen Grundwasser die Anforderungen an die Wasserqualität nach Anhang 2 nach der Versickerung des Abwassers eingehalten werden;

c. die Versickerung in einer dafür bestimmten Anlage erfolgt, die Richtwerte der VBBo auch langfristig nicht überschritten werden oder beim Fehlen von Richtwerten die Bodenfruchtbarkeit auch langfristig gewährleistet ist; und

d. die Anforderungen eingehalten sind, die für den Betrieb von Abwasseranlagen, die Abwasser in ein Gewässer einleiten, gelten (Art. 13–17).

Art. 29 Bezeichnung von Gewässerschutzbereichen sowie Ausscheidung von Grundwasserschutzzonen und -arealen

¹ Die Kantone bezeichnen bei der Einteilung ihres Gebiets in Gewässerschutzbereiche (Art. 19 GSchG) die besonders gefährdeten und die übrigen Bereiche. Die in Anhang 4 Ziffer 11 beschriebenen besonders gefährdeten Bereiche umfassen:

a. den Gewässerschutzbereich A_u zum Schutz nutzbarer unterirdischer Gewässer;

b. den Gewässerschutzbereich A_o zum Schutz der Wasserqualität oberirdischer Gewässer, wenn dies zur Gewährleistung einer besonderen Nutzung eines Gewässers erforderlich ist;

c. den Zuströmbereich Z_u zum Schutz der Wasserqualität bei bestehenden und geplanten, im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen, wenn das Wasser durch Stoffe verunreinigt ist, die nicht genügend abgebaut oder zurückgehalten werden, oder wenn die konkrete Gefahr einer Verunreinigung durch solche Stoffe besteht;

d. den Zuströmbereich Z_o zum Schutz der Wasserqualität oberirdischer Gewässer, wenn das Wasser durch abgeschwemmte Pflanzenschutzmittel oder Nährstoffe verunreinigt ist.

² Sie scheiden zum Schutz der im öffentlichen Interesse liegenden Grundwasserfassungen und -anreicherungsanlagen die in Anhang 4 Ziffer 12 umschriebenen Grundwasserschutzzonen (Art. 20 GSchG) aus. Sie können Grundwasserschutzzonen

² Ils délimitent, en vue de protéger les eaux du sous-sol qui alimentent des captages et des installations d'alimentation artificielle d'intérêt public, les zones de protection des eaux souterraines (art. 20 LEaux) décrites dans l'annexe 4, ch. 12. Ils peuvent également délimiter des zones de protection des eaux souterraines pour des captages et des installations d'alimentation artificielle d'intérêt public prévus, dont la localisation et la quantité à prélever sont fixées.

³ Ils délimitent, en vue de protéger les eaux souterraines destinées à être exploitées, les périmètres de protection des eaux souterraines (art. 21 LEaux) décrits dans l'annexe 4, ch. 13.

⁴ Pour déterminer les secteurs de protection des eaux et délimiter les zones et périmètres de protection des eaux souterraines, ils s'appuient sur les informations hydrogéologiques disponibles; si ces dernières ne suffisent pas, ils veillent à procéder aux investigations hydrogéologiques nécessaires.

Art. 30 Cartes de protection des eaux

¹ Les cantons établissent des cartes de protection des eaux et les adaptent en fonction des besoins. Ces dernières comportent au moins:

a. les secteurs de protection des eaux;

b. les zones de protection des eaux souterraines;

c. les périmètres de protection des eaux souterraines;

d. les résurgences, les captages et les installations d'alimentation artificielle importants pour l'approvisionnement en eau.

² Les cartes de protection des eaux sont accessibles au public. Les cantons remettent à l'office et à chaque canton limitrophe concerné un exemplaire des cartes des zones de protection des eaux (y compris les modifications).

Art. 33 Prélèvements dans des cours d'eau

¹ Les prélèvements dans des cours d'eau (art. 29 LEaux) présentant des tronçons à débit permanent et des tronçons sans débit permanent sont soumis à autorisation si le cours d'eau présente un débit permanent à l'endroit du prélèvement. Les conditions requises pour l'octroi de l'autorisation (art. 30 LEaux) ne doivent être remplies que pour les tronçons à débit permanent.

² Lorsque le cours d'eau ne présente pas de débit permanent à l'endroit du prélèvement, l'autorité veille à ce que soient prises les mesures requises en vertu de la loi fédérale du 1^{er} juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage et de la loi fédérale du 21 juin 1991 sur la pêche.

Art. 36 Inventaire des prélèvements d'eau existants

auch für geplante, im öffentlichen Interesse liegende Fassungen und Anreicherungsanlagen ausscheiden, deren Lage und Entnahmemenge feststehen.

³ Sie scheidet zum Schutz von zur Nutzung vorgesehenen unterirdischen Gewässern die in Anhang 4 Ziffer 13 umschriebenen Grundwasserschutzareale (Art. 21 GSchG) aus.

⁴ Sie stützen sich bei der Bezeichnung von Gewässerschutzbereichen sowie bei der Ausscheidung von Grundwasserschutzzonen und -arealen auf die vorhandenen hydrogeologischen Kenntnisse; reichen diese nicht aus, sorgen sie für die Durchführung der erforderlichen hydrogeologischen Abklärungen.

Art. 30 Gewässerschutzkarten

¹ Die Kantone erstellen Gewässerschutzkarten und passen diese nach Bedarf an. Die Gewässerschutzkarten enthalten mindestens:

- a. die Gewässerschutzbereiche;
- b. die Grundwasserschutzzonen;
- c. die Grundwasserschutzareale;
- d. die Grundwasseraustritte, -fassungen und -anreicherungsanlagen, die für die Wasserversorgung von Bedeutung sind.

² Die Gewässerschutzkarten sind öffentlich zugänglich. Die Kantone stellen dem Bundesamt und den betroffenen Nachbarkantonen je ein Exemplar der Gewässerschutzkarten (einschliesslich der Änderungen) zu.

Art. 33 Wasserentnahmen aus Fliessgewässern

¹ Für Wasserentnahmen aus Fliessgewässern (Art. 29 GSchG), die Abschnitte mit ständiger und Abschnitte ohne ständige Wasserführung aufweisen, ist eine Bewilligung erforderlich, wenn das Fliessgewässer am Ort der Wasserentnahme eine ständige Wasserführung aufweist. Die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung (Art. 30 GSchG) müssen nur in den Abschnitten mit ständiger Wasserführung erfüllt sein.

² Wenn das Gewässer am Ort der Wasserentnahme keine ständige Wasserführung aufweist, sorgt die Behörde dafür, dass die nach den Bundesgesetzen vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz und vom 21. Juli 1991 über die Fischerei erforderlichen Massnahmen getroffen werden.

Art. 36 Inventar der bestehenden Wasserentnahmen

¹ Für Wasserentnahmen, die der Wasserkraftnutzung dienen, nennt das Inventar (Art. 82 Abs. 1

¹ Pour les prélèvements servant à l'exploitation des forces hydrauliques, l'inventaire (art. 82, al. 1, LEaux) doit indiquer au moins:

- a. la dénomination et la localisation du prélèvement et de la restitution (nom, coordonnées, altitude, le cas échéant nom de la centrale et de la retenue);
- b. le début et la durée du droit d'utilisation, la portée de ce droit, en particulier le débit utilisable en m³/s, ainsi que le nom de l'utilisateur;
- c. le débit équipé en m³/s;
- d. le débit résiduel imposé jusqu'alors et son point de référence ou le débit de dotation en l/s;
- e. les autres obligations de céder de l'eau imposées à l'utilisateur;
- f. la participation de l'utilisateur à l'entretien et à la correction du cours d'eau;
- g. les autres conditions et équipements dans l'intérêt de la protection des eaux et de la pêche;
- h. le débit Q₃₄₇, le régime du cours d'eau en amont du prélèvement et les débits mensuels prélevés en m³/s, exprimés comme moyennes de plusieurs années, dans la mesure où ces données sont déjà disponibles au moment de l'inventaire;
- i. si le cours d'eau dans lequel l'eau est prélevée traverse ou non un paysage ou un biotope répertorié dans un inventaire national ou cantonal.

² Pour les prélèvements réalisés au moyen d'installations fixes qui peuvent être autorisés en vertu de l'art. 30, let. a, LEaux et qui ne servent pas à l'exploitation des forces hydrauliques, l'inventaire mentionne au minimum le but du prélèvement et les indications de l'al. 1, let. a, b, d, h et i.

³ Pour les prélèvements réalisés au moyen d'installations fixes qui peuvent être autorisés en vertu de l'art. 30, let. b ou c, LEaux et qui ne servent pas à l'exploitation des forces hydrauliques, l'inventaire mentionne au minimum les indications de l'al. 1, let. a et b.

<p>GschG) mindestens:</p> <p>a. die Bezeichnung der Wasserentnahme und -rückgabe (Namen, Koordinaten, Höhen ü.M., Namen der allfälligen Zentrale und Stauhaltung);</p> <p>b. den Beginn und die Dauer des verliehenen Nutzungsrechts, dessen Umfang, insbesondere die nutzbare Wassermenge in m³/s, sowie den Namen des Nutzungsberechtigten;</p> <p>c. die Ausbauwassermenge in m³/s;</p> <p>d. die bisher einzuhaltende Restwassermenge mit Ortsangabe oder die Dotierwassermenge in l/s;</p> <p>e. andere dem Nutzungsberechtigten auferlegte Pflichten zur Abgabe von Wasser;</p> <p>f. die Beteiligung des Nutzungsberechtigten an der Korrektur und am Unterhalt des Gewässers;</p> <p>g. weitere Auflagen oder Einrichtungen im Interesse des Gewässerschutzes und der Fischerei;</p> <p>h. soweit die entsprechenden Daten bereits vorliegen, Angaben über die Abflussmenge Q₃₄₇, das Abflussregime des Fliessgewässers oberhalb der Wasserentnahme und die dem Gewässer in jedem Monat entnommene Wassermenge in m³/s, gemittelt über mehrere Jahre;</p> <p>i. Angaben darüber, ob das Wasser aus einem Fliessgewässer entnommen wird, das sich in Landschaften oder Lebensräumen befindet, die in nationalen oder kantonalen Inventaren aufgeführt sind.</p> <p>² Für Entnahmen mit festen Einrichtungen, die nach Artikel 30 Buchstabe a GSchG bewilligt werden können und die nicht der Wasserkraftnutzung dienen, nennt das Inventar mindestens den Zweck der Entnahme und die Angaben nach Absatz 1 Buchstaben a, b, d, h und i.</p> <p>³ Für Entnahmen mit festen Einrichtungen, die nach Artikel 30 Buchstabe b oder c GSchG bewilligt werden können und die nicht der Wasserkraftnutzung dienen, enthält das Inventar die Angaben nach Absatz 1 Buchstaben a und b.</p>	
<p>SR 814.202 Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten</p> <p>Art. 12 Kataster</p> <p>Die Kantone führen einen Kataster der Anlagen. Der Kataster enthält mindestens für die bewilligungspflichtigen Anlagen die zur Gewährleistung des Vollzugs erforderlichen Angaben.</p>	<p>RS 814.202 Ordonnance sur la protection des eaux contre les liquides pouvant les polluer</p> <p>Art. 12 Registre des installations</p> <p>Les cantons tiennent un registre des installations. Il contient, pour les installations soumises à autorisation, au moins les données nécessaires à l'exécution de la présente ordonnance.</p>
<p>SR 814.41 Lärmschutz-Verordnung</p> <p>Art. 29 Ausscheidung neuer Bauzonen und neuer</p>	<p>RS 814.41 Ordonnance sur la protection contre le bruit</p> <p>Art. 29 Délimitation de nouvelles zones à bâtir et de</p>

Zonen mit erhöhtem Lärmschutzbedürfnis

¹ Neue Bauzonen für Gebäude mit lärmempfindlichen Räumen und neue nicht überbaubare Zonen mit erhöhtem Lärmschutzbedürfnis dürfen nur in Gebieten ausgeschieden werden, in denen die Lärmimmissionen die Planungswerte nicht überschreiten oder in denen diese Werte durch planerische, gestalterische oder bauliche Massnahmen eingehalten werden können.

² ...

Art. 31 Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten

¹ Sind die Immissionsgrenzwerte überschritten, so dürfen Neubauten und wesentliche Änderungen von Gebäuden mit lärmempfindlichen Räumen nur bewilligt werden, wenn diese Werte eingehalten werden können:

- a. durch die Anordnung der lärmempfindlichen Räume auf der dem Lärm abgewandten Seite des Gebäudes; oder
- b. durch bauliche oder gestalterische Massnahmen, die das Gebäude gegen Lärm abschirmen.

² Können die Immissionsgrenzwerte durch Massnahmen nach Absatz 1 nicht eingehalten werden, so darf die Baubewilligung nur erteilt werden, wenn an der Errichtung des Gebäudes ein überwiegendes Interesse besteht und die kantonale Behörde zustimmt.

³ Die Grundeigentümer tragen die Kosten für die Massnahmen.

Art. 37 Lärmbelastungskataster

¹ Bei Strassen, Eisenbahnanlagen und Flugplätzen hält die Vollzugsbehörde die nach Artikel 36 ermittelten Lärmimmissionen in je einem Kataster fest (Lärmbelastungskataster).

² Die Lärmbelastungskataster geben an:

- a. die ermittelte Lärmbelastung;
- b. die angewendeten Berechnungsverfahren;
- c. die Eingabedaten für die Lärmberechnung;
- d. die in der Nutzungsplanung festgelegte Nutzung der lärmbelasteten Gebiete;
- e. die geltenden Empfindlichkeitsstufen;
- f. die Anlagen und ihre Eigentümer;
- g. die Anzahl Personen, die von über den massgebenden Belastungsgrenzwerten liegenden Lärmim-

nouvelles zones requérant une protection accrue contre le bruit

¹ Les nouvelles zones à bâtir destinées à des bâtiments comprenant des locaux à usage sensible au bruit, et les nouvelles zones non constructibles qui requièrent une protection accrue contre le bruit, ne peuvent être délimitées qu'en des secteurs où les immissions de bruit ne dépassent pas les valeurs de planification ou en des secteurs dans lesquels des mesures de planification, d'aménagement ou de construction permettent de respecter ces valeurs.

² ...

Art. 31 Permis de construire dans des secteurs exposés au bruit

¹ Lorsque les valeurs limites d'immission sont dépassées, les nouvelles constructions ou les modifications notables de bâtiments comprenant des locaux à usage sensible au bruit, ne seront autorisées que si ces valeurs peuvent être respectées par:

- a. la disposition des locaux à usage sensible au bruit sur le côté du bâtiment opposé au bruit; ou
- b. des mesures de construction ou d'aménagement susceptibles de protéger le bâtiment contre le bruit.

² Si les mesures fixées à l'al. 1 ne permettent pas de respecter les valeurs limites d'immission, le permis de construire ne sera délivré qu'avec l'assentiment de l'autorité cantonale et pour autant que l'édification du bâtiment présente un intérêt prépondérant.

³ Le coût des mesures est à la charge des propriétaires du terrain.

Art. 37 Cadastres de bruit

¹ Pour les routes, les installations ferroviaires et les aéroports, l'autorité d'exécution consigne dans un cadastre (cadastre de bruit) les immissions de bruit déterminées selon l'art. 36.

² Les cadastres de bruit indiquent:

- a. l'exposition au bruit déterminée;
- b. les modèles de calcul utilisés;
- c. les données d'entrée pour le calcul du bruit;
- d. l'affectation des territoires exposés au bruit selon le plan d'affectation;
- e. les degrés de sensibilité attribués;
- f. les installations et leurs propriétaires;
- g. le nombre de personnes concernées par des immissions de bruit supérieures aux valeurs limites d'exposition en vigueur.

<p>missionen betroffen ist.</p> <p>³ Die Vollzugsbehörde sorgt für die Überprüfung und Berichtigung der Kataster.</p> <p>⁴ Sie reicht die Lärmbelastungskataster auf Aufforderung hin dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft ein. Dieses kann Empfehlungen für eine vergleichbare Erfassung und Darstellung der Daten erlassen.</p> <p>⁵ Für die Ermittlung der Lärmimmissionen, die der Flughafen Basel-Mülhausen auf dem Gebiet der Schweiz erzeugt, sorgt das Bundesamt für Zivilluftfahrt.</p> <p>⁶ Jede Person kann die Lärmbelastungskataster so weit einsehen, als nicht das Fabrikations- und Geschäftsgeheimnis und keine anderen überwiegenden Interessen entgegenstehen.</p> <p>Art. 43 Empfindlichkeitsstufen</p> <p>¹ In Nutzungszonen nach Artikel 14 ff. des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 gelten folgende Empfindlichkeitsstufen:</p> <p>a. die Empfindlichkeitsstufe I in Zonen mit einem erhöhten Lärmschutzbedürfnis, namentlich in Erholungszonen;</p> <p>b. die Empfindlichkeitsstufe II in Zonen, in denen keine störenden Betriebe zugelassen sind, namentlich in Wohnzonen sowie Zonen für öffentliche Bauten und Anlagen;</p> <p>c. die Empfindlichkeitsstufe III in Zonen, in denen mässig störende Betriebe zugelassen sind, namentlich in Wohn- und Gewerbebezonen (Mischzonen) sowie Landwirtschaftszonen;</p> <p>d. die Empfindlichkeitsstufe IV in Zonen, in denen stark störende Betriebe zugelassen sind, namentlich in Industriezonen.</p> <p>² Teilen von Nutzungszonen der Empfindlichkeitsstufe I oder II kann die nächst höhere Stufe zugeordnet werden, wenn sie mit Lärm vorbelastet sind.</p>	<p>³ L'autorité d'exécution veille à ce que les cadastres soient contrôlés et rectifiés.</p> <p>⁴ Elle remet les cadastres à l'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage à sa demande. L'office peut édicter des recommandations afin que les données soient saisies et présentées de manière comparable.</p> <p>⁵ L'Office fédéral de l'aviation civile est responsable de la détermination des immissions de bruit provoquées par l'aéroport de Bâle-Mulhouse sur le territoire suisse.</p> <p>⁶ Toute personne peut consulter les cadastres de bruit dans la mesure où ni le secret d'affaires et de fabrication ni d'autres intérêts prépondérants ne s'y opposent.</p> <p>Art. 43 Degrés de sensibilité</p> <p>¹ Dans les zones d'affectation selon les art. 14 et suivants de la loi fédérale du 22 juin 1979 sur l'aménagement du territoire, les degrés de sensibilité suivants sont à appliquer:</p> <p>a. le degré de sensibilité I dans les zones qui requièrent une protection accrue contre le bruit, notamment dans les zones de détente;</p> <p>b. le degré de sensibilité II dans les zones où aucune entreprise gênante n'est autorisée, notamment dans les zones d'habitation ainsi que dans celles réservées à des constructions et installations publiques;</p> <p>c. le degré de sensibilité III dans les zones où sont admises des entreprises moyennement gênantes, notamment dans les zones d'habitation et artisanales (zones mixtes) ainsi que dans les zones agricoles;</p> <p>d. le degré de sensibilité IV dans les zones où sont admises des entreprises fortement gênantes, notamment dans les zones industrielles.</p> <p>² On peut déclasser d'un degré les parties de zones d'affectation du degré de sensibilité I ou II, lorsqu'elles sont déjà exposées au bruit.</p>
<p>SR 814.501 Strahlenschutzverordnung</p> <p>Art. 115 Radongebiete</p> <p>¹ Die Kantone sorgen dafür, dass auf ihrem Gebiet eine genügende Anzahl von Messungen durchgeführt wird.</p> <p>² Sie bestimmen die Gebiete mit erhöhten Radongaskonzentrationen und passen diese aufgrund der Daten der Messungen laufend an.</p> <p>³ Die Kantone sorgen dafür, dass in Gebieten mit</p>	<p>RS 814.501 Ordonnance sur la radioprotection</p> <p>Art. 115 Cadastres du radon</p> <p>¹ Les cantons veillent à ce qu'un nombre suffisant de mesures de la concentration de gaz radon soient effectuées sur leur territoire.</p> <p>² Ils établissent un cadastre des régions à concentrations accrues de gaz radon et veillent à ce qu'il soit mis à jour en fonction des données fournies par les mesures.</p> <p>³ Dans les régions à concentrations accrues de radon, ils</p>

<p>erhöhten Radongaskonzentrationen in einer genügenden Anzahl von Wohn-, Aufenthalts- und Arbeitsräumen in öffentlichen Gebäuden Messungen durchgeführt werden.</p> <p>⁴ Die Pläne der Gebiete mit erhöhten Radongaskonzentrationen können von jeder Person eingesehen werden.</p>	<p>veillent à ce que des mesures soient effectuées dans un nombre suffisant de locaux d'habitation, de séjour et de travail dans les bâtiments publics.</p> <p>⁴ Toute personne peut consulter les cadastres des régions à concentrations accrues de radon.</p>
<p>SR 814.680 Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten</p> <p>Art. 1 Zweck und Gegenstand</p> <p>¹ Diese Verordnung soll sicherstellen, dass belastete Standorte saniert werden, wenn sie zu schädlichen oder lästigen Einwirkungen führen oder wenn die konkrete Gefahr besteht, dass solche Einwirkungen entstehen.</p> <p>² Sie regelt für die Bearbeitung belasteter Standorte die folgenden Verfahrensschritte:</p> <p>a. die Erfassung in einem Kataster;</p> <p>b. die Beurteilung der Überwachungs- und Sanierungsbedürftigkeit;</p> <p>c. die Beurteilung der Ziele und der Dringlichkeit der Sanierung;</p> <p>d. die Festlegung der Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsmassnahmen.</p> <p>Art. 5 Erstellung des Katasters</p> <p>¹ Die Behörde ermittelt die belasteten Standorte, indem sie vorhandene Angaben wie Karten, Verzeichnisse und Meldungen auswertet. Sie kann von den Inhabern oder Inhaberinnen der Standorte oder von Dritten Auskünfte einholen.</p> <p>² Sie teilt den Inhabern oder den Inhaberinnen die zur Eintragung in den Kataster vorgesehenen Angaben mit und gibt ihnen Gelegenheit, Stellung zu nehmen und Abklärungen durchzuführen. Auf deren Verlangen trifft sie eine Feststellungsverfügung.</p> <p>³ Sie trägt diejenigen Standorte in den Kataster ein, bei denen nach den Absätzen 1 und 2 feststeht oder mit grosser Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass sie belastet sind. Soweit möglich enthalten die Einträge Angaben über:</p> <p>a. Lage;</p> <p>b. Art und Menge der an den Standort gelangten Abfälle;</p> <p>c. Ablagerungszeitraum, Betriebszeitraum oder Unfallzeitpunkt;</p> <p>d. bereits durchgeführte Untersuchungen und Mass-</p>	<p>RS 814.680 Ordonnance sur l'assainissement des sites pollués</p> <p>Art. 1 But et objet</p> <p>¹ La présente ordonnance vise à garantir que les sites pollués seront assainis s'ils causent des atteintes nuisibles ou incommodantes à l'environnement, ou s'il existe un danger concret que de telles atteintes apparaissent.</p> <p>² Elle règle les modalités du traitement des sites pollués selon les étapes suivantes:</p> <p>a. recensement des sites pollués et établissement d'un cadastre;</p> <p>b. détermination des besoins de surveillance et d'assainissement;</p> <p>c. évaluation des buts et de l'urgence de l'assainissement;</p> <p>d. fixation des mesures d'investigation, de surveillance et d'assainissement.</p> <p>Art. 5 Etablissement du cadastre</p> <p>¹ L'autorité recense les sites pollués en dépouillant les données disponibles telles que cartes, inventaires et informations. Elle peut demander des renseignements aux détenteurs des sites ou à des tiers.</p> <p>² Elle communique au détenteur les données qu'elle prévoit d'inscrire au cadastre et lui donne la possibilité de se prononcer et de fournir des éclaircissements. A la demande du détenteur, elle rend une décision en constatation.</p> <p>³ Elle inscrit au cadastre les sites dont la pollution est établie ou très probable selon les al. 1 et 2. L'inscription doit renseigner dans la mesure du possible sur:</p> <p>a. l'emplacement;</p> <p>b. le type et la quantité de déchets présents sur le site;</p> <p>c. la période de stockage des déchets, la période d'exploitation ou la date de l'accident;</p> <p>d. les investigations et les mesures de protection de l'environnement déjà réalisées;</p> <p>e. les atteintes déjà constatées;</p> <p>f. les domaines de l'environnement menacés;</p> <p>g. les événements particuliers tels que l'incinération de</p>

<p>nahmen zum Schutz der Umwelt;</p> <p>e. bereits festgestellte Einwirkungen;</p> <p>f. gefährdete Umweltbereiche;</p> <p>g. besondere Vorkommnisse wie Verbrennung von Abfällen, Rutschungen, Überschwemmungen, Brände oder Störfälle.</p> <p>⁴ Die Behörde teilt die belasteten Standorte nach den Angaben im Kataster, insbesondere über Art und Menge der an den Standort gelangten Abfälle, in folgende Kategorien ein:</p> <p>a. Standorte, bei denen keine schädlichen oder lästigen Einwirkungen zu erwarten sind; und</p> <p>b. Standorte, bei denen untersucht werden muss, ob sie überwachungs- oder sanierungsbedürftig sind.</p> <p>⁵ Für die Durchführung der Untersuchungen erstellt die Behörde eine Prioritätenordnung. Dabei berücksichtigt sie nach den Angaben im Kataster die Art und Menge der an die belasteten Standorte gelangten Abfälle, die Möglichkeit zur Freisetzung von Stoffen sowie die Bedeutung der betroffenen Umweltbereiche.</p>	<p>déchets, les glissements de terrain, les inondations, les incendies ou les accidents majeurs.</p> <p>⁴ Sur la base des indications figurant dans le cadastre, en particulier de celles qui concernent les types de déchets déposés sur le site et leur quantité, l'autorité classe les sites pollués en deux catégories:</p> <p>a. les sites pour lesquels on ne s'attend à aucune atteinte nuisible ou incommode, et</p> <p>b. les sites pour lesquels il faut procéder à une investigation afin de déterminer s'ils nécessitent une surveillance ou un assainissement.</p> <p>⁵ L'autorité établit une liste de priorités pour l'exécution des investigations. Ce faisant, elle tient compte, selon les informations figurant dans le cadastre, du type et de la quantité de déchets déposés sur le site pollué, de la possibilité de dissémination de substances ainsi que de l'importance des domaines de l'environnement concernés.</p>
<p>SR 814.710 Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung</p> <p>Art. 16</p> <p>Bauzonen dürfen nur dort ausgeschieden werden, wo die Anlagegrenzwerte nach Anhang 1 von bestehenden und raumplanungsrechtlich festgesetzten geplanten Anlagen eingehalten sind oder mit planerischen oder baulichen Massnahmen eingehalten werden können.</p>	<p>RS 814.710 Ordonnance sur la protection contre le rayonnement non ionisant</p> <p>Art. 16</p> <p>Les zones à bâtir ne doivent être définies que là où les valeurs limites de l'installation au sens de l'annexe 1 sont respectées, ou peuvent l'être grâce à des mesures de planification ou de construction. Sont à considérer les installations existantes ainsi que les projets établis conformément au droit de l'aménagement du territoire.</p>
<p>SR 842.1 WFV,</p> <p>Art. 50 Grundbucheintrag</p> <p>Wird Bundeshilfe für den Erwerb von Wohnraum beantragt, so darf der Eintrag ins Grundbuch erst erfolgen, wenn die zuständige Stelle Bundeshilfe zugesichert hat. Ausnahmsweise kann der Grundbucheintrag vorher erfolgen, wenn die zuständige Stelle dies schriftlich bewilligt hat.</p>	<p>RS 842.1 Ordonnance encourageant le logement à loyer ou à prix modérés</p> <p>Art. 50 Inscription au registre foncier</p> <p>Si l'aide fédérale est demandée pour l'acquisition de logements, l'inscription au registre foncier ne peut avoir lieu que lorsque l'office compétent a accordé l'aide fédérale. Exceptionnellement, l'inscription peut être anticipée si le service compétent l'autorise par écrit.</p>
<p>SR 843 Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz</p> <p>Art. 3 Verhältnis zur Raumplanung und zum Umweltschutz</p> <p>Der Bund fördert die Erschliessung von Bauland nach Massgabe der Raumplanung und des Umweltschutzes. Er trifft nach den folgenden Bestimmungen zusätzliche Massnahmen zur Förderung und Sicherstellung der Erschliessung sowie zur Beschaf-</p>	<p>RS 843 Loi fédérale encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements</p> <p>Art. 3 Relation avec l'aménagement du territoire et la protection de l'environnement</p> <p>La Confédération encourage l'équipement de terrains à bâtir dans le cadre des prescriptions sur l'aménagement du territoire et la protection de l'environnement. Elle prend, conformément aux dispositions ci-après, des mesures complémentaires en vue d'améliorer et d'assurer</p>

<p>fung von Land für den Wohnungsbau und kann hierfür besondere Hilfe leisten.</p> <p>Art. 5 Erschliessungspflicht</p> <p>¹ Die Grob- und Feinerschliessung der für den Wohnungsbau bestimmten Bauzonen ist entsprechend dem Bedarf in angemessenen Etappen innerhalb von 10 bis 15 Jahren durchzuführen.</p> <p>² Das kantonale Recht bezeichnet die für die Erschliessung verantwortlichen öffentlichrechtlichen Körperschaften. Es kann die Feinerschliessung den Eigentümern überbinden und hat in diesem Fall die Ersatzvornahme durch die öffentlichrechtlichen Körperschaften vorzusehen.</p> <p>Art. 9 Bauverpflichtung</p> <p>¹ Werden die Eigentumsverhältnisse nach Artikel 8 neu geordnet, so kann die Zuteilung der Grundstücke mit der Auflage verbunden werden, dass die Grundstücke in einer für den Eigentümer zumutbaren Frist überbaut oder für Zwecke, die der Überbauung dienen, zur Verfügung gestellt werden (Bauverpflichtung).</p> <p>² Die Bauverpflichtung ist im Grundbuch anzumerken.</p> <p>Art. 14 Raumplanung</p> <p>Die Erschliessungsanlagen, für deren Erstellung die Bundeshilfe verlangt wird, müssen den Richt- und Nutzungsplänen entsprechen.</p>	<p>cet équipement, ainsi que d'acquérir les terrains nécessaires à la construction de logements et peut accorder à ces fins une aide spéciale.</p> <p>Art. 5 Obligation d'équiper</p> <p>¹ L'équipement général et l'équipement de raccordement des zones destinées à la construction de logements doivent être réalisés par étapes adéquates, compte tenu des besoins, dans un délai maximum de dix à quinze ans.</p> <p>² Le droit cantonal désigne les collectivités de droit public responsables de l'équipement. Il peut reporter sur les propriétaires l'obligation de procéder au raccordement; dans ce cas, il doit prévoir l'exécution subsidiaire par les collectivités de droit public.</p> <p>Art. 9 Obligation de construire</p> <p>¹ Lorsque les rapports de propriété sont réglés à nouveau selon l'art. 8, l'attribution des biens-fonds peut être liée à l'obligation des propriétaires d'y construire dans un délai acceptable ou de les mettre à disposition à des fins de construction (obligation de construire).</p> <p>² L'obligation de construire doit être mentionnée au registre foncier.</p> <p>Art. 14 Aménagement du territoire</p> <p>Les installations d'équipement pour l'établissement desquelles l'aide de la Confédération est sollicitée doivent être conformes aux plans directeurs et aux plans d'affectation.</p>
<p>SR 843.1 Verordnung zum Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz</p> <p>Art. 1 Erschliessungsbeiträge der Grundeigentümer</p> <p>¹ Die Gesamtheit der Grundeigentümer muss wenigstens tragen:</p> <p>a. von den Kosten für Anlagen der Groberschliessung: 30 Prozent;</p> <p>b. von den Kosten für Anlagen der Feinerschliessung: 70 Prozent.</p> <p>² Dienen Anlagen gleichzeitig der Grob- und der Feinerschliessung, so sind die Kostenanteile nach dem Verhältnis der Erschliessungsfunktionen zu berechnen.</p> <p>³ Die Kantone können Gebühren für den Anschluss an Anlagen der Groberschliessung Erschliessungsbeiträgen gleichstellen, wenn die Anschlussgebühren innerhalb von drei Jahren nach der Fertigstellung der einzelnen Erschliessungsanlagen bezahlt</p>	<p>RS 843.1 Ordonnance relative à la loi fédérale encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements</p> <p>Art. 1 Contributions d'équipement des propriétaires fonciers</p> <p>¹ L'ensemble des propriétaires fonciers supportent au moins:</p> <p>a. 30 pour cent des frais des installations d'équipement général;</p> <p>b. 70 pour cent des frais des installations de raccordement.</p> <p>² Lorsque des installations sont à la fois d'équipement général et de raccordement, la part des frais à la charge des propriétaires se calcule, pour chacune des catégories d'équipement, selon la proportion qu'elle représente dans l'ensemble des installations.</p> <p>³ Les cantons peuvent assimiler aux contributions d'équipement les taxes de raccordement aux installations d'équipement général, à condition que ces taxes soient</p>

<p>werden.</p> <p>⁴ Die Kantone können bei Anlagen der Energie- und Wasserversorgung ganz oder teilweise auf die Erschliessungsbeiträge verzichten, wenn nachgewiesen ist, dass der Betrieb sowohl die Betriebs- als auch die Erschliessungskosten deckt.</p> <p>Art. 3 Empfänger der Hilfe</p> <p>¹ Empfänger der Hilfe sind Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie rechtlich selbständige Unternehmen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen Land für den Wohnungsbau erschliessen.</p> <p>² Die Hilfe kann Trägern und Organisationen des Wohnungsbaus gewährt werden, wenn sie aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften oder mit Zustimmung der zuständigen Behörden vertraglich Erschliessungspflichten übernommen haben.</p> <p>Art. 5 Voraussetzungen</p> <p>¹ Hilfe wird an die Erwerbskosten von Grundstücken gewährt, die als Bauland für Wohnungszwecke eingezont sind. Ausnahmsweise kann Hilfe an die Erwerbskosten noch nicht eingezonter Grundstücke gewährt werden, wenn von den zuständigen Behörden zugesichert wird, dass die Grundstücke innerhalb nützlicher Frist eingezont werden.</p> <p>² Es wird in der Regel nur Hilfe gewährt, wenn in der betreffenden Gegend für die nächsten zehn Jahre ein Bedarf an Neuwohnungen besteht.</p>	<p>versées dans les trois ans à compter de l'achèvement des installations d'équipement.</p> <p>⁴ Les cantons peuvent renoncer à exiger tout ou partie des contributions d'équipement pour des installations d'alimentation en énergie et en eau, à condition que le propriétaire foncier prouve que l'exploitation des installations couvre à la fois les coûts d'exploitation et les frais d'équipement.</p> <p>Art. 3 Bénéficiaires de l'aide</p> <p>¹ Les bénéficiaires de l'aide sont les communes, les autres collectivités de droit public et les entreprises juridiquement indépendantes qui, en vertu d'obligations de droit public, équipent des terrains en vue de la construction de logements.</p> <p>² L'aide peut être accordée à des maîtres de l'ouvrage et à des organisations s'occupant de la construction de logements s'ils se sont engagés contractuellement à équiper des terrains en vertu de prescriptions de droit public ou avec l'approbation des autorités compétentes.</p> <p>Art. 5 Conditions</p> <p>¹ Une aide est accordée, à titre de participation aux frais d'acquisition de terrain, pour des biens-fonds situés dans des zones à bâtir réservées à la construction de logements. Une aide à titre de participation aux frais d'acquisition de terrain peut être accordée exceptionnellement pour des biens-fonds non encore attribués à une zone à bâtir, si les autorités compétentes assurent qu'ils le seront en temps utile.</p> <p>² L'aide ne sera généralement accordée que s'il apparaît qu'il faudra disposer dans la région de nouveaux logements au cours des dix années suivantes.</p>
<p>SR 844 Bundesgesetz über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten</p> <p>Art. 1</p> <p>Grundsatz</p> <p>¹ Der Bund unterstützt die Massnahmen der Kantone zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten mit Finanzhilfen im Rahmen der bewilligten Kredite.</p> <p>² Die Finanzhilfen werden gewährt für Arbeiten, die der Schaffung gesunder Wohnverhältnisse für Familien und Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen dienen.</p> <p>³ Der Bund gewährt die Finanzhilfen auch dann, wenn eine verbesserte oder eine zusätzliche Wohnung erst bei der Bauabrechnung von einer Familie oder Personen in bescheidenen finanziellen Ver-</p>	<p>RS 844 Loi fédérale concernant l'amélioration du logement dans les régions de montagne</p> <p>Art. 1</p> <p>Principe</p> <p>¹ Dans la limite des crédits dont elle dispose, la Confédération soutient par des aides financières les mesures que prennent les cantons pour améliorer le logement dans les régions de montagne.</p> <p>² Les aides financières sont allouées pour des ouvrages permettant de procurer de saines conditions d'habitation à des familles et personnes à ressources modestes.</p> <p>³ La Confédération accorde l'aide financière même si un logement amélioré ou supplémentaire ne sera occupé par une famille ou des personnes à ressources modestes qu'au moment du décompte de construction.</p>

<p>hältnissen bewohnt wird.</p> <p>Art. 2</p> <p>Abgrenzung der Berggebiete</p> <p>¹ Für die Abgrenzung der Berggebiete ist der eidgenössische landwirtschaftliche Produktionskataster wegleitend.</p> <p>² Gemeinden oder Gemeindeteile mit städtischem Charakter gehören nicht zum Berggebiet im Sinne dieses Gesetzes.</p>	<p>Art. 2</p> <p>Délimitation des régions de montagne</p> <p>¹ La délimitation des régions de montagne s'opère selon le cadastre de la production agricole.</p> <p>² Les communes ou parties de commune de caractère urbain ne sont pas comprises dans les régions de montagne au sens de la présente loi.</p>
<p>SR 844.1 Verordnung über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten</p> <p>Art. 2 Abgrenzung des Berggebiets</p> <p>¹ Als Berggebiet im Sinne von Artikel 2 des Bundesgesetzes gelten das Sömmerungsgebiet, die Bergzonen I - IV und die Hügelzone gemäss den Absätzen 2, 3 und 4 von Artikel 1 der Verordnung vom 7. Dezember 1998 über den landwirtschaftlichen Produktionskataster und die Ausscheidung von Zonen.</p> <p>² Bauzonen im Hauptsiedlungsgebiet von Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern gelten nicht als Berggebiet.</p>	<p>RS 844.1 Ordonnance concernant l'amélioration du logement dans les régions de montagne</p> <p>Art. 2 Délimitation de la région de montagne</p> <p>¹ Sont réputées régions de montagne au sens de l'art. 2 de la loi, les zones d'estivage, les zones de montagne I à IV et les zones de collines au sens de l'art. 1, al. 2 à 4, de l'ordonnance du 7 décembre 1998 sur le cadastre de la production agricole et la délimitation de zones.</p> <p>² Dans les communes de 10 000 habitants et plus, la zone à bâtir située sur le territoire de l'agglomération principale n'est pas réputée région de montagne.</p>
<p>SR 910.1 Bundesgesetz über die Landwirtschaft</p> <p>Art. 30 Milchkontingentierung</p> <p>¹ Der Bundesrat beschränkt die Produktion von Verkehrsmilch, indem er für die einzelnen Produzenten und Produzentinnen Kontingente vorsieht.</p> <p>² Bei der Festlegung der Kontingente kann er den Gehalt der Milch, insbesondere den Fettgehalt, berücksichtigen.</p> <p>³ Der Bundesrat kann je Hektare eine Höchstmenge festlegen und diese nach den Zonen des Produktionskatasters (Art. 4) abstufen.</p>	<p>RS 910.1 Loi fédérale sur l'agriculture</p> <p>Art. 30 Contingentement laitier</p> <p>¹ Le Conseil fédéral limite la production de lait destiné à la commercialisation en attribuant des contingents aux producteurs.</p> <p>² En fixant les contingents, le Conseil fédéral peut prendre en considération la composition du lait, notamment la teneur en matière grasse.</p> <p>³ Il peut déterminer le contingent maximal par hectare et l'échelonner en fonction des zones du cadastre de production (art. 4).</p>
<p>SR 910.13 Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft</p> <p>Art. 4 Zu Direktzahlungen berechtigte Flächen</p> <p>¹ Zu Direktzahlungen berechtigt die landwirtschaftliche Nutzfläche mit Ausnahme der Flächen, die mit Baumschulen, Forstpflanzen, Zierpflanzen und Gewächshäusern mit festem Fundament belegt sind.</p> <p>² Für angestammte Flächen in der ausländischen Wirtschaftszone werden nur Flächenbeiträge, Beiträge für den biologischen Landbau und Beiträge für</p>	<p>RS 910.13 Ordonnance sur les paiements directs versés dans l'agriculture</p> <p>Art. 4 Surfaces donnant droit aux paiements directs</p> <p>¹ Donne droit aux paiements directs la surface agricole utile, à l'exception des surfaces aménagées en pépinières ou réservées à des plantes forestières ou ornementales, ou encore des surfaces sous serres reposant sur des fondations en dur.</p> <p>² Les surfaces exploitées par tradition dans la zone limitrophe étrangère ne donnent droit qu'aux contributions à</p>

die extensive Produktion von Getreide und Raps ausgerichtet. Die Beitragssätze betragen 75 Prozent der Ansätze für das Inland.

³ Für Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere und für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen wird nur die angestammte Fläche in der ausländischen Wirtschaftszone angerechnet.

⁴ Für nicht angestammte Flächen im Ausland werden keine Direktzahlungen ausgerichtet.

⁵ Für Flächen nach Artikel 45 Absatz 3^{bis}, die nicht jährlich genutzt werden, werden in den Jahren ohne Nutzung die Ökobeiträge, sowie zwei Drittel der Flächenbeiträge ausgerichtet. Diese Ausnahmebestimmung gilt nicht für Flächen, die nach Artikel 16 der Landwirtschaftlichen Begriffsverordnung vom 7. Dezember 1998 (LBV) von der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) ausgeschlossen sind.

la surface, aux contributions pour la culture biologique et aux contributions pour la production extensive de céréales et de colza. Les taux des contributions correspondent à 75 % des taux appliqués dans le pays.

³ En ce qui concerne les contributions pour la garde d'animaux consommant des fourrages grossiers et pour la garde d'animaux dans des conditions difficiles, seule la surface des terres exploitées par tradition dans la zone limitrophe étrangère est prise en compte.

⁴ Les surfaces à l'étranger qui ne sont pas exploitées par tradition ne donnent pas droit aux paiements directs.

⁵ Pour les surfaces visées à l'art. 45, al. 3^{bis}, qui ne font pas chaque année l'objet d'une exploitation, les contributions écologiques ainsi que les deux tiers des contributions à la surface sont également versés les années où ces surfaces ne sont pas utilisées. Cette disposition dérogatoire ne s'applique pas aux surfaces qui sont exclues de la surface agricole utile (SAU) au sens de l'art. 16 de l'ordonnance du 7 décembre 1998 sur la terminologie agricole (OTerm).

SR 910.17 Verordnung über Flächen- und Verarbeitungsbeiträge im Ackerbau

Art. 1 Beitragsberechtigung

¹ Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen, die auf eigene Rechnung und Gefahr einen Betrieb führen und ihren zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz haben, erhalten je Hektare und Jahr die folgenden Anbaubeiträge:

		Franken	
a.	für Raps, Soja, Sonnenblumen, Hanf, Ölkürbisse und Lein	1500	
b.	für Ackerbohnen, Eiweisserbsen und Lupinen zu Futterzwecken	1500	
c.	für Faserpflanzen ohne Hanf und Lein	2000	
d.	...		

² Die Beiträge für Hanf als Ölsaart und für Hanf als nachwachsender Rohstoff werden nur für die Sorten nach Anhang 4 der Sortenkatalog-Verordnung vom 7. Dezember 1998 ausgerichtet.

RS 910.17 Ordonnance sur les contributions à la surface et à la transformation dans la culture des champs

Art. 1 Droit aux contributions

¹ L'exploitant qui gère une exploitation pour son compte et à ses risques et périls et qui a son domicile civil en Suisse touche, par hectare et par an, les contributions à la culture suivantes:

- a. 1500 francs pour le colza, le soja, le tournesol, le chanvre, les courges à huile et le lin;
- b. 1500 francs pour les féveroles, les pois protéagineux et les lupins destinés à l'affouragement;
- c. 2000 francs pour les plantes à fibres, sans le chanvre et le lin.
- d. ...

² Les contributions pour le chanvre utilisé comme oléagineux et comme matière première renouvelable sont versées uniquement pour les variétés contenues à l'annexe 4 de l'ordonnance du 7 décembre 1998 sur le catalogue des variétés .

³ Les surfaces des différentes cultures doivent représenter au moins 20 ares par parcelle.

⁴ Les taux de contributions applicables aux surfaces exploitées par tradition dans la zone limitrophe étrangère représentent 75 % de ceux qui sont appliqués en Suisse.

<p>³ Die Flächen der einzelnen Kulturen müssen pro Parzelle mindestens 20 Aren betragen.</p> <p>⁴ Für angestammte Flächen in der ausländischen Wirtschaftszone betragen die Beitragssätze 75 Prozent der Sätze für das Inland.</p>	
<p>SR 912.1 Verordnung über den landwirtschaftlichen Produktionskataster und die Ausscheidung von Zonen</p> <p>Art. 1 Zonen und Gebiete</p> <p>¹ Die landwirtschaftlich genutzte Fläche umfasst das Sömmerungsgebiet und die landwirtschaftliche Nutzfläche. Sie wird nach den Produktionsverhältnissen und den Lebensbedingungen in Zonen und Gebiete unterteilt.</p> <p>² Das Sömmerungsgebiet umfasst die Sömmerungsfläche.</p> <p>³ Das Berggebiet umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Bergzone IV; b. die Bergzone III; c. die Bergzone II; d. die Bergzone I. <p>⁴ Das Talgebiet umfasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Hügelzone; b. die Übergangzone; c. die erweiterte Übergangzone; d. die Ackerbauzone. <p>⁵ Das Berg- und Hügelgebiet umfasst die Bergzonen I bis IV und die Hügelzone.</p> <p>Art. 5 Darstellung der Grenzen der Zonen und Gebiete</p> <p>¹ Das Bundesamt zeichnet die Grenzen der Zonen und Gebiete in topographischen Karten elektronisch und in Papierform auf. Diese bilden den landwirtschaftlichen Produktionskataster.</p> <p>² Das Bundesamt orientiert die interessierten Amtsstellen.</p> <p>³ Die Karten sind aufzubewahren:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. vom Bundesamt für die ganze Schweiz; b. in den von den Kantonen bezeichneten Amtsstellen für das Kantonsgebiet; 	<p>RS 912.1 Ordonnance sur le cadastre de la production agricole et la délimitation de zones</p> <p>Art. 1 Zones et régions</p> <p>¹ Par surface utilisée à des fins agricoles, on entend la région d'estivage et la surface agricole utile. Elle est subdivisée en zones et en régions, selon les conditions de production et de vie.</p> <p>² La région d'estivage comprend les surfaces d'estivage.</p> <p>³ La région de montagne comprend:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. la zone de montagne IV; b. la zone de montagne III; c. la zone de montagne II; d. la zone de montagne I. <p>⁴ La région de plaine comprend:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. la zone des collines; b. la zone intermédiaire; c. la zone intermédiaire élargie; d. la zone de grandes cultures. <p>⁵ La région de montagne et des collines englobe les zones de montagne I à IV et la zone des collines.</p> <p>Art. 5 Représentation des limites de zones et de régions</p> <p>¹ L'office reporte les limites des zones et des régions sur des cartes topographiques dressées sur support électronique et sur papier. Celles-ci forment le cadastre de la production agricole.</p> <p>² Il informe les services concernés.</p> <p>³ Les cartes doivent être conservées par:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. l'office pour toute la Suisse; b. les services que les cantons ont désignés pour le territoire cantonal; c. les communes pour leur territoire.

c.von den Gemeinden für das Gemeindegebiet.	
<p>SR 913.1 Verordnung über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft</p> <p>Art. 14 Bodenverbesserungen</p> <p>¹ Beiträge werden gewährt für:</p> <p>a. Landumlegungen und Pachtlandarrondierungen;</p> <p>b. Erschliessungsanlagen wie Wege, Seilbahnen und ähnliche Transportanlagen;</p> <p>c. Massnahmen zur Erhaltung und Verbesserung von Struktur und Wasserhaushalt des Bodens;</p> <p>d. Wiederherstellung und Sicherung von landwirtschaftlichen Bauten und Anlagen sowie Kulturland;</p> <p>e. Wiederherstellungs- und Ersatzmassnahmen nach Artikel 18 Absatz 1^{ter} des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz;</p> <p>f. weitere Massnahmen zur Aufwertung von Natur und Landschaft oder zur Erfüllung anderer Anforderungen der Umweltschutzgesetzgebung in Zusammenhang mit Massnahmen nach den Buchstaben a–d, insbesondere die Förderung des ökologischen Ausgleichs, der Bau oder Ersatz von Trockenmauern und die Vernetzung von Biotopen;</p> <p>g. naturnahen Rückbau von Kleingewässern im Zusammenhang mit Massnahmen nach den Buchstaben a–d;</p> <p>h. Grundlagenbeschaffungen und Untersuchungen in Zusammenhang mit Strukturverbesserungen.</p> <p>² Beiträge für Wasser- und Elektrizitätsversorgungen und für Milchleitungen werden nur im Berg- und Hügelgebiet sowie im Sömmerungsgebiet gewährt.</p> <p>³ Beiträge werden gewährt für die periodische Wiederinstandstellung von:</p> <p>a. Erschliessungsanlagen nach Absatz 1 Buchstabe b;</p> <p>b. Anlagen zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserhaushaltes des Bodens nach Absatz 1 Buchstabe c;</p> <p>c. Wasserversorgungen nach Absatz 2;</p> <p>d. Trockenmauern von landwirtschaftlich genutzten Terrassen nach Absatz 1 Buchstabe f.</p> <p>Art. 18 Landwirtschaftliche Gebäude</p> <p>¹ Beiträge werden im Berg- und Hügelgebiet sowie im Sömmerungsgebiet gewährt für:</p> <p>a. den Neubau, den Umbau und die Sanierung von</p>	<p>RS 913.1 Ordonnance sur les améliorations structurelles dans l'agriculture</p> <p>Art. 14 Améliorations foncières</p> <p>¹ Des contributions sont allouées pour:</p> <p>a. les remaniements parcellaires et les regroupements de terrains affermés;</p> <p>b. les dessertes telles que les chemins, les téléphériques et d'autres installations de transport similaires;</p> <p>c. les mesures destinées à maintenir et à améliorer la structure et le régime hydrique du sol;</p> <p>d. la réfection et la préservation de bâtiments ruraux, d'installations agricoles et de terres cultivées;</p> <p>e. les mesures de réfection et de remplacement au sens de l'art. 18, al. 1^{er}, de la loi fédérale du 1^{er} juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage;</p> <p>f. d'autres mesures visant à revaloriser la nature et le paysage ou à remplir d'autres exigences posées dans la législation sur la protection de l'environnement, en rapport avec les mesures mentionnées aux let. a à d, notamment la promotion de la compensation écologique, la construction et la reconstruction de murs de pierres sèches et la mise en réseau de biotopes;</p> <p>g. la remise à l'état naturel de petits cours d'eau en rapport avec les mesures visées aux let. a à d;</p> <p>h. la documentation et les études réalisées en rapport avec des améliorations structurelles.</p> <p>² Les contributions pour les adductions d'eau, le raccordement au réseau électrique et les lactoducs ne sont allouées que dans la région de montagne et des collines, ainsi que dans la région d'estivage.</p> <p>³ Des contributions à la remise en état périodique sont allouées pour:</p> <p>a. les dessertes visées à l'al. 1, let. b;</p> <p>b. les installations destinées à maintenir et à améliorer le régime hydrique du sol visées à l'al. 1, let. c;</p> <p>c. les adductions d'eau visées à l'al. 2;</p> <p>d. les murs de pierres sèches de terrasses affectées à l'exploitation agricole visés à l'al. 1, let. f.</p> <p>Art. 18 Constructions rurales</p> <p>¹ Dans la région de montagne et des collines, ainsi que dans la région d'estivage, des contributions sont allouées pour:</p> <p>a. la construction, la transformation et la rénovation de bâtiments d'exploitation destinés aux animaux consom-</p>

<p>Ökonomiegebäuden für raufutterverzehrende Tiere sowie von Remisen;</p> <p>b. den Neubau, den Umbau und die Sanierung von Alpgebäuden inklusive Einrichtungen;</p> <p>c. den Kauf bestehender Ökonomie- und Alpgebäude von Dritten anstelle einer baulichen Massnahme;</p> <p>² Beiträge werden im Berggebiet und im Sömmerungsgebiet gewährt für gemeinschaftliche Bauten und Einrichtungen für die Verarbeitung, Lagerung und Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie milchwirtschaftliche Anlagen, Gebäude zur Vermarktung von Nutz- und Schlachtieren, Trocknungsanlagen oder Kühl- und Lagerräume.</p>	<p>mant des fourrages grossiers, ainsi que de remises;</p> <p>b. la construction, la transformation et la rénovation de bâtiments alpestres, y compris les installations connexes;</p> <p>c. l'acquisition de bâtiments d'exploitation et de bâtiments alpestres de tiers, au lieu d'une mesure de construction.</p> <p>² Dans la région de montagne et dans la région d'estivage, des contributions sont allouées pour la construction en commun de bâtiments et d'équipements destinés à la transformation, au stockage et à la commercialisation de produits agricoles régionaux, tels que les installations d'économie laitière, les bâtiments destinés à la commercialisation d'animaux de rente et de bétail de boucherie, les installations de séchage, ainsi que les locaux de réfrigération et de stockage.</p>
<p>SR 914.11 Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft</p> <p>Art. 28 Grundbuchanmerkung</p> <p>¹ Bei der Aufgabe des Betriebes erfolgt eine Anmerkung als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch, welche untersagt, dass die der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller verbleibende Fläche sowie das Gebäude Bestandteile eines Betriebes gemäss der landwirtschaftlichen Begriffsverordnung vom 7. Dezember 1998 bilden.</p> <p>² Die Anmerkung gilt ab Aufgabe des Betriebes für die Dauer von 20 Jahren. Die Kosten trägt die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller. Eine Löschung dieser Eigentumsbeschränkung innerhalb dieser Frist kann nur mit Zustimmung des Bundesamtes erfolgen.</p>	<p>RS 914.11 Ordonnance sur les mesures d'accompagnement social dans l'agriculture</p> <p>Art. 28 Mention au registre foncier</p> <p>¹ Lors de la cessation d'exploitation, une restriction de la propriété fondée sur le droit public est inscrite comme mention au registre foncier, interdisant que la surface restant au requérant et le bâtiment fassent partie d'une exploitation au sens de l'ordonnance du 7 décembre 1998 sur la terminologie agricole.</p> <p>² Cette mention est valable pour une durée de 20 ans à compter de la cessation d'exploitation. Les coûts sont à la charge du requérant. Pendant le délai précité, la restriction de la propriété ne peut être radiée qu'avec l'accord de l'office.</p>
<p>SR 916.140 Verordnung über den Rebbau und die Einfuhr von Wein</p> <p>Art. 4 Rebbaukataster</p> <p>¹ Der Rebbaukataster verzeichnet Grundstücke mit Rebflächen und mit in Erneuerung begriffenen Flächen. Er erfasst für jede dieser Flächen:</p> <p>a. den Namen der Bewirtheften oder des Bewirthefters oder der Eigentümerin oder des Eigentümers;</p> <p>b. die Standortgemeinde;</p> <p>c. die Parzellenummer;</p> <p>d. die Rebfläche in m²;</p> <p>e. die Rebsorten und deren Flächenanteile;</p> <p>f. die für die Rebfläche zulässigen Weinbezeichnungen;</p> <p>g. gegebenenfalls den Ausschluss der Rebfläche von der gewerblichen Weinerzeugung.</p>	<p>RS 916.140 Ordonnance sur la viticulture et l'importation de vin</p> <p>Art. 4 Cadastre viticole</p> <p>¹ Le cadastre viticole décrit les parcelles plantées en vignes et celles en cours de reconstitution. Y sont notamment consignés pour chaque parcelle:</p> <p>a. le nom de l'exploitant ou du propriétaire;</p> <p>b. la commune concernée;</p> <p>c. le numéro de la parcelle;</p> <p>d. la surface viticole en m²;</p> <p>e. les variétés de cépages, y compris la surface occupée par chaque variété;</p> <p>f. les appellations autorisées pour la désignation du vin issu de la surface viticole;</p> <p>g. le cas échéant, l'exclusion d'une surface viticole de la production vinicole commerciale.</p>

<p>² Die Kantone können weitere Daten erheben.</p> <p>³ Sie können auf das Erfassen von Rebflächen, die nach Artikel 2 Absatz 4 gepflanzt wurden, verzichten.</p> <p>⁴ Der Rebbaukataster ist jährlich zu aktualisieren.</p>	<p>² Les cantons peuvent prélever des données supplémentaires.</p> <p>³ Ils peuvent renoncer à enregistrer les surfaces plantées en vigne, conformément à l'art. 2, al. 4.</p> <p>⁴ Le cadastre viticole doit être mis à jour chaque année.</p>
<p>SR 916.350.1 Verordnung über die Kontingentierung der Milchproduktion</p> <p>Art. 1 Milchkontingent</p> <p>¹ Das Kontingent ist die Menge Milch, die eine Produzentin oder ein Produzent in einem Milchjahr (1. Mai–30. April) vermarkten darf.</p> <p>² Die Kontingente werden von Milchjahr zu Milchjahr unverändert weitergeführt, sofern sie nicht nach dem 2. Abschnitt angepasst werden.</p> <p>³ Nur wer einen Betrieb oder einen Sömmerungsbetrieb bewirtschaftet, kann Inhaberin oder Inhaber eines Kontingentes sein.</p> <p>Art. 2 Verwaltung der Kontingente</p> <p>Die Kontingente werden von verwaltungsexternen Stellen verwaltet (Administrationsstellen).</p>	<p>RS 916.350.1 Ordonnance concernant le contingentement de la production laitière</p> <p>Art. 1 Contingent laitier</p> <p>¹ Par contingent, on entend la quantité de lait qu'un producteur peut commercialiser dans une année laitière (du 1^{er} mai au 30 avril).</p> <p>² Les contingents sont reconduits sans changement d'une année laitière à l'autre, à moins qu'ils ne soient adaptés conformément à la section 2.</p> <p>³ Seule une personne gérant une exploitation ou une exploitation d'estivage peut détenir un contingent.</p> <p>Art. 2 Administration des contingents</p> <p>Les contingents sont administrés par des services extérieurs à l'administration (services administratifs).</p>
<p>SR 921.01 Verordnung vom 30. November 1992 über den Wald</p> <p>Art. 5 Rodungsgesuch, öffentliche Auflage</p> <p>¹ Das Rodungsgesuch ist bei Werken, für die der Bund zuständig ist, der Leitbehörde des Bundes und bei Werken, für die die Kantone zuständig sind, der nach kantonalem Recht zuständigen Behörde einzureichen.</p> <p>² Die Behörde macht das Gesuch öffentlich bekannt und legt die Akten zur Einsicht auf.</p> <p>³ Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Bundesamt) erlässt Richtlinien über den Inhalt eines Rodungsgesuches.</p> <p>Art. 11 Anmerkung im Grundbuch und Meldung</p> <p>¹ Die Pflicht zur Leistung von Realersatz oder zu Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes ist auf Anmeldung der zuständigen kantonalen Forstbehörde im Grundbuch anzumerken.</p> <p>² Die Kantone überwachen sämtliche Ersatzmassnahmen und melden deren Abnahme dem Bundesamt.</p>	<p>RS 921.01 Ordonnance sur les forêts</p> <p>Art. 5 Autorisation de défrichement, dépôt public</p> <p>¹ La demande de défrichement doit être présentée à l'autorité unique de la Confédération compétente pour autoriser l'ouvrage ou, si l'ouvrage relève de la compétence des cantons, à l'autorité compétente en vertu du droit cantonal.</p> <p>² L'autorité publie la demande et dépose le dossier publiquement.</p> <p>³ L'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage (office fédéral) édicte des directives concernant le contenu d'une demande de défrichement.</p> <p>Art. 11 Mention au registre foncier et information</p> <p>¹ L'obligation de fournir la compensation en nature ou de prendre des mesures de protection de la nature et du paysage doit faire l'objet d'une mention au registre foncier, sur demande de l'autorité forestière cantonale compétente.</p> <p>² Les cantons surveillent l'exécution de toutes les mesures de compensation et informent l'office fédéral de la réception des travaux.</p>

<p>SR 921.552.1 Verordnung über forstliches Vermehrungsgut</p> <p>Art. 5 Nationaler Kataster der Erntebestände</p> <p>¹ Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Bundesamt) führt einen Kataster der Erntebestände, in dem das Ausgangsmaterial für forstliches Vermehrungsgut aufgelistet wird, dessen Herkunft nachgewiesen ist.</p> <p>² Das Ausgangsmaterial für ausgewähltes, geprüftes und quellengesichertes Vermehrungsgut wird im Kataster getrennt ausgewiesen.</p>	<p>RS 921.552.1 Ordonnance sur le matériel forestier de reproduction</p> <p>Art. 5 Cadastre national des peuplements semenciers</p> <p>¹ L'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage (office fédéral) établit un cadastre des peuplements semenciers, dans lequel est répertorié le matériel de base de provenance attestée pour le matériel forestier de reproduction.</p> <p>² Le matériel de base pour des matériels de reproduction sélectionné, contrôlé et identifié est présenté séparément dans le cadastre.</p>
<p>SR 922.31 Verordnung über die eidgenössischen Jagdbanngebiete</p> <p>Art. 2 Bezeichnung</p> <p>¹ Banngebiete sind die im Anhang 1 aufgezählten Objekte.</p> <p>² Das Bundesinventar der eidgenössischen Jagdbanngebiete (Inventar) enthält für jedes Banngebiet:</p> <p>a. eine kartographische Darstellung des Perimeters und eine Beschreibung des Gebietes;</p> <p>b. das Schutzziel;</p> <p>c. besondere Massnahmen für den Arten- und Biotopschutz und die Regulierung von Beständen jagdbarer Arten und deren zeitliche Geltung;</p> <p>d. allenfalls einen Perimeter ausserhalb des Banngebietes, in welchem Wildschäden vergütet werden.</p> <p>³ Das Inventar ist Bestandteil dieser Verordnung, wird aber als Sonderdruck (Anhang 2) ausserhalb der AS veröffentlicht (Art. 4 des BG vom 21. März 1986 über die Gesetzessammlungen und das Bundesblatt).</p> <p>Art. 9 Bestandesregulierungen</p> <p>¹ Die Kantone sorgen dafür, dass die Bestände jagdbarer Huftierarten in den Banngebieten stets den örtlichen Verhältnissen angepasst sind und eine natürliche Alters- und Geschlechtsklassenstruktur aufweisen. Sie berücksichtigen dabei die Anliegen der Landwirtschaft, des Natur- und Landschaftschutzes und der Walderhaltung.</p> <p>² Zu diesem Zweck werden ausgeschieden:</p> <p>a. Gebiete, in denen Regulierungsmassnahmen nur in Ausnahmefällen angeordnet werden können (integral geschützte Gebiete);</p> <p>b. Gebiete, in denen Bestände von Rehen, Gemsen,</p>	<p>RS 922.31 Ordonnance concernant les districts francs fédéraux</p> <p>Art. 2 Définition</p> <p>¹ Sont considérés comme districts francs les objets énumérés dans l'annexe 1.</p> <p>² L'inventaire fédéral des districts francs fédéraux (Inventaire) comprend pour chaque district franc:</p> <p>a. une représentation cartographique du périmètre et une description de la zone;</p> <p>b. le but visé par la protection;</p> <p>c. des mesures particulières pour la protection des espèces et des biotopes et la régulation des populations d'animaux pouvant être chassés ainsi que la dureté de validité de ces mesures;</p> <p>d. éventuellement un périmètre à l'extérieur du district franc, dans lequel les dégâts causés par la faune sauvage sont indemnisés.</p> <p>³ L'Inventaire, qui fait partie intégrante de la présente ordonnance n'est pas publié (art. 4 de la loi du 21 mars 1986 sur les publications officielles) dans le Recueil officiel des lois fédérales (RO), mais paraît sous forme de tiré à part (annexe 2).</p> <p>Art. 9 Régulation des populations</p> <p>¹ Les cantons veillent à ce que, dans les districts francs, les populations d'ongulés pouvant être chassés soient en tout temps adaptées aux conditions locales et aient une pyramide naturelle des classes d'âge et de sexe. Ce faisant, ils tiennent compte des intérêts liés à l'agriculture, à la protection de la nature et du paysage et à la conservation des forêts.</p> <p>² A cette fin, on délimite:</p> <p>a. des zones dans lesquelles des mesures de régulation ne peuvent être prises qu'exceptionnellement (zones intégra-</p>

<p>Rotirschen und Wildschweinen regelmässig reguliert oder reduziert werden können (partiell geschützte Gebiete).</p> <p>³ Bevor in Gebieten mit integralem Schutz Regulierungsmassnahmen vorgesehen werden, ist das Bundesamt anzuhören.</p> <p>⁴ Die Kantone erstellen für Gebiete mit partiellem Schutz Abschusspläne für die einzelnen Wildarten und geben diese dem Bundesamt bekannt. Grenzen Banngebiete verschiedener Kantone aneinander, so sind diese Pläne aufeinander abzustimmen.</p> <p>⁵ Die Verwendung von Hunden bei Bestandesregulierungen ist verboten, ausgenommen sind geprüfte Schweisshunde für die Nachsuche. Die Kantone können Ausnahmen gestatten.</p> <p>⁶ Die Kantone können zur Erfüllung dieser Pläne neben den Wildschutzorganen auch Jagdberechtigte beiziehen.</p>	<p>lement protégées);</p> <p>b. des zones dans lesquelles les populations de chevreuils, de chamois, de cerfs élaphe et de sangliers peuvent être soumises à une régulation ou réduites régulièrement (zones partiellement protégées).</p> <p>³ Avant de prévoir des mesures de régulation dans des zones à protection intégrale, il y a lieu de prendre l'avis de l'office fédéral.</p> <p>⁴ Pour les zones soumises à une protection partielle, les cantons établissent des plans de tir pour les diverses espèces de gibier et les communiquent à l'office fédéral. Si des districts francs de différents cantons ont des frontières communes, ces plans doivent être coordonnés.</p> <p>⁵ L'utilisation de chiens pour la régulation des populations est interdite, excepté celle de chiens de rouge exercés, pour la recherche d'animaux blessés. Les cantons peuvent autoriser des dérogations.</p> <p>⁶ Pour l'exécution des plans de tir, les cantons peuvent, en plus du personnel affecté à la surveillance des districts francs, faire appel à des titulaires d'une autorisation de chasser.</p>
<p>SR 922.32 Verordnung über die Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung</p> <p>Art. 2 Bezeichnung</p> <p>¹ Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung sind die im Anhang 1 aufgezählten Objekte.</p> <p>² Das Bundesinventar der Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung (Inventar) enthält für jedes Schutzgebiet:</p> <p>a. eine kartographische Darstellung des Perimeters und eine Beschreibung des Gebietes;</p> <p>b. das Schutzziel;</p> <p>c. besondere Massnahmen für den Artenschutz und deren zeitliche Geltung;</p> <p>d. allenfalls einen Perimeter ausserhalb des Schutzgebietes, in welchem Wildschäden vergütet werden.</p> <p>³ Das Inventar ist Bestandteil dieser Verordnung, wird aber als Sonderdruck (Anhang 2) ausserhalb der Amtlichen Sammlung des Bundesrechtes (AS) veröffentlicht (Art. 4 des BG vom 21. März 1986 über die Gesetzessammlungen und das Bundesblatt).</p>	<p>RS 922.32 Ordonnance sur les réserves d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance internationale et nationale</p> <p>Art. 2 Définition</p> <p>¹ Sont définis comme réserves d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance internationale et nationale les objets énumérés dans l'annexe 1.</p> <p>² L'inventaire fédéral des réserves d'oiseaux d'eau et de migrateurs d'importance internationale et nationale (Inventaire) comprend pour chaque zone protégée:</p> <p>a. Une représentation cartographique du périmètre et une description de la zone;</p> <p>b. Le but visé par la protection;</p> <p>c. Des mesures particulières pour la protection des espèces ainsi que la durée de validité de ces mesures;</p> <p>d. Eventuellement un périmètre à l'extérieur de la zone protégée, dans lequel les dommages causés par la faune sauvage sont indemnisés.</p> <p>³ L'Inventaire, qui fait partie intégrante de la présente ordonnance, n'est pas publié (art. 4 de la loi du 21 mars 1986 sur les publications officielles) dans le Recueil officiel des lois fédérales (RO), mais paraît sous forme de tiré à part (annexe 2).</p>
<p>SR 923.0 Bundesgesetz über die Fischerei</p> <p>Art. 8 Bewilligung für technische Eingriffe</p>	<p>RS 923.0 Loi fédérale sur la pêche</p> <p>Art. 8 Autorisation pour les interventions techniques</p>

<p>¹ Eingriffe in die Gewässer, ihren Wasserhaushalt oder ihren Verlauf sowie Eingriffe in die Ufer und den Grund von Gewässern brauchen eine Bewilligung der für die Fischerei zuständigen kantonalen Behörde (fischereirechtliche Bewilligung), soweit sie die Interessen der Fischerei berühren können.</p> <p>² ...</p> <p>³ Eine Bewilligung brauchen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Nutzung der Wasserkräfte; b. Seeregulierung; c. Fluss- und Bachverbauungen sowie Uferrodungen; d. die Schaffung künstlicher Fliessgewässer; e. die Verlegung von Leitungen in Gewässern; f. maschinelle Reinigungsarbeiten in Gewässern; g. die Gewinnung und das Waschen von Kies, Sand und anderen Stoffen in Gewässern; h. Wasserentnahmen; i. Wassereinleitungen; k. landwirtschaftliche Entwässerungen; l. Verkehrsanlagen; m. Fischzuchtanlagen. <p>⁴ Keine Bewilligung nach diesem Gesetz ist erforderlich für Wasserentnahmen nach Artikel 29 des Bundesgesetzes vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung.</p> <p>⁵ Anlagen, die erweitert oder wieder instandgestellt werden, gelten als Neuanlagen.</p>	<p>¹ Toute intervention sur les eaux, leur régime ou leur cours, ou encore sur les rives ou le fond des eaux est soumise à une autorisation de l'autorité cantonale compétente en matière de pêche (autorisation relevant du droit de la pêche), si elle est de nature à compromettre la pêche.</p> <p>² ...</p> <p>³ Sont notamment soumis à autorisation:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. l'utilisation des forces hydrauliques; b. la régulation des lacs; c. les corrections de cours d'eau et le défrichement des rives; d. la création de cours d'eau artificiels; e. la pose de conduites dans des eaux; f. le curage mécanique des eaux; g. l'exploitation et le lavage de gravier, de sable ou d'autres matériaux dans les eaux; h. les prélèvements d'eau; i. les déversements d'eau; k. le drainage des terrains agricoles; l. la construction d'ouvrages destinés aux transports et qui sont de nature à compromettre la pêche; m. les installations de pisciculture. <p>⁴ Aucune autorisation en vertu de cette loi n'est exigible pour les prélèvements des eaux selon l'article 29 de la loi fédérale du 24 janvier 1991 sur la protection des eaux.</p> <p>⁵ Les installations qui sont agrandies ou remises en état sont considérées comme de nouvelles installations.</p>
<p>SR 935.12 Bundesgesetz über die Förderung der Beherbergungswirtschaft</p> <p>Art. 5 Beschränkung auf Fremdenverkehrsgebiete und Badekurorte</p> <p>¹ Die Gewährung von Darlehen ist beschränkt auf Betriebe in:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Fremdenverkehrsgebieten; b. Badekurorten. <p>² Fremdenverkehrsgebiete sind Gebiete und Ortschaften, in denen der Fremdenverkehr von wesentlicher Bedeutung ist und erheblichen saisonalen Schwankungen unterliegt. Der Bundesrat bezeichnet diese Gebiete und Ortschaften nach Anhören der</p>	<p>RS 935.12 Loi fédérale sur l'encouragement du secteur de l'hébergement</p> <p>Art. 5 Régions touristiques et stations thermales</p> <p>¹ Les prêts sont destinés exclusivement:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. aux régions touristiques; b. aux stations thermales. <p>² Sont réputées régions touristiques les régions et localités où le tourisme est un domaine d'activité essentiel et subit de profondes fluctuations saisonnières. Le Conseil fédéral désigne ces régions et localités après avoir entendu les cantons.</p> <p>³ La société peut permettre des exceptions pour des ré-</p>

<p>Kantone.</p> <p>³ Die Gesellschaft kann Ausnahmen zulassen für Gebiete, in denen ähnliche Verhältnisse wie in den Fremdenverkehrsgebieten vorliegen.</p>	<p>gions où les conditions sont semblables à celles des régions touristiques.</p>
<p><i>SR 951.931 Verordnung über die Hilfe zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete</i></p> <p><i>Art. 2 Festlegung der wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete</i></p> <p>¹ Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (Departement) berechnet, gestützt auf die Indikatoren gemäss Artikel 1 für Bezirke, Planungsregionen und Kanton, den Bevölkerungsanteil pro Kanton, der den wirtschaftlichen Erneuerungsgebieten zugeordnet werden kann. Es teilt das Resultat den Kantonen mit.</p> <p>² Das Departement legt die wirtschaftlichen Erneuerungsgebiete nach Anhörung der Kantone fest.</p>	<p><i>RS 951.931 Ordonnance sur l'aide en faveur des zones économiques en redéploiement</i></p> <p><i>Art. 2 Détermination des zones économiques en redéploiement</i></p> <p>¹ Le Département fédéral de l'économie (département) calcule pour chaque canton, à partir des indicateurs des districts, des régions d'aménagement et du canton mentionnés à l'art. 1, la proportion de la population attribuable aux zones économiques en redéploiement. Il communique le résultat au canton.</p> <p>² Le département détermine les zones économiques en redéploiement après avoir entendu les cantons.</p>